

Institut für Sozialwissenschaften

Dissertation

Souveränität und Menschenrechte verhandeln: der transatlantische Konflikt über den Internationalen Strafgerichtshof

Zur Erlangung des akademischen Grades doctor philosophiae (Dr. phil.)

Philosophische Fakultät III

Sibylle Scheipers

Dekan: Prof. Dr. Bernd Wegener

Gutachter: 1. Prof. Dr. Herfried Münkler

2. Prof. Dr. Klaus Eder

3. Prof. Dr. Harald Bluhm

eingereicht: 24. April 2006

Datum der Promotion: 9. Oktober 2006

Abstract:

Die Dissertationsschrift stellt die erste systematische Studie des transatlantischen Konflikts über den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) aus politikwissenschaftlicher Perspektive dar. Der Fall des IStGH wird häufig als ein Beleg für transatlantische Spannungen im Hinblick auf das Völkerrecht und die Arbeit internationaler Organisationen zitiert bzw. als ein Indikator für eine zunehmend unilaterale Außenpolitik der USA aufgefasst. Obwohl der IStGH somit einen prominenten Platz auf der Agenda der transatlantischen Beziehungen einnimmt, wurden die Umstände, die zu dem Konflikt über seine Errichtung zwischen Europa und den USA führten bis dato noch nicht eingehend wissenschaftlich untersucht. In dieser Hinsicht betritt die eingereichte Dissertation Neuland. Sie geht über die vage Klassifikation von US-amerikanischem Unilateralismus versus europäischem Multilateralismus hinaus, indem sie sich systematisch den folgenden Fragen zuwendet: Was sind die Gründe für die unnachgiebige Opposition der USA gegen den IStGH? Warum gaben sowohl Großbritannien als auch Frankreich ihre Allianz mit den USA hinsichtlich des Gerichtshofs auf und unterstützten schließlich einen unabhängigen IStGH? Die Hypothese der Dissertation lautet, dass die wesentlichen Ursachen für den transatlantischen Konflikt über den IStGH in unterschiedlichen Auffassungen von Kernnormen der internationalen Beziehungen liegen, insbesondere in voneinander abweichenden Interpretationen des Prinzips der Souveränität und des Konzepts der Menschenrechte.

Internationaler Strafgerichtshof, Souveränität, Menschenrechte, English School

Abstract:

The dissertation provides the first systematic study of the transatlantic conflict about the International Criminal Court (ICC) from an international studies point of view. Although the case of the ICC has often been quoted as an example of increasing US unilateralism or as an indicator for a growing divergence in US-American and European approaches to international law and international organisations, it has been rarely analysed on its own. The book therefore makes a contribution on a pertinent and timely topic in the field of transatlantic relations. It aims to go beyond the rather sketchy

classifications of US unilateralism versus European multilateralism by systematically addressing the following questions: What accounts for the US' unrelenting opposition to the ICC? Why did both France and the United Kingdom abandon the alliance with the US with respect to the ICC and eventually opted for a strong and independent Court, thereby aligning themselves with the other EU member states? The hypothesis of the book is that the main reason for the transatlantic differences in the positions towards the court lies in divergent understandings of core norms of international relations, most importantly sovereignty and human rights.

International Criminal Court, sovereignty, human rights, English School

TABELLENVERZEICHNIS	ii
LISTE DER VERWENDETEN ABKÜRZUNGEN.....	ii
1 EINLEITUNG.....	1
2 DIE KONFIGURATION VON SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTEN. EIN THEORETISCHER ÜBERBLICK UND EINIGE ÜBERLEGUNGEN ZUR METHODE	20
2.1 DER ISTGH ALS FALLBEISPIEL FÜR DIE DEBATTE ÜBER SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTE	20
2.2 DER ENGLISH SCHOOL-ANSATZ.....	23
2.3 DIE THEORETISCHE DEBATTE ÜBER SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTE.....	27
2.3.1 <i>Pluralismus: Souveränität besitzt den Vorrang vor Menschenrechten.....</i>	<i>28</i>
2.3.2 <i>Theorien der Weltgesellschaft: Menschenrechte besitzen den Vorrang vor der Souveränität</i>	<i>30</i>
2.3.3 <i>Solidarismus: Souveränität und Menschenrechte bedingen einander gegenseitig.....</i>	<i>32</i>
2.4 EINE ANDERE LESART DER THEORETISCHEN DEBATTE ÜBER SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTE	34
2.5 SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTE ALS ‚CONTESTED CONCEPTS‘	40
2.5.1 <i>Die souveränitätsbasierte internationale Ordnung: Symmetrie und Asymmetrie.....</i>	<i>42</i>
2.5.2 <i>Menschenrechte: Implementierung auf der supra-staatlichen Ebene oder innerhalb von Staaten</i>	<i>46</i>
2.6 DIE DISKURSIVE FORMATION VON SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTEN	49
2.7 METHODISCHE FRAGEN	58
2.7.1 <i>Identifikation und Abgrenzung der einzelnen Diskurse.....</i>	<i>58</i>
2.7.2 <i>Die diskursiven Arenen.....</i>	<i>61</i>
2.7.3 <i>Die Auswahl von Statements und Texten.....</i>	<i>64</i>
2.7.4 <i>Strategien bei der Analyse von Texten und Statements.....</i>	<i>66</i>
3 DER LEGALISTISCHE DISKURS.....	68
3.1 DAS GRUNDLEGENDE NARRATIV DES LEGALISMUS: EINE FORTSCHRITTLICHE WELTORDNUNG AUF DER BASIS DES VÖLKERRECHTS	71
3.1.1 <i>Fortschritt.....</i>	<i>71</i>
3.1.2 <i>Ordnung ist mit Recht gleichzusetzen.....</i>	<i>75</i>
3.1.3 <i>Entpolitisierung.....</i>	<i>77</i>
3.1.4 <i>Die Unabhängigkeit des ISTGH und die Rolle professioneller Standards</i>	<i>79</i>
3.2 DIE ONTOLOGISCHEN REFERENZPUNKTE DES LEGALISTISCHEN DISKURSES: DER ISTGH, STAATEN UND INDIVIDUEN.....	82
3.2.1 <i>Die internationale Gesellschaft.....</i>	<i>84</i>
3.2.2 <i>Die Weltgesellschaft.....</i>	<i>88</i>
3.3 SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTE.....	91

3.3.1	<i>„New sovereignty“ und die Erosion von Souveränität.....</i>	91
3.3.2	<i>Symmetrie</i>	93
3.3.3	<i>Menschenrechte.....</i>	96
3.4	ZUSAMMENFASSUNG.....	100
4	DER INTERVENTIONISTISCHE DISKURS	104
4.1	DAS NARRATIVE DES INTERVENTIONISTISCHEN DISKURSES: MACHTPOLITIK ALS DIE GRUNDLAGE DER INTERNATIONALEN ORDNUNG.....	106
4.1.1	<i>Ein konservativer Ansatz bezüglich des Völkerrechts.....</i>	106
4.1.2	<i>Internationale Ordnung beruht auf Machtpolitik</i>	107
4.1.3	<i>Die Politisierung des IStGH: die Möglichkeit politisch motivierter Anklagen.....</i>	112
4.2	DIE ONTOLOGISCHEN REFERENZPUNKTE DES INTERVENTIONISMUS: STAATEN, INDIVIDUEN UND DIE SUPRA-STAATLICHE EBENE.....	114
4.2.1	<i>Die internationale Gesellschaft von Staaten.....</i>	116
4.2.2	<i>Individuen als Peacekeeper oder Opfer.....</i>	120
4.3	KONDITIONALE SOUVERÄNITÄT UND DIE DURCHSETZUNG VON MENSCHENRECHTEN	124
4.3.1	<i>Die Konditionalität der staatlichen Souveränität</i>	124
4.3.2	<i>Asymmetrie</i>	128
4.3.3	<i>Menschenrechte – welcher supra-staatliche Akteur kann sie durchsetzen?</i>	131
4.4	ZUSAMMENFASSUNG.....	136
5	DER SOUVERÄNISTISCHE DISKURS	140
5.1	DAS NARRATIV DES SOUVERÄNISMUS: DIE INTERNATIONALE ORDNUNG LEITET SICH AUS DER INNERSTAATLICHEN ORDNUNG AB	143
5.1.1	<i>Ungleichzeitige Verrechtlichung</i>	143
5.1.2	<i>Politische Ordnung geht vom Staat und seinen konstitutionellen Strukturen aus</i>	145
5.1.3	<i>Verantwortlichkeit im Rahmen von Verfassungsstrukturen.....</i>	149
5.2	DIE ONTOLOGISCHEN BEZUGSPUNKTE DES SOUVERÄNISTISCHEN DISKURSES: DER PRIMAT DER STAATEN.....	152
5.2.1	<i>Der Einzelstaat als der wesentliche Bezugspunkt.....</i>	153
5.2.2	<i>Individuen als Staatsbürger.....</i>	157
5.3	KONSTITUTIONELLE SOUVERÄNITÄT ALS DER ANGEMESSENE RAHMEN FÜR DIE IMPLEMENTIERUNG VON MENSCHENRECHTEN	161
5.3.1	<i>Die Verfassung als Maßstab und Beschränkung staatlicher Souveränität</i>	161
5.3.2	<i>Symmetrie als Strukturmerkmal der internationalen Ordnung.....</i>	165
5.3.3	<i>Menschenrechte: Implementierung auf der staatlichen Ebene und Rechtspositivismus... 169</i>	
5.4	ZUSAMMENFASSUNG.....	174
6	DER PROGRESSIVISTISCHE DISKURS.....	178
6.1	DAS PROGRESSIVISTISCHE NARRATIV: INTERNATIONALE ORDNUNG ALS DEMOKRATISCHER FRIEDEN	182
6.1.1	<i>Fortschritt im Sinne einer ubiquitären Demokratisierung</i>	182

6.1.2	<i>Demokratischer Frieden als die Grundlage der internationalen Ordnung</i>	184
6.1.3	<i>Fundamentallopposition zum IStGH: Amnestien im Rahmen des progressivistischen Diskurses</i>	186
6.2	ONTOLOGISCHE GRUNDLAGEN DES PROGRESSIVISTISCHEN DISKURSES: DER PRIMAT DES INDIVIDUUMS UND DER ZIVILGESELLSCHAFT	190
6.2.1	<i>Individuen und die Zivilgesellschaft</i>	190
6.2.2	<i>Staaten und die supra-staatliche Ebene: die internationale Gesellschaft als eine ‚geschlossene Gesellschaft‘</i>	196
6.3	VOLKSSOUVERÄNITÄT UND EINBETTUNG DER MENSCHENRECHTE IN DAS KONZEPT DER DEMOKRATIE	200
6.3.1	<i>Volkssouveränität</i>	200
6.3.2	<i>Demokratie als Basis einer asymmetrischen internationalen Ordnung</i>	204
6.3.3	<i>Menschenrechte – die innerstaatliche Implementierung naturrechtlicher Inhalte</i>	206
6.4	ZUSAMMENFASSUNG.....	210
7	KONFLIKTE UND KOMPROMISSE: DIE INTERNE STRUKTUR DER DISKURSIVEN FORMATION VON SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTEN	214
7.1	LEGALISMUS UND INTERVENTIONISMUS: KONFLIKTE ÜBER DIE EIGENSCHAFTEN DER INTERNATIONALEN ORDNUNG	220
7.1.1	<i>Kompromisse und formale Konzessionen zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs</i>	222
7.1.2	<i>Konflikte und Kontroversen zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs</i>	225
7.2	LEGALISMUS UND SOUVERÄNISMUS: KONFLIKTE ÜBER DIE IMPLEMENTIERUNGSEBENE DER MENSCHENRECHTE	234
7.2.1	<i>Kompromisse und formale Konzessionen zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs</i>	235
7.2.2	<i>Konflikte und Kontroversen zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs</i>	237
7.3	INTERVENTIONISMUS UND SOUVERÄNISMUS: EINE STRATEGISCHE ALLIANZ ZWISCHEN UNGLEICHEN PARTNERN.....	242
7.4	ZUSAMMENFASSUNG.....	247
8	FAZIT UND AUSBLICK	250
8.1	ERGEBNISSE	250
8.2	DIE OPPOSITION DER USA GEGEN DEN IStGH	253
8.3	DIE MACHT VON DISKURSEN	258
8.4	DIE INTERNATIONALE GESELLSCHAFT – ‚IMAGINED COMMUNITY‘ ODER HEGEMONIE?.....	270
8.5	FORSCHUNGSPERSPEKTIVEN	273
9	ANHANG	279
	LITERATURVERZEICHNIS	296

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1 DIE DISKURSIVE FORMATION VON SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTEN	50
TABELLE 2 ZENTRALE ASPEKTE DES LEGALISTISCHEN DISKURSES.....	70
TABELLE 3 ZENTRALE ASPEKTE DES INTERVENTIONISTISCHEN DISKURSES	104
TABELLE 4 ZENTRALE ASPEKTE DES SOUVERÄNISTISCHEN DISKURSES.....	141
TABELLE 5 ZENTRALE ASPEKTE DES PROGRESSIVISTISCHEN DISKURSES.....	181
TABELLE 6 WESENTLICHE ASPEKTE DER VIER DISKURSE (<i>FUNDAMENTALE DIMENSIONEN GRAU UNTERLEGT</i>)	214
TABELLE 7 DIFFERIERENDE ASPEKTE UND KONFLIKTE ZWISCHEN DEN VIER DISKURSEN (<i>DIFFERIERENDE ASPEKTE GRAU UNTERLEGT</i>)	217
TABELLE 8 GEMEINSAME ASPEKTE UND KOMPROMISSE ZWISCHEN DEN VIER DISKURSEN (GEMEINSAME ASPEKTE GRAU UNTERLEGT).....	218

Liste der verwendeten Abkürzungen

1. **ASPA** – American Servicemembers’ Protection Act
2. **BIAs** – Bilateral Immunity Agreements
3. **DipCon** – United Nations Diplomatic Conference of Plenipotentiaries on the Establishment of an International Criminal Court
4. **ESF** – Economic Support Fund (der USA)
5. **IStGH** – Internationaler Strafgerichtshof
6. **ICTR** – International Criminal Tribunal for Rwanda
7. **ICTY** – International Criminal Tribunal for Yugoslavia
8. **ILC** – International Law Commission (der UN)
9. **LMG** – Like-Minded Group
10. **OECD** – Organisation for Economic Co-operation and Development
11. **P5** – Gruppe der permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats
12. **PrepCom** – Preparatory Commission for the International Criminal Court
13. **UNCHR** – United Nations Commission on Human Rights

1 EINLEITUNG

„Unless we are prepared to abandon every principle of growth for international law, we cannot deny that our own day has the right to institute customs and to conclude agreements that will themselves become sources of a newer and strengthened international law. International law is not capable of development by the normal processes of legislation, for there is no continuing international legislative authority. Innovations and revisions in international law are brought about by the action of governments such as those I have cited, designed to meet a change in circumstances.’¹

„There is a tendency in the negotiations, occasionally, to seek to transform human rights principles and prohibitions on state practice into new criminal law principles. But this treaty-making exercise cannot become a law-making exercise. The treaty must reflect what is currently international criminal law, not what we hope or even confidently predict may one day become criminal law.’²

Die obenstehenden Zitate stellen Äußerungen von US-amerikanischen Repräsentanten im Hinblick auf die Rolle und die Entwicklung bzw. Kontinuität des Völkerrechts dar. Das erste Zitat stammt aus den Eingangsbemerkungen zu den Nürnberger Prozessen von Justice Robert Jackson, Chefankläger der Vereinigten Staaten; die zweite Bemerkung machte David Scheffer, der damalige Generalbeauftragte der US-amerikanischen Regierung für Kriegsverbrechen, im Hinblick auf den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH). Der Unterschied zwischen beiden Positionen erscheint auf den ersten Blick dramatisch: Jackson betrachtet das Völkerrecht als ein hochgradig dynamisches Rechtsgebiet, dessen Fortentwicklung in der Hauptsache von Staaten und ihren Regierungen betrieben wird. Im Gegensatz dazu betont Scheffer die Kontinuität des Völkerrechts, das seines Erachtens nicht der willkürlichen Veränderung durch politische Akteure offen steht.

¹ Justice Robert H. Jackson: Opening Statement for the Prosecution. Second Day, Wednesday, 11/21/1945, Part 04, in Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal. Volume II. Proceedings: 11/14/1945-11/30/1945. Nuremberg: IMT, 1947, 98-102.

² David J. Scheffer: U.S. policy and the proposed Permanent International Criminal Court. Speech at Carter Center, Atlanta, GA (13.11.1997).

Die Differenz zwischen beiden Positionen ergibt sich jedoch nicht aus einem umfassenden Wandel der politischen und rechtlichen Kultur der USA, welche sich vermeintlich in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ereignet hat. Vielmehr ist sie auf Strukturunterschiede zwischen den beiden Institutionen, auf die sich die Zitate beziehen, zurückzuführen. Die Nürnberger Prozesse stellten ein rechtliches Tribunal dar, das von den Alliierten nach Deutschlands Niederlage 1945 eingerichtet wurde. Sie dienten der strafrechtlichen Verfolgung von Individuen, die während des Zweiten Weltkriegs Kriegsverbrechen von großem Ausmaß begangen hatten. Daher kontrollierten die Initiatoren der Nürnberger Prozesse vollständig die Institution, die sie geschaffen hatten, und stellten sie somit auf eine asymmetrische Grundlage: diejenigen, die die Prozesse ins Leben gerufen hatten – die Alliierten des Zweiten Weltkriegs – bestimmten auch die Richter, stellten aber zugleich sicher, dass Angehörige ihrer eigenen Streitkräfte nicht strafrechtlich verfolgt würden.³

Die Idee zur Etablierung eines permanenten Völkerstrafgerichtshofs tauchte erstmals nach dem Ende des Ersten Weltkriegs auf. In den darauffolgenden Jahrzehnten kam es aufgrund der mangelnden Unterstützung von Seiten staatlicher Akteure allerdings nicht zu einer Umsetzung dieser Idee. Die Bipolarisierung der Weltordnung nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ließ das Projekt in noch weitere Ferne rücken. Erst mit dem Ende des Kalten Krieges gewann das Projekt eines permanenten internationalen Strafgerichtshofs eine neue Dynamik. Von 1994 bis 1997 bereiteten die International Law Commission (ILC) der UN und verschiedene ‚Preparatory Committees‘ einen Entwurf für ein Statut des Gerichtshofs vor. Dieser Entwurf diente als Grundlage der Verhandlungen, die auf einer internationalen Konferenz (United Nations Diplomatic Conference of Plenipotentiaries, DipCon) in Rom im Juni und Juli 1998 stattfanden.

Im Gegensatz zu den Nürnberger Prozessen stellt der IStGH ein weitaus ambitionierteres Projekt im Hinblick auf die unparteiliche Durchsetzung des Völkerstrafrechts dar. Die Unabhängigkeit des Chefanklägers und des Gerichtshofs als solchem – sowohl von Einflüssen und Interessen der Mitgliedstaaten als auch von internationalen Organisationen wie dem UN Sicherheitsrat – war eines der maßgeblichen Ziele seiner Förderer (Broomhall 2003). Obwohl der IStGH ein Gremium darstellt, das von Staaten geschaffen wurde und in letzter Konsequenz in der Durchsetzung des Völkerstrafrechts auf die Unterstützung von Staaten angewiesen

³ Diese asymmetrische Situation führte dazu, dass der Vorwurf der ‚Siegerjustiz‘ gegen die Nürnberger Prozesse und ihre Initiatoren erhoben wurde. Siehe Economides (2001: 113).

bleibt⁴, schränkt er die Macht von Staaten und ihre Souveränitätsprärogative in einem gewissen Maße ein. Das Rom-Statut des IStGH legt fest, dass der Gerichtshof nicht die staatliche Jurisdiktion im Hinblick auf Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen ersetzt, sondern nur ergänzt. D.h., die Strafverfolgung durch den IStGH ist nur dann zulässig, wenn ein Staat unwillig oder unfähig ist, selbst die Untersuchung oder die Strafverfolgung zu gewährleisten.⁵ Trotzdem liegt die Entscheidung darüber, ob ein Staat seiner Pflicht zur Strafverfolgung von schwerwiegenden Verstößen gegen das Völkerstrafrecht ordnungsgemäß nachgekommen ist, beim Chefankläger des IStGH. Darüber hinaus kann der Chefankläger Untersuchungen einleiten, ohne dass die Mitgliedstaaten des IStGH vorher ihre zustimmen müssten. Kurzum, der IStGH stellt eine beispiellose Institution dar, insofern er eine ‚intrusion of international criminal law into the otherwise sacrosanct domain of sovereignty‘ (ebd.: 3) mit sich bringt. Und genau dieses Maß an Unabhängigkeit des IStGH gab Anlass zu scharfen Debatten während seiner Einrichtung und bewog letztendlich die USA, dem Rom-Statut nicht beizutreten.

Während der Verhandlungen der DipCon in Rom 1998 waren mehrere Punkte umstritten: erstens, die Definition der Straftaten, über die der IStGH richten sollte; zweitens, die Rolle und Macht des Chefanklägers und drittens, die Frage nach der Reichweite der Jurisdiktion des IStGH (Economides 2001; Broomhall 2003). Jeder dieser umstrittenen Punkte berührt auf die ein oder andere Art die Frage nach der Rolle und der Unabhängigkeit des IStGH gegenüber Staaten auf der einen Seite und dem UN Sicherheitsrat auf der anderen. Die Vereinigten Staaten, unterstützt von anderen permanenten Mitgliedern des UN Sicherheitsrates, befürworteten ein Statut, welches die Rolle des Sicherheitsrates und der Mitgliedstaaten stärken – und folglich die Unabhängigkeit des Chefanklägers einschränken – würde. Die Like-Minded Group

⁴ Natürlich darf die Rolle von Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) bei der Etablierung des IStGH nicht vergessen werden. Allerdings ist die ursprüngliche Idee, einen Gerichtshof zur Verfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen einzurichten klar auf die Initiative von Staaten zurückzuführen, während sich NGOs erst später ebenfalls für dieses Ziel einsetzten. Sie wurden insbesondere während der Verhandlungen selbst relevant, aber nicht für die Entscheidung zur Errichtung des IStGH (Fehl 2004: 374).

⁵ Rome Statute of the International Criminal Court, Art. 17 (a); U.N. Doc. A/CONF.183/9.

(LMG), zu der alle EU-Mitgliedstaaten gehörten⁶, sprach sich dahingegen für einen weitgehend unabhängigen Gerichtshof aus, der die definierten Straftatbestände ohne die vorherige Einwilligung der Mitgliedstaaten oder des UN Sicherheitsrates verfolgen dürfte (Broomhall 2003). Das Rom-Statut, das am 17. Juli 1998 verabschiedet wurde, stellt zu einem gewissen Grade einen Kompromiss zwischen diesen unterschiedlichen Standpunkten dar.

Obgleich die schlussendliche Formulierung des Rom-Statuts darauf ausgerichtet war, den Bedenken der USA im Hinblick auf den IStGH Rechnung zu tragen und zugleich die Unabhängigkeit des Gerichtshofs zu wahren, stimmten die Vereinigten Staaten am Ende gegen das Rom-Statut. Sie brachten dabei zum Ausdruck, dass sich ihre Bedenken in der Hauptsache auf den Mangel an ordnungsgemäßen Verfahrensstrukturen in der institutionellen Ausformung des IStGH und auf die Möglichkeit, dass US-amerikanische Soldaten, die in militärischen Operationen außerhalb der USA eingesetzt werden, strafrechtlich verfolgt werden könnten (Fehl 2004; B. Brown 2002; Weller 2002). Sowohl die Regierung Clinton als auch die Regierung Bush unternahmen mehrere Versuche, US-Bürger von der Strafverfolgung durch den IStGH freizustellen, wobei die Bush-Regierung einen feindseligeren Standpunkt im Bezug auf den Gerichtshof einnahm (Broomhall 2003; Weller 2002). 2001 verließ die US-amerikanische Delegation die Preparatory Commission (PrepCom), welches nach der DipCon eingerichtet wurde und die Aufgabe hatte, den Gerichtshof in Betrieb zu setzen. Die Bush-Regierung zog ihre Signatur des Rom-Statuts im Mai 2002 zurück, nachdem die Zahl der Ratifizierungen sechzig überschritten hatte und das Rom-Statut somit in Kraft trat.⁷ Außerdem verabschiedete der US-amerikanische Kongress 2002 den American Servicemembers' Protection Act (ASPA), der die Kooperation der USA mit dem IStGH verbietet. Zusätzlich macht er die Gewährung von Militärhilfen an Drittstaaten davon abhängig, dass diese Staaten ein so genanntes Bilateral Immunity Agreement (BIA) unterzeichnen, welches die Auslieferung von US-Bürgern an den

⁶ Großbritannien und Frankreich wechselten während der Verhandlungen in Rom von der ersten in die zweite Gruppe, so dass am Ende innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ein breiter Kompromiss zugunsten eines mächtigen und unabhängigen Strafgerichtshofs herrschte (Fehl 2004).

⁷ Präsident Clinton hatte das Rom-Statut in letzter Minute am 31. Dezember 2000 unterschrieben, obwohl es klar war, dass das Statut nicht die Unterstützung des Kongresses finden würde und somit in naher Zukunft nicht ratifiziert werden würde (Weller 2002). Gemäß den Bestimmungen des Rom-Statuts tritt das Statut in Kraft, wenn 60 Staaten es ratifiziert haben, was am 1. Juli 2002 eintrat; vgl. Rome Statute of the International Criminal Court, Art. 126; U.N. Doc. A/CONF.183/9.

IStGH untersagt. Diese Regelung wurde mit dem ‚Nethercutt Amendment‘, ein Gesetz, das der US-amerikanische Kongress im Juli 2004 verabschiedete, weiter verschärft, insofern dieses Gesetz auch die Zahlungen der USA aus dem Economic Support Fund (ESF) an Drittstaaten von der Unterzeichnung eines BIA abhängig macht.

Warum stellten sich die USA dem IStGH so entschlossen entgegen, isolierten sie sich dabei doch vom Rest der OECD-Länder und machten sich zur Zielscheibe polemischer Kritik – wenn doch die Strafverfolgung eines US-Bürgers durch den IStGH offensichtlich sehr unwahrscheinlich ist?

Die realistische Erklärung⁸ für die US-amerikanische Haltung gegenüber dem IStGH ist ebenso geradlinig wie überzeugend: Hegemonialmächte versuchen, völkerrechtliche Institutionen zu ihren eigenen Zwecken zu nutzen, welche größtenteils von ihrem nationalen Interesse diktiert werden – oder zumindest sollten. Sie nutzen das Völkerrecht, wenn sie Rechtfertigungen für ihre machtpolitisch motivierten Handlungen suchen, also in einer heuchlerischen Art und Weise, aber sie binden sich nicht an das Völkerrecht, wenn dieses eine Einschränkung ihrer Handlungsfähigkeit mit sich brächte (Scott 2004). Im Hinblick auf den IStGH spiegelt sich diese Denkweise in dem oft wiederholten Argument wieder, dass die USA eine herausgehobene Rolle als Garant des globalen Friedens und der Sicherheit spiele und daher besonders ‚verwundbar‘ hinsichtlich der Strafverfolgung ihrer Soldaten sei.⁹ Diese Erklärung stimmt mit Martti Koskenniemi Bewertung der US-amerikanischen Zunft der Völkerrechtler nach 1960 überein, die, laut Koskenniemi (2002: 474ff.), in überwältigender Weise Carl Schmitts und Hans Morgenthau Zugang zum Völkerrecht übernahmen, d.h. einen deformalisierten Völkerrechtsbegriff, demzufolge das Recht den Zwecken der

⁸ Ich werde im Folgenden den Ansatz des klassischen Realismus, der von Hans Morgenthau maßgeblich geprägt wurde, und den Neo-Realismus Waltz’scher Prägung unter dem gemeinsamen Etikett des ‚Realismus‘ behandeln. Sofern Differenzen zwischen beiden Theoriesträngen von Bedeutung sind, werde ich auf diese eingehen.

⁹ Hinsichtlich der herausgehobenen Rolle der USA, vgl. folgende Bemerkung des US-Chef-Unterhändlers, die ein Beobachter der Rom-Konferenz aus einem informellen Treffen kolportiert: ‚The U.S. is not Andorra! [...] the challenges of the post-Cold War world are so complex that, in some instances, the requirements of those few countries that are still in a position to actually do something by way of accomplishing various humane objectives simply have got to be accommodated. And you can’t approach this on the model of the equality of all states. You have to think in terms of the inequality of some states.‘ (Weschler 2000: 102).

politischen Machthaber dienen und zu deren Rechtfertigung herangezogen werden sollte.

Die liberal-institutionalistische Erklärung ist den realistischen Argumenten ähnlich, abgesehen davon, dass sie berücksichtigt, dass internationale Kooperation unter bestimmten Bedingungen Gewinne für alle Beteiligten mit sich bringt. Im Fall des IStGH bestehen diese Gewinne in der Verfolgung des Gemeinwohls in der Form der völkerrechtlichen Strafverfolgung von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen und in der Absenkung von Transaktionskosten, die ein System von Adhoc-Tribunalen wie dem für Ex-Jugoslawien (ICTY) und dem für Ruanda (ICTR) verursacht. Allerdings argumentieren Anhänger des liberalen Institutionalismus, dass die Souveränitätskosten – das sind die Nachteile, die Staaten zu tragen haben, wenn sie Teile ihrer Souveränität zum Wohle des gemeinsamen Gewinns aufgeben – für mächtige Staaten immer höher sind als für weniger mächtige (Abbott und Snidal 2000: 448). Das würde die Opposition der USA gegen den IStGH erklären. Zusammenfassend ist festzustellen, dass sowohl realistische und liberal-institutionalistische Theorien behaupten, die USA seien dem IStGH nicht beigetreten, weil dies ihrem nationalen Interesse als Großmacht nicht entspricht. Aus dieser Perspektive sind die offiziellen Äußerungen und Erklärungen von US-amerikanischen Politikern und Unterhändlern bezüglich des IStGHs nur von geringem Interesse, da sie allein dazu dienen, konkrete machtpolitische Ziele auszuschmücken oder zu verschleiern.

Der sozialkonstruktivistische Ansatz in den Internationalen Beziehungen bietet eine alternative Erklärung für die politischen Positionen bezüglich des IStGH auf beiden Seiten des Atlantiks. Gemäß der konstruktivistischen Sichtweise liegt die Diffusion und Institutionalisierung von Normen außenpolitischen Entscheidungen zugrunde. Im Hinblick auf den IStGH würden Konstruktivisten demzufolge argumentieren, dass eine divergente Verbreitung von Normen zu unterschiedlichen politischen Positionen gegenüber dem IStGH führte: während die europäischen Staaten Menschenrechtsnormen höher bewerten als das Prinzip der staatlichen Souveränität, ist in den USA das Gegenteil der Fall.¹⁰

In der vorliegenden Arbeit werde ich argumentieren, dass alle drei oben genannten Perspektiven auf den Fall des IStGH der vollen Bedeutung des Völkerrechts nicht

¹⁰ Ein genereller Überblick über den konstruktivistischen Ansatz in den Internationalen Beziehungen ist bei Risse und Sikkink (1999), Finnemore und Sikkink (1998), Jepperson et al. (1996) und Klotz (1995) zu finden. Im Hinblick auf den IStGH siehe Fehl (2004).

gerecht werden. Im Hinblick auf die realistische und die liberal-institutionalistische Erklärung für die US-amerikanische Ablehnung des IStGH, erstens, behaupte ich nicht, dass diese falsch sind. Ganz im Gegenteil, ich halte ihre argumentativen Grundlagen für überzeugend. Mein Einwand ist vielmehr, dass sie durch die Betrachtung des Völkerrechts und der Debatten darüber als ein bloßes Instrument der Machtpolitik bzw. als strategisch motivierte Rechtfertigungen machtpolitischer Ziele ignorieren, in welchem Maße das Völkerrecht und seine Institutionen eine basale Ordnung in den internationalen Beziehungen schaffen. Das Völkerrecht wird weitgehend als eine schwache Form der Verrechtlichung angesehen, weil es nicht von einer zentralen Autorität untermauert wird und es ihm an routinierten Mechanismen der Durchsetzung und der Ahndung von Rechtsverstößen mangelt (Morgenthau 1973: 295f.; vgl. Bull 1995: 129ff.). Diesen Einwänden zum Trotz liegt der vorliegenden Arbeit die Annahme zugrunde, dass das Völkerrecht eine grundlegende Ordnungsfunktion in den internationalen Beziehungen übernimmt, insofern es deren grundlegende Einheiten und die Beziehungen zwischen ihnen *konstituiert*. Die Institution der staatlichen Souveränität, zum Beispiel, definiert Staatlichkeit und fordert zugleich einen bestimmten Umgang zwischen Staaten, nämlich in Form des Prinzips der Nicht-Intervention.¹¹ Das Völkerrecht und die Debatten, die sich darauf beziehen, generieren demzufolge eine *Struktur*, der politische Akteure ihr Verhalten zu einem gewissen Grade angleichen. Einerseits sind politische Akteure in bestimmtem Maße in der Lage, die rechtliche Struktur zu verändern.¹² Jedoch besitzt das Völkerrecht auch eine gewisse Autonomie gegenüber politischen Akteuren. Selbst wenn diese versuchen, es zu instrumentalisieren, können sie damit eine Dynamik auslösen, die über den ursprünglichen Kontext ihrer strategischen Kalkulation hinausgeht und eventuell sogar nicht-intendierte Folgen zeitigt.¹³

¹¹ Auch wenn das Prinzip der Nicht-Intervention nicht immer respektiert wird, so wird die Intervention doch zumeist als ein Ausnahmefall gerechtfertigt, was wiederum das Gebot der Nicht-Intervention bekräftigt (Weber 1995).

¹² Hinsichtlich der Beziehung zwischen Akteur und Struktur folge ich weitgehend Giddens' Strukturierungstheorie (1984). Vgl. auch Wendt (1987).

¹³ Nico Krisch weist beispielsweise darauf hin, dass die WTO und ihre rechtlichen Grundlagen weitgehend von Amerikanern und Europäern in der Absicht, ihre Dominanz im Welthandel festzuschreiben, festgelegt worden seien, aber sich letztendlich in manchen Fällen zum Vorteil von kleineren Staaten aus der Peripherie des internationalen Handels ausgewirkt haben (2004: 291).

In diesem Kontext offenbart sich, dass sich realistische als auch liberal-institutionalistische Theorien gut dazu eignen, das Verhalten von politischen Akteuren zu erklären, sofern die Interessen, die diese Akteure verfolgen, nicht weiter problematisiert werden. Jedoch können sie nicht die grundlegendere Frage beantworten, *wie dieses Interesse selbst konstruiert wird*. Realistische und liberal-institutionalistische Theorien sind nicht in der Lage, diese Frage zu klären, weil sie die konstitutive Rolle des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen vernachlässigen. Kurzum, selbst wenn politische Akteure beschließen, eine bestimmte rechtliche Organisation aus Gründen des nationalen Interesses nicht zu unterstützen, ist das nur die halbe Wahrheit. Die politischen Konflikte und Debatten, die das nach sich zieht, können darüber hinaus tiefgreifende Differenzen hinsichtlich der grundlegenden Strukturmerkmale der internationalen Beziehungen offen legen, die weit über machtpolitische Bezüge hinausgehen, da das Verständnis dieser Strukturmerkmale die Folie bildet, auf der der Begriff des nationalen Interesses erst entwickelt werden kann. Im Gegensatz zu den Realisten und den liberalen Institutionalistinnen konzentriert sich mein Interesse auf die unterschiedlichen Bedeutungsstrukturen, die der transatlantischen Debatte über den IStGH zugrunde liegen. Die Ergebnisse meiner empirischen Untersuchung ergeben, dass es bei diesem Konflikt nicht nur unterschiedliche nationale Interessen geht, das politische Akteure auf beiden Seiten des Atlantik rational verfolgen, sondern um unterschiedliche Rationalitäten – ein Umstand, der die Natur des Konfliktes selbst tiefgreifend beeinflusst, wie ich in den folgenden Kapiteln zeigen werde.

Daher teile ich, zweitens, die sozialkonstruktivistische Annahme, dass Normen eine hohe Relevanz besitzen, weil sie sich stark auf die Art und Weise auswirken, in der Akteure zentrale politische Konzepte wie ‚Interesse‘, ‚Bedrohung‘, ‚Sicherheit‘ etc. wahrnehmen. Problematisch am sozialkonstruktivistischen Ansatz ist meines Erachtens jedoch sein Kernargument, das folgendermaßen lautet: eine Schwankung in der Diffusion von Normen führt zu unterschiedlichen politischen Entscheidungen. Diese Erklärung ist auf den Fall des IStGH allerdings nur schwer anwendbar, da sie nahe legt, dass es Menschenrechtsnormen unter US-amerikanischen Politikern, Diplomaten und Völkerrechtsexperten sowie der weiteren politischen Öffentlichkeit an Popularität mangelt, oder doch zumindest in Fällen, in denen anscheinend Souveränität und Menschenrechte gegeneinander abgewogen werden müssen, ersterer der Vorzug gegeben wird. Mit einem Blick auf das US-amerikanische Engagement für die Einhaltung von Menschenrechten im Verlauf der 1990er Jahre wird jedoch klar, dass

die Erklärung zu einfach ist. Aus diesem Grunde werde ich zeigen, dass es nicht Unterschiede in der Verbreitung von bestimmten Normen sind, die zu konfligierenden politischen Entscheidungen führen, sondern vielmehr die Tatsache, dass *unterschiedliche Akteure ein und dieselben Normen in unterschiedlicher Weise interpretieren*.¹⁴ Mein Anliegen ist es, zu demonstrieren, dass man, um eine zutreffende Erklärung der transatlantischen Differenzen im Hinblick auf den IStGH anzubieten, den Inhalt der Normen analysieren muss, die involviert sind.

Um die Bedeutungsvarianten freizulegen, die unterschiedliche Akteure mit Menschenrechtsnormen und dem Prinzip der Souveränität verbinden, ist es notwendig, die strukturellen Hintergründe zu untersuchen, von denen diese Bedeutungsvarianten ausgehen. Der vorliegenden Arbeit liegt die Annahme zugrunde, dass diese strukturellen Hintergründe aus mehr oder weniger kohärenten Konzepten internationaler Ordnung bestehen, die ich im folgenden als Diskurse bezeichnen werde (der Begriff des Diskurses wird weiter unten und im nächsten Kapitel detailliert erklärt werden). Diese Konzepte internationaler Ordnung sind zu einem gewissen Teil unabhängig vom Bewusstsein und der strategischen Manipulation politischer Akteure. Sie spielen eine konstitutive Rolle im Hinblick auf die Realität der internationalen Beziehungen, insofern sie Schemata für die Wahrnehmung und die Interpretation bereitstellen, die es politischen Akteuren ermöglichen, ihre Umwelt als einen sinnhaften Zusammenhang zu begreifen. In diesem Sinn sind sie auch konstitutiv für die Identität von Akteuren, weil sie die sozio-politischen Rollen formen, die letztere einnehmen können. Die Konzepte internationaler Ordnung sind allerdings nicht vollkommen abgehoben von den Handlungen der Akteure – sie müssen im Rahmen politischer Äußerungen und Debatten kommuniziert werden und werden manchmal in politischen oder rechtlichen Dokumenten kodifiziert. D.h., dass ich von der Annahme einer Dualität von Struktur und Handlung ausgehe (Giddens 1984; Morrow 1994: 160ff.): einerseits beschränken die Konzepte internationaler Ordnung politische Handlungsspielräume, sofern sie die ‚Realität‘ konstituieren, auf die sich politische Akteure beziehen und die Art, in der sie dieses tun. Andererseits entfalten die Konzepte internationaler Ordnung erst durch politisches Handeln ihre Wirkung und können daher im Laufe der Zeit auch Veränderungen durchlaufen. Mit dieser Perspektive auf den Fall des IStGH geht auch eine Bedeutungsverschiebung im Hinblick auf den Begriff der *Macht* einher: während

¹⁴ Vgl. auch Lucarelli (2004) im Hinblick auf einen Vergleich der normativen Agenda US-amerikanischer und europäischer Außenpolitik.

Realisten und liberale Institutionisten Macht als etwas betrachten, das sich in Form von materiellen Ressourcen manifestiert, beziehe ich mich auf eine Form der Macht, die in Strukturen vorhanden ist, anstatt an Akteure gebunden zu sein, und die ihre Wirkung dadurch entfaltet, dass sie Akteure ‚ermächtigt‘ oder ‚entmachtet‘ (Guzzini 1993: 472; vgl. auch Lukes 2005 und Barnett und Duvall 2005).

Die Kernannahme, die meiner Untersuchung des IStGH und des transatlantischen Konflikts, der mit ihm verbunden ist, zugrunde liegt, lautet, dass völkerrechtliche Bestimmungen und Debatten über sie ein zentrales Medium darstellen, in dem Konzepte internationaler Ordnung zum Ausdruck gebracht werden. Die Betrachtung des Völkerrechts als einer wesentlichen Quelle von Ordnung in den internationalen Beziehungen ist tief verwurzelt in der theoretischen Tradition der English School. Im Gegensatz zu der realistischen Annahme, der zufolge Anarchie das zentrale Strukturmerkmal der internationalen Beziehungen darstellt, behauptet die English School, dass eine Art Ordnung zwischen Staaten existiert, die besteht aus ‚common rules and institutions for the conduct of their relations‘ (Bull and Watson 1984: 1).¹⁵ Das Völkerrecht ist von entscheidender Bedeutung für diese Ordnung. Demzufolge sind die internationalen Beziehungen nicht vollkommen anarchisch, vielmehr bilden Staaten auf der Grundlage gemeinsam anerkannter Regeln eine ‚internationale Gesellschaft‘.¹⁶

¹⁵ Gemäß Bull und Watson sind nur die internationalen Beziehungen zwischen Staaten, die gemeinsam eine internationale Gesellschaft bilden, von dieser Ordnung charakterisiert, während sie uneingeschränkt anarchische Bedingungen als internationales System bezeichnen würden. In einem internationalen System gibt es keine gemeinsamen Regeln und Institutionen und daher auch keine Ordnung. Die Interaktion zwischen Staaten ist dementsprechend nicht sozialer, sondern bloß physischer Natur. Dahingegen argumentiert Buzan, dass die Unterscheidung zwischen internationaler Gesellschaft und internationalem System nicht hilfreich ist, da physische und soziale Interaktion eng zusammenhängen, d.h. wir uns also kaum internationale Beziehungen zwischen Staaten vorstellen können, die vollkommen frei von Regeln sind (2004: 98ff.). Buzan betont, dass dies die physische Interaktion nicht ausschließt, vielmehr eröffnet es die Möglichkeit, internationale Gesellschaften auf der Spannbreite eines Kontinuums zu klassifizieren, das von rein physischer Interaktion (Macht, Zwang) zu rein regelgeleiteter Interaktion (Normen, Überzeugungen) reicht. Vgl. auch Watson (1987).

¹⁶ Das Konzept der ‚Gesellschaft‘ ist dem soziologischen Kontext entliehen und basiert auf einer Analogie von Individuen und Staaten: ‚A *society of states* (or international society) exists when a group of states, conscious of certain common set of rules in their relations with one another, and share in the working of common institutions.‘ (Bull 1995: 13). Buzan bezeichnet die internationale Gesellschaft als ‚Gesellschaft zweiter Ordnung‘ (2004: 110), weil sie nicht aus Individuen zusammengesetzt ist.

Reformuliert aus der Sicht der English School beruht die US-amerikanische Opposition gegen den IStGH nicht auf einem Konflikt, bei dem es um die Erlangung eines höheren Grades an internationaler Ordnung um den Preis der Einbuße von Souveränitätsprärogativen auf der einen Seite und um die Beibehaltung eines hohen Grades an Freiheit um den Preis der Anarchie auf der anderen Seite geht – wobei die europäischen Staaten und Kanada in der Hauptsache die erste Haltung repräsentieren und die Vereinigten Staaten die zweite. Vielmehr dreht sich der Konflikt um die Frage, welches Konzept von internationaler Ordnung den Akteuren vorschwebt, die an dem Konflikt über die Einrichtung des IStGH beteiligt sind. Der Zugang zum Fall des IStGH, der sich im Rahmen eines English School Ansatzes gewinnen lässt, bestreitet nicht die Relevanz von machtpolitischen Aspekten, sondern versucht, über diese Aspekte hinaus die Konzepte internationaler Ordnung zu beleuchten, die politische Akteure propagieren, wenn sie ihre Positionen erklären und rechtfertigen (vgl. Ralph 2005).

Der Fall des IStGH liegt im Bereich von zwei zentralen Debatten der English School, die eng miteinander verwoben sind. Erstens betrifft er die Debatte zwischen Pluralisten und Solidaristen innerhalb der English School. Aus der Sicht der Pluralisten basiert die internationale Gesellschaft auf einem ‚dünnen‘ Korpus von geteilten Normen und Regeln, wobei *Souveränität* in diesem Kontext das wichtigste Prinzip darstellt. Aus dieser Perspektive spielt die staatliche Souveränität eine bedeutende Rolle, weil sie als Garant für das Fortbestehen einer Struktur fungiert, die auf der Koexistenz von Staaten beruht und gleichzeitig einen maximalen Grad an normativer Diversität zwischen diesen Staaten garantiert (Buzan 2004: 145ff.). Im Gegensatz dazu argumentieren Solidaristen, dass der internationalen Gesellschaft eine ‚dicke‘ Struktur gemeinsamer Regeln und Normen zugrunde liegt. Aus solidaristischer Sicht bietet vor allem der Bereich der Menschenrechte eine Instanz, aus der ‚dicke‘ Normen hervorgehen und ist deshalb als eine herausgehobene Quelle der Integration der internationalen Gesellschaft anzusehen (ebd.). Zweitens betrifft der Fall des IStGH die Frage nach dem Verhältnis von internationaler Gesellschaft und Weltgesellschaft. Während die internationale Gesellschaft aus Staaten besteht, setzt sich die Weltgesellschaft aus Individuen und transnationalen Akteuren wie NGOs zusammen. Die Unterscheidung von internationaler Gesellschaft und Weltgesellschaft ist insofern relevant, als sie die Konstellation von Souveränität und Menschenrechten berührt, da Souveränität in der internationalen Gesellschaft der Staaten wurzelt, während Menschenrechte sich zunächst auf Individuen beziehen, d.h. sie sind im Bereich der Weltgesellschaft zu

verorten. Das führt zu der Frage, wie sich internationale Gesellschaft und Weltgesellschaft zueinander verhalten und betrifft eine zweite wesentliche Debatte innerhalb der English School:

„Perhaps the central issue is the possibility of an ontological tension between the development of world society (particularly human rights) and the maintenance of international society. On the one side, the argument is that the development of individual rights in international law will undermine state sovereignty. [...] On the other side, the solidarist argument seeks to link the right of recognition of sovereignty to some minimum observance by the state of the rights of citizens.”
(Buzan 2004: 29)

Kurzum, Pluralisten betrachten die internationale Gesellschaft und die Weltgesellschaft als zwei sich unvermittelt gegenüberstehende Entitäten. Aus ihrer Sicht verhält es sich mit der Beziehung von Souveränität und Menschenrechten ebenso – sie schließen einander gegenseitig aus. Im Gegensatz dazu fassen Solidaristen die internationale Gesellschaft und die Weltgesellschaft als Bereiche auf, zwischen denen eine gegenseitige Abhängigkeit existiert. Aus ihrer Perspektive untermauern ‚dicke‘ Normen wie Menschenrechte die internationale Gesellschaft und führen zu einem höheren Grad von Ordnung, was umgekehrt zu einer fortschreitenden Konvergenz normativer Orientierungen im Bereich der Weltgesellschaft führt. Der solidaristischen Argumentation zufolge besteht zwischen Souveränität und Menschenrechten eine reziproke Beziehung, insofern die Souveränität eines Staates wesentlich von seiner Einhaltung der Menschenrechte abhängt.

Im Rahmen dieser Arbeit stellt die Debatte über das Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten innerhalb der English School den zentralen Ausgangspunkt dar. Allerdings betrachte ich diese Debatte nicht als eine, die auf der theoretischen Ebene abgehandelt werden kann, sondern einer empirischen Beleuchtung bedarf. D.h., ich werde analysieren, wie politische Akteure in ihren Äußerungen und Debatten die Beziehung von Souveränität und Menschenrechten konstruieren. Darüber hinaus werde ich, in Abweichung von einigen Teilen der English School, argumentieren, dass auf der Ebene der politischen Kommunikation die Wahrnehmung von Souveränität und Menschenrechten als einander ausschließenden Prinzipien keine gangbare Option

darstellt. Sogar die am meisten überzeugten Souveränisten¹⁷ verneinen die Relevanz von Menschenrechten nicht; sie bevorzugen nur die Durchsetzung von Menschenrechten innerhalb eines bestimmten politischen Rahmens, nämlich innerhalb der Grenzen souveräner Staaten. Daher behaupte ich, dass es notwendig ist, die einfache Dichotomie von Souveränität und Menschenrechten zu überwinden, die einigen Teilen der English School zugrunde liegt, um die unterschiedlichen Konzepte internationaler Ordnung untersuchen zu können, die im Rahmen der Debatten um den IStGH zu Ausdruck kommen.¹⁸ Meine Arbeit zielt darauf ab, zu zeigen, dass der transatlantische Konflikt über den IStGH nicht die Form eines Konflikts zwischen den Anhängern konfligierender Normen darstellt – Befürworter der staatlichen Souveränität auf der einen und Unterstützer der Menschenrechte auf der anderen Seite. *Vielmehr beruht die Debatte auf konfligierenden diskursiven Optionen, die sowohl Souveränität als auch Menschenrechte in ein mehr oder weniger konsistentes Konzept internationaler Ordnung integrieren.* Ich werde zeigen, dass sowohl Souveränität als auch Menschenrechte ‚contested concepts‘ (Connolly 1983) sind, deren Bedeutung aus einer typischen Ambivalenz hervorgeht, die beide Konzepte beinhalten. Die Kombination beider Ambivalenzen eröffnet wiederum ein Feld von unterschiedlichen Interpretationen der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten.

Auf der Grundlage meiner empirischen Untersuchung werde ich zeigen, dass es vier grundlegende Optionen zur Integration von Souveränität und Menschenrechten gibt: *erstens*, die *legalistische* Option, *zweitens*, den *interventionistischen* Standpunkt, *drittens*, die *souveränistische* Perspektive und *viertens*, die *progressivistische* Haltung. Der Legalismus geht davon aus, dass Menschenrechte auf der Basis supra-staatlicher Regime institutionalisiert und durchgesetzt werden sollen, denen sich alle Staaten im

¹⁷ Vgl. Spiro (2000) zum Begriff des ‚Souveränismus‘.

¹⁸ Solidaristische Ansätze im Rahmen der English School-Tradition berücksichtigen die reziproke Beziehung von Menschenrechten und Souveränität. Reus-Smit legt zum Beispiel dar, dass im Rahmen der Dekolonialisierungs-Diskurse Souveränität und Menschenrechte sich als gleichberechtigte Prinzipien durchsetzen (2001). Ihm zufolge stellt in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts Souveränität ohne die Einhaltung von Menschenrechten keine legitime Form der politischen Herrschaft mehr dar. Obwohl dieser Ansatz die Dichotomie von Souveränität und Menschenrechten aufzubrechen versucht, stellt die vorgeschlagene Rekonzeptualisierung nur eine mögliche Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten dar und vernachlässigt demzufolge andere diskursive Optionen, beide Prinzipien zu synthetisieren. Siehe das nächste Kapitel für eine detaillierte Diskussion von Reus-Smits Beitrag.

gleichen Maße unterwerfen. Der Interventionismus befürwortet eine Konstellation, in der mächtige Staaten ihr Handlungsvermögen dazu nutzen sollen, Menschenrechte auf der globalen Ebene durchzusetzen. Aus dieser Sicht ist die Souveränität von Staaten von ihrer Einhaltung von Menschenrechtsstandards abhängig. Der Souveränismus basiert auf der Annahme, dass nur der souveräne Staat den geeigneten Rahmen für die Implementierung von Menschenrechten darstellt, aber nicht supra-staatliche Institutionen. Progressivisten halten die Delegation von Implementierungsmechanismen hinsichtlich der Menschenrechte an supra-staatliche Organisationen ebenfalls für falsch. Trotzdem spielen supra-staatliche Organisationen aber eine wichtige Rolle. Allerdings erwächst ihre Bedeutung nicht aus ihrer Kompetenz zur Durchsetzung von Menschenrechten, sondern aus ihrer Fähigkeit, Zugang und Mitgliedschaft in ihnen trennend zu gestalten: nur solche Staaten, die innerhalb ihrer Grenzen die Menschenrechte einhalten, sollten Zugang zu diesen Gremien bekommen.

Ich werde diese vier Optionen zur Integration von Souveränität und Menschenrechten als potentielle Spannweite des diskursiven Repertoires bezeichnen, das politischen Akteuren zur Verfügung steht, wenn sie über Fragen von Souveränität und Menschenrechten kommunizieren. Jede dieser Optionen stellt einen Diskurs dar, der gegen die anderen Optionen abgegrenzt ist und mit ihnen konkurriert. Ein Diskurs ist eine begrenzte Anzahl von Texten und Sprechakten, die miteinander verbunden sind durch bestimmte Objekte, auf die sie sich beziehen und bestimmten Regeln, denen zufolge sie diese Objekte konstruieren (Fairclough 1995b; Morrow 1994). Diskurse bilden also legitime Optionen, über bestimmte Objekte zu kommunizieren. Sie bestimmen daher die Art und Weise, in der politische Akteure über die sie umgebende Realität sprechen. Politische Akteure können Diskurse strategisch nutzen, aber sie sind nicht in der Lage, sie vollkommen zu kontrollieren, da Diskurse eine relativ feste Struktur darstellen, d.h. sie verbinden ihre Bezugsobjekte auf eine bestimmte Art und Weise und besitzen dabei einen gewissen Grad von Autonomie, eine strukturelle Trägheit, die sich Versuchen entzieht, die grundlegenden Charakteristika eines Diskurses willentlich zu manipulieren.

Im Hinblick auf die diskursive Dynamik, die sich während des Verhandlungsprozesses im Rahmen der DipCon in Rom und in der darauf folgenden Phase der Errichtung des IStGH entfaltete, werde ich nachweisen, dass die europäischen Staaten – Deutschland, Frankreich und Großbritannien – weitgehend dem legalistischen Diskurs folgten und dass dieser im Laufe der Zeit eine hegemoniale Position erlangte. Die Vereinigten

Staaten hingegen opponierten gegen diesen Diskurs und gegen die institutionelle Ausformung des IStGH, die er vorsah, hatten aber große Schwierigkeiten, die hegemoniale Position des Legalismus einzudämmen. Die US-amerikanische Ablehnung des IStGH in seiner letztendlichen Gestalt basierte auf einer Kombination und Variation vom interventionistischen Diskurs einerseits und vom Souveränismus andererseits. Der progressivistische Diskurs spielte dahingegen nur eine marginale Rolle in der Debatte über den IStGH. Diese diskursive Dynamik gibt Anlass zu zwei Fragen: Erstens, warum einigten sich die europäischen Staaten schon zu einem recht frühen Zeitpunkt in den Verhandlungen auf einen gemeinsamen legalistischen Standpunkt, obwohl sie anfangs unterschiedliche Positionen hinsichtlich des Gerichtshofs einnahmen? Durch ihre Einigung verschob sich die zentrale Konfliktlinie der Debatte von der Konstellation ‚permanente Mitglieder des UN Sicherheitsrates versus weniger mächtige Staaten‘ zu einer Situation, in der die USA und Europa sich gegenüberstanden. Dies führt uns zu der zweiten Frage, die lautet: welche Auswirkungen hat diese Dynamik auf die Ebene der normativen Integration der internationalen Gesellschaft? Diesen Fragen werde ich mich in der Schlussbetrachtung zuwenden, in deren Rahmen ich unterschiedliche Hypothesen und Erklärungen im Hinblick auf beide Probleme diskutieren werde.

Die vorliegende Arbeit umfasst acht Kapitel, von denen das zweite einen Überblick über die theoretische Literatur zum Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten gibt. Ich werde die einschlägige Literatur zu diesem Thema kritisch diskutieren und darauf hinarbeiten, ihre wesentliche Schwäche zu überwinden, die darin besteht, dass die meisten Theoretiker von einer hierarchischen Dichotomie im Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten ausgehen. Ich werde darlegen, dass es sich sowohl bei Souveränität als auch bei Menschenrechten um ‚contested concepts‘ – umstrittene Konzepte – handelt. Weiterhin werde ich zeigen, dass der Streit um ihre Bedeutung aus der typischen Ambivalenz entsteht, die beide Konzepte jeweils kennzeichnet. Kombiniert man beide Konzepte und die ihnen inhärenten Ambivalenzen, so eröffnet sich eine diskursive Formation, die aus vier miteinander konkurrierenden Diskursen besteht. Alle vier Diskurse behaupten dabei, ein und dasselbe Objekt zu konstituieren, nämlich die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten. Im ersten Kapitel werde ich darüber hinaus auch die theoretischen Konzepte erläutern, die von wesentlicher Bedeutung für meine Arbeit sind, wie Diskurs, diskursive Macht und Hegemonie. Außerdem werde ich meinen methodischen Ansatz darlegen und erklären, wie ich meine empirischen Daten erhoben und analysiert habe.

Die vier folgenden Kapitel sind der Rekonstruktion und Analyse der vier oben erwähnten Diskurse gewidmet, d.h. Legalismus, Interventionismus, Souveränismus und Progressivismus. Die Kapitel 3 bis 6 basieren somit auf den Ergebnissen meiner empirischen Untersuchung. Um einen maximalen Grad an Konsistenz und Nachvollziehbarkeit meiner Analyse zu gewährleisten, weisen diese vier Kapitel eine identische Struktur auf, d.h. ich beginne jedes Kapitel mit einer Darstellung des grundlegenden Narrativs des jeweiligen Diskurses, fahre dann fort mit der Rekonstruktion der Ontologie, die dem Diskurs zugrunde liegt und erläutere schließlich die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechte, die das Kernstück eines jeden Diskurses ausmacht.

Das dritte Kapitel behandelt den legalistischen Diskurs, der, wie ich oben schon erwähnte, im Verlauf der Debatte um den IStGH eine hegemoniale Position erlangte. Ich werde nachweisen, dass der legalistische Diskurs sich stark auf die Tradition der Aufklärung bezieht und deren Idee des Fortschritts, verstanden als eine zunehmende Rationalisierung, Verrechtlichung und Professionalisierung von Politik. Legalisten zufolge besteht das *telos* des Fortschritts in den internationalen Beziehungen in einer gerechten und friedlichen internationalen Ordnung, die sich in maßgeblicher Weise auf das Völkerrecht stützt. Darüber hinaus argumentieren die Anhänger des Legalismus, dass diese internationale Ordnung symmetrisch sein muss in dem Sinne, dass allen Staaten unabhängig von ihrer tatsächlichen Macht und Größe die gleichen Rechte und Pflichten zukommen. Ein Spezifikum des legalistischen Diskurses besteht darin, dass er sich im Hinblick auf die ontologischen Einheiten, auf die er sich bezieht, zwei Fraktionen umfasst. Die erste betrachtet die internationale Gesellschaft der Staaten als den wichtigsten Bezugspunkt für Menschenrechte, während die andere die Weltgesellschaft der Individuen in den Vordergrund stellt. Wie ich im dritten Kapitel zeigen werde, wirkt sich diese Fraktionierung ebenfalls auf die Interpretation des Souveränitätsprinzips innerhalb des legalistischen Diskurses aus.

Das vierte Kapitel behandelt den interventionistischen Diskurs. Ich werde zeigen, dass Interventionisten, obwohl sie sich der Relevanz des Völkerrechts bewusst sind, gegen die legalistische Idee opponieren, der zufolge die Durchsetzung von Menschenrechten durch professionelle Rechtsinstitutionen wie dem IStGH erfolgen sollte. Dem halten Interventionisten entgegen, dass Menschenrechte am effektivsten durch mächtige Staaten auf globaler Ebene implementiert werden können, denen sie die Rolle von *Vigilantes* zuweisen. Der Begriff der *Vigilantes* bezeichnet Akteure, die

völkerrechtliche Regeln im Namen der internationalen Gesellschaft durchsetzen und sich dabei an die Stelle einer zentralen Autorität setzen, die auf der Ebene der internationalen Gesellschaft fehlt. Auf der Basis dieser Argumentation kommen Interventionisten zu dem Schluss, dass der IStGH in seiner endgültigen institutionellen Ausformung eher ein Hindernis für die Implementierung von Menschenrechten auf globaler Ebene darstellt als ihre Durchsetzung zu erleichtern, weil die herausgehobene Rolle von Großmächten sich nicht im Rom-Statut widerspiegelt. Interventionisten zufolge werden Großmächte nach dem Inkrafttreten des Statuts zögern, ihre Truppen im Rahmen von humanitären Interventionen einzusetzen, da sie befürchten müssen, dass ihre Soldaten politisch motivierten Strafverfolgungen zum Opfer fallen.

Im fünften Kapitel werde ich den souveränistischen Diskurs untersuchen. Dieser weist Ähnlichkeiten mit dem legalistischen Diskurs auf, insofern er Ordnung mit Verrechtlichung gleichsetzt. Jedoch müssen rechtliche Institutionen den Souveränisten zufolge in einer Verfassungsstruktur verankert sein – die auf der Ebene der internationalen Gesellschaft weitgehend fehlt. Aus diesem Grunde betrachten Souveränisten die innerstaatliche Ebene als den einzig möglichen und legitimen Raum zur Durchsetzung von Menschenrechten. Sie betonen, dass Gerichte nur dann in der Lage sind, ordentliche Rechtsverfahren zu garantieren, wenn sie in die verfassungsrechtlichen Strukturen und die demokratischen *checks and balances* innerhalb eines Staates eingebettet sind. Da es auf der globalen Ebene keine verfassungsrechtlichen Strukturen gibt (und keine demokratischen Mechanismen, um sie einzusetzen und sie zu legitimieren), behaupten die Souveränisten, dass internationale Rechtsinstitutionen nicht aus dem Kollektiv der internationalen Gesellschaft von Staaten entstehen. Vielmehr beruhen sie auf der Zustimmung von einzelnen Staaten. Aus diesem Blickwinkel kritisieren Souveränisten auch das Bestreben des IStGH nach Universalität, ebenso wie seinen Anspruch, auch über Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten zu richten.

Der progressivistische Diskurs, den ich im sechsten Kapitel beleuchten werde, stellt den schwierigsten Fall meiner empirischen Untersuchung dar. Wie schon erwähnt spielte der progressivistische Diskurs nur eine marginale Rolle in den Debatten über den IStGH. Während sowohl die Interventionisten als auch die Souveränisten nicht gegen die Idee eines Strafgerichtshofs als solcher opponierten, sondern nur dessen endgültige, stark legalistisch geprägte institutionelle Ausformung kritisierten, stellten die Progressivisten den Nutzen des Strafgerichtshofs als solchen in Frage. Sie sehen sich

einem Zielkonflikt zwischen der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenrechts- und Kriegsverbrechen auf der einen Seite und der Forderung nach Demokratisierung auf der anderen Seite gegenüber. Wenn die Regierenden autoritärer Staaten befürchten müssen, dass ihre etwaigen Verbrechen strafrechtlich verfolgt werden, werden sie versuchen, so lange wie möglich an der Macht zu bleiben und dabei sogar ein Blutvergießen in Kauf nehmen. Als problematisch im Hinblick auf den progressivistischen Diskurs stellte sich heraus, dass progressivistische Stimmen innerhalb der Debatten um den IStGH selten waren, so dass die empirische Grundlage zur Untersuchung dieses Diskurses entsprechend dünn ausfiel. Deshalb musste ich zusätzliches Datenmaterial erheben, das ich hauptsächlich aus Dokumenten und Kommentaren bezüglich der Gründung der ‚Community of Democracies‘ 2000 in Warschau gewonnen habe (das sechste Kapitel enthält eine detaillierte Darstellung und Diskussion meiner Vorgehensweise). Auf der Basis dieses zusätzlichen Datenmaterials werde ich zeigen, dass Progressivisten die innerstaatliche Ebene für den angemessenen Rahmen bei der Implementierung von Menschenrechten betrachten, aber gleichzeitig auch der internationalen Ebene eine Rolle in Menschenrechtsangelegenheiten beimessen. Sie fassen die internationale Gesellschaft als eine ‚geschlossene Gesellschaft‘ auf, zu der nur die Staaten Zugang finden, die innerhalb ihrer eigenen Grenzen Menschenrechte achten. Darüber hinaus berufen sich Progressivisten auf die These des ‚demokratischen Friedens‘, der zufolge Demokratien nicht gegeneinander Krieg führen. Kurzum, für Progressivisten beruht die internationale Ordnung in der Hauptsache auf innerstaatlichen Demokratiestrukturen.

Schließlich werde ich im siebten Kapitel typische Konfliktpunkte zwischen den einzelnen Diskursen darlegen, aber auch erläutern, wo die Potentiale für Konvergenz und Kompromisse liegen. Ich werde zeigen, dass trotz wesentlicher Differenzen zwischen den Diskursen hinsichtlich der Narrative, ihrer ontologischen Bezugspunkte und der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten, sich explizite Konflikte nur auf bestimmte Punkte beziehen und dabei eine gewisse Regelmäßigkeit aufweisen. Ein wesentliches Ergebnis dieses Kapitels besteht in dem Nachweis, dass die meisten Konflikte zwischen benachbarten Diskursen entstehen, also solchen Diskursen, die entweder die Konzeptualisierung von Souveränität miteinander teilen, aber hinsichtlich ihrer Auffassung von Menschenrechten voneinander abweichen, oder umgekehrt. Dies betrifft vor allem das Verhältnis vom legalistischen Diskurs zum interventionistischen Diskurs auf der einen Seite, und zum souveränistischen Diskurs auf der anderen. Konflikte zwischen Legalisten und Interventionisten betreffen in der Hauptsache die

Charakteristika der internationalen Ordnung, insbesondere die Frage, ob diese Ordnung eher auf Rechtsinstanzen wie dem IStGH beruht oder eher von Großmächten etabliert und aufrechterhalten wird. Dahingegen beziehen sich Konflikte zwischen Legalisten und Souveränisten auf die Frage nach der Ebene der Implementierung von Menschenrechten: während Legalisten die Implementierung auf der supra-staatlichen Ebene bevorzugen, propagieren Souveränisten die innerstaatliche Ebene als den angemessenen Rahmen für die Durchsetzung von Menschenrechten. Obwohl die Anhänger des Legalismus teilweise versuchten, sowohl den Interventionisten als auch den Souveränisten im Hinblick auf die institutionelle Ausgestaltung des IStGH entgegenzukommen, werde ich nachweisen, dass es zu keiner wirklichen Konvergenz zwischen diesen Diskursen kommt und die gefundenen Kompromisse die Kontroversen nicht zu überbrücken vermochten.

In der Schlussbetrachtung werde ich die Ergebnisse meiner empirischen Untersuchung zusammenfassen und sie im Hinblick auf mehrere Fragen diskutieren: erstens, welche Schlüsse erlaubt meine Analyse im Hinblick auf die ablehnende Haltung der USA gegenüber dem IStGH? Zweitens, wie lässt sich erklären, dass sowohl Frankreich als auch Großbritannien 1997 bzw. 1998 ihre Haltung zum IStGH änderten und zu Anhängern des legalistischen Diskurses wurden? Außerdem werde ich diskutieren, welche Auswirkungen die Tatsache hat, dass unterschiedliche Akteure in den internationalen Beziehungen unterschiedliche Auffassungen der internationalen Ordnung haben und von der Rolle, die Souveränität und Menschenrechte im Rahmen dieser Ordnung zukommen. Kurzum: was bedeutet dieser Umstand für das Fortbestehen der internationalen Gesellschaft? Zuletzt werde ich mich der Frage zuwenden, welche weiterführenden Forschungsfragen die vorliegende Arbeit aufwirft.

2 DIE KONFIGURATION VON SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTEN. EIN THEORETISCHER ÜBERBLICK UND EINIGE ÜBERLEGUNGEN ZUR METHODE

2.1 Der IStGH als Fallbeispiel für die Debatte über Souveränität und Menschenrechte

Wie schon in der Einleitung dargelegt, stellt der IStGH einen Fall dar, der an der Schnittstelle von Souveränität und Menschenrechten lokalisiert ist. Im Bezug auf letztere zielt der IStGH im Wesentlichen auf politische und bürgerliche Rechte ab, während wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte keine Rolle spielen.¹ Des Weiteren fokussiert der IStGH innerhalb des Bereichs der politischen und bürgerlichen Rechte die ‚urgent rights‘ (Rawls 1999: 79), d.h. das Verbot des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit (wie z. B. Verfolgung und Vertreibung von ethnischen oder politischen Minderheiten, Verschwindenlassen und willkürliche Festnahmen, Folter und Vergewaltigung). Außerdem dient der IStGH der Durchsetzung des humanitären Völkerrechts, das u. a. zum Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten und um die angemessene Behandlung von Kriegsgefangenen zu gewährleisten, geschaffen wurde.² Der IStGH ist jedoch nicht nur im Hinblick auf die Reichweite der Rechte begrenzt, zu deren Durchsetzung er dienen soll, sondern auch an kontextuelle Bedingungen geknüpft, da die Bestimmungen seines Statuts sich nur auf Situationen des – sowohl zwischenstaatlichen als auch innerstaatlichen – bewaffneten

¹ Ein Überblick über die unterschiedlichen Bereiche der Menschenrechte ist zu finden bei Donnelly (2002) und Beetham (1999). Im Hinblick auf die Diskussion über die Relevanz unterschiedlicher Gruppen von Rechten, siehe u. a. Nussbaum (2000), Shue (1996) und Cranston (1973).

² In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass die Kategorie der Kriegsverbrechen aus einer anderen Rechtstradition stammt als die des Völkermordes und der Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Während die letzteren in der Menschenrechtstradition als solcher wurzeln (vor allem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und der Völkermord-Konvention aus dem gleichen Jahr), gehören die ersteren historisch zum humanitären Völkerrecht (kodifiziert in den Haager Konventionen I-IV von 1899 bis 1907 und den Genfer Konventionen I-IV von 1949 sowie den Zusatzprotokollen I-II von 1977). Allerdings ist festzustellen, dass seit 1945 das humanitäre Völkerrecht in zunehmendem Maße von Menschenrechtsnormen beeinflusst wurde (Cassese 2005: 404).

Konflikts beziehen.³ Trotz der begrenzten Spannbreite an Rechten, zu deren Durchsetzung der IStGH dienen soll, stellt der Gerichtshof eines der am meisten ambitionierten Projekte der letzten Jahre im Hinblick auf die Implementierung von Menschenrechten dar, weil er eine globale Reichweite anstrebt und über rechtliche Durchsetzungsmechanismen verfügt. Zugleich berührt die Errichtung des IStGH aber auch die Frage nach der staatlichen Souveränität, da er sich auf das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern bezüglich der Verfolgung von Verstößen gegen das Völkerstrafrecht auswirkt (Fehl 2004; Broomhall 2003; Economides 2001).⁴ Zwar gab es vor dem Inkrafttreten des Rom-Statuts 2002 Anläufe, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf der Basis des Weltrechtsprinzips⁵ zu verfolgen, aber diese waren eher selten und zögerlich. Temporäre Strafrechtstribunale wie die Nürnberger Prozesse und die Prozesse in Tokio nach dem Zweiten Weltkrieg und, in neuerer Zeit, das Tribunal für Ex-Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR) waren demgegenüber üblicher.

Im Gegensatz zu den vorhergehenden Anläufen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen strafrechtlich zu verfolgen, stellt der IStGH eine permanente internationale Institution dar, deren Aufgabe es ist, das Völkerstrafrecht im Hinblick auf die aufgeführten Tatbestände durchzusetzen. Sein Chefankläger ist in der Lage, Untersuchungen ohne die vorherige Einwilligung des oder der betroffenen

³ Diese Einschränkung ergibt sich in vielerlei Hinsicht schon aus der konfliktgebundenen Natur der Verbrechenstatbestände selbst, aber es gibt auch marginale Fälle wie z.B. Folter und Vergewaltigung.

⁴ Kenneth Abbott und Duncan Snidal gehen davon aus, dass internationale Rechtsinstitutionen besonders hohe Souveränitätskosten mit sich bringen, wenn sie das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern berühren, was im Hinblick auf den IStGH klar der Fall ist (2000: 437).

⁵ Das Weltrechtsprinzip besagt, dass diese Verbrechen von nationalen Gerichten unabhängig von der Nationalität des Täters, der Nationalität des Opfers und dem Staat, auf dessen Territorium das Verbrechen stattfand, strafrechtlich verfolgt werden können: ‚Under universal jurisdiction, the fact that a crime did not occur within or have a discernible impact on the territory of security of a State (thus falling outside of territorial or protective principle jurisdiction) or that no national of the State perpetrated or was a victim of the act (active or passive personality jurisdiction) is no impediment to proceedings by that State’s authorities. Where international law recognizes this form of jurisdiction, States have in effect acknowledged that any other State may or must investigate and prosecute a given crime, even absent the usual jurisdictional links.‘ (Broomhall 2003: 106). Ein prominenter Versuch zur Ausübung des Weltrechtsprinzips stellt der Fall Pinochets 1999 dar.

Staaten einzuleiten. Zwar gewährt das Komplementaritätsprinzip⁶ im Rom-Statut nationalen Gerichten den Vorrang in der Strafverfolgung; allerdings stehen diese dabei unter der Beobachtung des IStGH-Chefanklägers, welcher berechtigt ist, einen Fall an den IStGH weiterzuverweisen, sofern er zu dem Schluss kommt, dass ein Staat sich ‚unfähig oder unwillig‘ zeigt, seiner strafrechtlichen Verfolgungspflicht nachzukommen.⁷ Vor diesem Hintergrund kommt Marc Weller zu dem Schluss, dass mit der Errichtung des IStGH ein Moment erreicht ist, in dem Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht staatszentriertes Denken unterminiert haben (2002: 695).

Weite Teile der neueren Publikationen zum Thema Menschenrechte und Souveränität betrachten die humanitäre Intervention als den ‚klassischen‘ Fall, in dem die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten auf dem Prüfstand steht, da die humanitäre Intervention direkt dem Gebot der Nicht-Intervention widerspricht, welches im Prinzip der Souveränität eingeschlossen ist (Wheeler 2000). Der Fall des IStGH vermag jedoch andere, wenn nicht tiefere Einblicke in die Frage des Verhältnisses von Souveränität und Menschenrechten zu geben – und zwar aus zwei Gründen. Erstens erfasst die Untersuchung von humanitären Interventionen oft Situationen eines breiten internationalen Konsenses, vor allem in solchen Fällen, wo eine Intervention unter einem Mandat des UN-Sicherheitsrats stattfindet. Das führt allerdings zu sehr optimistischen und verfrühten Schlussfolgerungen über das Maß, in dem politische Akteure auf globaler Ebene im Hinblick auf die Frage nach der Relevanz der Menschenrechte übereinstimmen. Obwohl die meisten Wissenschaftler konzедieren, dass Fälle wie die Nato-Intervention in Kosovo umstritten sind, lautet das generelle Fazit oft, dass wir am Beginn des 21. Jahrhunderts einen Paradigmenwechsel hin zu einer Weltordnung beobachten können, die den Menschenrechten mehr Gewicht beimisst und eher bereit ist, diese notfalls auch militärisch durchzusetzen als je zuvor (Wheeler 2000; Bonacker und Brodocz 2001). Jedoch ist diese Schlussfolgerung dazu geneigt zu ignorieren, in welchem Maße die Frage nach dem Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten weiterhin umstritten ist. Diesbezüglich bietet der Fall des IStGH weitaus tiefere Einblicke in betreffenden Debatten und Kontroversen.

⁶ Das Komplementaritätsprinzip legt fest, dass der IStGH als ein ‚court of last resort‘ fungiert. D.h., ‚a case is to be declared inadmissible to the ICC if it is being investigated or prosecuted (or has been investigated) by national authorities, unless the State in question is unable or unwilling genuinely to carry out the investigation or prosecution‘ (Cassese 2005: 457).

⁷ Rome Statute of the International Criminal Court, Art. 17; U.N. Doc. A/CONF.183/9.

Zweitens umfasst der Fall des IStGH auch mehr Aspekte als der Fall der humanitären Intervention. Er schließt die Errichtung einer permanenten Rechtsinstitution zur Durchsetzung der Menschenrechte ein, darüber hinaus berührten die Debatten über den IStGH aber auch die Frage der humanitären Intervention: im Verlaufe des Inkrafttretens des Rom-Statuts und während der Gerichtshof seine Arbeit aufnahm, verlangten die USA wiederholt eine Freistellung ihrer Bürger von der Rechtsprechung des IStGH. Von der Gewährung dieser Freistellung machten sie ihre weitere Unterstützung des UN-Peacekeeping-Mandats in Bosnien-Herzegowina abhängig. Folglich betrafen die Debatten über den IStGH die Frage der humanitären Intervention ebenso wie die Frage nach dem Verhältnis von Staaten zu internationalen Organisationen bzw. nach der Übertragung von Souveränitätsprärogativen von ersteren auf letztere.

2.2 Der English School-Ansatz

Die Frage nach dem Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten stellt eines der Kernprobleme der English School in den Internationalen Beziehungen dar. Aus der Perspektive der English School ist sie eine Frage nach den normativen Grundlagen der internationalen Gesellschaft (Buzan 2004). Der Begriff der internationalen Gesellschaft bezieht sich auf ‚the institutionalisation of shared interest and identity amongst states, and puts the creation and maintenance of shared norms, rules and institutions at the centre of IR theory‘ (ebd.: 7). Folgt man Hedley Bull, so hat die internationale Gesellschaft – als eine Gesellschaft von Staaten – weder die gleichen Eigenschaften wie eine Gesellschaft, die aus Individuen besteht, noch erfüllt sie die gleichen Funktionen. Er weist explizit auf die Grenzen der ‚domestic analogy‘ hin (Bull 1995: 47).⁸ Vor allem mangelt es der internationalen Gesellschaft im Vergleich zu Gesellschaften im innerstaatlichen Rahmen an einer Konzentration von Macht und Autorität in der Form einer Regierung, welche die politische Ordnung durchsetzt. Aus diesem Grunde bezeichnet Bull die internationale Gesellschaft als ‚anarchische Gesellschaft‘. Ihm zufolge verkraftet die internationale Gesellschaft dadurch, dass sie nur einige basale Funktionen erfüllen soll, nämlich die Anwendung von Gewalt zu minimieren und die Geltung von Verträgen und Eigentumsrechten sicherzustellen, ein gewisses Maß von Anarchie (ebd.: 22ff.).

⁸ ‚The domestic analogy is no more than an analogy; the fact that states form a society without government reflects features of their situation that are unique.‘ (Bull 1995: 48-49).

Im Hinblick auf die Frage, welche Normen das Fundament der internationalen Gesellschaft bilden und wie ‚dick‘ das normative Fundament ist, findet sich im Rahmen der English School drei unterschiedliche Antworten: Zunächst betonen die *Pluralisten*, dass die Ausgangsbedingung der internationalen Beziehungen von einem hohen Grad an Diversität bezüglich normativer Orientierungen gekennzeichnet ist. Sie betrachten Souveränität als die wichtigste Norm für die internationale Gesellschaft, da Souveränität ihnen zufolge ein Maximum an normativer Vielfalt zulässt und zugleich eine friedliche Koexistenz zwischen den Staaten sicherstellt (Mayall 2000; Bull 1995; vgl. Buzan 2004). Obwohl Pluralisten die Einhaltung der Menschenrechte für wünschenswert halten, zögern sie im Hinblick auf die Frage nach ihrer globalen Durchsetzbarkeit. Sie argumentieren, dass mangels eines globalen Konsensus über den normativen Gehalt der Menschenrechte Anläufe zu deren globaler Implementierung die internationale Ordnung unterminieren könnten, insofern sie eine Beschneidung der Souveränitätsprärogative von Staaten mit sich brächten. Theoretiker der *Weltgesellschaft* im Rahmen der English School erkennen die Spannung zwischen der internationalen Gesellschaft der Staaten einerseits, die auf dem Prinzip der Souveränität beruht, und der Weltgesellschaft der Individuen, denen Menschenrechte zukommen, andererseits, an. Anstatt jedoch die Forderung nach einer globalen Durchsetzung der Menschenrechte als eine Gefährdung der internationalen Ordnung zurückzuweisen, argumentieren sie, dass staatliche Souveränität ein Hindernis auf dem Weg zur Realisierung einer gerechteren internationalen Ordnung darstellt (vgl. Buzan 2004: 27ff.; Diez und Whitman 2002: 48f.; Bull 1995: 90). Schließlich zielen die *Solidaristen* darauf ab, die Dichotomie zwischen internationaler Gesellschaft und Weltgesellschaft zu überwinden, indem sie argumentieren, dass zwischen beiden Bereichen eine wechselseitige Abhängigkeit besteht: geteilte normative Orientierungen auf der Ebene der Zivilgesellschaft untermauern die Existenz der internationalen Gesellschaft von Staaten, während die internationale Ordnung, die seitens der Staaten gesichert wird, ihrerseits wiederum eine größere normative Konvergenz von globalem Ausmaß auf der Ebene der Zivilgesellschaft entstehen lässt (vgl. Buzan 2004: 30).

In diesem Kapitel werde ich zeigen, dass die Herangehensweise der English School an das Problem der Konstellation von Souveränität und Menschenrechten dazu tendiert, nicht zu berücksichtigen, in welchem Maße Souveränität und Menschenrechte inhärent miteinander verbunden sind. Dies betrifft insbesondere die Pluralisten und die Theoretiker der Weltgesellschaft, wie der nächste Abschnitt detailliert aufzeigen wird.

Solidaristische Ansätze dahingegen erkennen die immanente Verbindung von Souveränität und Menschenrechten an und betrachten ihre Konstellation als wechselseitig konstitutiv. Trotzdem werde ich darlegen, dass sie den Gedanken der wechselseitigen Konstitution von Souveränität und Menschenrechten nicht weit genug vorantreiben. Letztendlich haben sich Menschenrechte den Solidaristen zufolge historisch zum vorherrschenden Prinzip der internationalen Beziehungen entwickelt, während Souveränität nur noch einen derivativen Status einnimmt. Das spiegelt sich in der solidaristischen Forderung wieder, der zufolge Staaten nur dann als souverän anerkannt werden – und werden sollten –, wenn sie die Einhaltung von Menschenrechtsstandards gegenüber ihren Bürgern garantieren.

Im Gegensatz dazu läuft meine Argumentation darauf hinaus, dass Menschenrechte und Souveränität in einem tieferen Sinne in einem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis zueinander stehen. D.h., dass beide Konzepte ihre – semantische wie politische – Bedeutung erst aus diesem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis beziehen. Aus dieser Perspektive ist es nicht möglich festzustellen, welches Konzept die Vorherrschaft errungen hat. Indem ich Richard Ashleys Überlegungen hinsichtlich der in den Internationalen Beziehungen vorherrschenden Tendenz, in fixierten Dichotomien zu denken, auf die Theorien der English School anwende, werde ich zeigen, dass die meisten wissenschaftlichen Beiträge in diesem Bereich dazu neigen, eine Spielart dessen, was Ashley als ‚the theoretical discourse of the anarchy problematique‘ (1988) bezeichnet, zu reproduzieren. Ashleys ursprüngliche Konzeptualisierung der ‚anarchy problematique‘ bezieht sich auf die Konstruktion einer hierarchischen Dichotomie zwischen innerstaatlicher Souveränität und zwischenstaatlicher Anarchie im Rahmen der Theorien der Internationalen Beziehungen. Ich werde dahingegen zeigen, dass sich die Struktur einer hierarchischen Dichotomie ebenfalls innerhalb der Debatte um Souveränität und Menschenrechte manifestiert. D.h. theoretische Ansätze in diesem Bereich fassen entweder die Bedeutung der Souveränität oder die Bedeutung der Menschenrechte als fixiert und unumstritten auf und rekonstruieren dann von diesem einmal festgelegten Fixpunkt der Bedeutung das zweite Konzept als ein bloßes Derivat des ersten. Meine theoretische Behauptung besteht dahingegen darin, *dass sowohl Souveränität als auch Menschenrechte umstrittene Konzepte sind*. Aus diesem Blickwinkel ist es problematisch, den Diskurs der ‚anarchy problematique‘ auf die Konstellation von Souveränität und Menschenrechten zu übertragen, weil dies den dynamischen und unfixierten Charakter beider Konzepte sowie die Umstrittenheit ihrer

Konstellation verdeckt. Kurzum, während die unterschiedlichen theoretischen Zugänge der English School dazu tendieren, die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten auf eine bestimmte Art und Weise fixieren, behaupte ich, dass es unterschiedliche Möglichkeiten gibt, beide Konzepte und ihre Konfiguration zu interpretieren. Ich werde die verschiedenen Optionen, Souveränität und Menschenrechte in den Kontext eines umfassenden Konzepts von internationaler Ordnung zu stellen, als konkurrierende Diskurse bezeichnen. Die theoretische Rekonstruktion der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten führt mich zu folgender Hypothese, über deren Plausibilität die folgende empirische Untersuchung Auskunft geben soll: *Der politische Konflikt über die Errichtung des IStGH beruht nicht auf einem antithetischen Verhältnis zwischen Souveränität und Menschenrechten, sondern auf dem Vorhandensein von unterschiedlichen und miteinander konkurrierenden Optionen, sowohl Souveränität als auch Menschenrechte in mehr oder weniger konsistente Diskurse über die internationale Ordnung zu integrieren.*

Der Rest des vorliegenden Kapitels gliedert sich drei Abschnitte. Im ersten Abschnitt werde ich die unterschiedlichen theoretischen Ansätze zur Klärung des Verhältnisses von Souveränität und Menschenrechten erläutern. Ich werde mich dabei nicht allein auf die Ansätze der English School beziehen, obgleich ich deren Einteilung in Pluralismus, Theorien der Weltgesellschaft und Solidarismus übernehmen werde. Wie sich zeigen wird, lassen sich nahezu alle theoretischen Ansätze zum Thema von Souveränität und Menschenrechten in dieses dreigeteilte Schema eingliedern. Ich werde zu dem Schluss kommen, dass alle drei Perspektiven dazu tendieren, das Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten in Form einer hierarchischen Dichotomie darzustellen, in der ein Konzept die Vorherrschaft übernimmt. Im zweiten Teil werde ich die von mir aufgestellte Behauptung näher ausführen, dass sowohl Souveränität als auch Menschenrechte umstrittene Konzepte sind. Ich werde zeigen, dass jedem Konzept eine charakteristische Ambivalenz innewohnt, wobei ich mich auf die politisch-theoretische Literatur zu beiden Konzepten beziehe: Das Konzept der Souveränität oszilliert zwischen der Forderung nach der souveränen Gleichheit aller Staaten auf der einen Seite, die ihren Ausdruck in der Idee findet, dass die internationale Ordnung eine symmetrische Struktur aufweist, und der Annahme einer asymmetrischen Struktur der internationalen Ordnung auf der anderen Seite. Das Konzept der Menschenrechte umfasst eine Ambivalenz, die sich auf die Frage bezieht, ob Menschenrechte besser auf der globalen bzw. supra-staatlichen Ebene zu implementieren sind oder ob ihre

Durchsetzung dem innerstaatlichen Rahmen überlassen werden sollte. Ich werde darlegen, wie die Kombination dieser beiden Ambivalenzen die diskursive Formation von Souveränität und Menschenrechten bildet und dabei die diskursiven Optionen zur Integration beider Konzepte gegeneinander abgrenzt. Des Weiteren werde ich in Grundzügen die vier Diskurse erläutern, die aus dieser diskursiven Formation hervorgehen. Der dritte und letzte Teil dieses Kapitels ist methodischen Fragen gewidmet. Ich werde einige zentrale Begriffe erklären, die dem methodischen Zugang dieser Arbeit zugrunde liegen, und erläutern, wie ich Daten erhoben und analysiert habe.

2.3 Die theoretische Debatte über Souveränität und Menschenrechte

Wie schon im Vorhergehenden erwähnt lässt sich die einschlägige Literatur zum Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten in drei Kategorien einteilen. Diese Kategorien gleichen Bulls Beschreibung des Problem ‚Ordnung vs. Gerechtigkeit‘ in den internationalen Beziehungen, wobei der Aspekt der Ordnung dem Konzept der Souveränität entspricht und das Thema der Gerechtigkeit für die Menschenrechte steht.⁹ Bull zufolge ist es möglich, zwischen drei idealtypischen Doktrinen in diesem Bereich zu unterscheiden (1995: 90): Erstens gibt es den konservativen oder orthodoxen Blickwinkel (ebd.), der Ordnung und Gerechtigkeit als einander widerstrebende Prinzipien auffasst und erstere der letzteren vorzieht, d.h. das Prinzip der Souveränität als wichtiger als das Konzept der Menschenrechte ansieht. Befürworter dieser Sichtweise stehen Versuchen, Menschenrechten eine größere Bedeutung beizumessen, skeptisch gegenüber und befürchten, dass dies die bestehende internationale Ordnung untergraben und destabilisieren könnte. Dies ist die Haltung der *Pluralisten*. Zweitens erkennt Bull eine ‚revolutionäre‘ Perspektive, der zufolge es einen immanenten Konflikt zwischen der bestehenden Weltordnung und der Durchsetzung von mehr Gerechtigkeit gibt, Gerechtigkeit aber als das leitende Prinzip anzusehen ist (ebd.). Diese Sichtweise ist der

⁹ Allerdings ist zu erwähnen, dass in Bulls Darstellung dieses Problems die Parallelen nicht so geradlinig verlaufen, wie ich sie hier darstelle. Für Bull betrifft der Aspekt der Gerechtigkeit nicht allein die Menschenrechte, sondern er unterscheidet zwischen unterschiedlichen Arten von Gerechtigkeit, von denen eine sich auf die Gerechtigkeit zwischen Staaten bezieht. Im Hinblick auf letztere weist Bull der Souveränität eine entscheidende Bedeutung zu. Jedoch beschreibt er Souveränität in erster Linie als einen Aspekt der Ordnung zwischen Staaten (Bull 1995: 8, 78). Ich vereinfache in diesem Kontext Bulls Schema, um eine größere Klarheit zu erzielen.

ersten ähnlich, sofern sie Souveränität und Menschenrechte als antithetische Prinzipien auffasst, unterscheidet sich aber von ihr im Hinblick darauf, dass sie Menschenrechte als das vorherrschende Konzept ansieht und Souveränität als ein Hindernis auf dem Wege ihrer weiteren Durchsetzung betrachtet. Diese zweite Doktrin charakterisiert den Standpunkt der Theoretiker der Weltgesellschaft im Rahmen der English School. Schließlich gehen die Solidaristen, die Bull als ‚Liberale‘ bezeichnet (ebd.), davon aus, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Anerkennung der Souveränität eines Staates zunehmend von seiner Einhaltung der Menschenrechte abhängig gemacht wurde und dass dies eine positive Entwicklung in den internationalen Beziehungen darstellt. Im Folgenden werde ich jede dieser drei Positionen im Detail diskutieren.

2.3.1 Pluralismus: Souveränität besitzt den Vorrang vor Menschenrechten

In *Die anarchische Gesellschaft* nimmt Bull eindeutig die erste der drei Perspektiven ein, die er aufzeigt.¹⁰ Er betrachtet das Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten als angespannt, wenngleich er auch nicht davon ausgeht, dass beide Konzepte sich gegenseitig ausschließen. Ihm zufolge sollte der Primat in diesem Verhältnis der Souveränität zukommen, da diese das Prinzip ist, welches für ein Minimum an Ordnung unter der Bedingung des normativen Pluralismus sorgt. Bull argumentiert, dass der globalen Implementierung von Menschenrechten das Nicht-Vorhandensein eines internationalen Konsenses über den Gehalt und die Reichweite derselben im Wege steht:

‚If international society were really to treat human justice as primary and coexistence as secondary [...] – then in a situation in which there is no agreement as to what human rights or in what hierarchy of priorities they should be arranged, the result could only be to undermine international order.’ (Bull 1995: 85).¹¹

¹⁰ Nicholas Wheeler und Timothy Dunne behaupten, dass Bull sich in seinen späteren Schriften der solidaristischen Position angenähert hat (Wheeler und Dunne 1996, 1998). Trotzdem muss in Betracht gezogen werden, dass Bull auch in den Hagey Lectures die Entstehung eines globalen Konsenses über den Gehalt der Menschenrechte in naher Zukunft in Zweifel zieht (Bull 1984).

¹¹ Vgl. dazu auch Terry Nardins Konzept der internationalen Gesellschaft, die er versteht als ‚an association of independent and diverse political communities, each devoted to its own ends and its own conception of the good, often related to one another by nothing more than the fragile ties of a common tradition of diplomacy.’ (1983: 19). Siehe auch Mayall (2000: 26ff.).

Vor dem Hintergrund einer Zunahme von humanitären Interventionen in den 1990ern, die in der Nato-Intervention im Kosovo 1999 kulminierte, welche nicht durch ein Mandat des UN Sicherheitsrates gedeckt war, sieht Robert Jackson die Notwendigkeit, zu Bulls pluralistischer Perspektive zurückzukehren. Seines Erachtens führt eine Überspitzung des humanitären Ansatzes zu einer Erosion der Relevanz von Staatlichkeit:

„If this humanitarian approach is taken to its logical conclusion states lose their normative standing and are reduced to being merely instrumentalities for protecting human rights and providing for human welfare on a cosmopolitan (world-wide) scale. States are political machinery, utilitarian arrangements. States are no longer political communities in their own right; national societies have no significant moral status, and citizenship has no pre-emptive rights and duties attached to it.” (Jackson 2000: 175).

Obwohl Jackson die Bedeutung von Menschenrechten in der internationalen Politik nicht grundsätzlich in Frage stellt, folgt er Bull in der Annahme, dass es mangels eines globalen Konsenses über den Gehalt des Menschenrechtskonzepts weder möglich noch wünschenswert ist, Menschenrechten den Primat gegenüber dem Souveränitätsprinzip einzuräumen. Folgt man Jackson, so stellt das Prinzip der staatlichen Souveränität den einzigen gangbaren Weg dar, um die zwei Extreme der Tyrannei des Relativismus auf der einen Seite und des Kampfes der Zivilisationen auf der anderen Seite zu vermeiden (2000: 181):

„Jurisdictional pluralism is an accommodation of human diversity via the institution of state sovereignty. That makes possible value pluralism by placing political responsibility for creating and safeguarding particular values in the hands of local people who enjoy and exercise political independence. [...] In short, sovereignty is conducive to value pluralism because it provides a constitutionally safeguarded territorial space, free from outside interference, in which such choices can be made.” (ebd.)

Das grundlegende Argument der Pluralisten im Hinblick auf das Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten besteht also darin, dass die Einhaltung von Menschenrechten zwar ein wünschenswertes Ziel darstellt, jedoch mangels eines globalen Konsenses über den Gehalt des Menschenrechtskonzepts Versuche zu ihrer

globalen Implementierung Gefahr laufen, das Minimum an internationaler Ordnung zu untergraben, welches durch das Prinzip der Souveränität gewährleistet wird.

2.3.2 Theorien der Weltgesellschaft: Menschenrechte besitzen den Vorrang vor der Souveränität

Die zweite idealtypische Doktrin gleicht der ersten, insofern auch sie das Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten als ein antithetisches beschreibt. Der Unterschied zwischen beiden Perspektiven liegt aber darin, dass während der ersten zufolge Souveränität Vorrang vor den Menschenrechten besitzen sollte, die zweite genau das Gegenteil fordert. Theoretiker der Weltgesellschaft argumentieren, dass Menschenrechten vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges eine größere Bedeutung zukommt und dass Maßnahmen zu ihrer Durchsetzung sich in zunehmendem Maße über das Prinzip der Souveränität hinwegsetzen. Der Ansatzpunkt dieser Perspektive besteht weniger in der internationalen Gesellschaft der Staaten, sondern vielmehr in der Weltgesellschaft der Individuen. Die Weltgesellschaft wird mit dem Bereich der Menschenrechte gleichgesetzt, da diese als inhärent universale und kosmopolitische Normen aufgefasst werden (vgl. Caney 2005; Luban 1980). Universalität und kosmopolitische Ausrichtung scheinen aus dieser Perspektive wiederum dem Prinzip der Souveränität zu widersprechen, da letzteres die Welt in partikularistische Entitäten, nämlich souveräne Einzelstaaten, einteilt.

Im Gegensatz zu Pluralisten wie Bull streiten die Theoretiker der Weltgesellschaft ab, dass es keinen globalen Konsens im Bezug auf die Menschenrechte gibt. Sie stellen die Argumentation von Pluralisten wie Jackson in Frage, der zufolge das Prinzip der Souveränität dazu dienen soll, die globale kulturelle Diversität aufrechtzuerhalten: ‚If diversity entails that states have the right to mistreat their populations, then it is difficult to see why such diversity is to be valued.‘ (C. Brown 1992a: 125). Aus ihrer Perspektive ist es vor allem der Prozess der Globalisierung, der zu einer Konvergenz normativer Orientierungen auf globaler Ebene führt (vgl. Heins 2002a). Ihnen zufolge existiert bereits eine globale Zivilgesellschaft (Lipschutz 1996) bzw. eine Weltgesellschaft (Boli und Thomas 1997), im Rahmen derer eine Homogenisierung im Hinblick auf fundamentale Normen wie Menschenrechte stattgefunden hat. Folgt man Andrew Linklater, so führt eine kosmopolitische Transformation der Weltpolitik zu einer Ausweitung der moralischen Bezüge politischer Gemeinschaften, wobei diesem Prozess automatisch eine Kritik des Systems von souveränen Einzelstaaten immanent

ist (1998: 2). Darüber hinaus stellt diese Transformation direkte Verbindungslinien zwischen der Ebene der Individuen und der internationalen Ebene her. David Jacobson verdeutlicht dies im Hinblick auf die Menschenrechte und erläutert, dass die zunehmende Relevanz von Menschenrechten seit dem Zweiten Weltkrieg das Individuum zu einem Objekt des Völkerrechts hat werden lassen, welches sich zuvor nahezu ausschließlich an Staaten richtete (2001: 167).

Als wichtig für die Theorien der Weltgesellschaft erweist sich auch das Konzept der Transnationalisierung. Ulrich Beck bezeichnet die Transnationalisierung als einen Prozess, in dessen Verlauf das Bewusstsein politischer Probleme wie Umweltrisiken und Menschenrechtsverletzungen staatliche Grenzen überschreitet und kosmopolitisch wird (2002). Dabei werden insbesondere zivilgesellschaftliche Akteure und transnationale Netzwerke als Träger dieses kosmopolitischen Bewusstseins wahrgenommen. Sie versuchen kontinuierlich, politische Probleme, die sie als global betrachten, auf die politische Agenda von Staaten zu setzen bzw. übergehen die staatliche Ebene vollkommen und wenden sich gleich an internationale Organisationen. James Rosenau erklärt, dass die wachsende Bedeutung von transnationalen Netzwerken und zivilgesellschaftlichen Akteuren langfristig zu Strukturveränderungen in der Weltpolitik führen könnten, die wiederum die Relevanz des Prinzips der Souveränität zu untergraben vermögen:

„The wide and rapid success of the human rights movement highlights the way in which the international milieu – that amorphous complex of attitudes, sentiments, and predispositions which underlies how governments and publics approach specific situations in which the rights of states and those of their international communities are pitted against each other – can gather momentum and become an agent of change, perhaps even of change in the legal criteria used to justify international intrusions into the realm of national sovereignty.” (Rosenau 1995: 219)¹²

Transnationale Netzwerke werden aber nicht nur als Träger von Normen und Ideen betrachtet, die das Souveränitätsprinzip in Frage stellen, sondern ihre Organisationsstruktur als solche interpretieren die Theoretiker der Weltgesellschaft als eine Herausforderung für das traditionelle Modell souveräner Politik: während der

¹² Siehe auch Risse (2002), Heins (2002b), Keck and Sikkink (1998), Sikkink (1993), Falk (1995) und Rosenau (1990).

souveräne Staat sich durch die hierarchische Organisation politischer Souveränität innerhalb eines fest umgrenzten Territoriums auszeichnet, werden NGOs durch netzwerkartige Strukturen koordiniert und ihre Aktivitäten überschreiten häufig staatliche Grenzen (Gordenker und Weiss 1996; Rosenau 1990). In diesem Sinne schreibt Ann Marie Clark:

„[...] human rights and environmental NGOs challenge state sovereignty through the very attributes that make them different from states: narrow issue focus, intense and principled commitment and relatively high levels of information, expertise and, sometimes, resources to commit to issues.“ (Clark 1995: 510).

Demzufolge kommen Theoretiker der Weltgesellschaft und Anhänger des Transnationalisierungsparadigmas zu dem Schluss, dass innerhalb des antithetischen Verhältnisses von Souveränität und Menschenrechten, letztere aufgrund von strukturellen Veränderungen in der Weltpolitik erstere im Hinblick auf ihre Bedeutung überholt haben. Im Gegensatz zu Pluralisten wie Bull und Jackson betrachten sie diese Entwicklung jedoch nicht als eine Bedrohung der internationalen Ordnung, sondern vielmehr als einen wichtigen Schritt auf dem Wege zu einer gerechteren Weltordnung.

2.3.3 Solidarismus: Souveränität und Menschenrechte bedingen einander gegenseitig

Die dritte idealtypische Doktrin bezüglich des Verhältnisses von Souveränität und Menschenrechten zielt darauf ab, die antithetische Beziehung zwischen beiden Konzepten zu überwinden, die das Fundament der ersten beiden Perspektiven bildet. Nicholas Wheeler argumentiert, dass dies das Hauptanliegen des solidaristischen Strangs der English School darstellt. Ihm zufolge gilt es aus solidaristischer Sichtweise, den Konflikt zwischen der Forderung nach Ordnung und der nach Gerechtigkeit zu überwinden, indem man die wechselseitige Bedingtheit beider Anliegen in den Vordergrund stellt, anstatt die vermeintliche Spannung zwischen ihnen auf theoretischer Ebene fortwährend zu reproduzieren (Wheeler 2000: 11).

Die grundlegende Idee besteht darin, dass Souveränität und Menschenrechte sich gegenseitig konstituieren, da jedes der beiden Konzepte nur im Bezug auf das andere sinnvoll verstanden werden kann. John Vincent argumentiert beispielsweise, dass in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Einhaltung von Menschenrechten einen wesentlichen Aspekt von legitimer Staatlichkeit ausmacht:

„Human rights now play a part in the decision about the legitimacy of a state (and of other actors and institutions) in international society, about whether what it is or what it does is sanctioned or authorized by law or right. It is now not enough for a state to be, and to be recognized as, sovereign. Nor is it enough for it to be a nation-state in accordance with the principle of self-determination. It must also act domestically in such a way as not to offend against the basic rights of individuals and groups within its territory.’ (Vincent 1986: 130)¹³

Während Vincent in diesem Kontext einer eher traditionellen Vorstellung von *Souveränität* folgt und lediglich behauptet, dass das Konzept der *Staatlichkeit* sich wandelt, geht Wheeler davon aus, dass im Zuge der verstärkten Bemühungen der internationalen Gesellschaft in den 1990er Jahren, Menschenrechten durch humanitäre Interventionen Geltung zu verschaffen, sich das Konzept der *Souveränität* selbst sich verändert hat. Wheeler zufolge kommt in der Politik der humanitären Intervention eine genuin solidaristische Forderung zum Ausdruck, die darin besteht, dass Staaten, die massiv die Menschenrechte verletzen, ihre Souveränitätsprärogative verlieren und somit anderen Staaten die Berechtigung verleihen, militärische Gewalt einzusetzen, um die Missstände zu beenden (Wheeler 2000: 12f.). Ähnlich argumentiert auch Samuel Barkin im Hinblick auf Veränderungen der internationalen Beziehungen, die das Ende des Kalten Krieges nach sich zog. Er erläutert, dass seit dem Ende des Kalten Krieges ‚norms of territorial legitimation [are] growing weaker and norms focussed on the relationship between the state and its individual citizens, emphasising a set of prerogatives of the individual against the state known as human rights, [are] becoming a central element of international discourse’ (Barkin 1998: 249; vgl. auch Armstrong 1999).

In diesem Sinne geht auch Christian Reus-Smit davon aus, dass das Prinzip der Souveränität und Menschenrechtsnormen als zwei Elemente eines einzigen, genuin modernen Diskurses über legitime Staatlichkeit und rechtmäßiges staatliches Handeln anzusehen sind (2001: 520). Im Gegensatz zu Barkin und Wheeler verortet er den Beginn der Transformation des Souveränitätskonzepts nicht in den 1990er Jahren, sondern legt dar, dass dieser bereits nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann (ebd.: 531). Reus-Smit zufolge war es insbesondere der Dekolonialisierungs-Diskurs, der diese Transformation hervorrief: die ehemaligen Kolonien, die Souveränität

¹³ Vgl. auch Charvet (1997).

anstreben, interpretierten das Recht zur Selbstbestimmung als ein wesentliches Element staatlicher Souveränität. Darüber hinaus beantworteten sie die Frage, welchen politischen Gemeinschaften das Recht zur Selbstbestimmung gewährt werden solle, im Hinblick auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards. Damit erreichten sie eine enge Verflechtung zwischen Souveränität und Menschenrechten, in der das Recht zur Selbstbestimmung eine vermittelnde Position einnimmt (ebd. 535). Zusammenfassend ist festzuhalten, dass Solidaristen argumentieren, die Anerkennung staatlicher Souveränität wurde im Laufe des 20. Jahrhunderts zunehmend von der Einhaltung der Menschenrechte durch den Staat abhängig gemacht.

2.4 Eine andere Lesart der theoretischen Debatte über Souveränität und Menschenrechte

Der Umstand, dass sowohl die pluralistische als auch die Weltgesellschaftsperspektive auf die das Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten von einer antithetischen Beziehung zwischen den beiden Konzepten ausgehen, erinnert an Ashleys Beobachtung, der zufolge innerhalb der Forschungsliteratur der Internationalen Beziehungen eine Tendenz besteht, Dichotomien in Form einer absoluten Differenz zwischen zwei Prinzipien zu konstruieren, wobei verdeckt wird, dass diese Dichotomien theoretisch konstruiert sind (1988: 257). Internationale Beziehungen in Form von Dichotomien zu denken schafft eine gewisse Ordnung in den Konzepten und somit ‚opposes the realm of reasoned understanding against a realm of anarchical, threatening Otherness‘ (George 1994: 202).

Ein erster Schritt auf dem Weg zur Überwindung der fixierten Dichotomien im Rahmen der Theorien der Internationalen Beziehungen besteht darin, anzuerkennen, dass die Konzeptualisierung dieser Dichotomien in Form einer scheinbar unüberbrückbaren Differenz, verdeckt, dass beide Teile der Dichotomie eine inhärente Verbindung zueinander besitzen. Wendet man diese Einsicht auf die Konstellation von Souveränität und Menschenrechten an, so kommt man zu folgendem Schluss: selbst wenn die Auffassung vorherrscht, dass Souveränität und Menschenrechte sich antithetisch zueinander verhalten, stellt genau das eine wesentliche Verbindung zwischen beiden Konzepten her. Ihre Bedeutung geht zum großen Teil aus dieser Entgegensetzung hervor, die nämlich eine implizite Verbindung zwischen beiden Prinzipien schafft. Cynthia Weber hat eine solche Konstellation am Beispiel von Souveränität und Intervention aufgezeigt und nachgewiesen, dass beide Prinzipien als konzeptuelle

Gegensätze fungieren (1995: 21). D.h., die Bedeutung eines Konzepts geht aus seinem Gegensatz zum anderen hervor und umgekehrt. Das gleiche gilt für das Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten. Folglich stellt selbst die absolute Differenz zwischen Souveränität und Menschenrechten, von der Pluralisten und Theoretiker der Weltgesellschaft ausgehen, eine Verbindungslinie zwischen beiden Konzepten her, auch wenn diese nicht explizit in den entsprechenden Theorien aufgezeigt wird. Im Gegensatz dazu macht der Solidarismus diese Verbindungslinie offenbar und behauptet, dass Souveränität und Menschenrechte sich wechselseitig konstituieren. Das explizite Ziel des Solidarismus besteht darin, die Annahme zu überwinden, dass Souveränität und Menschenrechte zwei separate Regime darstellen, zwischen denen eine Art Null-Summen-Relation besteht (Reus-Smit 2001: 519).

Ashley zufolge besteht ein zweites Charakteristikum der fixierten Dichotomien im Rahmen der Theorien Internationaler Beziehungen darin, dass sie eine hierarchische Struktur aufweisen. Demzufolge werden zwei Konzepte nicht nur als antithetisch dargestellt, sondern ihre Beziehung ist durch die Vorherrschaft eines der beiden Konzepte charakterisiert. Der paradigmatische Fall, auf den Ashley sich bezieht, ist die Entgegensetzung von Souveränität und Anarchie, die für Ashley die dogmatische Annahme der – insbesondere neo-realistischen – Theorien der Internationalen Beziehungen bildet. Innerstaatliche Souveränität und internationale Anarchie werden als absolute Gegensätze konstruiert, wobei erstere das vorherrschende, positive Konzept darstellt. Ashley legt dar, dass ‚the theoretical discourse of the anarchy problematique‘ ‚turns on a simple and hierarchical opposition: a dichotomy of *sovereignty* versus *anarchy*, where the former term is privileged as a higher reality, a regulative ideal, and the latter term is understood only in a derivative and negative way, as a failure to live up to this ideal and as something that endangers this ideal‘ (1988: 230).

Eine ähnliche Struktur findet sich bezüglich der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten bei den theoretischen Ansätzen, die ich im letzten Abschnitt diskutiert habe. Pluralisten interpretieren Souveränität als das vorherrschende Konzept im antithetischen Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten. Überraschenderweise wird allerdings aus dieser Perspektive deutlich, dass die Theorien der Weltgesellschaft und der Solidarismus sich im Hinblick auf die Frage nach dem vorherrschenden Konzept ähnlich sind. Theoretiker der Weltgesellschaft behaupten, dass das Prinzip der Souveränität aufgrund von strukturellen Veränderungen in der internationalen Politik, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts stattgefunden haben, teilweise seine

Bedeutung verloren hat, während die Relevanz von Menschenrechten gleichzeitig gestiegen ist. Solidaristischen Ansätzen zufolge wurde die Souveränität eines Staates im Verlauf der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zunehmend von der Einhaltung von Menschenrechtsstandards durch den betreffenden Staat abhängig gemacht. Obwohl also Solidaristen generell davon ausgehen, dass Souveränität und Menschenrechte in einem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis stehen, kommen sie letztendlich aus der Perspektive der historischen Entwicklungen zu dem Schluss, dass Menschenrechte heutzutage das primäre Konzept darstellen. Mit Blick auf die historische Entwicklung hat das Prinzip der Souveränität demzufolge nur den Status eines abgeleiteten Konzepts. Der Umstand, dass Solidaristen die konstitutive Rolle der Menschenrechte für das Prinzip der Souveränität betonen, dabei jedoch tendenziell unterschlagen, dass das wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Souveränität und Menschenrechten auch unter den gegebenen historischen Umständen in beide Richtungen verläuft, bringt die Konfiguration der beiden Normen in eine gewisse Schiefelage. Die Dominanz, die Solidaristen den Menschenrechten einräumen, rückt sie damit in die Nähe der Weltgesellschafts-Ansätze.¹⁴

¹⁴ Darüber hinaus trifft sowohl auf die Weltgesellschafts- als auch auf die solidaristische Perspektive der Vorwurf zu, dass ihre Bewertung der historischen Entwicklung des Souveränitätsprinzips im 20. Jahrhundert inakkurat ist. Theoretiker der Weltgesellschaft wie Solidaristen argumentieren, dass das Prinzip der Souveränität in Folge von Veränderungen der politischen Struktur und/ oder Praxis entweder Teile seiner Bedeutung eingebüßt habe bzw. zunehmend von der Einhaltung von Menschenrechtsstandards abhängig wurde und bezeichnen diese historisch vermeintlich neue Situation als ‚post-Westfälische‘ Weltordnung (Linklater 1998). Der Hinweis auf einen angeblichen historischen Bruch von einer Westfälischen zu einer post-Westfälischen Ordnung impliziert offensichtlich, dass es einst eine Art ‚goldene Ära‘ der Souveränität gegeben hat, in der Staaten sich keinerlei Einschränkungen bezüglich der Ausübung von Macht auf ihrem Territorium oder über ihre Bevölkerung ausgesetzt sahen. Stephen Krasner hat allerdings nicht ganz Unrecht, wenn er darauf hinweist, dass Souveränität sich schon immer Herausforderungen stellen musste – sei es in Form von Interventionen oder in Form von konkurrierenden Prinzipien (1993, 1999). Ihm zufolge stellt zwar die zunehmende Relevanz von Menschenrechten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine historische Neuerung dar, allerdings war das Prinzip der Souveränität schon immer Herausforderungen durch universale politische Normen wie etwa religiöser Toleranz oder Minderheitenrechten ausgesetzt. Des Weiteren weist Chris Brown darauf hin, dass die internationalen Beziehungen bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein tatsächlich von zwei unterschiedlichen Sets von Normen geleitet wurden, von denen eines die inner-europäische, Westfälische Ordnung charakterisierte, während das andere sich auf weite Teile des nicht-europäischen Raumes bezog. Innerhalb des letzteren galten die Normen der Souveränität und der Nicht-Intervention nur in sehr eingeschränktem Maße, da die

Die Differenz zwischen Pluralisten auf der einen und Theoretikern der Weltgesellschaft und Solidaristen auf der anderen Seite bezüglich der Frage, welches Konzept in der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten vorherrscht, ist immanent mit dem Problem verbunden, welchem Konzept eine feststehende, unumstrittene Bedeutung zugewiesen wird. Pluralisten betrachten die Bedeutung des Souveränitätsprinzips als unproblematisch, während sie davon ausgehen, dass der semantische Gehalt des Konzepts der Menschenrechte instabil und umstritten ist – eben darin besteht der Grund dafür, dass Bull Menschenrechte als ein mögliches normatives Fundament der internationalen Gesellschaft zurückweist (vgl. Wheeler und Dunne 1996). Bull zufolge, ‚there is no agreement as to what human rights or in what hierarchy of priorities they should be arranged‘ (1995: 85). Im Gegensatz dazu ist seine Definition von Souveränität sehr geradlinig und erhellt, dass aus Bulls Perspektive Souveränität das leitende Prinzip der internationalen Beziehungen ist:

‚The *starting point of international relations* is the existence of states, or independent political communities each of which possesses a government and asserts *sovereignty* in relation to a particular portion of the earth’s surface and a particular segment of the human population. [...] The sovereignty of states, both internal and external, may be said to exist both at a normative level and at a factual level.‘ (Bull 1995: 8 – Hervorh. S. Sch.)

Demgegenüber betrachten Theoretiker der Weltgesellschaft und Solidaristen die Bedeutung von Menschenrechten als unproblematisch, argumentieren jedoch, dass das Konzept der Souveränität umstritten ist.¹⁵ In diesem Kontext kann die scheinbar unproblematische Repräsentation des Konzepts der Menschenrechte bei Reus-Smit (der John Vincent zitiert) als beispielhaft erachtet werden:

„Human rights“, John Vincent argues, „are the rights that everyone has, and everyone equally, by virtue of their very humanity“. In holding such rights, all humans are entitled to make claims against other individuals, national

Akteure in diesem Bereich nicht zur internationalen Gesellschaft gezählt wurden (2002: 141; vgl. auch Keene 2002: 60ff.).

¹⁵ Dies trifft zumindest auf die solidaristische Perspektive zu. Theoretiker der Weltgesellschaft gehen eher davon aus, dass die Bedeutung von beiden Konzepten fixiert ist. Durch Veränderungen in den politischen und gesellschaftlichen Strukturen büßt Souveränität ihnen zufolge einfach an Bedeutung ein.

communities, and humanity as a whole for the respect and satisfaction of certain civil and political freedoms and social and economic needs. At times these rights have been grounded in reason, need, custom and contract, but *in all cases they have been seen as universal and inalienable.*' (Reus-Smit 2001: 521 – Hervorh. S. Sch.)

Dahingegen bemerkt Reus-Smit im Bezug auf das Prinzip der Souveränität, dass ‚sovereignty should be viewed as a dependent or secondary principle – a historically contingent prescription about the distribution of power and authority that needs to be grounded in more fundamental existential values.’ (2001: 528).

Die bisher von mir verfolgte Argumentation lässt sich folgendermaßen zusammenfassen: sowohl die pluralistische als auch die Weltgesellschafts-Perspektive konstruieren die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten in Form einer ‚absoluten Differenz’. Implizit bleibt dabei in diesen Ansätzen, dass in dem Maße, wie Souveränität und Menschenrechte als einander entgegengesetzte Konzepte betrachtet werden, sie ihre Bedeutung im Wesentlichen aus dieser Entgegensetzung als ‚conceptual opposites’ gewinnen. Im Gegensatz dazu machen Solidaristen dieses wechselseitige Konstitutionsverhältnis im Hinblick auf die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten explizit. Aber obgleich solidaristische Ansätze damit einen ersten Schritt unternehmen, um die Konstruktion einer ‚absoluten Differenz’ im Verhältnis von Souveränität und Menschenrechten zu überwinden, stellen sie die Konfiguration beider Konzepte letztlich als hierarchisch dar. Dies ist ein Aspekt, den Solidaristen sowohl mit den Theoretikern der Weltgesellschaft als auch mit den Pluralisten teilt, obwohl die letzteren von einer umgekehrten Hierarchie ausgehen: Solidaristen und Theoretiker der Weltgesellschaft messen den Menschenrechten primäre Bedeutung zu, während Pluralisten Souveränität als das dominante Prinzip betrachten.

Die Annahme von solch hierarchischen Dichotomien ist problematisch, da sie tendenziell die Komplexität der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten dadurch verdecken, dass sie die Bedeutung jeweils eines Konzepts als feststehend und unproblematisch zugrunde legen. Dadurch beschränken sie die potentielle Spannbreite von theoretischen Perspektiven auf politische Konflikte über Souveränität und Menschenrechte. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen besteht mein Anliegen darin, einen Blickwinkel auf die Konfiguration beider Konzepte zu gewinnen, der nicht durch die Annahme einer hierarchischen Dichotomie gekennzeichnet ist. Um dies zu erreichen, folge ich der solidaristischen Perspektive, sofern sie das wechselseitige

Konstitutionsverhältnis in der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten explizit thematisiert. Im Gegensatz zum Solidarismus nehme ich allerdings an, dass weder Souveränität noch Menschenrechte als ein stabiles Konzept mit einer feststehenden Bedeutung angesehen werden kann, so dass von diesem einen Fixpunkt der Bedeutung die Konfiguration beider Konzepte rekonstruiert werden könnte: sowohl Souveränität als auch Menschenrechte sind zu jedem historischen Zeitpunkt umstrittene Konzepte.

Des Weiteren erachte ich es für notwendig, das Problem, welches den Kern der Debatte über Souveränität und Menschenrechte ausmacht, aus Bulls ursprünglicher Perspektive zu rekonstruieren, um die Konfiguration beider Konzepte einer empirischen Untersuchung zugänglich zu machen. Bull zufolge ist ein Bedeutungszuwachs der Menschenrechte in erster Linie dazu geeignet, die *internationale Ordnung* zu untergraben (vgl. 1995: 85). D.h. Bulls ursprüngliche Konzeptualisierung der Debatte zielt auf die Wirkung von Menschenrechten auf die internationale Ordnung ab, während seine Betrachtungsweise der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten erst aus dieser primären Konstellation erwächst. Bull befasst sich nur insoweit mit dem Prinzip der Souveränität, als er es für das basale Fundament der internationalen Ordnung erachtet. Er argumentiert, dass aufgrund des empirischen Faktums der kulturellen Diversität dem Prinzip der Souveränität der Status der Primärnorm in den internationalen Beziehungen zukommt, da es in der Lage ist, den ‚clash of civilisations‘ zu verhindern, vor dem Jackson warnt. Während jedoch Jackson kulturelle Diversität und dementsprechend auch das Souveränitätsprinzip, das diese gewährleistet, als einen Selbstzweck begreift (vgl. 2000: 175ff.), betrachtet Bull kulturelle Diversität als eine empirische Gegebenheit, aber nicht als eine moralische Errungenschaft. Daher bezieht sich Bulls Wertschätzung der Souveränität in erster Linie darauf, dass sie die Grundlage für internationale Ordnung unter den gegebenen Umständen schafft. Darüber hinaus konstatiert er, dass ein gemeinsames Interesse an der Aufrechterhaltung internationaler Ordnung ein wesentliches Motiv für Staaten ist, sich gegenseitig als souverän anzuerkennen (vgl. Buzan 1993: 334).

Kurzum, Bull zufolge ist das Prinzip der Souveränität auf das engste mit der Ermöglichung internationaler Ordnung verbunden. Er legt dar, dass die Entstehung einer internationalen Gesellschaft und somit auch die Etablierung internationaler Ordnung nur im Rahmen einer Struktur souveräner Staaten möglich sind. Dagegen betrachtet er ein internationales System bestehend aus ungleichen Einheiten – in seinen

Worten eine ‚neomedieval structure‘ – als nicht kompatibel mit dem Bestehen einer internationalen Gesellschaft.¹⁶ Daher sollte also klar sein, dass ich den Begriff der Souveränität nicht einfach durch die Kategorie der internationalen Ordnung ersetze, insofern für Bull nur eine internationale Ordnung, die auf dem Prinzip der Souveränität beruht, überhaupt eine tatsächliche internationale Ordnung darstellt. Aufgrund dieser Rekonzeptualisierung des Problems bestünde die präziseste Lösung darin, die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten als eine Konfiguration der souveränitätsbasierten internationalen Ordnung und Menschenrechten zu bezeichnen. Um diesen sperrigen Begriff zu vermeiden werde ich allerdings bei der ursprünglichen Bezeichnung der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten bleiben. Diese Vorgehensweise ist vor allem aufgrund der Tatsache zu rechtfertigen, dass für Bull der Begriff der Souveränität und das Konzept der internationalen Ordnung sehr eng verwoben sind.

Trotzdem wirkt sich die Rekonzeptualisierung auf die Rekonstruktion der zentralen Ambivalenz aus, durch die das Souveränitätsprinzip gekennzeichnet ist, wie ich im Folgenden zeigen werde. Ich werde dabei bewusst vermeiden, auf Bulls Annahme einer hierarchischen Dichotomie in der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten zurückzukommen, die daraus entstand, dass Bull die Bedeutung des Souveränitätsprinzips als unproblematisch auffasste (Wheeler und Dunne 1996: 96). Im Gegensatz zu Bull werde ich zeigen, dass die Idee einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung ebenso umstritten ist wie das Konzept der Menschenrechte. Im folgenden Abschnitt werde ich zunächst den Begriff des ‚contested concept‘ erläutern und ihn dann sowohl auf das Konzept einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung als auch auf das Konzept der Menschenrechte anwenden. Dabei wird deutlich werden, dass beide Konzepte eine je für sie typische Ambivalenz charakterisiert, auf deren Basis sich Definitionskämpfe entfalten, die aber zugleich auch die Reichweite dieser Definitionskämpfe begrenzt und sie in bestimmten Bahnen verlaufen lässt.

2.5 Souveränität und Menschenrechte als ‚contested concepts‘

Der Begriff der ‚essentially contested concepts‘ wurde ursprünglich von W. B. Gallie (1956) geprägt und später von William Connolly (1983) aufgegriffen und

¹⁶ Vgl. dazu Buzan, der Bulls Annahme kritisch diskutiert und darlegt: ‚there is no logical reason why neomedieval versions of anarchic systems could not develop international societies‘ (1993: 335).

fortentwickelt. Letzterer erläutert den Begriff der ‚contested concepts‘ folgendermaßen (Gallie zitierend):

„When the concept involved is *appraisive* in that the state of affairs it describes is a valued achievement, when the practice described is *internally complex* in that its characterization involves reference to several dimensions, and when the agreed and contested rules of application are relatively *open*, enabling parties to interpret even those shared rules differently as new and unforeseen situations arise, then the concept in question is an „essentially contested concept.“ Such concepts „essentially involve endless disputes about their proper uses on the part of their users.“ (Connolly 1983: 10)

Connolly zufolge beinhalten ‚contested concepts‘ immer einen wertenden Aspekt. Wenn sie einen Prozess der Definition durchlaufen, also ihre Bedeutung auf eine bestimmte Art und Weise festgelegt wird, geschieht dies notwendigerweise immer von einem bestimmten normativen Standpunkt aus. ‚Normativer Standpunkt‘ bezieht sich in diesem Kontext nicht allein auf moralische Überlegungen im engeren Sinne, sondern auch auf Aspekte der Zweckdienlichkeit, des Interesses oder des wissenschaftlichen Standards (ebd.). Der normative Blickwinkel, den die Definition von ‚contested concepts‘ umfasst, ist insofern relevant, als durch ihn an tiefere Bedeutungsstrukturen angeknüpft wird, anhand derer Beziehungen zwischen einzelnen Konzepten geknüpft werden und Hierarchien zwischen ihnen etabliert werden können. Sowohl die Definitionen von Konzepten als auch der für sie relevante normative Blickwinkel werden mithilfe sozialer Konventionen institutionalisiert. Diese Konventionen ermöglichen Akteuren zu kommunizieren. Sie können verändert werden, aber solche Veränderungen bedürfen der Rechtfertigung (ebd.). Folgt man Connolly, so sind Auseinandersetzungen über die legitime Verwendung von ‚contested concepts‘ ein immanenter Bestandteil von Politik, weil sie den Raum für politische Interaktion eröffnen (ebd.).

Jens Bartelson argumentiert, dass das Konzept der Souveränität zwar unbestrittenermaßen das Fundament der politischen Diskurse der Moderne darstellt, seine Bedeutung innerhalb dieser Diskurse aber sehr wohl umstritten ist (1995: 14; vgl. Keohane 2002; Kratochwil 1995). Ebenso können auch die Menschenrechte als ein umstrittenes Konzept im Sinne von Connolly gelten, da sie offensichtlich ‚appraisive statements‘ beinhalten und hochgradig komplex sind. Die zahlreichen Debatten über

Menschenrechte – sowohl in wissenschaftlichen als auch in politischen Kontexten – sollten keinen Zweifel an ihrer Umstrittenheit lassen.

Die Feststellung, dass sowohl Souveränität als auch Menschenrechte ‚contested concepts‘ darstellen, heißt jedoch nicht, dass ihre Bedeutung vollkommen beliebig ist. Vielmehr werde ich zeigen, dass beiden Konzepten eine je für sie charakteristische Ambivalenz innewohnt. Ich werde diese charakteristischen Ambivalenzen aus der einschlägigen theoretischen Literatur bezüglich beider Konzepte ableiten und sie dann vor dem Hintergrund meiner empirischen Untersuchung modifizieren. Im Folgenden werde ich darlegen, dass die typische Ambivalenz der souveränitätsbasierten internationalen Ordnung in der Spannung zwischen Symmetrie und Asymmetrie besteht, die dieses Konzept beinhaltet. Das Konzept der Menschenrechte schwankt dahingegen zwischen der Forderung nach ihrer Durchsetzung auf der supra-staatlichen Ebene auf der einen Seite und der Behauptung, dass allein der innerstaatliche Rahmen den geeigneten Ort für ihre Implementierung bietet, auf der anderen Seite. Die jeweils charakteristische Ambivalenz dieser beiden Konzepte steckt den Raum für die Definitionskämpfe über ihren semantischen Gehalt ab. Des Weiteren eröffnet die Kombination dieser beiden Ambivalenzen ein Feld für konkurrierende Diskurse, von denen ein jeder Souveränität und Menschenrechte auf eine ihm eigene Weise integriert. Bevor ich jedoch dieses diskursive Feld näher beschreibe, werde ich mich im folgenden Abschnitt zunächst den Ambivalenzen innerhalb des Konzepts der Souveränität und des Konzepts der Menschenrechte zuwenden.

2.5.1 Die souveränitätsbasierte internationale Ordnung: Symmetrie und Asymmetrie

Innerhalb der neueren Publikationen zum Thema der Souveränität wird der umstrittene und ambivalente Charakter des Souveränitätsprinzips als Fundament der internationalen Ordnung weitgehend anerkannt. Allerdings wurde der Inhalt dieser Ambivalenz auf unterschiedliche Arten dargestellt. Vor allem wurde immer wieder die Doppelnatur des Souveränitätsprinzips hervorgehoben, das zugleich den innerstaatlichen Rahmen als auch den Raum der internationalen Beziehungen konstituiert – die interne und die externe Dimension von Souveränität. In der Tat ist es unzweifelhaft, dass das Souveränitätsprinzip einen konstitutiven Charakter im Hinblick auf die internationalen Beziehungen besitzt. Allerdings macht das simultane Bestehen der internen und der externen Dimension der Souveränität nicht die wesentliche Ambivalenz der

souveränitätsbasierten internationalen Ordnung aus. Vielmehr spielen im Hinblick auf diese Ordnung Machtungleichheiten zwischen Staaten auf der einen Seite und die Forderung nach der souveränen Gleichheit aller Staaten auf der anderen eine viel bedeutendere Rolle. Daher werde ich zu dem Schluss kommen, dass die Ambivalenz zwischen Symmetrie und Asymmetrie das zentrale Spannungsfeld einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung darstellt.

Eine der geläufigsten Interpretationen der Souveränität stellt ihre Doppelnatur in den Vordergrund und betont, dass Souveränität charakteristischerweise eine interne und eine externe Dimension in sich vereint. Bull zufolge besteht die interne Dimension der Souveränität in dem Anspruch der Vormachtstellung des Souveräns gegenüber allen anderen Autoritäten innerhalb eines Territoriums und seiner Bevölkerung, während die externe Dimension der Souveränität nicht die Idee einer Vormachtstellung, sondern den Anspruch auf Unabhängigkeit von externen Autoritäten beinhaltet (Bull 1995: 8; vgl. Hinsley 1986: 158; Walker 1993: 169ff.). Insofern sich die interne und die externe Dimension der Souveränität aufeinander beziehen, wurde argumentiert, dass das Souveränitätsprinzip eine konstitutive Funktion sowohl für den modernen Staat als auch für die moderne Struktur der internationalen Beziehungen besitzt. In diesem Sinne legt Anthony Giddens dar, dass das Konzept der Souveränität ‚simultaneously provides an ordering principle for what is „internal“ to states and what is „external“ to them‘ (1985: 281). Demzufolge erschafft das Prinzip der Souveränität sowohl die basalen Einheiten der internationalen Beziehungen, nämlich Staaten, als auch die Eigenschaften des internationalen Systems selbst, also die Interaktionsmuster zwischen Staaten als unabhängige und sich selbst regierende politische Einheiten (Ruggie 1986; Kratochwil 1986). In einem ähnlichen Sinn kommt R.B.J. Walker zu dem Schluss, dass Souveränität ein Ausdruck von Politik ist, der sich sowohl innerhalb als auch außerhalb von Staaten manifestiert, weil nämlich das Prinzip der Souveränität selbst erst diese radikale Zweiteilung von Politik in ‚Innenpolitik‘ einerseits und ‚Außenpolitik‘ bzw. internationalen Beziehungen andererseits erst hervorruft (2000: 28). Aus dieser Perspektive erfüllt das Prinzip der Souveränität eine Abgrenzungsfunktion und organisiert dabei unser Wissen und unsere Wahrnehmung dessen, was als ‚Innen‘ und was als ‚Außen‘ gilt (Bartelson 1995; vgl. auch Ashley 1988).

Über die Konstituierung der grundlegenden Einheiten des internationalen Systems hinaus, schreibt das Souveränitätsprinzip aber auch bestimmte Formen der Beziehung zwischen diesen Einheiten vor. Dies wird besonders im Hinblick auf die Forderung

nach der souveränen Gleichheit aller Staaten deutlich. Diese Forderung zielt darauf ab, die Etablierung einer Herrschaftsinstanz – einer Weltregierung – innerhalb der internationalen Beziehungen zu verhindern und schreibt dabei die Struktur der internationalen Ordnung als anarchisch fest. Anarchie muss in diesem Kontext klar von einer Situation des Chaos unterschieden werden, denn während erstere ordnende Aspekte in Form von gemeinsamen Regeln und Normen ohne die Etablierung einer Herrschaftsinstanz zulässt, bezeichnet letzteres den Zusammenbruch auch der rudimentärsten Formen von Ordnung (vgl. Holsti 1996: 7). Außerdem eröffnet die Forderung nach der souveränen Gleichheit aller Staaten auch die Möglichkeit der Entstehung einer internationalen Gesellschaft, insofern diese nicht nur auf der Existenz gemeinsamer Regeln und Normen beruht, sondern auch auf einer gemeinsam geteilten Identität. Barry Buzan weist darauf hin, dass das Prinzip der souveränen Gleichheit die Grundlage für eine ansatzweise geteilte Identität zwischen den Mitgliedern der internationalen Gesellschaft schafft, da sie sich auf dessen Basis als ein und demselben Typus von Entität zugehörig fühlen, nämlich dem der souveränen Staaten (1993: 345). Allerdings bildet das Prinzip der souveränen Gleichheit nicht die alleinige Basis der internationalen Gesellschaft. Als ein theoretisches, abstraktes Prinzip ist es relativ schwach und muss aktiv aufrechterhalten und reproduziert werden. Genau an diesem Punkt kommt nun die Rolle von Großmächten zum Tragen: Bull zufolge spielen Großmächte eine besondere Rolle bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung. Ihre Hauptfunktionen bestehen in der Erhaltung des Machtgleichgewichts, der Eindämmung militärischer Auseinandersetzungen (sowohl in ihren Beziehungen zueinander als auch innerhalb ihrer Einflussphären) und in der Ermöglichung internationaler Kooperation (Bull 1995: 200). Theoretisch haben Großmächte als die herausragenden Akteure innerhalb der internationalen Ordnung auch das größte Interesse an der Aufrechterhaltung dieser Ordnung, so Bull: ‚any international order must have its custodians and guarantors, whose stake in order will be greater than that of other states.’¹⁷ Aus dieser Perspektive kann von Großmächten erwartet werden, die ‚raison de système’ zu verkörpern, um Adam Watsons Begriff zu benutzen (Buzan 1993: 346).

¹⁷ Diese theoretische Betrachtungsweise wirft natürlich die Frage auf, inwiefern Großmächte historisch tatsächlich ihrer Rolle als Garanten und Hüter der internationalen Ordnung gerecht wurden. Bull selbst konzediert, dass Großmächte häufig eher in einer Weise agierten, die zur Störung der internationalen Ordnung beitrug, anstatt diese zu reproduzieren (1995: 201).

Die Verkörperung der *raison de système* beinhaltet wiederum die Durchsetzung und Aufrechterhaltung der fundamentalen Eigenschaften der internationalen Ordnung, deren Hauptprinzip die souveräne Gleichheit aller Staaten ist. Obwohl die Forderung nach der souveränen Gleichheit aller Staaten nicht die faktische Machtungleichheit zwischen den Staaten zu eliminieren vermag (vgl. Camilleri und Falk 1992: 33), so transformiert sie sie doch: im Rahmen einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung wird von Großmächten erwartet, zu der Reproduktion des Prinzips der souveränen Gleichheit aller Staaten beizutragen, so dass Großmächte ihre überlegenen Fähigkeiten nicht in unbeschränkter Weise nutzen können.

„[G]reat powers cannot formalise and make explicit the full extent of their special position. International society is based on the rejection of a hierarchical ordering of states in favour of equality in the sense of the like application of basic rights and duties of sovereignty to like entities. To make explicit the full extent of the special rights and duties of the great powers (for example, by writing hegemonial rights, or rights to a sphere of influence, or rights jointly to enforce the global peace into positive international law) would be to engender more antagonism than the international order could support.“ (Bull 1995: 221)¹⁸

Aus diesem Grunde sind Großmächte an die Fiktion der souveränen Gleichheit aller Staaten gebunden und wenn sie diese Fiktion untergraben, dann zerstören sie damit weite Teile des Fundaments der internationalen Ordnung (Badie 2002: 93). Zugleich bewahrt das Prinzip der souveränen Gleichheit weniger mächtige Staaten vor der Eliminierung (Buzan 1993: 347). Tatsächlich ist dies anhand der historischen Entwicklung innerhalb der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nachvollziehbar, in der der Anspruch auf externe Souveränität das Fortbestehen so genannter ‚failed states‘ oder ‚Quasi-Staaten‘, in Jacksons Terminologie (1990), zumindest formal gesichert hat. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass eine souveränitätsbasierte internationale Ordnung zwischen symmetrischen und asymmetrischen Aspekten oszilliert: sie ist auf Großmächte angewiesen, die ihre überlegenen Machtressourcen dazu nutzen, um das Prinzip der souveränen Gleichheit aufrechtzuerhalten. Auf der einen Seite würde offene

¹⁸ Vgl. dazu auch Nico Krisch, der dem Prinzip der souveränen Gleichheit eine ‚Doppelstruktur‘ zuweist, die einerseits das ungewisse utopische Streben nach einer tatsächlichen Symmetrie innerhalb der internationalen Beziehungen ausdrückt, andererseits aber auch ein konkretes, aber schwaches regulatives Ideal für die Schaffung neuer Regeln darstellt (2003a: 139f.).

Asymmetrie zu hierarchischen Strukturen führen und damit potentiell die Ordnung untergraben und im Chaos enden. Wenn Großmächte auf der anderen Seite die Forderung nach der souveränen Gleichheit wörtlich nähmen und ihre Rolle als Garanten der internationalen Ordnung damit vernachlässigten, würde die internationale Ordnung ebenfalls zusammenbrechen.

2.5.2 Menschenrechte: Implementierung auf der supra-staatlichen Ebene oder innerhalb von Staaten

Die Ambivalenz innerhalb des Konzepts der Menschenrechte, die im Wesentlichen in einer Spannung zwischen universalem Anspruch auf der einen Seite und der Tatsache, dass Menschenrechte in partikularen politischen Strukturen verwurzelt sind auf der anderen, ist in der einschlägigen Literatur weitgehend anerkannt. Im Folgenden werde ich zeigen, dass es in der Tat schwierig ist, beide Aspekte auf der theoretischen Ebene zu entflechten: selbst wenn Menschenrechte einerseits als universal betrachtet werden, geht der semantische Gehalt dieses Konzepts immer aus bestimmten politischen Kontexten hervor. Denkt man andererseits die Forderung nach einer partikularistischen Verwurzelung von Menschenrechten konsequent zu Ende, so gelangt man zu dem Anspruch, dass allen Menschen eine partikuläre politische Gemeinschaft zur Verfügung stehen müsste, die ihre Menschenrechte nach ihrem Verständnis definiert, was zu dem Anspruch auf universale Staatsbürgerschaft für alle Individuen führt. Während diese paradoxe Relation zwischen universalen und partikularen Aspekten der Menschenrechte ein interessantes Gedankenspiel darstellt, müssen wir ihm in diesem Kontext keine allzu große Bedeutung beimessen – geschweige denn es lösen, denn, wie ich im Folgenden erläutern werde, nimmt die Ambivalenz innerhalb des Konzepts der Menschenrechte im Rahmen von politischen Debatten eine andere, weniger paradoxe Form an.

Die Forderung, der zufolge Menschenrechten eine unanzweifelbar universale Geltung zukommt ist in zwei Denktraditionen verwurzelt: erstens besagt die Lehre des Naturrechts, dass Menschenrechte universal sind. Aus der Perspektive des Naturrechts ist der Anspruch auf die universale Geltung von Menschenrechten in der Autorität Gottes und in seiner Schöpferrolle begründet. Zweitens geht die Forderung nach der Universalität der Menschenrechte auch aus der Tradition der Aufklärung hervor. Im Gegensatz zur Naturrechtstradition begründete die Philosophie der Aufklärung dies jedoch nicht mit der Rolle Gottes, sondern mit der Universalität der menschlichen Vernunft.

Im Hinblick auf neuere Ansätze zur Grundlegung der Universalität der Menschenrechte ist Jürgen Habermas' theoretischer Zugang zu diesem Problem der vermutlich prominenteste. Habermas betrachtet Freiheitsrechte und politische Mitbestimmungsrechte als gleichursprünglich (1994: 154). Ihm zufolge bedingen sich Menschenrechte und Volkssouveränität gegenseitig, da das gesetzte Recht seine Legitimität aus dem Umstand bezieht, dass alle Mitglieder einer politischen Gemeinschaft gleichermaßen an seiner Kodifizierung beteiligt waren. Die politische Gemeinschaft ist zugleich Autor und Adressat des gesetzten Rechts. Habermas befindet sich damit in der kantianischen Tradition; allerdings leitet er, anders als Kant, die Forderung nach der Universalität der Menschenrechte nicht aus der Universalität der Vernunft, sondern aus universalen Eigenschaften intersubjektiver Kommunikation ab. Während dieser Ansatz im Hinblick auf einzelne Nationalstaaten sehr überzeugend ist, trifft er auf Schwierigkeit, sobald er auf die globale Ebene angewandt wird, da es letzterer weitgehend an den institutionellen Strukturen mangelt, die für den Prozess der demokratischen Selbstgesetzgebung erforderlich sind. Habermas bietet für dieses Problem die Lösung an, dass auf der globalen Ebene ‚die Menschheit bzw. eine unterstellte Republik von Weltbürgern‘ (ebd.: 139) den Bezugspunkt für das wechselseitige Konstitutionsverhältnis von Volkssouveränität und Menschenrechten bildet (vgl. auch Lohmann 1999).

Kommunitaristen wie Alasdair MacIntyre hingegen bestreiten diese Möglichkeit der Universalitätsbegründung radikal. MacIntyre weist die Forderung nach der Universalität der Menschenrechte mit dem Argument zurück, dass es keine universale Vernunft gibt, sondern nur eine Vielzahl von kontextabhängigen Rationalitäten (1985). Daraus zieht er den Schluss, dass Rechte sich immer auf bestimmte und begrenzte politische Gemeinschaften beziehen, aus denen sie erwachsen und ihre Gültigkeit erlangen. Die meisten theoretischen Ansätze im Bereich der Menschenrechte nehmen von solch einem radikalen Relativismus jedoch Abstand und versuchen stattdessen, sowohl universalen als auch partikularen Aspekten im Hinblick auf die Fundierung der Menschenrechte zur Geltung kommen zu lassen. John Rawls zum Beispiel kommt zu dem Schluss, dass nur bestimmte negative Freiheitsrechte, die er als ‚urgent rights‘ (1999: 79) bezeichnet, universal hinsichtlich ihrer Reichweite und ihrer Geltung sind. Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangen moderate Kommunitaristen wie Michael Walzer (2000) und Liberale wie Michael Ignatieff (2003), indem sie argumentieren, dass nur negative Freiheitsrechte universale Gültigkeit beanspruchen können, nicht aber politische Mitbe-

stimmungsrechte. Letztere müssen ihnen zufolge innerhalb von partikularen politischen Gemeinschaften realisiert werden.

Statt den Inhalt von Menschenrechten in universale und partikulare Aspekte einzuteilen, argumentieren Thorsten Bonacker und André Brodocz, dass die Spannung zwischen universalen und partikularen Dimensionen eine immanente und unlösbare Eigenschaft des Menschenrechtskonzepts darstellt (2001). Ihnen zufolge waren Menschenrechte historisch eng mit dem partikularen Einzelstaat verbunden, der ihre Durchsetzung innerhalb seiner Grenzen garantierte (vgl. auch Frost 1996, 2000). Weil Menschenrechte aber als die letztgültige Fundierung des Rechts als solchem galten, transzendierten sie immer schon die Grenzen des partikularen Einzelstaates und deuten auf Universalität hin – allein um den infiniten Regress hinsichtlich der Frage nach der Geltung des positiven Rechts zu vermeiden. Bonacker und Brodocz weisen nach, dass diese Ambiguität der Menschenrechte fortexistiert, obschon sich Menschenrechte heutzutage weitgehend vom Staat abgelöst haben und auf der globalen Ebene angesiedelt sind: das Erfordernis nach der Interpretation und Institutionalisierung von Menschenrechten innerhalb einer bestimmten politischen Gemeinschaft wird dem Anspruch auf universale Geltung immer zu einem gewissen Grade zuwiderlaufen.

Bonacker und Brodocz weisen somit überzeugend nach, dass der Versuch, universale und partikulare Aspekte der Menschenrechte voneinander zu trennen, aus logischen Gründen zum Scheitern verurteilt ist: selbst wenn man davon ausgeht, dass politische Mitbestimmungsrechte nur im Rahmen von partikularen politischen Gemeinschaften zu realisieren sind, impliziert dies in seiner logischen Konsequenz, dass jedes Individuum Mitglied einer politischen Gemeinschaft sein sollte, um in den Genuss dieser Rechte zu kommen, d.h. es impliziert einen universalen Anspruch auf Staatsbürgerschaft. Für die empirische Untersuchung von politischen Debatten über Souveränität und Menschenrechte ist dieses logische Paradox allerdings von geringer Bedeutung, da es von politischen Akteuren erfolgreich umgangen wird. Sie knüpfen zwar in gewisser Weise an die Ambivalenz zwischen Universalität und Partikularität an, die das Menschenrechtskonzept auf theoretischer Ebene kennzeichnet, übersetzen diese Ambivalenz dabei jedoch in weniger abstrakte Kategorien. Die wichtigste Frage im Hinblick auf die Menschenrechte im Rahmen von politischen Debatten ist die, auf welche Form der politischen Gemeinschaft sich Menschenrechte beziehen. In diesem Kontext können Menschenrechte einerseits als ein Konzept verstanden werden, dass sich auf die gesamte Menschheit, also auf eine vorgestellte Gemeinschaft aller

Menschen, bezieht. Dieser Sichtweise zufolge sind Menschenrechte auf der globalen Ebene zu verorten und sollten dementsprechend von globalen bzw. supra-staatlichen Institutionen implementiert werden. Obwohl klar ist, dass den Menschenrechten auf dieser Ebene kein wirklicher Prozess der demokratischen Selbstgesetzgebung entspricht, fungiert die Menschheit als solche als der zentrale normative Bezugspunkt. Andererseits können in politischen Debatten auch die partikularen Wurzeln der Menschenrechte betont werden, also ihre Verortung in konkreten Nationalstaaten. Diese Interpretation stellt die Verbindung zwischen Menschenrechten, Demokratie und konstitutionellen Strukturen in den Vordergrund und führt zu dem Schluss, dass Menschenrechte am besten durch innerstaatliche Institutionen implementiert werden. Zusammenfassend ist im Hinblick auf die zentrale Ambivalenz von Menschenrechten festzuhalten, dass obschon die theoretische Literatur hinsichtlich der Menschenrechte das Spannungsverhältnis von Universalität und Partikularität in den Vordergrund stellt, sich diese Konstellation nicht auf der Ebene von politischen Debatten fortschreibt. Vielmehr erweist sich auf dieser Ebene die Frage als zentral, auf welche Form der politischen Gemeinschaft sich das Menschenrechtskonzept bezieht, auf die politische Akteure zwei potentielle Antworten bereithalten: entweder werden Menschenrechte mit einer vorgestellten Gemeinschaft aller menschlichen Individuen in Verbindung gebracht oder als Rechte angesehen, die aus konkreten und in Staaten verfassten politischen Gemeinschaften hervorgehen. Je nach dem, wie politische Akteure diese Frage beantworten, optieren sie entweder für die Durchsetzung von Menschenrechten durch supra-staatliche oder durch innerstaatliche Institutionen.

2.6 Die diskursive Formation von Souveränität und Menschenrechten

Im vorherigen Abschnitt habe ich die Ambivalenzen, die das Konzept einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung einerseits und das Konzept der Menschenrechte andererseits jeweils kennzeichnen, detailliert dargelegt. Auf der Basis einer eingehenden Diskussion der theoretischen Literatur und unter Einbeziehung von Ergebnissen meiner empirischen Analyse habe ich erläutert, dass das Konzept einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung durch die Ambivalenz von Symmetrie und Asymmetrie gekennzeichnet ist, während für die Menschenrechte die Spannung zwischen Forderungen nach ihrer Implementierung auf der globalen Ebene einerseits und ihrer Durchsetzung innerhalb von innerstaatlichen Strukturen andererseits von zentraler Bedeutung ist. Darüber hinaus habe ich zuvor die Behauptung aufgestellt, dass

Souveränität (als das basale Prinzip internationaler Ordnung) und Menschenrechte in einem wechselseitigen Konstitutionsverhältnis zueinander stehen, aus welchem in zentraler Weise der semantische Gehalt beider Konzepte hervorgeht. Die jeweils möglichen Konfigurationen beider Konzepte sind in umfassendere Bedeutungszusammenhänge eingebettet, die ich als *Diskurse* bezeichnen werde. Die Kombination der zentralen Ambivalenzen des Konzepts einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung einerseits und der Menschenrechte andererseits eröffnet ein Vierfelderschema, welches vier mögliche Diskurse umfasst, von denen ein jeder die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten auf eine bestimmte Art und Weise determiniert. Diese vier konkurrierenden Diskurse werde ich als die *diskursive Formation* von Souveränität und Menschenrechten bezeichnen.

Das folgende Schema stellt die diskursive Formation von Souveränität und Menschenrechten dar:

Tabelle 1 Die diskursive Formation von Souveränität und Menschenrechten

		Souveränitätsbasierte internationale Ordnung	
		Asymmetrie	Symmetrie
Menschenrechte (Implementierungsebene)	innerstaatlich	Progressivismus	Souveränismus
	Supra-staatlich	Interventionismus	Legalismus

Bevor die vier in der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten angegebenen Diskurse genauer erläutert werden, müssen einige elementare Begriffe erklärt werden. Ein Diskurs besteht aus einer begrenzten Anzahl von Texten und verbalen Äußerungen, die dadurch miteinander verbunden sind, dass sie sich auf bestimmte Objekte beziehen und sich dabei auf ein bestimmtes Set von Regeln stützen, dem sie bei der Konstitution ihrer Bezugsobjekte folgen (Fairclough 1995b; Morrow 1994). Dabei definieren Diskurse Handlungssubjekte und legitime Formen des

Sprechen und Handelns, wissensbezogene Praktiken dieser Subjekte, die sich auf Objekte beziehen, welche der Diskurs definiert und schließlich Objekte, auf die sich Wissens- und Handlungspraktiken beziehen können (Milliken 1999: 229). In diesem Sinne *produzieren* Diskurse die Dinge, die sie definieren. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine diskurs-externe Realität existiert: ‚Objects of knowledge might be said to exist independently of language, but when they enter in any meaningful way into human, social life, they enter not as name- and shapeless objectivity, but as ‚something’: they are necessarily categorized and conceptualized.‘ (Wæver 2004: 198). Die poststrukturalistische Diskurstheorie grenzt sich gegen zwei alternative Ansätze ab. Erstens unterscheidet sie sich durch ihre Fokussierung auf Diskurse von kognitiven Theorien, insofern Diskurse nicht als ein Medium betrachtet werden, das etwas über die Intentionen oder den mentalen Zustand von Akteuren offenbart. Akteure können Diskurse zwar in strategischer Absicht verwenden, allerdings sind sie nicht in der Lage, diese vollständig zu kontrollieren oder zu manipulieren. Vielmehr verwickeln sie sich dabei immer in bereits schon bestehenden Bedeutungsstrukturen (Wæver 2004; Diez 1999). Zweitens ist es mit einer poststrukturalistischen Perspektive nicht vereinbar, die Bedeutung von sprachlichen Äußerungen aus dem sozio-politischen Kontext zu erklären, in dem sie gemacht wurden (Bartelson 1995: 70).¹⁹ Die Bedeutung von Äußerungen auf ihren sozio-politischen Kontext zurückzuführen würde implizieren, dass dieser Kontext als eine nicht-diskursive Entität vorliegt, die in sich selbst bereits bedeutungsvoll bzw. sinnhaft ist. Darüber hinaus würde eine solche Reduktion auch zur Folge haben, dass – zumindest in einem spezifischen Kontext – die Bedeutung von Äußerungen stabil und unumstritten ist. Poststrukturalistische Ansätze hingegen gehen davon aus, dass eine letztgültige Bedeutungsfixierung diskursiver Inhalte nicht möglich ist. Diskurse sind dynamisch, da die Bedeutung von bestimmten Äußerungen immer nur partiell und temporär fixiert werden kann (Laclau und Zac1994). Der Begriff des Diskurses bezeichnet zwar eine Bedeutungsstruktur, diese ist aber instabil und offen für Bedeutungsverschiebungen und Definitionskämpfe. Bartelson kommt zu dem Schluss, dass ‚discourse is autonomous and has primacy, but is not itself foundational; its autonomy and primacy does not reside in any magical or metaphysical ability to produce physical reality, but in its ability to organize knowledge systematically, so that some things become intelligible, and others not.‘ (1995: 71). Das bedeutet allerdings

¹⁹ Vgl. Weber (1995) und Bonacker und Brodocz (2001) und Chalaby (1996) und Meyer (2001) hinsichtlich eines kontext-orientierten diskursanalytischen Ansatzes.

nicht, dass Diskurse hermetisch gegen nicht-diskursive Einflüsse abgeschirmt sind, sondern nur, dass letztere nur dann eine Wirkung entfalten können, wenn sie auf diskursivem Wege vermittelt werden (Diez 1999).

Indem sie legitime Optionen festlegen, auf bestimmte Objekte Bezug zu nehmen und andere dabei ausschließen (Optionen der Bezugnahme wie Objekte), sind Diskurse mit Macht ausgestattet, genauer gesagt mit Definitionsmacht (ebd.). Die Definitionsmacht von Diskursen wirkt sich dergestalt aus, dass sie das Wissen, über welches Akteure hinsichtlich ihrer selbst und ihrer Umwelt verfügen, reguliert und diszipliniert. Diskurse stellen legitime Formen des Bezugs auf empirische Objekte zur Verfügung und formen somit ein ‚regime of truth‘ (Milliken 1999: 229). Zwar existiert diese Form der strukturellen Macht nicht außerhalb von menschlichem Handeln, aber anders als materielle Machtressourcen steht sie Akteuren nicht zu deren freier Verfügung. Vielmehr ‚ermächtigen‘ und/ oder ‚entmachten‘ Diskurse Akteure, indem sie bestimmte Rollen definieren, die diese einnehmen können (Guzzini 1993: 472).

Insbesondere im Fall von ‚contested concepts‘ bleibt die Definitionsmacht von Diskursen aber nicht unangefochten, insofern hier nämlich *unterschiedliche Diskurse behaupten, ein und dasselbe Objekte zu konstituieren*. Die Bedeutung des Begriffs der ‚Demokratie‘ beispielsweise differiert, je nach dem ob er innerhalb eines liberalen oder eines republikanischen Diskurses verwendet wird. Dem Vorschlag von Thomas Diez folgend (1999: 45), werde ich eine Gruppe von Diskursen, die scheinbar identische Objekte konstituieren, dies aber auf unterschiedliche Art und Weise tun, als *diskursive Formation* bezeichnen. Die Beziehung zwischen den Diskursen, die zu einer solchen Formation gehören, ist doppelter Natur: einerseits konkurrieren sie miteinander und widersprechen einander hinsichtlich der Art und Weise, in der sie ihre zentralen Objekte konstituieren. Andererseits weisen die Diskurse, die zu einer diskursiven Formation gehören, auch Schnittstellen und eventuell sogar Überlappungen auf, weil die Fixierung von Bedeutung innerhalb von Diskursen ja immer instabil und vorläufig ist. Roxanne Doty zufolge, ‚the exterior limits [of a discourse] are constituted by other discourses that are themselves also open, inherently unstable, and always in the process of being articulated. This understanding of discourse implies an overlapping quality to different discourses.‘ (1996: 6).

Das oben abgebildete Vierfelderschema enthält die diskursive Formation von Souveränität und Menschenrechten. Die vier Felder mit den Bezeichnungen ‚Progressivismus‘, ‚Souveränismus‘, ‚Interventionismus‘ und ‚Legalismus‘ stellen die

vier innerhalb dieser Formation verfügbaren Diskurse dar. Ich konnte den empirischen Nachweis erbringen, dass es außer diesen vier diskursiven Optionen keine Diskurse gibt, die sich auf die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechte beziehen. Dies gilt zumindest für den Bereich der transatlantischen Beziehungen zum gegebenen Zeitpunkt: ich konnte in meinen Daten keine sprachliche Äußerung finden, die nicht einem der vier Diskurse zugeordnet werden konnte, obgleich ich Äußerungen gefunden habe, die mehr als nur einem Diskurs zuzuordnen waren. Die potentiellen Übergänge zwischen den Diskursen werden im siebten Kapitel behandelt. Darüber hinaus wies meine empirische Untersuchung aber eine Besonderheit auf: der progressivistische Diskurs spielte nur eine marginale Rolle in den Debatten über die Einrichtung des IStGH. Im sechsten und siebten Kapitel werde ich näher erläutern, warum dies der Fall ist. An dieser Stelle sei nur darauf hingewiesen, dass Anhänger des progressivistischen Diskurses sich in Fundamentalopposition zu dem gesamten Projekt des IStGH befinden, während die Befürworter des Interventionismus und des Souveränismus zwar die konkrete institutionelle Ausgestaltung des IStGH kritisierten, nicht jedoch die Idee der Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs als solchem.

Die vier Diskurse, die ich im Folgenden näher erläutern werde, stellen Artikulationen von konkurrierenden Vorstellungen internationaler Ordnung dar, in deren Zentrum die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten liegt. Die konkurrierenden Diskurse bilden die Grundlage des transatlantischen Konflikts über den IStGH. D.h. die Konfliktlinien in dieser Auseinandersetzung verliefen nicht zwischen Befürwortern des Souveränitätsprinzips auf der einen Seite und Anhängern der Menschenrechte auf der anderen, sondern vielmehr zwischen Verfechtern von unterschiedlichen Diskursen, von denen ein jeder sowohl Souveränität als auch Menschenrechte in einer bestimmten Weise synthetisiert. Aufgrund der Natur von Diskursen als komplexe Bedeutungsstrukturen gehe ich allerdings nicht davon aus, dass zwischen Diskursen und politischen Entscheidungen eine deterministische Kausalität besteht. Vielmehr wirken sich Diskurse auf nicht-deterministischem Wege auf politische Entscheidungen aus, indem sie Wahrnehmungsmuster und normative Orientierungen zur Verfügung stellen, auf deren Basis Akteure entscheiden und damit den Spielraum für legitime politische Handlungen eingrenzen (vgl. Yee 1996).

Der *legalistische* Diskurs entwickelte sich im Verlauf des Untersuchungszeitraums zu einem gemeinsamen Diskurs der Befürworter eines mächtigen und unabhängigen Strafgerichtshofs und vereinigte und leitete daher in zunehmender Weise die

argumentativen Strategien der untersuchten europäischen Staaten. Er kombiniert die Betonung des Prinzips der souveränen Gleichheit aller Staaten, also den Aspekt der *Symmetrie*, mit der Forderung nach der Implementierung von Menschenrechten auf der *supra-staatlichen* Ebene. Der Begriff des Legalismus soll dabei die zentrale Rolle widerspiegeln, die die Anhänger dieses Diskurses dem Völkerrecht als einer wesentlichen Basis der internationalen Ordnung beimessen. Wie ich im dritten Kapitel genauer darlegen werde, hatte der legalistische Diskurs den größten Einfluss auf die institutionelle Ausgestaltung des IStGH. Dem Legalismus zufolge bietet eine symmetrische Beziehung zwischen Staaten das einzig mögliche Fundament einer stabilen internationalen Ordnung. Anhänger dieses Diskurses argumentieren, dass die Gewährung von Ausnahmeregelungen bezüglich der Jurisdiktion des IStGH für mächtige Staaten wie zum Beispiel die USA gefährliche Signale an andere Staaten aussenden würde und damit die Bedeutung des Völkerrechts als solchem potentiell aushöhlen könne. Aus dieser Perspektive gilt die souveräne Gleichheit aller Staaten als der wesentliche Garant einer friedlichen und sicheren Weltordnung. Zwar bestreiten Legalisten nicht die Existenz faktischer Machtungleichheit, aber sie argumentieren, dass, wenn mächtige Staaten ihre Macht zu offen ausspielen, das Völkerrecht seine Legitimität verlöre und dem Recht des Stärkeren Tür und Tor geöffnet würde. Hinsichtlich der Menschenrechte optieren Legalisten für deren Implementierung auf der supra-staatlichen Ebene. Ihnen zufolge bilden die internationale Gesellschaft aller Staaten bzw. die Weltgesellschaft aller Individuen den zentralen Bezugspunkt für die Institutionalisierung der Menschenrechte.

In den folgenden Kapiteln werde ich zeigen, dass der legalistische Diskurs letztendlich eine hegemoniale Position in den Debatten über den IStGH erlangte. Im neo-Gramscianischen Kontext bezeichnet der Begriff der Hegemonie die Expansion eines Diskurses hin zu einer dominanten sozialen Orientierungs- und Handlungsmatrix durch die partielle Fixierung von zuvor offenen und unfixierten Elementen, die dazu führt, dass diese Fixierung gegenläufigen, ‚antagonistischen Kräften‘ standhalten kann (Torfing 1999: 101). In der starken Gramscianischen Fassung von Hegemonie gelingt es dem hegemonialen Diskurs schlussendlich, alle konkurrierenden diskursiven Optionen zu absorbieren, was zu einer vollständigen Abschließung und Festlegung der Bedeutungsstruktur führt. Demzufolge kann die Kontingenz der Bedeutungsfixierung im Fall von hegemonialen Diskursen nur noch durch einen Prozess der Dekonstruktion aufgezeigt und überwunden werden, der den Anspruch dieses Diskurses auf quasi-

metaphysische Geltung untergräbt (ebd.: 102ff.). Jedoch habe ich im Verlaufe meiner empirischen Untersuchung festgestellt, dass diese starke Version der Hegemonie nicht die einzig mögliche Erscheinungsform diskursiver Hegemonien ist. Um die enge Definition von Hegemonie dementsprechend zu lockern, definiere ich eine hegemonialen Diskurs als einen Diskurs, der den dominanten normativen Hintergrund innerhalb eines bestimmten Objektfeldes bildet, ohne dabei notwendigerweise alle anderen diskursiven Optionen zu absorbieren. D.h. andere Diskurse können immer noch artikuliert werden; allerdings findet ihre Artikulation in einem Umfeld statt, innerhalb dessen der hegemoniale Diskurs erfolgreich einen Standpunkt der *normativen Überlegenheit*²⁰ gegenüber anderen diskursiven Optionen beansprucht. Mehrere Aspekte stützen die Annahme, dass der legalistische Diskurs eine hegemoniale Stellung einnahm: erstens diente er als eine Plattform für eine starke Gruppe von Staaten, die sich für einen unabhängigen Gerichtshof einsetzten. Zweitens wurden viele seiner zentralen Forderungen in das Rom-Statut aufgenommen, wodurch sie zu rechtlichen Bestimmungen wurden, die in der Folge wiederum in zentraler Weise die Möglichkeiten festlegten, den IStGH zu kritisieren oder sich ihm zu entziehen.²¹ Nicht zuletzt bot der legalistische Diskurs Teilen der US-amerikanischen Presse eine diskursive Basis, auf der sie die Haltung der US-amerikanischen Regierung gegenüber dem IStGH kritisierten.

Die drei übrigen Diskurse stellen demgegenüber ‚antagonistische Kräfte‘ dar, die die hegemoniale Position des legalistischen Diskurses anfechten. Sie wurden in der Hauptsache von US-amerikanischen Diplomaten und Kommentatoren ins Spiel gebracht, die gegen die konkrete institutionelle Ausgestaltung des IStGH opponierten, obwohl auch einige europäische Akteure sich diesen Diskursen anschlossen. Dem interventionistischen Diskurs zufolge sollten Menschenrechte auf der *supra-staatlichen* Ebene implementiert werden. Anders als der legalistische Diskurs kombiniert der Interventionismus dies aber mit der Forderung nach einer *asymmetrischen* Struktur der internationalen Ordnung. Der Begriff des ‚Interventionismus‘ stammt von H. W. Brands

²⁰ ‚Normative Überlegenheit‘ kann sich in diesem Kontext auf unterschiedliche Aspekte beziehen; sie kann beispielsweise auf den Anspruch übergeordneter wissenschaftlicher Rationalität hinweisen, ebenso gut aber auch auf die Behauptung einer überlegenen moralischen Legitimität.

²¹ Als die US-amerikanische Regierung unter Bush, Jr. beispielsweise vor dem UN Sicherheitsrat eine Ausnahmeregelung für ihre Bürger im Hinblick auf die Jurisdiktion des IStGH durchsetzte, bildete das Rom-Statut die Basis, auf der die rechtliche Gültigkeit dieser Ausnahmeregelung bewertet werden musste.

(1998a, b), der darlegt, dass der Interventionismus tief in der Geschichte der amerikanischen Außenpolitik verwurzelt ist. Folgt man Brands, so enthält er im Wesentlichen die Idee, dass militärische Interventionen ebenso wichtig für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung wie auch für die Verfolgung des US-amerikanischen nationalen Interesses sind. Obwohl der Diskurs, den ich als interventionistisch bezeichne, nicht gänzlich kongruent mit Brands' Begriff ist, ist die grundlegende Idee doch ähnlich. Den Befürwortern des Interventionismus zufolge sollte die Souveränität eines Staates in Abhängigkeit von seiner Fähigkeit und seinem Willen gesehen werden, innerhalb seiner eigenen Grenzen Menschenrechtsstandards durchzusetzen und zu garantieren. Interventionisten argumentieren, dass, wenn das nicht der Fall ist, die internationale Gesellschaft, repräsentiert durch Großmächte, zu einer Intervention berechtigt ist, um die Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Der interventionistische Diskurs misst Machtungleichheiten eine große Bedeutung zu, denn Großmächte tragen eine größere Last und höhere Kosten im Hinblick auf die globale Durchsetzung von Menschenrechten. Kritiker des IStGH artikulierten ihre Einwände gegen den Gerichtshof häufig mithilfe des interventionistischen Diskurses. Sie argumentieren, dass der IStGH ein Hindernis bei der Implementierung von Menschenrechten darstellen könnte, da seine Errichtung mächtige Staaten durch die potentielle Verfolgung ihrer Soldaten bedrohen könnte und sie somit von davon abhalten könnte, sich an humanitären Interventionen zu beteiligen.

Der souveränistische Diskurs kombiniert die Forderung nach einer symmetrischen internationalen Ordnung mit der Annahme, dass der innerstaatliche Rahmen die optimale Ebene für die Implementierung von Menschenrechten darstellt. Auf den ersten Blick mag die Bezeichnung ‚Souveränismus‘ irreführend erscheinen, da dieser Diskurs nicht voll und ganz auf dem Konzept der Souveränität beruht und damit Menschenrechte ausschließt. Trotzdem werde ich bei dieser Bezeichnung bleiben, weil sie in der Forschungsliteratur bereits etabliert ist. Peter Spiro zum Beispiel nennt Akteure, die zentrale Ideen dieses Diskurses vertreten, ‚new sovereigntists‘ (2000). Im Rahmen des souveränistischen Diskurses werden Souveränität und Menschenrechte als durch die Verfassung eines Staates verbunden dargestellt, die einerseits als Garant der Menschenrechte, andererseits aber auch als die Grundlage staatlicher Souveränität angesehen wird. Die Verfassung eines Staates ist im Kontext des souveränistischen Diskurses von besonderer Bedeutung, weil sie auf der einen Seite als das normative Fundament der Souveränität gilt, auf der anderen Seite aber auch als die einzige Instanz,

die dazu in der Lage ist, die Ausübung von staatlichen Souveränitätsprärogativen einzuschränken. Daher werde ich das Souveränitätskonzept des souveränistischen Diskurses als ‚konstitutionelle Souveränität‘ bezeichnen.²² Souveränisten stehen nicht dem Völkerrecht als solchem ablehnend gegenüber, allerdings brauchen völkerrechtliche Bestimmungen und Organisationen die explizite Zustimmung der Staaten, die durch sie rechtlich gebunden sein sollen, argumentieren sie. Obwohl es einige souveränistische Äußerungen von Seiten europäischer Akteure gab, war der souveränistische Diskurs in den USA am weitesten verbreitet. US-amerikanische Gegner des IStGH argumentierten häufig, dass das Rom-Statut die Erfordernis der staatlichen Zustimmung umgehen würde, da der IStGH auf seiner Basis dazu berechtigt ist, Nicht-Mitgliedstaaten strafrechtlich zu verfolgen. Dies gab Anlass zu scharfen Auseinandersetzungen, da Legalisten entgegneten, dass der IStGH nicht Staaten, sondern nur Individuen strafrechtlich verfolgt.

Schließlich fordert der progressivistische Diskurs, dass Menschenrechte auf der innerstaatlichen Ebene implementiert werden sollten und kombiniert diese Forderung mit der Idee einer asymmetrischen internationalen Ordnung. Der Begriff des Progressivismus wird häufig mit der Person Woodrow Wilsons verbunden. Der progressivistische Diskurs ist nicht inhaltsgleich mit dem, was häufig als ‚the progressive movement‘ in der amerikanischen Geschichte bezeichnet wurde (vgl. Rodgers 1982). Allerdings beschäftigt sich der progressivistische Diskurs ähnlich wie diese Bewegung mit der Idee der Demokratisierung als einem Weg der internationalen Reform und betont dabei den Gedanken der Volkssouveränität (vgl. Franceschet 2000). Im Rahmen des progressivistischen Diskurses wird die Implementierung von Menschenrechten auf der innerstaatlichen Ebene bevorzugt. Im Gegensatz zum souveränistischen Diskurs stellt der progressivistische Diskurs dabei jedoch nicht die Verfassung, sondern die Zivilgesellschaft und die politische Kultur innerhalb eines Staates in den Vordergrund. Das heißt aber nicht, dass staatliche Souveränität in diesem Kontext keine Rolle spielt. Vielmehr konzeptualisiert der progressivistische Diskurs Souveränität als Volkssouveränität und unterstreicht damit einmal mehr die Rolle der Zivilgesellschaft als die fundamentale Quelle der Souveränität. Gleichzeitig ist dieses Verständnis von Souveränität an die Wahrnehmung der internationalen Ordnung als asymmetrisch gebunden: die Staaten, in denen Souveränität beim Volk liegt, gehören

²² Vgl. dazu auch Shinoda (2000), der diesen Begriff auch verwendet, aber mit einer etwas anderen Bedeutung versteht. In Kapitel 5 wird dies im Detail erläutert.

zum ‚Club‘ der rechtschaffenen Demokratien, während die Staaten, in denen das nicht der Fall ist, davon ausgeschlossen sind. Obwohl Progressivisten gegen eine Implementierung von Menschenrechten auf der supra-staatlichen Ebene aussprechen, kommt hier ein gewisser missionarischer Eifer zum Ausdruck, wobei internationalen Organisationen durchaus die Rolle zukommt, via Exklusions- und Inklusionsmechanismen Demokratie und Menschenrechtsstandards zu verbreiten. Wie bereits erwähnt ergab meine empirische Analyse, dass der progressivistische Diskurs im Rahmen der Debatten über den IStGH nur eine marginale Rolle spielte. In Kapitel 6 werde ich genauer diskutieren, warum das der Fall ist und warum der progressivistische Diskurs trotzdem als ein separater Diskurs betrachtet werden kann.

2.7 Methodische Fragen

Im folgenden Abschnitt werde ich meine methodische Vorgehensweise näher erläutern. Zuerst werde ich darlegen, wie ich Texte und sprachliche Äußerungen den einzelnen zuvor beschriebenen Diskursen zugeordnet habe. Danach werde ich mich Fragen zuwenden, die die Erhebung meines Datenmaterials betreffen. Ich werde detailliert erklären, welche diskursiven Arenen (d.h. politische und professionelle Bereiche, in denen die analysierten Texte und Äußerungen produziert wurden) ich in Betracht gezogen habe und wie sie charakterisiert sind. Ich werde Kriterien angeben und diskutieren, die ich bei der Auswahl von Texten verwendet habe. Schließlich werde ich klären, welche Strategien ich bei der Analyse der Texte und sprachlichen Äußerungen genutzt habe.

2.7.1 Identifikation und Abgrenzung der einzelnen Diskurse

Weite Teile der methodologischen Literatur über Diskursanalyse betonen die enge Beziehung zwischen Diskursanalyse und ‚grounded theory‘ (vgl. Meyer 2001). ‚Grounded theory‘ ist von Barney Glaser und Anselm Strauss begründet worden, die fordern, dass empirische Phänomene ohne jede theoretische Voreingenommenheit seitens des Forschers untersucht werden können und sollen und legen somit eine strikt induktive Vorgehensweise nahe (1967). Ihnen zufolge sollte die Theoriebildung direkt aus der empirischen Analyse hervorgehen und nicht umgekehrt die Theorie dem Datenmaterial ‚aufgezwungen‘ werden, weil dies zu falschen und verzerrten Ergebnissen führe. Obgleich diese Absicht ehrenhaft erscheint, war es schwierig, Glaser und Strauss‘ Forderungen im Rahmen meiner empirischen Untersuchung Folge zu

leisten. Aufgrund der Tatsache, dass sowohl Souveränität als auch Menschenrechte hochgradig theoretische Konzepte darstellen, bleibt fraglich, inwiefern es möglich ist, eine theoretische Voreingenommenheit bei dem Versuch zu vermeiden, empirische Forschung über die Bedeutung beider Konzepte im Rahmen von politischen Debatten zu betreiben. Wie schon im Vorhergehenden erwähnt hat das Konzept der Souveränität einen großen Einfluss auf die Art und Weise der Organisation von wissenschaftlichem Wissen als solchem. Es ist konstitutiv für die Einteilung der Politikwissenschaft in Innenpolitik und Internationale Beziehungen. Aus diesem Blickwinkel ist es nahezu unvorstellbar, empirische Forschung über das Prinzip der Souveränität anzustellen, ohne dabei theoretisch voreingenommen zu sein. Ähnliches gilt für das Konzept der Menschenrechte. Vor diesem Hintergrund erscheint ein rein induktiver Ansatz für meine Forschung als nicht gangbar. Anstatt einfach nur zu behaupten, theoretisch nicht voreingenommen zu sein, erweist es sich daher als sinnvoller, die herangezogenen theoretischen Grundlagen, die zu einer Voreingenommenheit führen könnten, offenzulegen. Deshalb war der erste Schritt meiner Forschung deduktiv: ich habe vorläufige Kriterien für die Unterscheidung der vier Diskurse, deren Erscheinungsformen ich empirisch nachzuweisen beabsichtigte, aus der theoretischen Literatur über Souveränität und Menschenrechte abgeleitet.

Obwohl Souveränität und Menschenrechte hochgradig theoretische Konzepte sind, weicht ihre Konzeptualisierung im Rahmen der politikwissenschaftlichen und politiktheoretischen Ansätze von der Art und Weise ab, in der Politiker, Diplomaten, Völkerrechtler und Journalisten auf sie Bezug nehmen. Deshalb musste ich die vorläufigen, deduktiv erarbeiteten Kriterien im Verlauf meiner empirischen Untersuchung modifizieren, um die Kluft zu überbrücken, die sich zwischen politikwissenschaftlichen und politiktheoretischen Ansätzen auf der einen Seite und politischen Debatten auf der anderen auftut. So bin ich beispielsweise erst während meiner empirischen Analyse zu der Einsicht gelangt, dass das Konzept einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung von der Ambivalenz zwischen symmetrischen und asymmetrischen Aspekten dieser Ordnung bestimmt wird. In dieser Hinsicht erwiesen sich die theoretischen Ansätze zum Souveränitätsprinzip als teilweise irreführend, da sie Souveränität oft mit dem Gedanken der souveränen Gleichheit gleichsetzt und dabei den Aspekt der Asymmetrie innerhalb einer souveränitätsbasierten internationalen Ordnung aus dem Auge verliert. Insgesamt habe ich also eine Forschungsstrategie verfolgt, die als ‚abduktiv‘ bezeichnet werden kann. Abduktion

kennzeichnet einen zirkulären Forschungsprozess, bei dem man sich kontinuierlich zwischen Theorie und Empirie hin- und herbewegt (Wodak 2001: 70; vgl. auch Reichertz 2003; Meyer 2001; Lueger 2001: 363ff.). Diese Vorgehensweise diene dazu, einerseits meine theoretische Voreingenommenheit offenzulegen und mir andererseits die Möglichkeit zu geben, theoretische Vorannahmen anhand der empirischen Untersuchung zu modifizieren.

Dadurch weicht mein methodischer Ansatz auch von einer deduktiven Tradition ab, die tief in der English School verwurzelt ist, nämlich die Arbeiten von bedeutenden Völkerrechtlern und Politiktheoretikern bei der Untersuchung von empirischen Phänomenen zugrunde zu legen und als Ausgangspunkt für die Identifikation von unterschiedlichen Diskursen zu nutzen (vgl. Ralph 2005; Keene 2002). Im Gegensatz zu dieser Tradition sind die Diskurse, die ich identifiziere, nicht inhaltsgleich mit dem Werke eines bestimmten Völkerrechtlers oder einer bestimmten Denkschule. Zwar haben Personen wie Grotius und Vattel einen fortbestehenden Einfluss auf völkerrechtliche Debatten und ich werde diesen Einfluss aufzeigen, wo immer dies angemessen ist. Jedoch werde ich zeigen, dass die von mir analysierten Diskurse nicht kongruent mit ihren Theorien sind. Letztere als Ausgangspunkt zu wählen, könnte daher zu einer Verzerrung der Vielfalt der Diskurse und ihrer spezifischen Dynamik führen.

Schließlich bleibt die Frage zu beantworten, wie ich die analysierten Texte und sprachlichen Äußerungen den einzelnen Diskursen zugeordnet habe. Nachdem ich die zentralen Ambivalenzen in den Konzepten von Souveränität und Menschenrechten – also Symmetrie vs. Asymmetrie und supra-staatliche vs. innerstaatliche Implementierung – aus der theoretischen Diskussion und einer ersten Sichtung der empirischen Quellen abgeleitet hatte, habe ich diese Ambivalenzen als die zentralen Kriterien für die Zuordnung von Datenmaterial festgelegt. Darüber hinaus habe ich die zu klassifizierenden Texte und Äußerungen im Hinblick auf den folgenden Fragenkatalog gelesen, der auch als die Grundlage für die zusammenfassenden Darstellungen der einzelnen Diskurse in den folgenden Kapiteln fungierte:

1. Wie wird der Zeitverlauf im vorliegenden Text konstruiert? (Konservativ oder progressiv? Reformistisch oder revolutionär?)
2. Was stellt dem Text zufolge die zentrale Quelle internationaler Ordnung dar?
3. Was sagt der Text über die Beschaffenheit der internationalen Ordnung aus?

4. Was sind die grundlegenden Einheiten, also die ontologischen Bezugspunkte, auf die sich der Text bezieht? (Staaten oder Individuen? Einzeln oder im Kollektiv?)
5. Wie wird der Begriff des Interesses konstruiert und auf welche Entitäten bezieht er sich?
6. Wie wird der Begriff der Souveränität konstruiert?
7. Welche Einheiten stellen dem Text zufolge den zentralen Bezugspunkt für die

- Wie wird der Zeitverlauf im vorliegenden Text konstruiert? (Konservativ oder progressiv? Reformistisch oder revolutionär?)
- Was stellt dem Text zufolge die zentrale Quelle internationaler Ordnung dar?
- Was sagt der Text über die Beschaffenheit der internationalen Ordnung aus?
- Was sind die grundlegenden Einheiten, also die ontologischen Bezugspunkte, auf die sich der Text bezieht? (Staaten oder Individuen? Einzeln oder im Kollektiv?)
- Wie wird der Begriff des Interesses konstruiert und auf welche Entitäten bezieht er sich?

Ich werde diese Fälle von Überlappungen und Überschneidungen in einem gesonderten Kapitel behandeln. Darüber hinaus enthält der Annex eine Liste mit allen untersuchten Texten und Äußerungen und ihrer entsprechenden Klassifikation.

2.7.2 Die diskursiven Arenen

Die Auswahl von drei Diskursarenen, also von politischen und professionellen Bereichen, aus denen Äußerungen und Texte hervorgehen, stellte den generellen Rahmen für die Erhebung von empirischen Daten dar: die Diplomatie, die Völkerrechtsexperten und die Printmedien. Die diskursive Arena der Diplomatie umfasst im Detail erstens die Konferenz von Rom, auf der über das IStGH-Statut diskutiert und auf der es schließlich verabschiedet wurde. Sie fand vom 15. Juni bis zum 17. Juli unter der Teilnahme von Delegationen aus 160 Staaten und von Vertretern einiger hundert NGOs und einiger intergouvernementaler Organisationen statt (Broomhall 2003). Zusätzlich dazu habe ich auch Debatten einbezogen, die im UN Sicherheitsrat, in der Generalversammlung und im Sechsten (völkerrechtlichen) Komitee der Generalversammlung stattfanden. Zunächst ist zu sagen, dass die

diskursive Arena der Diplomatie ein schwieriges Untersuchungsfeld darstellt, weil die wirklich wichtigen Äußerungen und die diplomatischen Durchbrüche hinter verschlossenen Türen stattfinden. Weite Teile diplomatischer Verhandlungen bestehen aus ‚private diplomacy‘, während Forscher immer nur Zugang zur ‚public diplomacy‘ haben (vgl. Parsons 1993; Kirsch und Holmes 1999). Trotzdem gibt es gewichtige Gründe dafür, dass man UN Konferenzen und Organisationen als wichtige Quelle von Datenmaterial nicht ignorieren darf. Die UN ist der wichtigste Initiator neuer völkerrechtlicher Regelungen und Institutionen (Singh 1993) und hat in dieser Funktion auch die Errichtung des IStGH angestoßen (Broomhall 2003). Diesbezüglich ist die Konferenz von Rom, die Debatten in der Generalversammlung und im Sechsten Komitee von entscheidender Relevanz. Sobald aber der transatlantische Konflikt über den IStGH an Schärfe zunahm, wurde die Rolle des UN-Sicherheitsrates immer bedeutender, da dieser das klassische UN-Organ für die Beilegung von Konflikten darstellt (Roberts und Kingsbury 1993). Außerdem gibt es offensichtlich gewisse Rückkopplungsschleifen zwischen den Debatten im Rahmen des Sicherheitsrates auf der einen Seite und in den Medien auf der anderen: sobald die Medien einmal die Entscheidungen des Sicherheitsrates zum Thema ihrer Berichterstattung gemacht haben, werden Debatten im Sicherheitsrat öffentlicher und die Delegationen befinden sich unter einem höheren Druck, ihre Entscheidungen durch öffentliche Statements zu rechtfertigen. Dies war im Hinblick auf die zwei Sicherheitsrats-Resolutionen der Fall, die US-Bürgern eine Ausnahmeregelung von der Jurisdiktion des IStGH gewährten: während Resolution 1422 (2002) ohne eine öffentliche Debatte im Sicherheitsrat verabschiedet wurde, allerdings ein großes Medienecho hervorrief, ging der Verabschiedung der Resolution 1487 (2003) eine lange öffentliche Sicherheitsratsdebatte voraus.

Es ist evident, dass zwischen der Diskursarena der Diplomatie und der Arena der Völkerrechtsexperten viele Verbindungen bestehen. Ersten haben Diplomaten selbst oft eine völkerrechtliche Berufsausbildung, so dass sie in die Praxis des völkerrechtlichen Argumentierens einsozialisiert sind. Zweitens sind Völkerrechtsexperten natürlich immer dann involviert, wenn neue völkerrechtliche Verträge und Institutionen verhandelt werden und sind Teil der Delegationen der einzelnen Staaten. Über die Verhandlungen von völkerrechtlichen Verträgen und Institutionen hinaus beteiligen sich Völkerrechtsexperten aber auch an juristischen Debatten über abstrakte Rechtsprinzipien, die das theoretische Fundament dieser Verträge darstellen (vgl.

Koskenniemi 2002, 1989). Herausragende Völkerrechtler partizipieren daher oft sowohl an der diskursiven Arena der Diplomatie als auch an den theoretisch-abstrakten juristischen Debatten. Um letztere empirisch zu erfassen, habe ich Daten aus verschiedenen US-amerikanischen und europäischen Völkerrechtsfachzeitschriften erhoben, wie *American Journal of International Law*, the *European Journal of International Law*, the *Revue Générale de Droit International Public* and the *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* (eine detaillierte Aufstellung aller in Betracht gezogener Fachzeitschriften findet sich im Annex). Das zentrale Kriterium für die Auswahl bestand im Prestige der jeweiligen Fachzeitschrift. Obwohl ich Artikel aus Zeitschriften aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland untersucht habe, stellte sich heraus, dass die nationale Zugehörigkeit der jeweiligen Zeitschriften von untergeordneter Bedeutung war, da die Diskursarena der Völkerrechtsexperten durch einen hohen Transnationalisierungsgrad gekennzeichnet ist.

Schließlich habe ich die diskursive Arena der Medien in die empirische Untersuchung einbezogen. Die Relevanz von Medienberichten und –debatten im Hinblick auf die Außenpolitik ist weitgehend anerkannt (vgl. Holsti 2004; Robinson 2000; Bennett und Paletz 1994; Hallin 1986). Darüber hinaus bildet die Untersuchung von Medientexten auch einen zentralen Bezugspunkt für diskursanalytische Ansätze (vgl. Bell und Garrett 1998; Fairclough 1995a). Neuere Publikationen in diesem Bereich haben sich oft mit der Frage beschäftigt, ob die Medienberichterstattung über Außenpolitik einen Einfluss auf die Entscheidungen von Regierungen ausübt oder ob es sich umgekehrt verhält (vgl. Robinson 2000; Bennett 1994; Zaller 1994). Es ist nicht das Ziel dieser Arbeit, Antworten auf diese Frage zu geben und ein solches Ziel würde auch nach einem anderen Forschungsdesign verlangen. Insofern diese Frage im Kontext dieser Arbeit eine Rolle spielt, bin ich Zallers Argument gefolgt, dass die Beziehung von Medienberichterstattung und dem Handeln von politischen Akteuren eine reziproke ist, in der sich beide Bereiche zu einem gewissen Grad beeinflussen. Allerdings konnte ich im Rahmen meiner empirischen Untersuchung feststellen, dass die Medienberichterstattung Raum für die Äußerung eines breiten Spektrums von öffentlichen Meinungen – im Sinne von ‚veröffentlichten Meinungen‘ (Herbst 1998; Neidhardt 1994) – gab. So richteten sich beispielsweise einige US-amerikanische Zeitungen an der legalistischen Perspektive aus, während einige europäische Zeitungen souveränistischen oder interventionistischen Argumenten Ausdruck verliehen. Diese Beobachtung weist wiederum auf eine gewisse Transnationalisierung politischer

Öffentlichkeiten hin (vgl. Eder und Trenz 2002), vor allem dann, wenn es um kontroverse internationale Themen geht. Obwohl letzteres ein interessantes Thema für weitergehende Forschung darstellt, werde ich es im Folgenden nicht systematisch analysieren, da dies über den Rahmen meiner Fragestellung hinausgeht.

2.7.3 Die Auswahl von Statements und Texten

In diesem Abschnitt werde ich drei Kriterien näher erläutern, die für die Auswahl von Texten und sprachlichen Äußerungen von Bedeutung sind: erstens, die Auswahl der in die Untersuchung einbezogenen Länder, zweitens, die Festlegung des Zeitrahmens der Erhebung und drittens, die Kriterien für die Auswahl von Texten in den Fällen, in denen ich keine Vollerhebung des zur Verfügung stehenden Datenmaterials durchgeführt habe. Da das Anliegen dieser Arbeit darin besteht, den transatlantischen Konflikt über die Errichtung des IStGH zu untersuchen, bedarf die Auswahl der USA als eines der in die Untersuchung einbezogenen Länder keiner weiteren Rechtfertigung. Im Hinblick auf die einbezogenen europäischen Staaten hätte es allerdings auch andere Optionen als Deutschland, Frankreich und Großbritannien gegeben. Diese drei Länder erschienen jedoch als die am besten geeigneten Untersuchungsobjekte, und zwar aus mehreren Gründen: erstens stellen alle drei Länder wichtige Akteure innerhalb Europas und der EU dar. Zweitens spielten alle drei Länder eine entscheidende Rolle bei der Etablierung des IStGH, vor allem im Rahmen von Debatten im UN-Sicherheitsrat, zu dem Frankreich und Großbritannien als permanente Mitglieder gehören, aber auch Deutschland in den Jahren 2003 und 2004 als nicht-permanentes Mitglied vertreten war. Zugleich gibt es innerhalb dieser drei Länder eine gewisse Variation im Hinblick auf ihre Beziehung zu den USA: während Deutschland und Frankreich in manchen Fällen sogar gemeinsam gegen bestimmte Aspekte der amerikanischen Außenpolitik Stellung beziehen – zuletzt hinsichtlich des Irak-Kriegs –, betont Großbritannien dahingegen oft seine ‚besondere Beziehung‘ zu den USA.

Hinsichtlich des Zeitrahmens der Datenerhebung sind Texte und sprachliche Äußerungen in Betracht gezogen worden, die zwischen Januar 1998 und April 2005 entstanden sind bzw. gemacht wurden. Aufgrund der Tatsache, dass die Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs vor 1998 nur sehr unregelmäßig debattiert wurde, scheint diese Einschränkung gerechtfertigt. Da das vorhandene Material in der diskursiven Arena der Diplomatie knapp ist, habe ich im gegebenen Zeitrahmen alle überlieferten Äußerungen von Diplomaten aus den vier in die Untersuchung

einbezogenen Ländern erhoben. Dasselbe gilt bezüglich der völkerrechtlichen Diskursarena, in deren Bereich ich jeden Artikel ausgewählt habe, der sich spezifisch mit dem Thema des IStGH beschäftigt.

Schwieriger war hingegen die Auswahl von Texten aus der diskursiven Arena der Medien. Die Datenerhebung in diesem Bereich wurde auf sechs kurze Phasen beschränkt, die ich anhand der politischen Ereignisse festgelegt habe, welche die Errichtung des IStGH begleiteten. Erstens habe ich Daten aus der Berichterstattung über die Verabschiedung des Rom-Statuts erhoben (30.06. – 02.07.1998), zweitens aus der Kommentierung des Inkrafttretens des Rom-Statuts (12.07. – 19.07.2002), drittens anlässlich der Verabschiedung der Resolution 1422 durch den UN-Sicherheitsrat (12.07. – 19.07.2002), viertens aus der Berichterstattung hinsichtlich der Resolution 1487 (12.06. – 19.06.2003), fünftens aus der Kommentierung der gescheiterten Verlängerung dieser Resolution im darauf folgenden Jahr (15.05. – 30.06.2004)²³ und schließlich anlässlich der UN-Sicherheitsrats-Entscheidung, die Situation in Sudan an den IStGH zu übergeben (31.03. – 06.04.2005). Ich habe bei der Datenerhebung hinsichtlich der Medienberichterstattung in allen vier Ländern LexisNexis als Datenbasis benutzt. LexisNexis ist ein Archiv mit einer Suchmaschine, das ein breites Spektrum von unterschiedlichen Zeitungen einzelner Länder enthält, d.h. ich musste noch nicht im Vorfeld entscheiden, welche Zeitungen ich in Betracht ziehen wollte, sondern konnte aus Artikeln von allen möglichen Zeitungen wählen. Der Suchbegriff war in allen vier Fällen ‚International Criminal Court‘, bzw. ‚Cour pénale internationale‘ und ‚International* Strafgerichtshof*‘.

Ich habe die Datenerhebung im Bereich der Printmedien weiterhin entsprechend der folgenden Kriterien eingeschränkt: es wurden nur Kommentare und Meinungsartikel in Betracht gezogen. Im Rahmen der Auswahl von Artikeln wurden auch die Unterschiede in der Struktur US-amerikanischer und europäischer Medienmärkte berücksichtigt. Während in allen drei europäischen Ländern eine lange Tradition von überregionalen Zeitungen besteht, ist der US-amerikanische Zeitungsmarkt stärker in regionale Sektoren fragmentiert.²⁴ Das Ziel bestand darin, höchstens 15 Artikel pro Land und

²³ Aufgrund der Tatsache, dass die gescheiterte Verlängerung der Resolution 1487 eine ‚Nicht-Entscheidung‘ darstellt, gab es keinen Höhepunkt in der Berichterstattung, weshalb ich hier eine längere Zeitspanne gewählt habe.

²⁴ Der US-amerikanische und der deutsche Zeitungsmarkt weisen eine relativ hohe Differenzierung auf, d.h. US-Amerikaner und Deutsche können zwischen einer großen Zahl von unterschiedlichen

Zeitphase zu erheben. Wenn nach Berücksichtigung aller oben beschriebenen Auswahlkriterien die Anzahl der Artikel immer noch zu hoch war, wurde sie durch Zufallsselektion reduziert (Auswahl jedes zweiten oder jeden dritten Artikels). Zufallsselektion wurde allerdings nur in zwei Fällen angewandt, nämlich bei der Kommentierung des Inkrafttretens des Rom-Statuts (30.06. – 02.07.2002) durch US-amerikanische und durch britische Zeitungen. Angesichts der Tatsache, dass das Inkrafttreten des Rom-Statuts das herausragendste Ereignis im ganzen Untersuchungszeitraum darstellt, sollte es nicht überraschen, dass es auch ausführlich kommentiert wurde. Dies trifft insbesondere auf die US-amerikanischen Printmedien zu, da die US-amerikanische Regierung sich dem IStGH entgensetzte und ihn als eine potentielle Bedrohung für ihre Außenpolitik wahrnahm. Die Anzahl aller US-amerikanischen Zeitungsartikel nach der Anwendung aller Auswahlkriterien betrug 42, so dass nur jeder dritte Artikel ausgewählt wurde. Im Fall der britischen Zeitungskommentare anlässlich des Inkrafttretens des Rom-Statuts ist die ausführliche Berichterstattung weniger auf die Umstrittenheit dieses Ereignisses in Großbritannien selbst, als vielmehr darauf zurückzuführen, dass hier die US-amerikanische Debatte widergespiegelt wurde. Mit 28 Artikeln in diesem Zeitraum lag sie jedoch über der Zielmenge, so dass nur jeder zweite Artikel ausgewählt wurde.

2.7.4 Strategien bei der Analyse von Texten und Statements

Wie schon erwähnt habe ich eine abduktive Forschungsstrategie bei der Identifikation und Abgrenzung der einzelnen Diskurse verwendet. Auf der Basis des Schemas der diskursiven Formation und unter Zuhilfenahme des oben dargestellten Fragenkatalogs bin ich dann mit der Klassifikation und Interpretation des gesamten Datenmaterials fortgefahren. Dabei habe ich keine der formalisierten Analyseprozeduren gewählt, die in

Zeitungen wählen (USA: 4,9 unterschiedliche Zeitungen pro Million Einwohner; Deutschland 4,5 unterschiedliche Zeitungen pro Million Einwohner). Der britische und der französische Zeitungsmarkt sind dagegen stärker zentralisiert (Großbritannien 1,8 unterschiedliche Zeitungen pro Million Einwohner und Frankreich 1,4 unterschiedliche Zeitungen pro Million Einwohner). Der US-amerikanische Zeitungsmarkt ist darüber hinaus am stärksten *regionalisiert*: nur sechs von insgesamt 1.456 Zeitungen werden überregional verkauft und gelesen (*Christian Science Monitor*, *Los Angeles Times*, *New York Times*, *USA Today*, *Washington Post* und *Wall Street Journal*), während in Deutschland immerhin fünf von 377 Zeitungen eine überregionale Reichweite haben (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, *Frankfurter Rundschau*, *Süddeutsche Zeitung*, *tageszeitung* und *Welt*). Siehe World Press Trends 2004 (World Association of Newspapers).

der methodologischen Literatur über Diskursanalyse häufig zu finden sind (vgl. u. a. Fairclough 2003; die Beiträge in Wodak und Meyer 2001 und Milliken 1999). Diese Analyseprozeduren entstammen meistens der Linguistik und zielen auf die Mikrostrukturen von Texten ab, also Sequenzen, Grammatik, Metaphern etc. Zwar haben sie den Vorteil, eine formalisierte Vorgehensweise anzubieten, um große Textmengen zu analysieren. Allerdings lenken sie dabei auch die Aufmerksamkeit von der Makroebene der Bedeutung von Texten und Äußerungen ab (Wæver 2003). Da das Ziel meiner Untersuchung darin besteht, Bedeutungsstrukturen offenzulegen, aus denen sich insgesamt umfassende Vorstellungen internationaler Ordnung zusammensetzen, erschien es wenig sinnvoll, sich bei der Analyse auf die Mikroebene von Texten zu konzentrieren. Stattdessen fokussierte meine Analyse die Makrostrukturen, d.h. die charakteristischen Eigenschaften der Diskurse und die Struktur der diskursiven Formation, und beruhte dabei auf einer nicht-formalisierten Analyseprozedur der Texte und Statements.

3 DER LEGALISTISCHE DISKURS

Nahezu alle Delegierten aus den berücksichtigten europäischen Staaten, die meisten Völkerrechtsexperten und weite Teile der Medienkommentare (sowohl in Europa als auch in den USA), richteten sich letzten Endes am legalistischen Diskurs aus. Der legalistische Diskurs nahm eine hegemoniale Position im Rahmen der Debatten über die Errichtung des IStGH ein und hatte somit auch einen großen Einfluss auf die letztendliche institutionelle Ausformung des Strafgerichtshofs.

Zu Beginn der Rom-Konferenz herrschte zwischen den offiziellen Positionen Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens keine Einstimmigkeit. Die deutsche Delegation war entschlossen, sich für einen starken und unabhängigen IStGH einzusetzen und stellte eines der führenden Mitglieder der ‚Like-Minded Group‘ (LMG)¹ dar (Broomhall 2003; Weller 2002). Großbritannien unterstützte ursprünglich die Gruppe der permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (P5), wechselte aber noch vor der Rom-Konferenz in das Lager der LMG (Kirsch und Holmes 1999). Frankreich hingegen verließ die P5-Gruppe erst während der Rom-Konferenz und schloss sich der LMG an (Fehl 2004: 375). Insbesondere im Hinblick auf die Kategorie der Kriegsverbrechen zeigte sich Frankreich zögerlich: beispielsweise lehnte es ab, das Verbot bestimmter Waffen in das Rom-Statut aufzunehmen und es setzte sich für eine siebenjährige ‚Opt-out‘-Bestimmung für Kriegsverbrechen im Rom-Statut ein (Economides 2001: 120).²

Aufgrund der Tatsache, dass diese drei europäischen Staaten zu Beginn der Debatte über die Errichtung des IStGH von unterschiedlichen Standpunkten ausgingen, stellt sich die Frage, warum der legalistische Diskurs sich integrativ auf die Standpunkte der einzelnen europäischen Länder auswirkte, so dass er letzten Endes als eine gemeinsame Perspektive der europäischen Staaten im Hinblick auf den IStGH gelten konnte. In diesem Kontext sind zwei Punkte von besonderer Wichtigkeit: Erstens behielt der

¹ Die Like-Minded Group optierte für die zügige Errichtung eines effektiven und unabhängigen Strafgerichtshofs. Sie umfasste ungefähr 60 Staaten, zu denen unter anderem Argentinien, Australien, Canada, Costa Rica, Deutschland, die Niederlande und Südafrika gehörten. Während der Rom-Konferenz schlossen sich weitere Staaten an (Broomhall 2003).

² Diese ‚Opt-out‘-Bestimmung (Art. 124 des Rom-Statuts) besagt, dass Mitgliedstaaten des IStGH auf eigenes Verlangen für eine Frist von sieben Jahren nach Inkrafttreten des Rom-Statuts von der Jurisdiktion des IStGH freigestellt werden können.

legalistische Diskurs einen relativ hohen Grad an Instabilität im Hinblick auf die Bedeutung seiner Signifikanten bei. So kann beispielsweise die Errichtung des IStGH und seine Auswirkung auf staatliche Souveränität auf unterschiedliche Arten bewertet werden. Einerseits kann der Gerichtshof als ein Ausdruck von Souveränität interpretiert werden – in dem Sinne, dass Staaten ihre Souveränität ausüben, indem sie willentlich dem Rom-Statut betreten. Andererseits kann das Rom-Statut als ein Eingriff in die Souveränität eines Staates bewertet werden, da es den Mitgliedstaaten klare Regeln für den Umgang mit Verletzungen des Völkerstrafrechts auferlegt. Im ersten Fall wird Souveränität als ein politisches Prinzip verstanden, dass sich veränderten politischen Situationen anpassen lässt, während im zweiten Fall die Bedeutung von Souveränität als statisch verstanden wird und auf die Unabhängigkeit eines Staates von übergeordneten Autoritäten hinweist. Beide Interpretationen sind innerhalb des legalistischen Diskurses zu finden, allerdings wird die Spannung zwischen ihnen nie explizit. Laclau zufolge deuten solche nicht thematisierten Inkonsistenzen auf die immanenten Ambiguitäten des hegemonialen Projektes selbst hin (1990: 28).

Ein zweiter Aspekt, der in diesem Kontext nicht ignoriert werden darf, besteht darin, dass alle drei untersuchten Staaten Mitglieder der Europäischen Union (EU) sind, und dass somit der Prozess der europäischen Integration einen gemeinsamen und bindenden Rahmen darstellt, der die Einigung im Hinblick auf außenpolitische Ziele erleichtert. Es ist davon auszugehen, dass es in diesem Kontext Überschneidungen zwischen europäischen Integrationsdiskursen und dem legalistischen Diskurs im Hinblick auf den IStGH gab, da der Strafgerichtshof sich zu einem der repräsentativsten und am meisten ambitionierten Projekt der gemeinsamen europäischen Außenpolitik entwickelte (vgl. Scheipers und Sicurelli 2006; Smith 2003: 197).

Der Hinweis darauf, dass der legalistische Diskurs im Hinblick auf einige seiner zentralen Konzepte Ambiguitäten enthält, bedeutet allerdings nicht, dass deren Bedeutung vollkommen beliebig ist. Wäre das der Fall, dann würde dieser Diskurs seine konstitutive Qualität verlieren und könnte allein dem strategischen Zweck dienen, interessen geleitete politische Entscheidungen zu rechtfertigen. Wie im Folgenden detailliert dargestellt werden wird, ist der legalistische Diskurs von drei zentralen Komponenten geprägt, die einen gemeinsamen Bezugspunkt für all seine Anhänger bilden: erstens der Wahrnehmung der zeitlichen Dimension als *Fortschritt*; zweitens dem Gedanken, dass die internationale Ordnung aus dem *Völkerrecht* hervorgeht und drittens, dass *Symmetrie* die wesentliche Eigenschaft dieser internationalen Ordnung ist.

Über diese drei zentralen Komponenten hinaus teilt sich der legalistische Diskurs in zwei Stränge auf, die sich im Wesentlichen im Hinblick auf die Frage unterscheiden, wie sie ihre zentralen ontologischen Bezugspunkte konstituieren, d.h. Staaten und Individuen. Obgleich diese Zweiteilung sich auch auf andere Aspekte auswirkt, nämlich auf das Konzept des politischen Interesses, auf das Verständnis des Souveränitätsprinzips und auf die Wahrnehmung der Menschenrechte, bieten die drei zentralen Komponenten eine einheitliche Basis des legalistischen Diskurses und ermöglichen eine präzise Abgrenzung von anderen Diskursen.

Tabelle 2 Zentrale Aspekte des legalistischen Diskurses

Konstruktion der Zeitdimension	Quellen der int. Ordnung	Eigenschaften der int. Ordnung	Fundamentale ontologische Einheiten	Begriff des Interesses bezieht sich auf	Begriff der Souveränität	Menschenrechte beziehen sich auf
Fortschritt	Recht	Symmetrie	Staaten	Int. Gesellschaft aller Staaten	„New’ sovereignty’	Konsens der Staaten
			Individuen	aller Individuen	Erosion von Souveränität	Kollekt. Gewissend. Menschheit

Die folgende Tabelle stellt die zentralen Aspekte des legalistischen Diskurses dar:

Das vorliegende Kapitel gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil werden die wichtigsten Elemente des legalistischen *Narrativs* erläutert, demzufolge der ISTGH einen entscheidenden Beitrag zur Entstehung einer fortschrittlicheren Weltordnung leistet, welche nicht mehr auf Machtpolitik, sondern auf dem Recht beruht. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Frage, auf welche *ontologischen Einheiten* sich der legalistische Diskurs bezieht und wie er diese konstruiert. Es wird gezeigt werden, dass der legalistische Diskurs in zwei Stränge unterteilt ist, von denen einer der etatistischen Ontologie der internationalen Gesellschaft folgt, während sich der andere an der individualistischen Ontologie der Weltgesellschaft orientiert. Der dritte Teil widmet sich dem Begriff der *Souveränität* und seiner Konstitution innerhalb des legalistischen Diskurses und der Rolle, die dieser den *Menschenrechten* zuschreibt. Dabei wird veranschaulicht werden, dass trotz der Zweiteilung des legalistischen Diskurses, die sich in der Hauptsache im Hinblick auf die Konstitution ontologischer Einheiten ergibt, die Annahme einer strukturellen Symmetrie der internationalen Ordnung einen Aspekt darstellt, der beide Stränge wieder miteinander verbindet. Abschließend werden die Ergebnisse dieses Kapitels zusammengefasst und diskutiert werden.

3.1 Das grundlegende Narrativ des Legalismus: eine fortschrittliche Weltordnung auf der Basis des Völkerrechts

3.1.1 Fortschritt

Eine der zentralen Eigenschaften des legalistischen Diskurses besteht in seiner Betonung des Fortschrittsgedankens. Diesbezüglich folgt er der weithin bekannten Geschichtstheorie der Aufklärung.³ Ebenfalls in Übereinstimmung mit der Aufklärungsphilosophie ist dem legalistischen Diskurs zufolge Fortschritt als Rationalisierung, Verrechtlichung und Professionalisierung zu verstehen. Seine Befürworter interpretieren die Errichtung des IStGH als einen wesentlichen Schritt in diese Richtung. Dies kommt in folgendem, in der französischen Zeitung *Le Figaro* veröffentlichten Kommentar zum Ausdruck: ‚Quoi que puissent dire ses détracteurs, le CPI est une avancée décisive du droit international, un pas géant dans l'évolution de la conscience universelle et un progrès historique dans la voie du respect de la dignité des individus et des peuples.‘⁴ Ein Jahr später schreibt der Londoner Vorsitzende der Organisation Human Rights Watch Steve Crawshaw anlässlich der Amtseinführung des Chefanklägers des IStGH im *Observer*:

‚The inauguration in the Hague tomorrow of the first chief prosecutor of the International Criminal Court marks a remarkable moment in history. Dictators and tyrants around the world can be brought to book, by a single court. It is an

³ Es ist offenkundig, dass die Aspekte der Aufklärungsphilosophie, auf die hier Bezug genommen wird, ebenfalls umstrittene Konzepte darstellen, d.h., dass sie weniger eindeutig sind und mit mehr theoretischen Debatten verbunden, als in im Kontext dieser Arbeit erfasst werden kann. Die Verbindungslinien zwischen diesen theoretischen Auseinandersetzungen und aktuellen politischen Debatten nachzuzeichnen wäre sicherlich eine wertvolle wissenschaftliche Leistung, allerdings hätte dies nach einem genealogischen methodischen Ansatz verlangt, der hier nicht gewählt wurde. Es bleibt mir daher nichts anderes übrig, als auf die einschlägige Literatur über die Aufklärungsphilosophie, ihre Wurzeln und die mit ihr verbunden theoretischen Auseinandersetzungen hinzuweisen. Siehe u. a. Koselleck (1992), die entsprechenden Beiträge in Fetscher und Münkler (1985) und Skinner (1978). Hinsichtlich einer zeitgenössischen Lesart der Aufklärung siehe auch Rengger (1995).

⁴ Terry Olson, ‚Une défense de la Cour pénale internationale‘ in: *Le Figaro* (19.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

astonishing achievement – and one that seemed, until just a few years ago, unimaginable.’⁵

Nicht nur Kommentare in den Printmedien heben die Bedeutung des IStGH als eines historischen Fortschritts hervor, sondern auch Diplomaten, die an den Verhandlungen über sein Statut in Rom beteiligt waren. So bringt etwa Hans-Peter Kaul, Mitglied der deutschen Delegation in Rom, zum Ausdruck, dass der Gedanke des Fortschritts der letztgültige Maßstab ist, an dem sich alle Vorschläge zu Definition von Verbrechen messen lassen müssen, die der IStGH verfolgen soll: ‚His delegation considered that crimes against humanity could be committed in times of peace as well as war and that any other proposal would be a *retrogression* in the development of international humanitarian law.’⁶

Obgleich die Betonung des Fortschrittsgedankens einen grundlegenden Aspekt des legalistischen Diskurses darstellt, herrscht Uneinigkeit darüber, ob Fortschritt in diesem Kontext als ein revolutionäres Ereignis oder als ein evolutionärer Prozess zu verstehen ist. Antonio Cassese zum Beispiel, Völkerrechtsexperte und Teilnehmer der Rom-Konferenz, stellt den Fortschritt, den der IStGH repräsentiert, als ein revolutionäres Ereignis dar:

‚In the case of the International Criminal Court (ICC), whose Statute was adopted in Rome on 17 July 1998, however, one should be mindful of the fact that firstly, this is a *revolutionary institution* that intrudes into state sovereignty by subjecting states’ nationals to an international jurisdiction. Consequently, if and when it becomes an operational and effective judicial mechanism, the ICC could mark a real *turning point* in the world community.’ (Cassese 1999: 145 – Hervorh. S. Sch.).

Dies trifft ebenfalls auf den folgenden, im *St. Louis Post-Dispatch* veröffentlichten Kommentar zu, der als ein Beispiel für das Aufgreifen des legalistischen durch US-amerikanische Printmedien anzusehen ist:

⁵ Steve Crawshaw, ‚Why the US needs this court contempt for justice: America’s rejection of the International Criminal Court is a threat to its own security’ in: *The Observer* (15.06.2003).

⁶ Hans-Peter Kaul, DipCon 3rd meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.3, Vol. II, S. 146 – Hervorh. S. Sch.

„When the Rome Conference agreed on a charter for an international criminal court, after a month of tense debate, attention focused on the compromises and the politics. But what happened in Rome last week was more important than the details. I think it will be seen as a *turn in the road of history*.“⁷

Im Gegensatz zur Diskursarena der Völkerrechtsexperten und der Medien tendieren Diplomaten eher dazu, die Errichtung des IStGH als einen evolutionären Prozess darzustellen. Der frühere französische UN-Botschafter Dominique de Villepin beschreibt die Errichtung des IStGH in einer UN-Sicherheitsratsdebatte zum Thema ‚Rule of law‘ im Jahre 2003 als einen Schritt innerhalb einer längeren Entwicklung, dem die Einrichtung der beiden Völkerrechtstribunale für Ex-Jugoslawien (ICTY) und für Ruanda (ICTR) vorausgingen:

„The second challenge is to ensure that justice and the values of peace prevail wherever crime and arbitrary acts have sown terror and hatred. This is what led the Security Council to create the international criminal tribunals. In the ongoing, difficult quest to achieve a balance, the International Criminal Court represents a *major stride forward*.“⁸

Die Differenz im Hinblick auf die Spezifizierung des Fortschrittsgedankens zwischen Medienkommentaren auf der einen und Statements von Diplomaten auf der anderen ist wenig überraschend, wenn man die unterschiedlichen professionellen Hintergründe beider Diskursarenen in Betracht zieht: die Diplomatie stellt eine traditionelle Institution dar und ist als solche eher mit Kontinuität verbunden, während die Medien sich an der Logik der Neuheit und des Verfallswertes von Themen orientieren. Wie schon oben erwähnt, führen solche untergeordneten Differenzen jedoch nicht zu Spannungen oder Konflikten zwischen den Anhängern des legalistischen Diskurses, sondern werden von der Orientierung an gemeinsamen Aspekten absorbiert, in diesem Falle also vom Fortschrittsgedanken.

Über die Frage, welche Form die fortschrittliche Entwicklung annimmt, die die Anhänger des Legalismus in der Errichtung des IStGH erkennen, geben ihre

⁷ Anthony Lewis ‚U.S. denied its heritage in failing to embrace world court‘ in: *St. Louis Post-Dispatch* (21.07.1998) – Hervorh. S. Sch.

⁸ Dominique de Villepin, UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (24.09.2003); U.N. Doc. S/PV.4833, S. 7.

Äußerungen auch Aufschluss darüber, worin das letztendliche Ziel oder *telos* des Fortschritts besteht. Dem legalistischen Diskurs zufolge stellt der IStGH eindeutig ein Element im Rahmen einer größeren *mission civilisatrice* dar. In diesem Sinne ist die Bemerkung des deutschen UN-Botschafters Günther Pleuger zu verstehen ‚the International Criminal Court is an important step towards *global civilization*‘.⁹ Im Gegensatz zur *mission civilisatrice* des europäischen Kolonialismus im 18. und 19. Jahrhundert, der in dem Gedanken der kulturellen Überlegenheit Europas gegenüber dem nicht-europäischen Raum wurzelte und eine kulturelle Anpassung des kolonialisierten Raumes und seiner Bevölkerung vorsah (Gong 1984: 40), gründet sich das zivilisatorische Sendungsbewusstsein des legalistischen Diskurses allein auf die Durchsetzung der Menschenrechte. Während kolonialistische Diskurse die Anwendung militärischer Gewalt zum Zweck der Durchsetzung zivilisatorischer Standards rechtfertigten (ebd.: 42f.), betonen die Befürworter des Legalismus nicht-militärische Maßnahmen und Instrumente wie multilaterale Verhandlungen und Verträge.¹⁰ Schließlich unterscheidet sich der legalistische Diskurs vom Kolonialismus des 18. und 19. Jahrhunderts auch durch seine Betonung der Symmetrie: obgleich sich Legalisten als die Avantgarde der globalen Durchsetzung von Menschenrechten begreifen, heben sie die reziproke Beziehung zwischen allen Staaten unabhängig von deren Größe, Macht und kulturellen Traditionen hervor.¹¹ Sie betrachten Symmetrie als die fundamentale Voraussetzung für eine friedliche Weltordnung. Kurzum, während der Diskurs des Kolonialismus auf der Konstitution von exklusiven Identitäten beruhte, nämlich ‚europäisch‘ vs. ‚nicht-europäisch‘, ist der legalistische Diskurs inklusiv: sein zentraler Bezugspunkt besteht in der internationalen Gesellschaft aller Staaten bzw. der Weltgesellschaft aller Individuen, die durch gemeinsam geteilte Normen der Menschenrechte miteinander verbunden sind. Unabhängig von ihrer tatsächlichen Politik wird angenommen, dass alle Akteure sich mit diesen Normen identifizieren, wobei einige als Avantgarde im Hinblick auf die Implementierung dieser Normen

⁹ Günther Pleuger, UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (24.09.2003); U.N. Doc. S/PV.4833, S. 16 – Hervorh. S. Sch.

¹⁰ Legalisten sind trotzdem der Möglichkeit der humanitären Intervention nicht generell feindlich gesinnt, die ja eine Durchsetzung von Menschenrechtsstandards mit militärischen Mitteln darstellt. Diese Möglichkeit stellt jedoch schon einen Übergang zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs da. Siehe Kap. 7.

¹¹ Siehe auch im Folgenden, Abschnitt 3.3.2.

angesehen werden. Ihr Gegenpart, die ‚Nachzügler‘, werden aber nicht aufgrund von immanenten Eigenschaften ausgeschlossen, wie dies beim Kolonialismus der Fall war.¹²

3.1.2 Ordnung ist mit Recht gleichzusetzen

Das letztendliche Ziel des historischen Fortschritts, zu dessen Erreichung die Errichtung des IStGH den Legalisten zufolge einen entscheidenden Beitrag leistet, besteht in der Etablierung einer friedlichen Weltordnung auf der Basis des Völkerrechts.¹³ In den Worten eines Kommentators der französischen Zeitung *Sud Ouest*:

„La CPI n'en constitue pas moins un progrès historique. C'est la première fois que la communauté internationale se dote d'un instrument de justice destiné à sanctionner pénalement les personnes qui auraient commis des crimes contraires aux valeurs universelles [...]. Comme l'a fort bien dit la ministre néerlandaise de la justice, il était temps de „remplacer le droit du plus fort par la force du droit“.“¹⁴

Die Gleichsetzung von internationaler Ordnung mit dem Völkerrecht, die in dem obenstehenden Zitat zum Ausdruck kommt, ist nicht auf die diskursive Arena der Medien beschränkt, sondern ist auch unter Völkerrechtsexperten und Diplomaten weit verbreitet, sofern sie sich am legalistischen Diskurs orientieren. Besonders offensichtlich wird sie im folgenden Zitat aus einem Aufsatz von zwei deutschen Völkerrechtlern:

„Das Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist trotz seines an vielen Stellen kompromißhaften Charakters ein bedeutsamer Fortschritt in dem Bemühen, die

¹² Eine detaillierte Darstellung des Unterschiedes zwischen inklusiven und exklusiven Identitäten findet sich bei Rumelili (2004: 36ff.). Ihr zufolge beruhen exklusive Identitäten auf der Konstruktion immanenter Eigenschaften, während inklusive Identitäten sich auf erworbene Charakteristika beziehen. Edward Keene zieht die Differenz zwischen inklusiven und exklusiven Identitäten nicht in Betracht und kommt zu einem anderen Schluss im Bezug auf das Verhältnis von historischen Kolonialismus-Diskursen und zeitgenössischen Menschenrechtsdiskursen (2002: 120ff). Folgt man Keene, besteht der wesentliche Unterschied zwischen beiden darin, dass die Unterscheidung in ‚zivilisiert‘ und ‚unzivilisiert‘ heutzutage nicht mehr notwendig entlang der geographischen Grenzen zwischen Europa und dem nicht-europäischen Raum verläuft.

¹³ Wie im Folgenden schnell ersichtlich werden wird, setzen Legalisten den Begriff des Rechts häufig mit dem Begriff der Gerechtigkeit gleich.

¹⁴ Paul Meunier ‚La Cour sans les grands‘ in: *Sud Ouest* (02.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

Herrschaft des Rechts als wesentliche Voraussetzung einer Friedensordnung in den internationalen Beziehungen zu festigen.’ (Blanke und Molitor 2001: 169 – Hervorh. S. Sch.)

Auch legalistisch inspirierte Diplomaten schließen sich dieser Perspektive an. Das folgende Statement des französischen Delegierten im Sechsten Komitee der UN Generalversammlung François Alabrune deutet in diese Richtung:

„Mr. Alabrune (France), [...] said that the International Criminal Court should be established as soon as possible in order to guarantee effective respect for international humanitarian law and human rights. The Court would be an instrument for dealing with and preventing the worst crimes affecting the international community and would *strengthen the primacy of international law, thus contributing to the reign of peace in the world.*”¹⁵

Die Formulierung ‚dealing with and preventing‘ weist darüber hinaus auf die konkreten Funktionen hin, die der IStGH aus legalistischer Perspektive erfüllen soll. Sie bestehen darin, zur Versöhnung von vom Bürgerkrieg gespaltenen Gesellschaften beizutragen und/ oder potentielle Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht durch Abschreckung zu verhindern. Der britische UN-Botschafter Sir Emyr Jones Parry machte beispielsweise anlässlich der Überweisung der Situation in Sudan an den IStGH, die der UN-Sicherheitsrat im Jahr 2005 im Rahmen der Resolution 1593 beschloss, folgende Bemerkung: „Tonight, by this vote, the Security Council has acted to ensure accountability for the grave crimes committed in Darfur, and I hope to send a *salutary warning to anyone intending to commit any further such atrocities.*”¹⁶ Aus einer ähnlichen Perspektive bemerkte Günther Pleuger in einer UN-Sicherheitsratssitzung zum Thema des Schutzes von Zivilisten in bewaffneten Konflikten im Jahr 2004:

„First, let us put an end to impunity. Impunity is one of the worst root causes of the violation of the integrity of civilians. [...] If we do not end impunity for the

¹⁵ François Alabrune, Meeting of the Sixth Committee (Legal) of the UN General Assembly (12.12.2000); U.N. Doc. A/C.6/55/SR.9, S. 3 – Hervorh. S. Sch.

¹⁶ Sir Emyr Jones Parry, UN SC meeting ‚Sudan‘ (31.03.2005); U.N. Doc. S/PV.5158, S. 7 – Hervorh. S. Sch.

violations of international humanitarian law, there will be not *deterrent* for the perpetrators of acts of violence and aggression.’¹⁷

Während sowohl Parry als auch Pleuger die Abschreckungsfunktion des IStGH in den Vordergrund stellen, betont der französische UN-Botschafter Michel Duclos ‚what a great contribution the ICC can make, not only in the area of justice, but in bringing about *reconciliation* and dealing in depth with the wounds of a society that has been traumatized by a particular horrendous conflict.’¹⁸

3.1.3 Entpolitisierung

Unabhängig davon, ob seine Befürworter die abschreckende oder die versöhnende Funktion des IStGH in den Vordergrund stellen, kontrastiert der legalistische Diskurs Machtpolitik mit dem Recht und privilegiert letzteres als die adäquate Basis der globalen Ordnung. In diesem Sinne ist auch der Gedanke einer Entpolitisierung des Völkerstrafrechts fest im legalistischen Diskurs verankert. Ein Völkerrechtsexperte bringt dies in seinem Beitrag zu der Debatte über den IStGH zum Ausdruck:

‚Indeed, some international criminal law has been included within general international law at least since the Nuremberg trials. Subsequently, this area of international law was little used; only recently has this changed. New developments suggest that there has been major movement toward the active and effective application of this law. Many believe that this progress heralds a breakthrough in the achievement of rights protected by international criminal law. [...] One might hope that the recent developments favour a more active and *apolitical approach* to these crimes, yet it is not clear that a significant change has occurred.’ (Charney 1999: 452-53 – Hervorh. S. Sch.)

Fortschritt in den internationalen Beziehungen impliziert im legalistischen Diskurs demzufolge eine Bewegung weg von der Machtpolitik und hin zu – unparteilichen – völkerrechtlichen Institutionen. Die Spannung zwischen Machtpolitik auf der einen und dem Völkerrecht auf der anderen Seite, das als eine alternative Quelle internationaler Ordnung verstanden wird, trat besonders deutlich bei der Verabschiedung von

¹⁷ Günther Pleuger, UN SC meeting ‚Civilians in armed conflict’ (14.12.2004); U.N. Doc. S/PV.5100, S. 18 – Hervorh. S. Sch.

¹⁸ Michel Duclos, UN SC meeting ‚Civilians in armed conflict’ (09.12.2003); U.N. Doc. S/PV.4877, S. 20 – Hervorh. S. Sch.

Resolution 1422 durch den UN-Sicherheitsrat im Juni 2002 zutage. Diese Resolution enthält die Bestimmung, dass Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten des Rom-Statuts für ein Jahr von der Strafverfolgung durch den IStGH auszunehmen sind. Sie wurde von weiten Teilen der Medienkommentatoren und der Völkerrechtsexperten kritisiert, da sie ihnen zufolge den Boden für die Ungleichbehandlung sowohl von Staaten als auch von Individuen vor Institutionen des Völkerstrafrechts bereite.¹⁹ Die Kritik richtete sich in der Hauptsache gegen die USA, die diese Ausnahmeregelung im Sicherheitsrat beantragte und dabei ihre Unterstützung für die Verlängerung der Peacekeeping-Mission in Bosnien-Herzegowina von der Verabschiedung der Resolution abhängig machte. Seitens legalistischer Kommentatoren und Völkerrechtsexperten wurde den USA vor allem vorgeworfen, eine rein machtpolitische Perspektive zu verfolgen. Europäische Staaten wurden dahingegen als die vermeintlich rationaleren, an Gerechtigkeit orientierten und auf längere Sicht auch erfolgreicherer Unterstützer des Völkerrechts dargestellt. Diese Sichtweise kommt beispielsweise in einem Beitrag von Kenneth Roth, dem Direktor von Human Rights Watch, zum Ausdruck, den die *Financial Times* anlässlich der Verabschiedung von Resolution 1422 abdruckte:

„The real reason behind Washington’s blackmail is the most troubling. An increasingly influential faction in the Bush administration believes that US military and economic power is so dominant that the US is not longer served by international law. [...] No effective global system can rest solely on *coercion*. Global order depends on *most governments abiding voluntarily by shared norms*, leaving a more violent and inhumane world. Europe must stand up to this superpower folly.“²⁰

Roth setzt Machtpolitik dabei mit dem Einsatz von Zwang gleich und kontrastiert dies mit dem freiwilligen Konsens zwischen allen Staaten, den er als das einzig tragfähige Fundament einer friedlichen Weltordnung ansieht.

Aus dem legalistischen Blickwinkel besteht der am meisten irritierende Aspekt der US-amerikanischen Haltung gegenüber dem IStGH und der Forderung nach einer Ausnahmeregelung darin, dass die USA diese Forderung mit dem Hinweis darauf

¹⁹ Vgl. z. B. den Beitrag von Sebastian Hesselhaus, in dem er von der Etablierung einer ‚völkerrechtlichen Zwei-Klassengesellschaft‘ spricht (2002: 919).

²⁰ Kenneth Roth, ‚Human rights, American wrongs: Europe must resist the US obduracy that is threatening to undermine the International Criminal Court‘ in: *Financial Times* (01.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

begründeten, dass es ihnen nicht möglich sei, ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu leisten, sofern ihren Soldaten dabei potentiell eine Strafverfolgung durch den IStGH drohe. Damit stellen sie klar die legalistische Grundüberzeugung in Frage, die besagt, dass Frieden und Ordnung nur auf der Basis des Rechts entstehen können. In den Worten eines französischen Zeitungskommentators: ‚La superpuissance mondiale [...] peut-elle ainsi demander de trancher entre la justice et la paix?’²¹

3.1.4 Die Unabhängigkeit des IStGH und die Rolle professioneller Standards

Für Anhänger des Legalismus besteht die Garantie eines entpolitisierten Zugangs zum Völkerstrafrecht in erster Linie in der institutionellen *Unabhängigkeit* des IStGH und seines Chefanklägers. Um diese sicherzustellen, halten sie es für entscheidend, dass der Chefankläger die Möglichkeit besitzt, Strafverfolgungen *proprio motu* zu initiieren, was bedeutet, dass weder der UN-Sicherheitsrat noch die betroffenen Mitgliedstaaten zuvor ihre Einwilligung dazu geben müssen. Das folgende Statement von Hans-Peter Kaul bringt die Idee zum Ausdruck, dass ein hoher Grad an Unabhängigkeit des IStGH-Chefanklägers zu einer Entpolitisierung des Strafverfolgung durch den IStGH führen werde:

‚Mr. Kaul (Germany) said Germany believed that in order to ensure the *independence of the Prosecutor* it was vital to give him or her the power to initiate investigations *ex officio*, since otherwise prosecutions could only be brought if a State party or the Security Council referred a situation to the Court. Giving the Prosecutor the power to act *proprio motu* would have the advantage of *depoliticizing the process of initiating investigations*.’²²

Aufgrund der Tatsache, dass die französische Delegation erst relative spät der Like-Minded Group beitrug und französische Diplomaten nur zögerlich den legalistischen Diskurs übernahmen, stand die französische Delegation in der frühen Verhandlungsphase der Rom-Konferenz der Forderung nach einer weitgehenden Unabhängigkeit des Chefanklägers eher skeptisch gegenüber. Ihre Mitglieder verlangten die Einrichtung weitreichender Kontrollmechanismen, gingen dabei allerdings nicht so

²¹ ‚L’amérique, la justice et la paix’ in: *Les Echos* (02.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

²² Hans-Peter Kaul, DipCon 10th meeting (22.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.10, S. 204 – Hervorh. S. Sch.

weit, die Entscheidung über die Initiierung von Strafverfolgungen den Mitgliedstaaten oder dem Sicherheitsrat übertragen zu wollen. Der Vorschlag, die Einleitung von Ermittlungen an die Zustimmung einer Vorverfahrenskammer, bestehend aus drei Richtern, zu binden (Art. 15 (3) des Rom-Statuts), stammte von der französischen Delegation und stellt offensichtlich einen Kompromiss zwischen den für weitgehende Unabhängigkeit optierenden (Deutschland) und den eher zögernden Anhängern (Frankreich) des legalistischen Diskurses dar:

„Regarding matters taken up on the Court’s own initiative, he could accept the idea of a decision taken by common agreement between the Prosecutor and the Pre-Trial Chamber [...]. For the Prosecutor to take such a decision in isolation would not respect the necessary institutional balance.”²³

Im Gegensatz zu solch prozeduralen Kontrollmechanismen hinsichtlich der Einleitung von Ermittlungen durch den Chefankläger betonten sowohl die deutsche als auch die britische Delegation auf der Rom-Konferenz den Professionalismus des Chefanklägers, der ihnen zufolge als eine Art interner Kontrollmechanismus den Missbrauch seiner amtlichen Kompetenzen verhindern werde. Beispielhaft sei hier folgender Beitrag des britischen Delegierten Sir Franklin Berman im Rahmen der Rom-Konferenz zitiert²⁴:

„The first [vital task in the establishment of the ICC – S. Sch.] was a need for an electoral system that would ensure that judges and the Prosecutor had the necessary rigorous *impartiality* and *judicial skills*, without which no country would feel that the checks and balances in the Statute could be relied upon in practice, and the International Criminal Court would not command the necessary *authority*.”²⁵

²³ Marc Perrin de Brichambaut, DipCon 8th meeting (22.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.8, S. 189.

²⁴ Das legalistische Argument hinsichtlich der Professionalität des Chefanklägers stellt das Gegenstück zu interventionistischen Befürchtungen dar, dass der Chefankläger im Rahmen von politisch motivierten Anzeigen instrumentalisiert werden könne, bzw. selbst aus politischen Gründen Strafverfolgungen beginnen könne. Siehe dazu Kap. 4 und 7.

²⁵ Sir Franklin Berman, DipCon 6th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, S. 98 – Hervorh. S. Sch.

Statt für strukturelle oder prozedurale Kontrollmechanismen zu optieren, sieht Berman einen Gerichtshof vor, in dem die professionellen Qualifikationen und Normen des Chefanklägers und der berufenen Richter der Möglichkeit vorbeugen, dass der IStGH als ein Forum für politisch motivierte Anklagen missbraucht werden könnte. Letztendlich schlossen sich sogar französische Diplomaten der Sichtweise an, dass Professionalismus die entscheidende Bedingung für eine erfolgreiche Arbeit des IStGH ist. So erklärte der französische UN-Botschafter Michel Duclos in einer Sicherheitsratsdebatte im Jahr 2003:

,The Court's *professionalism* will be judged on the facts. The recognized quality and competence of the Court's members ensures without doubt the *credibility* of that international body. That *credibility* provides the best safeguard against any possible suspicion of a politically motivated Court.'²⁶

Aber nicht nur Diplomaten betonen die Relevanz der Professionalität der Ankläger und Richter am IStGH, sondern auch Völkerrechtsexperten unterstreichen diesen Aspekt als einen wesentlichen Garanten für das Ansehen und die Legitimität des Gerichtshofs:

,One of the keys to its [the ICC's – S. Sch.] success, it is submitted, lies in the choice and election of *highly professional and absolutely independent* persons for the positions of Prosecutor and Judges. The election of persons of *great competence* and *integrity* may ensure that the ICC will become an *efficient body*, capable of administering international criminal justice in such a manner as to attract the trust and respect of states, while fully realising the demands of justice.'
(Cassese 1999: 171 – Hervorh. S. Sch)

Insgesamt werden die Professionalität und das völkerrechtliche Expertentum der Richter und Ankläger am IStGH mit Aspekten wie Objektivität, Autorität, Glaubwürdigkeit und Effizienz verbunden und innerhalb des legalistischen Diskurses als Grundlage des Erfolges dieses Gerichtshofs als solchem bewertet.

Wie im Vorhergehenden dargestellt, besaß der Gedanke der Entpolitisierung durch Professionalität vor allem in der diplomatischen Diskursarena eine große Bedeutung, während in der Diskursarena der Völkerrechtsexperten nur wenige daran anknüpften.

²⁶ Michel Duclos, UN SC meeting ,United Nations peacekeeping' (12/06/2003); U.N. Doc. S/PV.4772, S. 24 – Hervorh. S. Sch.

Wie das folgende Zitat eines deutschen Völkerrechtlers zeigt, sind sich dahingegen andere Rechtsexperten vollkommen darüber im Klaren, dass die vollkommene Vermeidung politischer Verflechtung im Bezug auf den IStGH eine bloße Illusion ist:

„Nur diese zuletzt genannte Möglichkeit [der Einleitung von Ermittlungen], die überraschenderweise im Entwurf der International Law Commission nicht vorgesehen war, würde das Gericht hinsichtlich der Frage, wann und gegebenenfalls gegen wen strafrechtliche Ermittlungen eingeleitet werden sollen, *zumindest de iure von politischen Einflußnahmen freistellen*. In einer solchen Ermittlungs- und Anklagebefugnis der Staatsanwaltschaft *ex officio* wäre auch im Vergleich zu den bisherigen internationalen Strafgerichten ein nicht unwesentlicher Fortschritt zu sehen, da bezüglich der letzteren jeweils der Sicherheitsrat den Kreis der in Frage kommenden Delikte zeitlich und räumlich vergeben hatte. Andererseits ist nicht zu übersehen, *daß damit der Auswahl des Chefanklägers eine eminente politische Bedeutung zukäme*.“ (Zimmermann 1998: 92 – Hervorh. S. Sch.)

3.2 Die ontologischen Referenzpunkte des legalistischen Diskurses: der IStGH, Staaten und Individuen

Wie im vorigen Abschnitt gezeigt wurde, stellt der legalistische Diskurs einen bestimmten narrativen Hintergrund unhinterfragter Annahmen bereit und wirbt für bestimmte Instrumente und Maßnahmen, die für die Erreichung des letztendlichen Ziels einer friedlichen und gerechten internationalen Ordnung als geeignet angesehen werden. Zugleich konstruiert der legalistische Diskurs dabei seine wesentlichen Referenzobjekte (den IStGH als eine supra-staatliche Institution, Staaten und Individuen) und die Beziehung zwischen ihnen auf eine bestimmte Art und Weise. Die Konstruktion der Bezugsobjekte und Darstellung der Beziehungen zwischen ihnen stehen dabei in einem engen Verhältnis zueinander.

Politikwissenschaftler beschreiben das Projekt des IStGH häufig als eines, dass Individuen in den Vordergrund der internationalen Beziehung stellt (vgl. Economides 2001: 127; Armstrong 1999: 554). Diese Darstellung ist jedoch stark reduktionistisch und wird dem IStGH und seinem Entstehungsprozess nicht gerecht. Erstens ist der

IStGH eine Einrichtung, die von Staaten beschlossen und etabliert wurde.²⁷ Zweitens – und dies ist von noch größerer Bedeutung – hängt die Arbeitsfähigkeit des IStGH in entscheidender Weise von der Kooperation und den Durchsetzungsbemühungen von Seiten der Mitgliedstaaten ab (Broomhall 2003: 151ff.). Der Gerichtshof wird nur dann erfolgreich arbeiten können, wenn staatliche Akteure Verdächtige verhaften und an den IStGH überstellen und mit dem IStGH im Hinblick auf die Sammlung und Bereitstellung von Beweismaterialien kooperieren.

Obwohl also die Beziehung zwischen dem IStGH, Staaten und Individuen weitaus komplexer ist als die Interpretation des Gerichtshofs als ein Resultat einer Entwicklung hin zu einer zunehmend kosmopolitischen Weltordnung erkennen lässt, hängt ein Teil des legalistischen Diskurses dieser Auffassung an. Daneben gibt es jedoch auch noch einen zweiten legalistischen Diskursstrang, der den IStGH im Wesentlichen als ein Projekt von Staaten begreift und seine Errichtung auf die internationale Gesellschaft bezieht. In diesem Abschnitt werden die Unterschiede zwischen beiden Strängen des legalistischen Diskurses im Detail beleuchtet. Mit Bezug auf die Terminologie der English School werde ich den erstgenannten Anteil des legalistischen Diskurses als *Weltgesellschafts-Strang* bezeichnen und den zweiten als *Strang der internationalen Gesellschaft*.²⁸ Die Tatsache, dass sich der legalistische Diskurs in diese beiden Stränge unterteilt, untergräbt dabei aber nicht die Einheit des Diskurses als solchem, da dieser von den gemeinsamen Aspekten des Fortschrittsgedankens, der Betrachtung des Völkerrechts als der Quelle der internationalen Ordnung und der Forderung nach Symmetrie in den internationalen Beziehungen zusammengehalten wird und sich von anderen Diskursen abgrenzt. Darüber hinaus zeigt die Verzweigung des legalistischen Diskurses auch, dass die Fähigkeit zur Absorbierung unterschiedlicher Stränge und Interpretationen offensichtlich ein wesentliches Charakteristikum hegemonialer Diskurse darstellt.

²⁷ Einige Ansätze betonen in diesem Kontext vor allem die Bedeutung von NGOs für die Errichtung des IStGH (vgl. Heins 2002b: 106). Hier muss man jedoch zwei Aspekte relativierend in Betracht ziehen: Erstens gehören NGOs zu der Kategorie der ‚transnationalen Akteure‘ und sind als solche nicht mit der Kategorie der ‚Individuen‘ gleichzusetzen. Vgl. Buzan im Hinblick auf eine detaillierte Diskussion der Unterscheidung zwischen beiden Kategorien (2004: 127). Zweitens spielten NGOs erst in der konkreten Verhandlungsphase des IStGH eine Rolle und können demzufolge nicht als seine ‚Initiatoren‘ betrachtet werden (Fehl 2004: 374).

²⁸ Vgl. Kap. 2 für eine Definition und eingehende Diskussion beider Begriffe.

3.2.1 Die internationale Gesellschaft

Ein Teil des legalistischen Diskurses ist durch den Gedanken gekennzeichnet, dass Staaten die wesentlichen Bezugspunkte der internationalen Beziehungen darstellen und als solche auch von zentraler Bedeutung für die Einrichtung des IStGHs sind. Dieser Teil wird von mir als an der *internationalen Gesellschaft* orientierter Strang des legalistischen Diskurses bezeichnet. Seinen Befürwortern zufolge ist die Beziehung zwischen dem IStGH auf der einen und Staaten auf der anderen Seite von drei wesentlichen Aspekten gekennzeichnet: Erstens heben sie hervor, dass der IStGH in erster Linie ein Projekt von Staaten ist, *die ihre Jurisdiktion im Rahmen eines multilateralen Vertrages an den IStGH übertragen*. Zweitens betonen einige Diplomaten und Kommentatoren das Komplementaritätsprinzip²⁹ als einen wesentlichen Schutzmechanismus für die Jurisdiktions-Prärogative von Staaten und behaupten sogar, dass die staatliche Strafverfolgung im Hinblick auf Verletzungen des Völkerstrafrechts durch die Etablierung des IStGH sogar gestärkt und weiter ausgebaut werden könnte, da Staaten mit dem Inkrafttreten des Rom-Statuts sich unter größerem Druck befinden, selbst Verbrechen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu verfolgen. Drittens weisen die Anhänger des an der internationalen Gesellschaft orientierten Stranges darauf hin, dass Mitgliedstaaten die Pflicht haben, mit dem IStGH zu kooperieren.

Die Legitimität des IStGH als eines supra-staatlichen Organs ergibt sich aus der Sicht der Befürworter des an der internationalen Gesellschaft orientierten Stranges des Legalismus aus der gemeinsamen und freiwilligen Übertragung staatlicher Jurisdiktionskompetenzen. Dieser Punkt besaß eine besondere Bedeutung für den Vorschlag, den Gerichtshof auf die Basis des Weltrechtsprinzips³⁰ zu stellen, der von der deutschen Delegation eingebracht wurde:

„Under current international law, all States might exercise universal criminal jurisdiction concerning acts of genocide, crimes against humanity and war crimes, regardless of the nationality of the offender, the nationality of the victims, and the

²⁹ Das Komplementaritätsprinzip besagt, dass Ermittlungen seitens des IStGH nur dann zulässig sind, wenn der oder die betroffenen Staaten in einem Fall nicht selbst tätig werden. Siehe Einleitung, S. 20.

³⁰ Das Weltrechtsprinzip besagt, dass bestimmte völkerstrafrechtliche Verbrechen von jedem Staat verfolgt werden können, unabhängig davon, wo die Verbrechen verübt wurden oder welcher Nationalität der oder die Täter und Opfer sind. Siehe Einleitung, S. 20.

place where the crime had been committed. [...] It meant that each State could bring to justice individuals who had committed, for example, acts of genocide in third States, even if the offender and the victim were to nationals of the prosecuting State. *The Court would be acting on behalf of the international community as a whole.* [...] Thus the application of the principle of universal jurisdiction by the Court would not violate the sovereignty of third states not parties to the Statute.³¹

Kaul zufolge bildet die Existenz einer internationalen Gesellschaft – ‚international community‘ in seinen Worten – die Grundlage des Weltrechtsprinzips, das somit auch auf den IStGH übertragen werden könne. Hier kommt zum Ausdruck, dass die internationale Gesellschaft als der wesentliche Bezugspunkt für die Errichtung des IStGH angesehen wird. Diese internationale Gesellschaft stellt dabei mehr dar als nur die Summe aller Staaten, vielmehr ist sie als eine Struktur zu verstehen, die dem einzelnen Staat übergeordnet ist. Zwischen ihr und der Institution des Völkerrechts besteht eine reziproke Beziehung: das Völkerrecht bildet die normative Grundlage der internationalen Gesellschaft, sowie umgekehrt die internationale Gesellschaft der einzige Akteur ist, der das Völkerrecht erweitern oder modifizieren kann. Der IStGH bezieht also seine Legitimität aus der Existenz eines Staatenkollektivs.

Obwohl sich die deutsche Delegation nicht mit dem Vorschlag durchsetzen konnte, die Kompetenzen des IStGH auf die Grundlage des Weltrechtsprinzips zu stellen, spielte die von Kaul vorgetragene Argumentation hinsichtlich der Beziehung zwischen IStGH und der internationalen Gesellschaft eine entscheidende Rolle in dem Konflikt zwischen den legalistischen Unterstützern des Strafgerichtshofs auf der einen Seite und den Vertretern des souveränistischen Standpunkts auf der anderen. Letztere argumentierten, dass das Rom-Statut Nicht-Mitgliedstaaten illegitimerweise Verpflichtungen auferlegt, da nach Art. 15, 53 und 58 des Statuts der IStGH gegen Staatsbürger von Nicht-Mitgliedstaaten ermitteln darf, falls gegen diese der Verdacht vorliegt, dass sie Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen auf dem Territorium eines Mitgliedstaats verübt haben (Broomhall 2003: 164). Souveränisten wandten dagegen ein, dass dies den Bestimmungen der Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969 zuwiderliefe.³² Diesem Vorwurf hält ein deutscher Völkerrechts-

³¹ Hans-Peter Kaul, DipCon 7th meeting (18.07.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.7, Vol. II, S. 184.

³² Siehe dazu genauer Kap. 5.

experte entgegen, dass das Weltrechtsprinzip im Hinblick auf den Tatbestand des Völkermords einen festen Bestandteil des Völkerrechts darstelle:

„Die Entwicklung nach 1948 belegt jedoch, daß es mittlerweile als völkergewohnheitsrechtlich gesichert gelten kann, daß *jeder* Staat nach dem Weltrechtsprinzip Genozidakte durch seine nationalen Gerichte aburteilen kann, gleichgültig wo, von wem und zu wessen Lasten sie begangen worden sind. Ist diese aber der Fall, so können mehrere Staaten ihre nationale Strafgewalt auch auf eine internationale Instanz übertragen, die dann ebenfalls ungeachtet der Zustimmung eines oder mehrerer betroffener Staaten mit weltweiter Jurisdiktion ausgestattet werden kann.“ (Zimmermann 1998: 86f.)

Neben der Übertragung strafrechtlicher Kompetenzen von Staaten auf den IStGH betrachtet der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses das Komplementaritätsprinzip als eine zweite wesentliche Dimension im Verhältnis zwischen Staaten und dem Gerichtshof. Vor allem in der diskursiven Arena der Diplomatie wurde betont, dass das Komplementaritätsprinzip einen Ausdruck der Bewahrung und des Schutzes staatlicher Souveränität darstellt: „The system of complementarity incorporated in the draft Statute would not entail a loss of sovereignty but would help to stop gaps which had enabled the worst criminals to escape punishment.“³³

Völkerrechtsexperten stützen diese Einsicht. Einige von ihnen verleihen sogar der Annahme Ausdruck, dass das Komplementaritätsprinzip die Rolle von Staaten bei der Verfolgung von Verstößen gegen die im Rom-Statut definierten Verbrechen stärken wird. Als exemplarisch hierfür kann die folgende Passage aus einem Artikel der kanadischen Völkerrechtlerin Louis Arbour gelten:

„The express preference for domestic prosecutions in the Rome Statute will invariably lead to an increase in national prosecutions for war crimes in all cases where a state has an interest in avoiding the scrutiny of the international forum, and it may lead to an increase in the exercise of universal jurisdiction by states.“ (Arbour 2003: 587)

³³ Edzard Schmidt-Jortzig, DipCon 4th plenary meeting (16.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.4, Vol. II, S. 83.

Jedoch stärkt der IStGH Vertretern des an der internationalen Gesellschaft orientierten Stranges des legalistischen Diskurses zufolge nicht nur die Rolle von Staaten bei der Strafverfolgung, sondern das Rom-Statut legt ihnen auch gewisse Pflichten im Hinblick auf die Kooperation mit dem Gerichtshof auf. Der britische Delegierte Sir Franklin Berman unterstrich die Wichtigkeit dieses Aspekts schon während der Verhandlungen in Rom:

„Another issue of great importance was the obligation of States to cooperate with the Court. That was not simply a matter of surrendering indicted defendants or of the proper operation of the complementarity mechanisms. At least as important was cooperation over the provision of evidence for the prosecutions before the Court, including, of course, evidence that might be needed by the defendant himself.”³⁴

Folgt man den Anhängern dieses Diskursstranges, dann besteht der Grund dafür nicht einfach darin, dass der IStGH eine supra-staatliche Institution darstellt und als solche dazu autorisiert ist, von Staaten Kooperation zu verlangen. Vielmehr agiert der Gerichtshof dabei im Auftrag der internationalen Gemeinschaft als ganzer und verfolgt ihr kollektives Interesse, welches als dem Interesse von Einzelstaaten übergeordnet gilt:

„This [...] can also be applied to crimes of such a nature insofar as the ICC could be regarded as *protecting the interests of all states parties*. Only the ICC itself, and *not individual states* therefore, will be able to decide on whether certain crimes can be prosecuted. The ICC could be regarded as *defending the interests of the community of states parties*. Unlike the horizontal relations in extradition and judicial assistance, *the relation between the ICC and states parties is a vertical one.*” (Hafner et al. 1999: 112 – Hervorh. S. Sch.)

Den Ausführungen Hafners und seiner Mitarbeiter zufolge ist die supra-staatliche Ebene nur insofern der staatlichen Ebene übergeordnet, als sie in der Gemeinschaft aller Staaten wurzelt, und nicht einfach nur in der Summe der einzelnen Staaten. Diese Konstruktionen stützt die supra-staatliche Ebene und die auf ihr lokalisierten Organe mit der erforderlichen Legitimität und dem Gewicht aus, um Einzelstaaten bindende

³⁴ Sir Franklin Berman, DipCon 6th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, S. 98.

Verpflichtungen auferlegen zu können. Folgt man der Logik des an der internationalen Gesellschaft orientierten Stranges des legalistischen Diskurses, so ruht die internationale Gesellschaft somit nicht nur auf einem Fundament von gemeinsam geteilten Normen, sondern auch auf der Wahrnehmung eines Gemeinwohls und eines kollektiven Interesses, welches den begrenzten Begriff des ‚nationalen Interesses‘ überschreitet und ihm übergeordnet ist.

3.2.2 Die Weltgesellschaft

Der zweite Strang innerhalb der Untergliederung des legalistischen Diskurses betrachtet Individuen als die fundamentalen Einheiten der internationalen Beziehungen und als die wesentlichen Bezugspunkte der Errichtung des IStGH. Daher bezeichne ich ihn als den an der Weltgesellschaft orientierten Strang des legalistischen Diskurses. Allgemein weist er Individuen zwei potentielle Rollen zu: einerseits werden Individuen als Träger eines gemeinsamen Interesses verstanden, andererseits können sie aber auch als Urheber von Verstößen gegen das Völkerstrafrecht eine Rolle spielen.

Im Bezug auf die erste Rolle von Individuen heben einige Völkerrechtsexperten hervor, dass die zentrale Begründung für die Errichtung des IStGH darin besteht, dem Interesse und dem Gemeinwohl aller Menschen weltweit zu dienen:

‚En consacrant le concept d’humanité, le droit international se réfère, en effet, aux *intérêts communs à tous les hommes*, au *bien commun universel*, et il semble évident que le Statut de la Cour pénale internationale témoigne, dans une certaine mesure, l’existence d’une communauté internationale plus solidaire.‘ (Carrillo-Salcedo 1999 : 24 – Hervorh. S. Sch.)

Die Tatsache, dass dieser Diskursstrang den Fokus auf die Rolle von Individuen legt, bedeutete jedoch nicht, dass Staaten damit aus der Betrachtungsweise eliminiert wären. Vielmehr wird auch Staaten eine bestimmte Rolle zugewiesen. Anders als der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des Legalismus begreift Carrillo-Salcedo etwa das Rom-Statut als Ausdruck eines gewissen Misstrauens Staaten gegenüber:

‚En même temps qu’elle reconnaît le rôle éminent des Etats, cette triple saisine [nämlich durch Staaten, durch den UN-Sicherheitsrat und durch den Chefankläger *ex officio* – S. Sch.] exprime une certaine méfiance à leur égard, puisque tout est fait pour compenser leur carence – mécanisme de culpabilisation latente très

révéléateur de l'esprit de cette Convention: des Etats sous contrôle, l'ère du soupçon à leur encontre en quelque sorte.' (ebd.)

Dieser Interpretation zufolge geht es bei der Etablierung des IStGH also im Kern nicht darum, das Interesse der internationalen Gesellschaft von Staaten gegen ein potentiell deviantes Verhalten von Einzelstaaten zu schützen, sondern vielmehr um den Schutz der Individuen vor staatlichen Akteuren.

Über die Interpretation von Individuen als den Trägern eines gemeinsamen Interesses hinaus hebt der an der Weltgesellschaft orientiert Strang des Legalismus auch die Bedeutung der strafrechtlichen Verfolgung individueller Verstöße gegen die im Rom-Statut definierten Verbrechen hervor. Individuelle Täter werden in diesem Kontext als abgehoben von ihrer staatlichen Zugehörigkeit und von möglichen Ämtern dargestellt, die sie im Rahmen von Staaten bekleiden könnten. Der Umstand, dass das Rom-Statut im Art. 27 jegliche Immunitäten im Rahmen von Strafverfolgungen vor dem IStGH ausschließt, kann als Ausdruck dieser Idee verstanden werden (vgl. Broomhall 2003: 136ff.). Dies trifft insbesondere auf die diskursive Arena von Völkerrechtsexperten zu. An den Gedanken des Fortschritts anknüpfend bewerten Völkerrechtsexperten die Durchsetzung der individuellen strafrechtlichen Verantwortlichkeit, die der IStGH garantieren soll, als eine positive völkerrechtliche Entwicklung:

„Das Statut bekräftigt den Grundsatz individueller strafrechtlicher Verantwortlichkeit, unter dessen Geltung schwere Verletzungen des Völkerrechts geahndet werden können. Vor allem dieser Umstand macht deutlich, daß es *Pflichten des Einzelnen gegenüber der internationalen Gemeinschaft als Ganzes gibt*.“ (Blanke und Molitor 2001: 169 – Hervorh. S. Sch.)

Dieses Zitat weist darauf hin, dass der IStGH im Rahmen des legalistischen Diskurses als eine Institution betrachtet wird, die eine direkte Verbindung zwischen der Ebene der Individuen und der supra-staatlichen Ebene herstellt, d.h. er transzendiert den Begriff des Individuums in seiner primären Rolle als Bürger eines einzelnen Nationalstaats in Richtung einer kosmopolitischen Interpretation des Individuums. Die Konstruktion des Individuums im Rahmen des an der Weltgesellschaft orientierten Strangs des legalistischen Diskurses etabliert eine wechselseitige Beziehung mit entsprechenden Rechten und Pflichten zwischen dem einzelnen Menschen auf der einen Seite und der ‚internationalen Gemeinschaft‘ auf der anderen.

Die Fokussierung beider Stränge innerhalb des legalistischen Diskurses muss sich jedoch nicht exklusiv auf Staaten im ersten Fall und auf Individuen im zweiten Fall beziehen. Insbesondere in der Diskursarena der Diplomatie deuten sich zwischen beiden Strängen auch Übergänge an. Beispielhaft dafür kann ein Beitrag Sir Jeremy Greenstocks gelten, den dieser im Rahmen einer UN-Sicherheitsratsdebatte zum Thema der Vorbeugung bewaffneter Konflikte im Jahr 2000 machte:

„Before I conclude, I want to emphasize that careful consideration of the needs of ordinary people has to be at the heart of all our conflict prevention strategies. We have to remember that civilians, so often the *tragic victims of conflict*, are *individuals with the same rights as the rest of us*, but caught up in adverse and specific circumstances. Their particular protection needs, whether they be children, women or other more vulnerable groups, must be properly identified and met. For their sake above all, the international legal framework needs to be upheld, and the Rome Statute of the International Criminal Court and the Ottawa Convention on anti-personnel mines must be signed and ratified by all of us. [...] This concept of *security for individuals* should guide us in our work. It will play an intrinsic part in the *wider goal of security for States*. *When individuals are protected and their human, economic, social, political and cultural rights are upheld, international stability is consolidated.*”³⁵

Greenstock weist hier auf die Universalität der Menschenrechte hin, die allen Individuen zukommen, und verdeutlicht, dass insbesondere Zivilisten leicht zu Opfern kriegereischer Gewalt werden können. Wichtiger ist jedoch, dass Greenstocks Bemerkung impliziert, dass der Schutz und die Sicherheit von Individuen eine Voraussetzung für das weiter gefasste Ziel der Sicherheit von Staaten darstellt. Anstatt den Staat als eine intermediäre Instanz zwischen der Ebene der Individuen und der supra-staatlichen Ebenen auszusparen, wie es strikt an der Weltgesellschaft orientierte Kommentatoren tun, konstruiert Greenstock den Staat als eine vermittelnde Ebene. Dadurch deutet sich eine Möglichkeit an, den an der internationalen Gesellschaft orientierten und den an der Weltgesellschaft orientierten Strang des legalistischen Diskurses miteinander zu verbinden.

³⁵ Sir Jeremy Greenstock, UN SC meeting ‚Prevention of armed conflicts‘ (20.07.2000); U.N. Doc. S/PV.4174, S. 7 – Hervorh. S. Sch.

3.3 Souveränität und Menschenrechte

3.3.1 ‚New sovereignty‘ und die Erosion von Souveränität

Entsprechend der Unterteilung des legalistischen Diskurses in einen an der internationalen Gesellschaft orientierten Strang auf der einen Seite und einen an der Weltgesellschaft orientierten Strang auf den anderen entwickelte dieser Diskurs auch zwei unterschiedliche Begriffe von Souveränität. Der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des Legalismus geht nicht davon aus, dass der IStGH die Souveränität von Staaten unterminiert. Einige seiner Anhänger argumentieren sogar, dass er staatliche Souveränität eher stärkt und untermauert. Im Gegensatz dazu betonen die Vertreter des an der Weltgesellschaft orientierten Strangs, dass die Bestimmungen des Rom-Statuts die Souveränität von Staaten sehr wohl einschränken. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass sie das Prinzip der Souveränität ohnehin als ein Hindernis auf dem Weg zur Realisierung einer mehr kosmopolitischen Weltordnung betrachten, begrüßen sie diese Entwicklung.

Die Sichtweise des an der internationalen Gesellschaft orientierten Strangs offenbart sich in folgendem Beitrag eines französischen Völkerrechtlers, der sich insbesondere auf das Komplementaritätsprinzip des Rom-Statuts bezieht. Bezug nehmend auf die Annahme, dass der IStGH die Souveränität von Staaten einschränkt, unterstreicht er, dass dies nicht der Fall ist:

‚Par contre la Cour pénale internationale ne représente qu’une forme inédite de coopération internationale en matière pénale, préservant parfaitement l’intégrité de la souveraineté judiciaire des Etats : elle offre un moyen complémentaire de lutter contre l’impunité des crimes les plus graves affectant les intérêts de l’humanité.‘ (Weckel 1998 : 986)

Weckel legt hier offensichtlich ein eher traditionelles Verständnis von Souveränität im Sinne der Unabhängigkeit eines Staates von externen Autoritäten zugrunde. Weckel kann damit als exemplarisch für die zögerlichen Anhänger des legalistischen Diskurses betrachtet werden, die versuchen, ihre Unterstützung für den IStGH mit einem traditionellen Souveränitätsbegriff in Einklang zu bringen. Eine Strategie, um dies zu erreichen, besteht offenbar darin, die Elemente und Aspekte des Rom-Statuts in den Vordergrund zu stellen, die diesem Verständnis von Souveränität entsprechen, während andere Aspekte einfach ignoriert werden. So hat Weckel sicherlich Recht damit, dass

das Komplementaritätsprinzip im Rom-Statut die vorrangige Stellung staatlicher Jurisdiktion unterstreicht, allerdings unterschlägt seine Betrachtungsweise, dass die Entscheidung darüber, ob ein Staat seine Pflicht zur Strafverfolgung der im Rom-Statut definierten Verbrechen erfüllt hat, dem Chefankläger des IStGH zukommt (vgl. Broomhall 2003: 86).

Die Anknüpfung an einen traditionellen Souveränitätsbegriff ist allerdings innerhalb des legalistischen Diskurses eher selten und Weckel stellt einen marginalen Fall dar. Die meisten Vertreter des an der internationalen Gesellschaft orientierten Stranges des legalistischen Diskurses orientieren sich an einem Souveränitätsbegriff im Sinne der sog. ‚new sovereignty‘ (Chayes und Chayes 1995: 27).³⁶ Das Konzept der ‚new sovereignty‘ besagt, dass der Begriff der Souveränität infolge von Globalisierungsprozessen und einem gestiegenen Grad an internationaler und transnationaler Interdependenz (vgl. Scholte 2000; Keohane und Nye 2001) eine grundlegend neue Bedeutung angenommen hat. Statt der Gleichsetzung von Souveränität mit Unabhängigkeit und Autonomie eines Staates verbindet sich heutzutage mit dem Konzept der Souveränität die Idee, Macht und Einfluss innerhalb von internationalen Regimes und Organen ausüben zu können, von denen eines natürlich der IStGH ist. In diesem Sinne argumentierte der deutsche Delegierte Edzard Schmidt-Jortzig am Beginn der Rom-Konferenz: ‚in an interdependent, globalized world, States must accept the Court’s jurisdiction over the three core crimes; *sovereignty would be better served by cooperation than by futile attempts to stand alone.*‘³⁷

Im Gegensatz dazu konstruiert der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses den IStGH nicht als eine Untermauerung des Prinzips der ‚new sovereignty‘, sondern vielmehr als eine Untergrabung des Souveränitätsprinzips. Da seine Anhänger allerdings das Prinzip der Souveränität als eines der wesentlichen Hindernisse auf dem Weg zur Etablierung einer kosmopolitischen Weltordnung betrachten, bedauern sie diese Entwicklung nicht. Die Überwindung des Souveränitätsprinzips wird von ihnen als ein wesentlicher Schritt zur hin zu einer gerechteren Weltordnung interpretiert. Im Hinblick auf die Errichtung des IStGH

³⁶ Der Begriff der ‚new sovereignty‘ ist dem Konzept der ‚pooled sovereignty‘ ähnlich, dass Keohane und Hoffmann im Bezug auf das Souveränitätsregime innerhalb der EU entwickelt haben (1990: 277).

³⁷ Edzard Schmidt-Jortzig, DipCon 4th plenary meeting (16.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.4, Vol. II, S. 83 – Hervorh. S. Sch.

schreibt ein deutscher Medienkommentator dementsprechend: ‚Rule of Law, die internationale Herrschaft des Rechts, ist die einzige Legitimationsgrundlage, kraft derer die Souveränität der Staaten und das Recht des Stärkeren, der „Naturzustand“ der Staatenwelt, eingeschränkt werden kann.³⁸ Diese Interpretation des Verhältnisses von IStGH und staatlicher Souveränität ist nicht nur innerhalb der medialen Diskursarena verbreitet, sondern wird auch von einigen Völkerrechtsexperten vertreten:

‚De toute evidence, en effet, la mise sur pied de la C.P.I. comportera un *conditionnement sans précédent de la souveraineté des Etats* : il suffit de réfléchir au fait que le Statut est bien le seul instrument conventionnel à vocation générale, en matière de droit internationale humanitaire et de droits de l’homme, qui prévoit un mécanisme juridictionnel débouchant sur des décisions obligatoires.’
(Condorelli 1999 : 8 – Hervorh. S. Sch.)

Die diskursive Arena der Diplomatie ist hingegen zu fest mit dem Konzept der Souveränität verflochten, als dass Diplomaten dessen Unterminierung offen begrüßen würden. Innerhalb des an der Weltgesellschaft orientierten Strangs des legalistischen Diskurses vertreten jedoch Medienkommentatoren und einige Völkerrechtler die Ansicht, dass das Prinzip der Souveränität sich als nutzlos erwiesen hat, wenn es um den Schutz von Individuen und ihren Rechten geht. Der Gedanke, den „Naturzustand“ der Staatenwelt zu überwinden, weist auf die Konzeption des Gesellschaftsvertrags bei Thomas Hobbes hin, der explizit auf Gesellschaften *innerhalb von staatlichen Grenzen* beschränkt war (vgl. Münkler 2001: 107ff.). Im Gegensatz zu Hobbes argumentieren Anhänger des an der Weltgesellschaft orientierten Strangs des Legalismus aber, dass dieser Gesellschaftsvertrag *über die Grenzen von Staaten hinaus* zu einer globalen Reichweite hin ausgedehnt werden könne. Ironischerweise erfordert das ihnen zufolge jedoch die Überwindung des Souveränitätsprinzips, dessen Grundlage bei Hobbes ja gerade der Gesellschaftsvertrag bildete.

3.3.2 Symmetrie

Neben den bereits in den vorherigen Abschnitten dargestellten gemeinsamen Charakteristika beider Stränge des legalistischen Diskurses, also dem Gedanken des Fortschritts und der Idee, dass eine stabile internationale Ordnung aus dem Völkerrecht

³⁸ Christian Semler ‚Wider die Logik der Erpresser‘ in: *tageszeitung* (05.07.2002).

hervorgeht, gibt es einen weiteren beide Diskursstränge klar verbindenden Aspekt: der Gedanke der Symmetrie kennzeichnet die legalistische Auffassung des Souveränitätskonzepts ebenso, wie er für die Vision einer kosmopolitischen Weltordnung charakteristisch ist. Zunächst ist er implizit in fast allen Statements vorhanden, die dem legalistischen Diskurs zuzurechnen sind. Nachdem die USA eine offener feindliche Haltung gegenüber dem IStGH einnahmen, wurde die Forderung nach Symmetrie als dem wesentlichen Strukturmerkmal der internationalen Ordnung jedoch von legalistischer Seite immer deutlicher ausbuchstabiert.

Während die US-Regierung unter Clinton darauf abzielte, innerhalb der Assembly of State Parties des IStGH eine Lösung zu verhandeln, die US-Bürger dauerhaft von der Rechtsprechung des IStGH ausnähme, wurde der US-amerikanische Widerstand gegen den Gerichtshof nach der Wahl von George Bush, Jr. und nach dem Inkrafttreten des Rom-Statuts im Jahre 2002 deutlich entschlossener. Neben den innenpolitischen Maßnahmen, die die Bush-Regierung gegen den IStGH traf, drang sie auch auf die Verabschiedung einer Resolution im UN-Sicherheitsrat, die die Auslieferung von US-amerikanischen Staatsbürgern an den IStGH für die Frist von 12 Monaten ausschließen würde. Obwohl die entsprechende Resolution 1422 im Juli 2002 einstimmig im Sicherheitsrat angenommen wurde, löste sie heftige Kritik unter europäischen Kommentatoren aus, zum Teil aber auch innerhalb der US-amerikanischen Medien selbst. Einer der wesentlichen Kritikpunkte, der von Vertretern des legalistischen Diskurses vorgebracht wurde, bezog sich auf das asymmetrische Verständnis der internationalen Ordnung, die die Resolution 1422 impliziert. Eines der wesentlichen Argumente der US-Regierung für die Ausnahmeregelung im Hinblick auf US-amerikanische Staatsbürger bezog sich nämlich darauf, dass die USA als Supermacht auch eine besondere internationale Verantwortung trage, die nicht mit einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit ihrer Soldaten zu vereinbaren sei. In der Kritik an dieser Haltung wurde der Vorwurf der Asymmetrie oft mit dem Verweis verbunden, die USA betrachte Machtpolitik – nicht das Völkerrecht – als eigentliche Grundlage der internationalen Ordnung. In den Worten eines Kommentators vom *Hamburger Abendblatt*:

„Die Entscheidung des Weltsicherheitsrates führt in eine Sackgasse. Solange sich die Vereinigten Staaten von Amerika Menschenrechte und Freiheit, die Werte der Zivilisation und die Stärke des Rechts auf ihre Fahnen schreiben, für diese Werte Krieg führen, so lange müssen gerade die USA das Handeln ihrer Staatsbürger

von einem unabhängigen Gericht überprüfen lassen – falls sie gegen entsprechende Normen verstoßen. [...] Die von Bush mit der Verlängerung des Bosnien-Mandats erpresste *US-Sonderrolle* wird auf den Strafgerichtshof zurückschlagen. [...] *So siegt das Recht des Stärkeren über die Stärke des Rechts* – ein teuflischer Kompromiss, mit dem keine Sicherheitspolitik zu machen ist.³⁹

Außerdem vermindere eine asymmetrische Struktur den Grad der *internationalen Ordnung* und setze die *internationale Sicherheit* auf das Spiel, wie Steve Crawshaw und Richard Dicker, beide von Human Rights Watch, erklären: ‚The ICC’s supporters have understood what the US administration seems so reluctant to grasp: when America places itself above the law, it send a dangerous signal.‘⁴⁰

Generell wird innerhalb des legalistischen Diskurses ‚rule of law‘ mit Gleichheit und Symmetrie gleichgesetzt, obwohl in den einzelnen Statements zum Teil unklar bleibt, auf welche Einheiten – Staaten oder Individuen – sich diese Gleichheitsforderung genau bezieht. Es gibt jedoch eine Tendenz, der zufolge der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses die Forderung nach Symmetrie vor allem im Sinne der souveränen Gleichheit aller Staaten interpretiert, während der an der Weltgesellschaft orientierte Strang dazu neigt, Symmetrie als die Gleichheit von Individuen vor dem Gesetz zu verstehen. Im Hinblick auf die erste Interpretation ist vor allem die Rolle des UN-Sicherheitsrats von Bedeutung, da dieser im Gegensatz zur Generalversammlung im Hinblick auf die Mitgliedschaft begrenzt ist und nur die ständigen fünf Mitglieder ein Veto-Recht haben. Aufgrund dessen herrscht innerhalb des legalistischen Diskurses eine gewisse Skepsis gegen den UN-Sicherheitsrat, reflektiert dieser doch asymmetrische Elemente innerhalb der internationalen Ordnung. Einige legalistische Kritiker halten es deshalb für unangemessen, dass der Sicherheitsrat die dem IStGH einmal eingeräumte Jurisdiktion kurz nach dem Inkrafttreten des Rom-Statuts wieder einschränkt:

‚Da eine solche Einflussnahme eines politischen Organs [des UN-Sicherheitsrats – S. Sch.] generell die Unabhängigkeit des Gerichtes und damit dessen Akzeptanz gefährdet, bedarf sie einer Rechtfertigung anhand eines strengen Maßstabes.

³⁹ Franz-Josef Hutsch ‚Recht des Stärkeren statt Stärke des Rechts‘, in: *Hamburger Abendblatt* (15.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

⁴⁰ Steve Crawshaw and Richard Dicker ‚Britain’s flawed position on the global court‘, in: *Financial Times* (22.06.2004).

Ferner ist der *Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten* zu beachten, der bei einem Eingriff in die (delegierte) Jurisdiktion der Vertragsstaaten verletzt sein könnte.’ (Heselhaus 2002: 926 – Hervorh. S. Sch.)

Die souveräne Gleichheit impliziert in diesem Kontext, dass die rechtliche Gleichheit aller Staaten unabhängig von ihrer tatsächlichen Macht und Größe gelten muss – eine Forderung, die Anlass zu heftigen Konflikten zwischen den Anhängern des legalistischen Diskurses auf der einen Seite und den Befürwortern des Interventionismus auf der anderen gibt.⁴¹

Der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des Legalismus legt den Fokus dahingegen auf die Gleichheit von Individuen vor dem Gesetz, wenn von der Forderung nach Symmetrie die Rede ist. Es sollte nicht überraschen, dass diese Interpretation besonders unter Vertretern von NGOs verbreitet ist, da diese generell eine Perspektive auf die internationalen Beziehungen einnehmen, die den staatlichen Rahmen überschreitet (vgl. Heins 2002b). Steve Crawshaw (Human Rights Watch) argumentiert dementsprechend, dass ‚American contempt for the court – and its determination to bring the court’s supporters to heel – sends a disastrous message worldwide. It suggests that there is one standard of justice for *Americans* and another for *anybody else*.‘⁴² Vor allem linksliberale Medien unterstützen und verstärken diese Sichtweise, so etwa in einem Kommentar der *tageszeitung*: ‚Zu Recht haben Menschenrechtsorganisationen solche Ausnahmeregelungen [Res. 1422 – S. Sch.] schon vorab als Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichheit aller vor dem Gesetz verdammt.‘⁴³

3.3.3 Menschenrechte

Beiden Strängen des legalistischen Diskurses zufolge sollten Menschenrechte durch supra-staatliche Organe implementiert werden. Die Argumentation, die zu dieser Schlussfolgerung führt, differiert jedoch, je nach dem Strang, dem die betreffenden Statements zuzurechnen sind. Der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses argumentiert, dass das Konsensprinzip den entscheidenden

⁴¹ Siehe auch Kap. 4 und 7.

⁴² Steve Crawshaw ‚Why the US needs this court contempt for justice: America’s rejection of the International Criminal Court is a threat to its own security’, in: *The Observer* (15.06.2003) – Hervorh. S. Sch.

⁴³ Bernd Pickert ‚Für Darfur reicht der Fortschritt nicht. Sicherheitsrat bricht US-Widerstand gegen Strafgerichtshof’, in: *tageszeitung* (01.04.2005) – Hervorh. S. Sch.

Bezugspunkt für die Institutionalisierung von Menschenrechten darstellt, wobei Konsens in diesem Kontext den Konsens zwischen einer Mehrheit von Staaten im Bezug auf völkerrechtliche Bestimmungen meint. Der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des Legalismus begründet Menschenrechte dahingegen im Hinblick auf das ‚kollektive Gewissen der Menschheit‘ und nähert sich damit der Naturrechtstradition in einem Lauterpachtschen Sinne an. Beide Referenzpunkte wurden in die Präambel des Rom-Statuts aufgenommen: einerseits wird dort erwähnt, dass der ISTGH der Strafverfolgung von ‚the most serious crimes of concern to *the international community as a whole*‘ dienen soll, dass er sich andererseits aber gleichzeitig gegen ‚atrocities that deeply shock *the conscience of humanity*‘ richtet.⁴⁴

Dem Konsensprinzip gemäß sind völkerrechtliche Bestimmungen dann gültig, wenn eine Mehrheit von Staaten ihnen zugestimmt hat. Die Minorität von nicht zustimmenden Staaten untergräbt ihre Gültigkeit demzufolge nicht, vielmehr ist sie zu einem gewissen Grad selbst an sie gebunden. Obschon diese Interpretation der Quellen des Völkerrechts keine Anleihen bei der Naturrechtstradition macht, gewährt sie völkerrechtlichen Bestimmungen einen hohen Grad an Unabhängigkeit gegenüber Staaten, d.h. die Rechtsgültigkeit der entsprechenden Bestimmungen ist nicht direkt von der Zustimmung jeden einzelnen durch sie gebunden Staates zu jeder Zeit abhängig, wie dies positivistische Theorien der Grundlagen des Völkerrechts verlangen (vgl. Bull 1995: 148). Folglich muss ein Staat sich an das Völkerrecht halten, auch wenn er bestimmten Regeln nicht zugestimmt hat (aber die Majorität von Staaten dies getan hat) oder wenn die Befolgung einer völkerrechtlichen Regel zu einem bestimmten Zeitpunkt seinen Interessen widerspricht (er aber zuvor der Regel zugestimmt hatte). Durch die Konzentration auf die Majorität aller Staaten bei der Beurteilung der Gültigkeit völkerrechtlicher Bestimmungen etabliert der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses ein *quasi-universales* Fundament für die Menschenrechte, ohne dabei an die Naturrechtstradition anzuknüpfen. Der französische UN-Botschafter Jean-Marc de la Sablière bringt diese geradlinige Verbindung zwischen der Majorität von Befürwortern und der geforderten Universalität der Gültigkeit völkerrechtlicher Bestimmungen in einem Beitrag zu einer UN-Sicherheitsratsdebatte im Jahr 2004 deutlich zu Ausdruck: That Court is the instrument par excellence of the primacy of law and justice. *More than half of the United Nations Member States* are

⁴⁴ Preamble to the Rome Statute of the International Criminal Court; U.N. Doc. A/CONF.183/9 – Hervorh. S. Sch.

parties to its Statute. It should become *universal*. That is our hope and that idea is inherent in its conception.’⁴⁵ Die Interpretation des Rom-Statuts als eines universal gültigen Rechtsdokuments zeichnet sich auch in dem folgenden Kommentar eines deutschen Völkerrechtlers ab, der die Unangemessenheit der US-amerikanischen Opposition gegen den IStGH mit der Begründung zurückweist, dass völkerrechtliche Bestimmungen, denen eine Mehrheit von Staaten zugestimmt hat, nicht aufgrund der Bedenken eines einzelnen Staates verändert werden können:

„Es wäre ein großer Rückschritt für die internationale Staatengemeinschaft, wenn der Anwendungsbereich eines der wichtigsten Abkommen in der Geschichte des Völkerrechts aufgrund *der Sonderinteressen eines Staates* nachträglich reduziert würde, dessen Standpunkt für *die überwiegende Mehrheit der Staaten* nicht nachvollziehbar ist.“ (Stahn 2000: 658 – Hervorh. S. Sch.)

Der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des Legalismus leitet dahingegen die Gültigkeit des Rom-Statuts vom ‚kollektiven Gewissen der Menschheit‘ ab. Obschon sie damit einen anderen Ansatzpunkt für die Begründung der universalen Geltung des Rom-Statuts wählen, kommen auch Vertreter dieses Strangs zu dem Schluss, dass Menschenrechte universal sind und eine globale Gültigkeit für sich beanspruchen können und daher auch durch supra-staatliche Institutionen durchgesetzt werden sollten. In den Worten eines Völkerrechtlers:

„Ces formules, et les valeurs qu’elles recouvrent, expriment à des degrés divers une idéologie qui consiste principalement à envisager la communauté internationale comme *une collectivité humaine unique dont le caractère global oblige, en conséquence, à une approche multilatérale du droit international*. [...] Cette affirmation progressive de la notion de *communauté international* dans la pratique et dans la doctrine contemporaine, explique *la perte de terrain incontestable du relativisme*, avec l’apparition des notions de *règles impératives* et d’*obligations erga omnes* dans le droit international contemporain.“ (Carrillo-Salcedo 1999 : 25 – Hervorh. S. Sch.)

⁴⁵ Jean-Marc de la Sablière, UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (06.10.2004); U.N. Doc. S/PV.5052, S. 20-21 – Hervorh. S. Sch.

Gerade im Bezug auf die rechtstheoretische Begründung der Menschenrechte und der Gültigkeit des Rom-Statuts wird deutlich, dass der an der internationalen Gesellschaft orientierte und der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des Legalismus sich nicht widersprechen, sondern eher in ergänzender Konstellation zueinander stehen. Ihr Verhältnis zueinander erinnert an die Frage, die die Völkerrechtler Alfred Verdross und Hersch Lauterpacht voneinander trennte: während der erste der Überzeugung war, dass die Existenz einer globalen Gemeinschaft aller Individuen die Voraussetzung einer Kosmopolitisierung des Völkerrechts darstellte, argumentiert Lauterpacht umgekehrt, dass die Kosmopolitisierung des Völkerrechts eine solche Gemeinschaft von Weltbürgern erst hervorbringe (Koskeniemi 2002: 365f.). Ein Völkerrechtsexperte stimmt mit Lauterpacht darin überein, dass das Völkerrecht eine vergemeinschaftende Wirkung hervorbringen könne und argumentiert, dass das IStGH-Statut langfristig Effekte produzieren könne, die weit über das hinausgehen, was man normalerweise von einem multilateralen Vertrag erwartet:

„Seiner Rechtsnatur nach ist das Statut des IntStGH zunächst einmal ein multilateraler Vertrag wie jeder andere, der zu seinem Inkrafttreten die schwere Hürde von 60 Ratifikationen überwinden muß. Ist diese aber einmal überwunden, spricht vieles dafür, das Statut von Rom als einen weiteren Stein in dem Mosaik von Normen anzusehen, die *von identitätsprägender Bedeutung für die international Gemeinschaft als Rechtssubjekt* sind und als Teilelemente einer sich herausbildenden internationalen Verfassungsordnung gelten können.“ (Stahn 1998: 590f. – Hervorh. S. Sch.)

Unabhängig davon, welcher der beiden Stränge den legalistischen Diskurs letztendlich dominierte, liegt der Schluss nahe, dass die Etablierung des IStGH eine Konvergenz beider Stränge verkörpert, da sowohl der an der internationalen Gesellschaft orientierte Teil als auch der an der Weltgesellschaft orientierte Teil Einfluss auf die finale institutionelle Ausgestaltung des IStGH nahmen. In den Worten eines französischen Völkerrechtsexperten: „La création de cette Cour universelle qui ne juge pas les Etats, mais des individus, consacre pleinement *la notion d'ordre public véritablement international, ni seulement transnational, ni interétatique.*“ (Weckel 1998 : 986 – Hervorh. S. Sch.)

3.4 Zusammenfassung

Im vorhergehenden Kapitel wurde nachgewiesen, dass der legalistische Diskurs einen kongruenten Diskurs darstellt, der sich klar von anderen Diskursen abgrenzen lässt, obwohl er teilweise in zwei unterschiedliche Stränge unterteilt ist. Ein Aspekt, der beiden Strängen gemeinsam ist, besteht in dem ihm zugrunde liegenden Narrativ des *Fortschritts*: Die Anhänger des Legalismus argumentieren, dass die Errichtung des IStGH einen Schritt innerhalb einer größeren Entwicklung von einer auf *Machtpolitik* basierten internationalen Ordnung hin zu einer Ordnung darstellt, die auf dem *Völkerrecht* beruht. Legalisten gehen davon aus, dass der IStGH zu dieser Entwicklung dadurch beitragen kann, dass er potentielle Täter von Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht *abschreckt* und/ oder in vom Bürgerkrieg destabilisierten Gesellschaften zur *Versöhnung* beiträgt. Legalisten gehen davon aus, dass beide Funktionen des IStGH zu einer friedlicheren und stabileren Weltordnung beitragen. Unabhängig davon, welche Funktion in den Vordergrund gestellt wird, betrachten Anhänger des legalistischen Diskurses den Fortschritt, den der IStGH verkörpert, als Teil einer *zivilisatorischen Mission*. Dabei wird allerdings die in kolonialistischen Diskursen vorherrschende Bedeutung von Zivilisation als kultureller Assimilation durch die engere Idee der Verbreitung und Durchsetzung von Menschenrechtsstandards ersetzt. Darüber hinaus argumentieren Legalisten, dass der Fortschritt in Richtung einer rechtsbasierten internationalen Ordnung auch eine Entpolitisierung des Völkerrechts auf der einen Seite und eine Professionalisierung von völkerrechtlichen Organen auf der anderen Seite impliziert. Vor allem mit der Forderung nach Professionalisierung kommt der Profession der Völkerrechtler eine zentrale Funktion zu, wobei allerdings einige ihrer Vertreter bezweifeln, dass allein durch Professionalisierung politische Erwägungen und Verflechtungen innerhalb eines Rechtsorgans wie dem IStGH vollkommen eliminiert werden können.

Im Hinblick auf die Frage, welche ontologischen Bezugspunkte für den legalistischen Diskurs von zentraler Bedeutung sind, tritt die Unterteilung des Diskurses in zwei unterschiedliche Stränge zutage. Ein Strang des legalistischen Diskurses orientiert sich an der internationalen Gesellschaft der Staaten, während der zweite sich an der Weltgesellschaft der Individuen ausrichtet. Diese Zweiteilung verursacht jedoch keine ernsthaften Spannungen oder Konflikte innerhalb des legalistischen Diskurses, da die verbindenden Elemente des Fortschrittsgedankens, der Betrachtung des Völkerrechts als der adäquaten Basis der internationalen Ordnung und der Symmetrie als zentrales

Strukturmerkmal dieser Ordnung in der Lage sind, beide Stränge miteinander zu synthetisieren.

Wie im Vorhergehenden bereits erläutert liegt dieser Arbeit die These zugrunde, dass es nicht ausreichend ist, ‚nationales Interesse‘ zur Erklärung der Entstehung politischer Präferenzen und Entscheidungen anzuführen, denn nationales Interesse stellt keine feste, unhintergehbare Größe dar. Vielmehr ist die Konstruktion des nationalen Interesses von den ihm zugrunde liegenden Diskursen abhängig, die es formen und mit bestimmten Narrativen und Ontologien verbinden. Der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses geht davon aus, dass die Errichtung des IStGH in der Hauptsache auf Staaten zurückgeht, wobei mit ‚Staaten‘ in diesem Kontext die internationale Gesellschaft aller Staaten gemeint ist, deren Bedeutung die des einzelnen Staates übersteigt. Dem legalistischen Diskurs zufolge besteht die internationale Gesellschaft dabei nicht einfach aus der Summe aller Staaten, sondern besitzt eine eigene Qualität, die im Wesentlichen auf den bereits bestehenden völkerrechtlichen Institutionen aufbaut, zugleich aber auch die Möglichkeit beinhaltet, weitere völkerrechtlichen Bestimmung und Organe zu erschaffen. Das Konzept der internationalen Gesellschaft als eines qualitativ von der Summe der Einzelstaaten unterschiedenen Kollektivs bietet dabei auch die Grundlage eines *kollektiven Interesses*, welches diese Staatengesellschaft auszeichnet und verbindet. Das kollektive Interesse der internationalen Gesellschaft überschreitet die Interessen einzelner Staaten und ist den letzteren übergeordnet. Folglich gilt innerhalb des legalistischen Diskurses die Verfolgung eines staatlichen Einzelinteresses gegen das kollektive Interesse der internationalen Gesellschaft als illegitim und als schädlich im Hinblick auf die Aufrechterhaltung einer friedlichen internationalen Ordnung.

Im Gegensatz dazu bezieht sich der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses auf Individuen als Träger eines globalen Kollektivinteresses. Diese Individuen werden dabei nicht als Bürger einzelner Nationalstaaten, sondern als kosmopolitische Weltbürger konstruiert. Gleich dem an der internationalen Gesellschaft orientierten Strang des Legalismus wird die globale Gemeinschaft aller Individuen als dem einzelnen Menschen vorgeordnet betrachtet, von dem behauptet wird, er habe gewisse ‚Pflichten‘ gegenüber der kosmopolitischen Gemeinschaft. Obschon die Divergenz beider Stränge im Hinblick auf die Konstruktion ihrer zentralen ontologischen Bezugspunkte und damit auch bezüglich der Interpretation der Kategorie des ‚Interesses‘ offensichtlich ist, führt dies nicht zu einer Desintegration des

legalistischen Diskurses. Eine Option zur Synthetisierung beider Stränge hinsichtlich der Kategorie des ‚Interesses‘ besteht dabei darin, Interesse als eine verschachtelte Kategorie zu begreifen, wobei das kollektive Interesse der globalen Gemeinschaft von Individuen als ein Fundament für das kollektive Interessen der internationalen Gesellschaft von Staaten verstanden wird.

Während diese letzte Feststellung mit der solidaristischen Annahme im Rahmen der English School im Einklang steht, wonach zwischen der internationalen Gesellschaft und der Weltgesellschaft kein Spannungsverhältnis, sondern enge Verbindungen vorherrschen, markiert der Fokus auf die Kategorie des Interesses zugleich eine Abweichung von der solidaristischen Perspektive, die Normen und Regeln als zentrale vergesellschaftende Elemente in den Vordergrund stellt (vgl. Buzan 2004: 47ff.). Normen und Regeln erweisen sich der vorhergehenden Analyse zufolge als eine zu eingeschränkte Kategorie. Wie gezeigt wurde, können selbst hochgradig normative Konzepte wie Menschenrechte in den Kontext eines kollektiven Interesses gestellt werden, dessen Wahrnehmung demzufolge auch eine vergesellschaftende Wirkung entfalten kann.

Schließlich sorgt die Unterteilung des legalistischen Diskurses in einen an der internationalen Gesellschaft orientierten und einen an der Weltgesellschaft orientierten Strang auch für die Konstruktion unterschiedlicher Souveränitätskonzepte und unterschiedlicher Referenzpunkte für die Geltung von Menschenrechten innerhalb dieses Diskurses. Der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang begreift Souveränität im Sinne des Konzepts der ‚*new sovereignty*‘, dem zufolge Staaten infolge von Globalisierungsprozessen ihre Souveränität durch multilaterale Kooperation im Rahmen von internationalen Regimes und Organisationen ausüben, anstatt auf ihre Autonomie und Unabhängigkeit zu pochen. Aus diesem Blickwinkel ist das Konzept der ‚*new sovereignty*‘ eng mit einer symmetrischen Vorstellung der internationalen Ordnung verbunden und stellt somit die Forderung nach der souveränen Gleichheit aller Staaten in den Vordergrund. Der Bezugspunkt für die Geltung der Menschenrechte besteht aus dieser Perspektive in dem Konsens einer Mehrheit aller Staaten, der wiederum die Menschenrechte auf eine *quasi-universale* Grundlage stellt. Die Tatsache, dass dieser Strang des legalistischen Diskurses die Geltung völkerrechtlicher Bestimmungen von der Zustimmung jedes einzelnen Staates befreit, entspricht der Vorstellung, dass die internationale Gesellschaft aller Staaten als ein Kollektiv dem Einzelstaat vorgeordnet ist.

Der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des Legalismus hebt demgegenüber die *Erosion des Souveränitätsprinzips* hervor. Dieser Sichtweise zufolge wurde der IStGH errichtet, um Individuen zu schützen (auch vor Rechtsverletzungen durch staatliche Organe), und kann auf Staaten einen gewissen Zwang im Hinblick auf ihre Einhaltung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts ausüben. Damit, so argumentieren Vertreter dieses Stranges, unterminiert der IStGH die staatliche Souveränität in einem gewissen Grad. Auch sie sehen Symmetrie als ein wesentliches Strukturmerkmal der internationalen Ordnung an, allerdings bezieht sich Symmetrie dabei auf die Gleichheit aller Individuen vor dem Gesetz. Menschenrechte erhalten ihre Geltung im Hinblick auf das *kollektive Wissen* der globalen Menschheit. Wie im Fall des an der internationalen Gesellschaft orientierten Diskursstranges wird auch hier die supra-staatliche Ebene als der angemessene Ort für die Durchsetzung von Menschenrechten betrachtet, da die Kategorie des kollektiven Gewissens sich auf die Konzeption einer kosmopolitischen Gemeinschaft von Weltbürgern bezieht, die weder hinsichtlich ihrer Nationalität noch hinsichtlich ihrer kulturellen Orientierungen als voneinander getrennt betrachtet werden.

4 DER INTERVENTIONISTISCHE DISKURS

Im Gegensatz zum Legalismus basiert der interventionistische Diskurs nicht auf der Annahme, dass das Völkerrecht ein adäquates Instrument darstellt, um die bestehende internationale Ordnung zu verändern. Dem Interventionismus zufolge ist das Völkerrecht politischen Erwägungen generell untergeordnet und sollte allein dazu dienen, den status quo in den internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Das bedeutet nicht, dass Vertreter des interventionistischen Diskurses die Relevanz von Menschenrechten als einem wichtigen Teil des Völkerrechts in Zweifel ziehen. Allerdings behaupten sie, dass menschenrechtliche Regelungen nicht effektiv durch Rechtsorgane wie den IStGH durchgesetzt werden können. Vielmehr privilegieren sie politische Aktionen bis hin zu militärischen Interventionen zur Durchsetzung von Menschenrechten gegenüber völkerrechtlichen Organen. Aus ihrer Sicht ist der IStGH aber nicht nur ungeeignet zum Zweck der Durchsetzung von Menschenrechten, sondern regelrecht schädlich im Hinblick auf dieses Ziel, weil nämlich die Mitglieder von Streitkräften in militärischen Operationen zum Schutz der Menschenrechte seiner Jurisdiktion unterworfen sind, was in der Folge Staaten davon abschrecken werde, ihre Truppen im Rahmen von humanitären Interventionen einzusetzen. Darüber hinaus argumentieren Anhänger des interventionistischen Diskurses, dass legalistische Projekte wie der IStGH die existierende Weltordnung unterminieren könnten, indem sie versuchen, Großmächte an völkerrechtliche Bestimmungen zu binden. Dem interventionistischen Diskurs zufolge spielen Großmächte nämlich aufgrund ihrer überlegenen militärischen Kapazitäten eine besondere Rolle bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung.

Die folgende Tabelle stellt die wesentlichen Elemente des interventionistischen Diskurses dar:

Tabelle 3 Zentrale Aspekte des interventionistischen Diskurses

Konstruktion der Zeitdimension	Quellen der int. Ordnung	Eigenschaften der int. Ordnung	Fundamentale ontologische Einheiten	Begriff des Interesses bezieht sich auf	Begriff der Souveränität	Menschenrechte beziehen sich auf
Kontinuität	Machtpolitik	Asymmetrie	Staaten	Schnittstelle von internationaler Gesellschaft und	Konditionale Souveränität	Internationale Gesellschaft/Völkergewohnheitsrecht

				Großmächten		
--	--	--	--	-------------	--	--

Im vorliegenden Kapitel wird der interventionistische Diskurs als ein Diskurs klassifiziert, der die US-amerikanische Opposition gegen den IStGH prägte, und dass interventionistische Argumente zur Rechtfertigung der Ablehnung des IStGH seitens der USA angeführt wurden. Die wesentlichen Vertreter des interventionistischen Diskurses sind US-amerikanische Diplomaten, Völkerrechtsexperten, die darauf abzielen, die US-amerikanische Opposition gegen den IStGH mit theoretischen Argumenten zu untermauern, und weite Teile der US-amerikanischen Medien. Allerdings ist der interventionistische Diskurs nicht vollkommen auf US-amerikanische Eliten und Kommentatoren beschränkt, vielmehr orientierten sich auch einige europäische Diplomaten an ihm. Dies betrifft vor allem politische Akteure aus Großbritannien und Frankreich, insofern beide Staaten häufig in militärische Interventionen involviert waren. Der französische Vorschlag, für Kriegsverbrechen die Option einer Ausnahmeregelung von sieben Jahren einzuführen, der schließlich in das Rom-Statut aufgenommen wurde, spiegelt eindeutig interventionistische Bedenken wieder. Die zögerliche Haltung Großbritanniens gegenüber dem Vorschlag, das Verbrechen des Angriffskrieges in die Liste der Kernverbrechen aufzunehmen, über die der IStGH Jurisdiktion ausüben soll, deutet ebenfalls auf interventionistisch inspirierte Bedenken hin. Sobald diesen französischen und britischen Bedenken auf der Rom-Konferenz aber Rechnung getragen worden war, ließen sowohl Großbritannien und Frankreich alle am interventionistischen Diskurs orientierten Forderungen fallen. Allerdings gab es noch einige europäische Medienkommentatoren, die in ihren Beiträgen Anleihen beim interventionistischen Diskurs machten, allerdings unabhängig von der Einordnung des entsprechenden Printmediums auf einem politischen Rechts-Links-Kontinuum.

Das folgende Kapitel setzt sich aus drei Abschnitten zusammen, von denen der erste dem Narrativ des interventionistischen Diskurses gewidmet ist. Dieses Narrativ reflektiert die Annahme, dass das Völkerrecht seine Legitimität aus seiner Kontinuität gewinnt, die durch seinen Wandel oder einen angestrebten Fortschritt im Hinblick auf völkerrechtliche Bestimmungen und Organe unterminiert werden würde. Darüber hinaus besteht eine zentrale Behauptung des interventionistischen Narrativs darin, dass Machtpolitik die primäre Quelle der internationalen Ordnung darstellt. Im zweiten Teil werden die zentralen ontologischen Referenzpunkte des interventionistischen Diskurses erläutert. Es wird gezeigt, dass der interventionistische Diskurs Großmächte und deren Rolle auf der supra-staatlichen Ebene fokussiert, während kleineren Staaten und der

individuellen Ebene nur eine zweitrangige Bedeutung zukommt. Der dritte Teil thematisiert den Souveränitätsbegriff des interventionistischen Diskurses und die Rolle, die den Menschenrechten zugeschrieben wird. Das interventionistische Souveränitätskonzept stützt sich auf den Gedanken der Konditionalität, dem zufolge die Souveränität eines Staates von seiner Einhaltung von Menschenrechtsstandards abhängig ist. Dieses Souveränitätskonzept geht einher mit der Annahme einer fundamental asymmetrischen internationalen Ordnung, in der Großmächte eine hervorgehobene Rolle zukommt. Dies betrifft insbesondere die Durchsetzung der Menschenrechte, die dem interventionistischen Diskurs zufolge zwar im Wesentlichen supra-staatlichen Instanzen übertragen werden sollte, jedoch nur mit der Unterstützung von Großmächten möglich ist.

4.1 Das Narrative des interventionistischen Diskurses: Machtpolitik als die Grundlage der internationalen Ordnung

4.1.1 Ein konservativer Ansatz bezüglich des Völkerrechts

Einer der am heftigsten umstrittenen Punkte auf der Rom-Konferenz war die Frage, inwiefern sich die endgültige Version des Rom-Statuts mit den bis dato bestehenden Bestimmungen des Völkerrechts in Einklang befand. Während der legalistische Diskurs im Hinblick auf das Völkerrechts eine Perspektive einnahm, die Wandel und Fortschritt befürwortete, betonten Vertreter des interventionistischen Diskurses Kontinuität und nahmen somit einen eher konservativen Blickwinkel ein. Ein oft von ihnen auf der Rom-Konferenz und gegen die endgültige Fassung des Rom-Statuts vorgebrachtes Argument lautete, dass das Statut anerkannten Bestimmungen des Völkergewohnheitsrechts zuwiderlaufe. In diesem Punkt wird offensichtlich, dass Legalisten und Interventionisten unterschiedliche Auffassungen davon vertraten, was auf der Rom-Konferenz erreicht werden sollte. Vertreter des interventionistischen Diskurses arbeiteten auf eine bloße Kodifizierung von bis dato schon bestehenden Elementen des Völkergewohnheitsrechts hin und warfen den Legalisten vor, die Rom-Konferenz illegitimerweise als ein gesetzgebendes Organ einsetzen zu wollen. Dies kommt in dem folgenden Zitat aus einem Artikel einer US-amerikanischen Völkerrechtsexpertin zum Ausdruck:

„As a matter of international law, the ICC Treaty breaks new ground in how the international community comes to agree upon what is or is not international law.

Far from taking a customary law approach, this Treaty attempts to legislate international law.' (McNerney 2001: 181 – Hervorh. S. Sch.)

Der US-amerikanische Verhandlungsführer auf der Rom-Konferenz David Scheffer machte ebenfalls wiederholt deutlich, dass das Völkergewohnheitsrecht als letztgültiger Maßstab für die Definition der Verbrechen im Rom-Statut dienen sollte. In einem Artikel, der im *American Journal of International Law* veröffentlicht wurde, argumentiert er, dass der Verhandlungsprozess in Rom erheblich durch die Tatsache erschwert wurde, dass die Delegierten unterschiedlicher Auffassungen hinsichtlich des Zwecks der Verhandlungen waren:

„The U.S. delegation actively participated in drafting the definitions of war crimes at the Preparatory Committee and later in Rome. Throughout the process, we were determined to include only those war crimes that qualified as such under customary international law. This objective required intensive negotiations with other delegations, some of which wanted to stretch the list of war crimes into actions that, while reprehensible, were not customary international law at the end of the twentieth century.’ (Scheffer 1999: 14 – Hervorh. S. Sch.)

Kurzum, Vertreter des interventionistischen Diskurses gingen davon aus, dass die Verhandlungen auf der Rom-Konferenz nicht den Zweck hatten, größere Veränderungen an den bis dato bestehenden Inhalten der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts vorzunehmen. Vielmehr sollten letztere auf der Rom-Konferenz einfach nur kodifiziert und im IStGH-Statut zusammengefasst werden. Als jedoch klar wurde, dass das IStGH-Statut über diesen restriktiven Rahmen hinausgehen würde, stellten die Anhänger des interventionistischen Diskurses seine Legitimität aufgrund der Tatsache in Frage, dass das Statut ihrer Auffassung nach weit reichende Änderungen des geltenden Völkerrechts enthielte.

4.1.2 Internationale Ordnung beruht auf Machtpolitik

Der Grund für die große Reserviertheit der Interventionisten im Hinblick auf Änderungen bestehender völkerrechtlicher Inhalte und Bestimmungen liegt in ihrer grundlegenden Auffassung von der Beziehung zwischen der internationalen Ordnung, der internationalen Politik und dem Völkerrecht. Im Unterschied zu den Legalisten glauben die Anhänger des interventionistischen Diskurses nicht daran, dass das Völkerrecht als eine Basis der internationalen Ordnung dienen könnte. Vielmehr ist

ihnen zufolge das Völkerrecht der Politik untergeordnet – es kann die internationale Ordnung nicht herstellen, sondern nur zu ihrer Aufrechterhaltung beitragen und sie rechtfertigen, sofern die Ordnung zuvor auf machtpolitischem Wege etabliert wurde. Dem interventionistischen Diskurs zufolge ist das Völkerrecht schlicht nicht mit den Mitteln ausgestattet, um Situationen zu bewältigen, in denen die internationale Ordnung auf dem Spiel steht – beispielsweise langwierige Bürgerkriege, die sich über staatliche Grenzen hinweg verbreiten und die Stabilität von ganzen Regionen bedrohen. Das Völkerrecht kann erst dann angewandt werden, wenn Ordnung hergestellt wurde. Diese Idee wird sogar von europäischen Liberalen wie Ian Buruma vertreten, der in einem Kommentar im *Guardian* schreibt:

„Alas, our peaceful Europe is not well equipped to deal with gangsters – before they come to court. Against a Milosevic it proved to be useless. Only American power saved millions of Bosnian lives.

[...]

As long as this contradiction persists, we cannot expect the Americans to be keen on our European civilising mission. There is only one way out of this dilemma, which is to rebuild European military power. We cannot match the US, but we can share more of its burden. If we want the Americans to sign up to the ICC, we too must do the dirty work, and take risk of being held accountable.’¹

Sollte die untergeordnete Rolle des Völkerrechts und der Organe zu seiner Durchsetzung nicht in Betracht gezogen werden und rechtlichen Bestimmungen eine unbedingte Gültigkeit beigemessen werden, könnte das Resultat der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung sogar abträglich sein, argumentieren die Vertreter des interventionistischen Diskurses. Die bloße Existenz von Menschenrechten und dem humanitären Völkerrecht kann Verletzungen dieses Rechts weder verhindern noch stoppen, sie kann nur als Grundlage für eine strafrechtliche Verfolgung dieser Rechtsverletzungen dienen, sobald die Ordnung durch politische und/ oder militärische Handlungen wiederhergestellt wurde. Tatsächlich behaupten Anhänger des interventionistischen Diskurses, dass ein mit zu großen Ambitionen beladenes Völkerrecht die internationale Ordnung unterminieren könnte, insbesondere, wenn es Großmächte als die wesentlichen Garanten und kleine Staaten – bzw. sogar deviante

¹ Ian Buruma, ‚Why we must share America’s dirty work’ in: *The Guardian* (16.07.2002).

‚Schurken-Staaten‘ in gleicher Weise behandelt. Diese interventionistischen Bedenken betrafen vor allem den Versuch, den Angriffskrieg als ein viertes Kernverbrechen in das Rom-Statut aufzunehmen², wie eine US-amerikanische Völkerrechtsexpertin erklärt:

‚The worry of Washington is that the category of aggression may be misused by some states to discourage the necessary deployment of military forces in peace enforcement, peacekeeping, freedom of navigation and anti-terrorist exercises. [...] *It often takes armies* – and in turn a supportive electorate, willing to mobilise its armed forces – *in order to stop genocide*. [...] Unfounded accusations of aggression in an international juridical forum may also contribute to an electorate’s view that troops should be kept at home.‘ (Wedgwood 1999: 105 – Hervorh. S. Sch.)

Aus dem vorhergehenden Zitat wird ersichtlich, dass es aus der interventionistischen Perspektive nicht nur wichtig ist, zwischen Großmächten und kleineren Staaten zu unterscheiden, sondern auch die Differenz zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Staaten in den Blick zu nehmen. Denn demokratische Staaten unterliegen bestimmten Beschränkungen hinsichtlich des Einsatzes militärischer Gewalt, nämlich der Unterstützung ihrer Wahlbevölkerung zu solchen Einsätzen (vgl. Merom 2003; Münkler 2002: 207ff.). Darüber hinaus sind demokratische Staaten auch durch potentielle Strafverfahren gegen ihre Soldaten im Rahmen eines hochgradig sichtbaren internationalen Gerichtshofs in besonderer Weise verwundbar: solche Verfahren würden eine große Medienaufmerksamkeit mit sich bringen und in der Folge die Legitimität von militärischen Einsätzen in den Augen der Wahlbevölkerung mindern.

Im Hinblick auf das Verbrechen des Angriffskrieges kommt aus interventionistischer Sicht erschwerend hinzu, dass dieser Punkt in entscheidender Weise die Kompetenzen des UN-Sicherheitsrats berührt. Vertreter des interventionistischen Diskurses betonen, dass es das Vorrecht des Sicherheitsrats ist, zu entscheiden, wann ein Fall von Angriffskrieg vorliegt und welche Maßnahmen dagegen zu treffen sind. Demzufolge

² Das Verbrechen des Angriffskriegs wurde zwar schließlich in die Liste der Kernverbrechen im Rom-Statut aufgenommen, allerdings noch nicht definiert, so dass der IStGH auch keine Jurisdiktion über dieses Verbrechen besitzt, solange die Definition des Straftatbestandes noch aussteht. Diese kann nachträglich von der Assembly of States Parties des IStGH vorgenommen werden (Broomhall 2003: 46f.).

stellt der Versuch, das Verbrechen des Angriffskrieges unter die Jurisdiktion des IStGH zu stellen, einen Versuch dar, die Rolle des Sicherheitsrats in Frage zu stellen und somit letztendlich das gesamte UN-System zu destabilisieren. Eric Rosand, Rechtsberater der US-Regierung in Völkerrechtsfragen und Delegierter des Sechsten Komitees der UN-Generalversammlung, erklärte in einem Statement vor dem Komitee, dass die Inklusion des Angriffskrieges in das Rom-Statuts und die Möglichkeit seiner zukünftigen Definition einen der wesentlichen Gründe für die US-amerikanische Opposition gegen den IStGH darstelle: ‚Moreover, despite the Security Council’s role under the Charter of the United Nations, the Rome Statute suggested that the Assembly of State Parties was competent to define instances of aggression.’³

Zu Beginn der Rom-Konferenz teilten britische Diplomaten die Bedenken ihrer US-amerikanischen Kollegen im Hinblick auf das Verbrechen des Angriffskrieges, was insgesamt dazu geführt haben könnte, dass bezüglich dieses Punktes letztendlich keine Einigung erzielt werden konnte:

‚Sir Franklin Berman (United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland) said that the United Kingdom interpreted the reference to aggression in article 5 and, in particular, the last sentence of that article, which mentioned the Charter of the United Nations, as a reference to the requirement of prior determination by the Security Council that an act of aggression had occurred.’⁴

Ein zentrales Anliegen der Vertreter des interventionistischen Diskurses bestand darin, die Vorrangstellung des UN-Sicherheitsrats gegenüber dem IStGH sicherzustellen. Dieses Anliegen konfligiert selbstverständlich mit dem Ziel der Legalisten, eine maximale Unabhängigkeit des IStGH und seines Chefanklägers gegenüber den Mitgliedstaaten auf der einen Seite und dem Sicherheitsrat auf der anderen zu erreichen. Allerdings betrafen die interventionistischen Bedenken hinsichtlich des Verhältnisses von IStGH und Sicherheitsrat nicht nur das Verbrechen des Angriffskrieges, sondern auch andere Aspekte. Zentral war dabei die Frage nach den institutionellen Überweisungsmechanismen von Situationen an den IStGH: einem Vorschlag der US-amerikanischen Delegation auf der Rom-Konferenz zufolge sollten diese sich auf die

³ Eric Rosand, Meeting of the Sixth Committee of the UN General Assembly (30.11.2004); U.N. Doc. A/C.6/59/SR.27, S. 2.

⁴ Sir Franklin Berman, DipCon 9th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.9, Vol. II, S. 124.

Mitgliedstaaten und den Sicherheitsrat beschränken, so dass der Chefankläger nicht in der Lage gewesen wäre, aus eigener Initiative Ermittlungen aufzunehmen. Die dieser restriktiven Haltung bezüglich der Überweisungsmechanismen zugrunde liegende generelle Auffassung ist die, dass der Sicherheitsrat seine Funktion der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung („maintain[ing] or restor[ing] international peace and security“⁵) ungehindert vom IStGH wahrnehmen können soll. Da der Sicherheitsrat ein Organ ist, dass auf Machtpolitik beruht und als solches auch durch die Beschränkung seiner Mitglieder und durch die Restriktion des Vetorechts auf die fünf ständigen Mitglieder die Machtungleichgewichte innerhalb der internationalen Beziehungen reflektiert, betrachten ihn die Vertreter des interventionistischen Diskurses als eine Institution, die besser geeignet ist, Probleme der internationalen Ordnung zu lösen, als das bei dem IStGH als eines genuin rechtlichen Organs der Fall wäre. Einer der US-amerikanischen Delegierten brachte das auf der Rom-Konferenz folgendermaßen zum Ausdruck:

„The Court must be part of the international order, in which the Security Council, with its responsibility for maintaining international peace and security, must play an important role, inter alia regarding its trigger mechanism. [...] The powers of the Council under Chapter VII of the Charter of the United Nations would be absolutely essential to the working of the Court.“⁶

Vor diesem Hintergrund bestand für Interventionisten die bevorzugte Option für die institutionelle Ausgestaltung des IStGH darin, ihn soweit wie möglich an die Strukturen der Völkerrechtstribunale für Jugoslawien und Ruanda (ICTY und ICTR) anzupassen, da diese vom UN-Sicherheitsrat eingesetzt worden waren, der auch ihre rechtlichen Kompetenzen definierte.⁷ In diesem Kontext kann das folgende Statement des US-amerikanischen UN-Botschafters James Cunningham als exemplarisch gelten:

⁵ Charter of the United Nations, Chapter VII, Art. 39.

⁶ Bill Richardson, DipCon 5th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.5, Vol. II, S. 95.

⁷ Zwar besitzt der Chefankläger bzw. die Chefanklägerin beider Tribunale eine relativ hohe Unabhängigkeit vom Sicherheitsrat bezüglich der Strafverfolgung bestimmter Personen, jedoch sind beide Tribunale im Hinblick auf andere zentrale Aspekte in enger Weise an den Sicherheitsrat gebunden: Erstens definierte der Sicherheitsrat die zeitlichen und örtlichen Parameter der Situationen, in den die Tribunale ihre Rechtssprechung ausüben konnten. Zweitens hatte der Sicherheitsrat das letzte Wort über den Inhalte der Statute beider Tribunale und musste auch über Änderungen an diesen

„The United States yields to no country in its historical leadership in the struggle for international justice and accountability for war crimes. After all, the United States was the first country to codify the laws of war and international humanitarian law. It was also an original participant in the creation of every successful international effort to date to adjudicate allegations of war crimes and crimes against humanity. It has been, and will continue to be a strong supporter of the tribunals established under the aegis of the Council. *But, unlike the ICC, those tribunals are accountable to the Security Council.*”⁸

4.1.3 Die Politisierung des IStGH: die Möglichkeit politisch motivierter Anklagen

Im Gegensatz zum legalistischen Diskurs gründet der Interventionismus in der Annahme, dass es schwierig, wenn nicht unmöglich ist, die Bereiche des Rechts und der Politik strikt voneinander getrennt zu halten. Folglich kann es aus interventionistischer Perspektive leicht passieren, dass rechtliche Institutionen und Prozesse mit politischen Fragen verflochten werden. In diesen Fällen besteht das letztendliche Ziel der Interventionisten nicht darin, Recht und Politik klar voneinander zu trennen. Vielmehr rechnen sie damit, dass beide Bereiche sich immer zu einem gewissen Grad überschneiden. Dies wird vor allem hinsichtlich der interventionistischen Befürchtung klar, dass der IStGH als ein Forum für politisch motivierte Anklagen missbraucht werden könnte, insbesondere gegen mächtige Staaten wie die USA. Diese Möglichkeit diskreditiert aus interventionistischer Sicht zwar nicht das Völkerrecht und die Organe zu seiner Durchsetzung als solche, jedoch macht sie es erforderlich, dass in einer solchen Amalgamierung von Recht und Politik letztere immer den Vorrang behält. Daher können die Vertreter des interventionistischen Diskurses den legalistischen Gedanken der Professionalität als einem wesentlichen Schutzmechanismus gegen die Politisierung von Verfahren vor dem IStGH nicht akzeptieren. Professionalisierung stellt eine genuin rechtlich-professionelle Maßnahme dar, aber eben keine politische.⁹ Aus

Statuten entscheiden. Drittens – und das ist wahrscheinlich der wichtigste Aspekt – bestimmte der Sicherheitsrat auch den oder die Chefankläger(in) für beide Tribunale. Vgl. Goldstone und Bass (2000).

⁸ James Cunningham, UN SC meeting „United Nations peacekeeping“ (12.06.2003); U.N. Doc. S/PV.4772, S. 23 – Hervorh. S. Sch.

⁹ Vgl. vorheriges Kapitel, Abschnitt 3.1.4.

interventionistischer Perspektive können nur politische Maßnahmen in dieser Situation Abhilfe schaffen – wie etwa die Möglichkeit, den IStGH in enger Weise an eine politische Institution wie den UN-Sicherheitsrat zu binden.

Zu Beginn der Rom-Konferenz teilten die französischen Delegierten die interventionistischen Bedenken bezüglich der Möglichkeit von politisch motivierten Anklagen. Hubert Védrine bemerkte beispielsweise in einer der Plenarversammlungen:

„Coordination between the Security Council and the Court was necessary. [...] France believed that the Court must not become a political arena where frivolous complaints were brought with the sole aim of challenging decisions of the Council or the foreign policies of the all-too-few countries that agreed to take the risk of peacekeeping operations. [...] The Court would lose strength and credibility if it were not part of the international institutional system that already existed.”¹⁰

Während Frankreich schlussendlich seine Einwände gegen die Unabhängigkeit des Chefanklägers aufgab und den legalistischen Diskurs unterstützte¹¹, behielten die US-amerikanischen Diplomaten ihre Bedenken im Hinblick auf mögliche politisch motivierte Anklagen vor dem IStGH bei und führten sie wiederholt als einen der Hauptgründe für die Opposition der USA gegen den IStGH an. Eric Rosand bemerkte beispielsweise im Rahmen einer Sitzung des Sechsten Komitees der Generalversammlung: „First, it [die USA – S. Sch.] remained deeply concerned about the danger of politically motivated prosecutions: nothing about the structure of the International Criminal Court provided any guarantee against that eventuality.”¹²

Die US-amerikanischen Medien, sofern sie sich dem interventionistischen Diskurs anschlossen, griffen diese Befürchtung auf und betrachteten die Entscheidung der US-amerikanischen Regierung vor diesem Hintergrund als vollkommen gerechtfertigt: „Joining the International Criminal Court would put U.S. troops and elected leaders in jeopardy of being prosecuted for political reasons, and that is a risk that both President

¹⁰ Hubert Védrine, DipCon 6th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, S. 101.

¹¹ Entscheidend dafür war vor allem die Einfügung einer Regelung über die Zustimmungspflicht einer Vorfahrenskammer zu der Aufnahme von Ermittlungen in das Rom-Statut, die auf französisches Betreiben zustande kam (Broomhall 2003: 79). Nicht unwesentlich dürfte aber auch das Zugeständnis eines siebenjährigen Ausnahmefrist für Kriegsverbrechen gewesen sein.

¹² Eric Rosand, Sixth Committee of the General Assembly (30.11.2004); U.N. Doc. A/C.6/59/SR.27, S. 2.

Bush and Congress rightly refused to take.’¹³ In diesem Zitat kommt zum Ausdruck, dass das Völkerrecht und die Organe zu seiner Durchsetzung als *potentielle Waffen der Schwachen gegen mächtige Staaten* betrachtet werden. Dieser Gedanke ist insbesondere unter US-amerikanischen verteidigungspolitischen Experten und Beratern weit verbreitet und wurde mit dem Begriff des ‚lawfare‘ bezeichnet. Der Gedanke fand Eingang in die National Defense Strategy des Jahres 2005, in der zu lesen ist: ‚Our strength as a nation state will continue to be challenged by those who employ *a strategy of the weak using international fora, judicial processes*, and terrorism.’¹⁴ Teile der US-amerikanischen Medien nahmen diese Bedenken auf und erklärten, dass der IStGH in diesem Kontext das herausragendste internationale Forum darstelle: ‚The sad truth is that our enemies know we’re a law-abiding people, and that this at times can make us vulnerable. Better to admit it than pretend every well-intentioned prosecutor at the International Criminal Court has all the relevant information.’¹⁵

Folgt man der interventionistischen Perspektive, so durchdringen machtpolitische Belange rechtliche Institutionen in einem so großen Ausmaß, dass die einzig mögliche Gegenmaßnahme darin besteht, diese Institutionen wiederum an politische Organe anzubinden – obwohl diese Forderung paradox klingen mag. Vertreter des interventionistischen Diskurses argumentieren jedoch, dass gerade das den Vorrang der Politik gegenüber dem Recht sichert und der einzig gangbare Weg zur Aufrechterhaltung der etablierten internationalen Ordnung ist. Das ist der Grund dafür, warum die sich USA so entschieden dafür aussprachen, den IStGH eng an den UN-Sicherheitsrat anzubinden.

4.2 Die ontologischen Referenzpunkte des Interventionismus: Staaten, Individuen und die supra-staatliche Ebene

Einer der zentralen Aspekte des interventionistischen Diskurses besteht in der Forderung, dass die supra-staatliche Ebene die Machtasymmetrien der staatlichen Ebene widerspiegeln sollte. Darüber hinaus negiert der interventionistische Diskurs im Gegensatz zum Legalismus weitgehend, dass Individuen einen wesentlichen Bezugspunkt für die supra-staatliche Ebene darstellen können. Der Interventionismus

¹³ ‚Joining international court would be grave error for U.S.’ in: Tampa Tribune (06.07.2002).

¹⁴ The National Defense Strategy of the United States of America (March 2005), S. 5 (<http://www.defenselink.mil/news/Mar2005/d20050318nds1.pdf>) – Hervorh. S. Sch.

¹⁵ ‚The Pentagon and „lawfare“‘ in: *The Washington Times* (24.03.2005).

steht der Forderung nach einer Kosmopolitisierung der internationalen Ordnung eher skeptisch gegenüber. Zu einem gewissen Grade betrachten seine Vertreter die staatliche Ebene als konstitutiv sowohl im Hinblick auf die supra-staatliche als auch auf die individuelle Ebene: sie betrachten Individuen in erster Linie als Bürger von bestimmten Staaten. Bezüglich der supra-staatlichen Ebene und der auf ihr lokalisierten Organisationen stellen Interventionisten die Rolle von Großmächten in den Vordergrund, da diesen bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung eine größere Bedeutung zukommt als kleineren Staaten.

Das bedeutet aber nicht, dass das Konzept der internationalen Gesellschaft innerhalb des interventionistischen Diskurses nicht einen zentralen Bezugspunkt für die Durchsetzung der Menschenrechte darstellen würde. Ganz im Gegenteil, Anhänger des interventionistischen Diskurses machen sich das Konzept der internationalen Gesellschaft zu eigen, und zwar nicht nur in einem ‚dünnen‘, pluralistischen, sondern vielmehr in einem ‚dicken‘ solidaristischen Sinne als einer internationalen Gesellschaft, die durch substantielle, gemeinsam geteilte Normen und Regeln integriert ist. Trotzdem unterscheidet sich die interventionistische Auffassung von der internationalen Gesellschaft in entscheidender Weise von ihrem legalistischen Gegenstück: während letzterer die Forderung nach einer symmetrischen Beziehung zwischen allen Staaten und nach der Vorrangstellung der Staatengemeinschaft gegenüber dem einzelnen Staat zugrunde liegt, sind dem interventionistischen Diskurs zufolge Großmächte die wichtigsten Elemente der internationalen Gesellschaft. Das beruht darauf, dass aus interventionistischer Perspektive vor allem Großmächte die Normen und Regeln implementieren und reproduzieren, auf denen die internationale Gesellschaft basiert. Im Rahmen der Theorien der English School wird diese Rolle der Großmächte mit dem Begriff der ‚Vigilantes‘¹⁶ beschrieben: Vigilantes ‚claim to be enforcing agreed law on behalf of the community‘ ‚in the absence or breakdown of officially constituted legal bodies‘ (Wheeler 2001: 141). Sie brauchen dabei weder einen expliziten Auftrag der

¹⁶ Der Begriff der Vigilantes ist mit Bulls Konzept der ‚custodians‘, der Hüter der internationalen Ordnung verwandt (1995: 221), mit dem Bull die Rolle von Großmächten beschrieb. Jedoch ist der Begriff der Vigilantes spezifischer, weil er eine explizite Beziehung zum Völkerrecht anzeigt, während der Begriff des ‚custodian‘ sich allein auf die Funktion der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung bezieht.

internationalen Gesellschaft, noch schaffen Vigilantes neue Rechtsnormen.¹⁷ Vielmehr setzen sie voraus, dass ihre Handlungen legitim sind, sofern sie mit etablierten völkerrechtlichen Regeln übereinstimmen und sofern sie zum Schutz der internationalen Ordnung und somit zur Fortexistenz der internationalen Gesellschaft beitragen.

4.2.1 Die internationale Gesellschaft von Staaten

Dem interventionistischen Diskurs zufolge sind Großmächte das wichtigste Element innerhalb der internationalen Beziehungen, weil sie die wichtigsten Funktionen wahrnehmen. Großmächte sind die einzigen Akteure, die in der Lage sind, völkerrechtliche Bestimmungen durchzusetzen und die internationale Ordnung aufrechtzuerhalten. Dieser Umstand stellt aus interventionistischer Perspektive das zentrale Fundament für eine asymmetrische internationale Ordnung dar. Aufgrund dessen argumentieren die Anhänger des interventionistischen Diskurses, dass die Machtasymmetrien der staatlichen Ebene auf der supra-staatlichen Ebene widergespiegelt werden sollten. Folglich privilegieren sie den UN-Sicherheitsrat gegenüber allen anderen Organen der supra-staatlichen Ebene, da dieser die genuinen Machtungleichheiten zwischen Staaten reflektiert.

Folgt man dem interventionistischen Diskurs, so ist das Völkerrecht auf Großmächte angewiesen, weil die einzigen Akteure sind, die es durchsetzen können. Weil es dem Völkerrecht an eigenen Durchsetzungsmechanismen mangelt, würde es vollkommen

¹⁷ Wheeler verwendet das Konzept der Vigilantes im Kontext seiner Analyse der Kosovo-Intervention und betont den Umstand, dass diese Intervention ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrats stattfand. Im Gegensatz dazu bezeichnet er Akteure, die Interventionen unter einem UN-Sicherheitsmandat ausführen, als ‚posses‘: ‚The idea of the posse is taken from the ‚wild west‘ and refers to a situation where the sheriff calls upon the assistance of a group of citizens to assist him with the task of law enforcement.‘ (Wheeler 2001: 141). Während Wheeler also anhand der Mission, in die Akteure involviert sind, zwischen Vigilantes und ‚posses‘ unterscheidet, werde ich diese Unterscheidung nicht übernehmen und sowohl Akteure in Missionen ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates als auch Beteiligte an mandatierten Missionen als Vigilantes bezeichnen. Dies erscheint vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache gerechtfertigt, dass der interventionistische Diskurs den engen Zusammenhang und die Kontinuität zwischen Großmächten und dem UN-Sicherheitsrat betont. Der Sicherheitsrat wird in diesem Kontext nicht als ein separates Organ und seine Mandate nicht als ein qualitativer Unterschied aufgefasst, sondern vielmehr als eine weitere Manifestation der Bedeutung von Großmächten für die internationalen Beziehungen.

ineffektiv bleiben, wenn es nicht von Großmächten unterstützt würde.¹⁸ Dieses Argument ist vor allem unter US-amerikanischen Diplomaten weit verbreitet, die wiederholt auf den großen Beitrag der USA zur Durchsetzung des Völkerrechts hinwiesen. In diesem Sinne erläuterte David Scheffer vor dem Sechsten Komitee der UN-Generalversammlung:

„The Clinton Administration had a record that pointed towards that objective [der Straffreiheit für Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht ein Ende zu setzen – S. Sch.], and had ensured *that United States support for the two existing international criminal tribunals for the former Yugoslavia and Rwanda was second to none*. Many other Governments had also made important contributions to the success of the tribunals. But not only did the United States provide both tribunals with significant financial resources, it also used its diplomatic resources, made in-kind contributions of personnel and equipment, offered the tribunals important information, and even brought United States military capabilities to bear to ensure that the tribunals were effective.’¹⁹

Die diskursive Arena der Medien griff diese Behauptung auf und betont, dass auch der IStGH ohne die Unterstützung der Großmächte seine Rolle nicht würde erfüllen können.

„Clearly the court needs support beyond Britain and countries such as San Marino, The Marshall Islands and Nauru. [...] Such a body can be remotely successful in

¹⁸ Im Hinblick auf die Rolle des Völkerrechts enthält der interventionistische Diskurs eine Inkonsistenz: er schwankt zwischen der Darstellung des Völkerrechts als einer potentiellen Waffe der Schwachen auf der einen Seite und der Betonung seiner Ineffektivität auf der anderen. In der Schlussbetrachtung werde ich die Parallelen zwischen dem interventionistischen Diskurs und der realistischen Schule innerhalb der Internationalen Beziehungen diskutieren (vgl. Abschnitt 8.2). Hier sei nur darauf hingewiesen, dass diese Ambiguität im Hinblick auf die Rolle des Völkerrechts schon innerhalb der realistischen Schule zu finden ist, die ebenfalls zwischen diesen beiden Interpretationen schwankt. Es liegt daher nahe, dass der interventionistische Diskurs diesbezüglich von seinem akademischen und semi-akademischen Pendant geprägt wurde. Was beide Interpretationen jedoch verbindet, ist, dass sie einen instrumentalistischen Zugang zum Völkerrecht zugrunde legen.

¹⁹ David J. Scheffer, Sixth Committee of the General Assembly (04.11.1998); U.N. Doc. A/C.6/53/SR.9, S. 8 – Hervorh. S. Sch.

grappling with those responsible for man's apparent inhumanity to man only with the support of countries with an international muscle.'²⁰

Die Annahme, dass völkerrechtliche Institutionen auf die Unterstützung von Großmächten angewiesen sind, spiegelt noch einmal den Gedanken der fundamentalen Asymmetrie im Verhältnis der Staaten wieder. Dieser Gedanke erlangte vor allem in den Debatten über die zwei Resolutionen des UN-Sicherheitsrats (1422 und 1487), die US-Bürgern (und Bürgern aller anderen Nicht-Mitgliedstaaten des Rom-Statuts) jeweils eine einjährige Immunität von der Strafverfolgung durch den IStGH einräumten, eine gesteigerte Bedeutung. Während Legalisten die Verabschiedung dieser Resolutionen als eine Niederlage für ihr Anliegen ansahen, 'rule of law' in den internationalen Beziehungen zu etablieren, betrachteten Vertreter des interventionistischen Diskurses diese Ausnahmeregelung als vollkommen gerechtfertigt angesichts der zentralen Rolle, die die USA bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung. Sogar einige europäische Medienkommentatoren schlossen sich dieser Sichtweise an:

'The choice for the United Nations now is between one *abstract notion of international law* and the very *real needs of international order*. The United States (and others) will not participate in peacekeeping missions if the price of being the Good Samaritan is the retention of a legal adviser never more than a few yards away. [...] The result will be *a world of fewer policemen, but more lawyers*. It is hard to see how the many victims of political evil will benefit from that at all.'²¹

Das Bild des Polizisten und des Richters in diesem Zitat spielt auf die interventionistische Überzeugung an, dass Ordnung eine Voraussetzung für Gerechtigkeit ist. Gleichzeitig stellt sich die Frage, warum der Polizist und der Richter in diesem Kontext als einander entgegengesetzt betrachtet werden, obschon sie doch im innenpolitischen Kontext als Repräsentanten ein und desselben institutionellen Rahmens betrachtet werden. Hier offenbart sich die Beschränkung der auf die internationalen Beziehungen angewandten 'innenpolitischen Analogie': in der Abwesenheit einer übergeordneten Autorität kann den Interventionisten zufolge niemand garantieren, dass der Polizist und der Richter identische Ziele verfolgen. Die

²⁰ Michael Caplan 'ICC hopes to give peace a chance' in: *The Times* (02.07.2002).

²¹ 'Court politics' in: *The Times* (02.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

Polizisten misstrauen den Richtern – daher die Angst vor politisch motivierten Anklagen – und es gibt keine übergeordnete Vermittlungs- oder Entscheidungsinstanz. Neben der Forderung nach Immunitätsgewährung für Großmächte konzentriert sich der interventionistische Diskurs auf den UN-Sicherheitsrat als ein supra-staatliches Organ, das die Machtasymmetrie auf der staatlichen Ebene widerspiegelt. Am Beginn der Rom-Konferenz teilte die französische Delegation die US-amerikanischen Einwände, denen zufolge die Errichtung des IStGH die Rolle des Sicherheitsrates schwächen könnte, und betonte die Notwendigkeit einer reibungslosen Integration des Gerichtshofs in die bestehenden supra-staatlichen Strukturen, die in erster Linie als vom Sicherheitsrat dominiert betrachtet werden:

„France would work constructively and pragmatically to make the court as universal as possible, emphasizing the concept of an international system forming a unified whole. *It was not in favour of adding mutually contradictory elements that might complicate organization and regulation throughout the world.* He [Hubert Védrine – S. Sch.] was thinking in particular of the linkage between national courts and the Court and between the action of the Security Council and that of the Court.’²²

Die Bedeutung, die die Vertreter des interventionistischen Diskurses dem UN-Sicherheitsrat beimessen, tritt allerdings noch deutlicher in folgendem Beitrag von David Scheffer auf der Rom-Konferenz hervor:

„In view of the Security Council’s responsibilities under the Charter for restoring and maintaining international peace and security, recognition of its role in the Statute was vital to the proper functioning of the Court, in accordance with the obligations of the Member States under the Charter. His delegation was willing to work with others to find a compromise with respect to the Council’s proper role, but *the powers of the Council must not be rewritten.*’²³

²² Hubert Védrine, DipCon 6th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, S. 101 – Hervorh. S. Sch.

²³ David J. Scheffer, DipCon 29th meeting (09.07.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, S. 297 – Hervorh. S. Sch.

4.2.2 Individuen als Peacekeeper oder Opfer

Die Tatsache, dass Vertreter des interventionistischen Diskurses Staaten – zuallererst Großmächte – als die wichtigsten Akteure in den internationalen Beziehungen betrachten, impliziert nicht, dass sie Individuen vollständig ignorieren. Allerdings leitet der interventionistische Diskurs die Rollen, die Individuen potentiell spielen können, in erster Linie von der staatlichen Ebene ab, womit die Vorrangstellung der Staaten gegenüber Individuen unterstrichen wird. Im Rahmen dieses Diskurses können Individuen generell in drei unterschiedlichen Rollen auftauchen: erstens als mächtige, den Interventionisten aber nicht willkommene Personen in den internationalen Beziehungen wie etwa der Chefankläger des IStGH; zweitens als Soldaten in humanitären Interventionen und drittens als zumeist zivile Opfer von Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht.

Es überrascht wenig, dass Anhänger des interventionistischen Diskurses die Existenz von mächtigen Individuen wie dem IStGH-Chefankläger, die kraft ihres Amtes die Autorität von Staaten in Frage stellen können, mit großer Skepsis betrachten. Aufgrund der besonderen Bedeutung, die der interventionistische Diskurs Großmächten beimisst, muss ein individueller Akteur, der zu einem gewissen Grade von der Ebene der Staaten und vom UN-Sicherheitsrat losgelöst ist, als illegitim erscheinen. Die folgende Passage aus einem Artikel eines US-amerikanischen Völkerrechtexperten bringt diese Einstellung auf den Punkt:

„The inclusion of the independent prosecutor – independent in the sense of having authority to initiate investigations without a formal state complaint or Security Council referral – has been hailed by many states and commentators as a great achievement. It constitutes a dramatic step away from the ILC’s original assessment that an independent prosecutor was not feasible „at the present stage of development of the international system,“ toward a vision of international law enforcement that enhances the power of individuals and demonstrates less solicitude for state sovereignty.

[...]

Yet this independence comes at a price. Independence necessarily entails institutional autonomy and discretion, a result *potentially threatening to states*.’

(Danner 2003: 515-16 – Hervorh. S. Sch.)

Da das Amt des Chefanklägers und seine Unabhängigkeit und Fähigkeit, Verfahren gegen etwaige Straftäter nach eigenem Ermessen einzuleiten, unabhängig, welcher Nationalität diese Personen sind, eine gewisse Ignoranz gegenüber Machtasymmetrien in den internationalen Beziehungen reflektiert, erscheint er Vertretern des interventionistischen Diskurses als eine Gefahr.

Während die Existenz von mächtigen Individuen, die unabhängig von der Rolle von Großmächten und dem UN-Sicherheitsrat ihr Amt ausüben, einen illegitimen Fall darstellt, ist die Rolle des Peacekeepers für den interventionistischen Diskurs zentral und erscheint in einem positiven Licht. Die Darstellung des Soldaten in humanitären Interventionen war besonders innerhalb der diskursiven Arena der US-amerikanischen Medien verbreitet und verlieh dem interventionistischen Diskurs in den Augen des US-amerikanischen Medienpublikums vermutlich eine zusätzliche Anziehungskraft. Auf den ersten Blick mag es als ungeschickt erscheinen, die potentielle Auswirkung des IStGH auf individuelle Soldaten zu fokussieren, um die Legitimität des Gerichtshofs zu untergraben. Allerdings trifft wohl genau diese Darstellung den Nerv eines gewissen Heroismus innerhalb der US-amerikanischen zivil-militärischen Beziehungen und der Alltagskultur (vgl. Marvin und Ingle 1998). Ein Kommentator der *Salt Lake City Tribune* zeichnet ein besonders lebendiges Bild: ‚No doubt, the vision of some American peacekeeper, handcuffed and miserable, being tried and convicted by a judge from Iran or China or some other country with a questionable human-rights record, is appalling.’²⁴ In einem ähnlichen Sinne schreibt die *Tampa Tribune*: ‚With some 200,000 U.S. troops deployed in various hot spots or potential hot spots around the world, the risk that Americans could be prosecuted for mistakes, or that they could be framed by clever adversaries, is real.’²⁵

Es ist auffällig, dass innerhalb des interventionistischen Diskurses Soldaten, die im Rahmen von humanitären Interventionen eingesetzt werden, immer als Bürger eines bestimmten Staates dargestellt werden²⁶, obgleich diese Interpretation keinesfalls

²⁴ Michael Nakoryakov ‚U.S. may dislike world court, but staying outside won’t help’ in: *Salt Lake Tribune* (14.07.2002).

²⁵ ‚Joining the Court would be grave error for U.S.’ in: *Tampa Tribune* (06.07.2002).

²⁶ Das gilt nicht nur für US-amerikanische Beiträge zum interventionistischen Diskurs. Beispielfhaft ist auch folgendes Zitat aus einem Kommentar, der in der deutschen Zeitung Welt am Sonntag veröffentlicht wurde: ‚Die Bundesregierung hätte offenbar nichts dagegen, wenn ein deutscher Leutnant und zehn Mann, die in Bosnien Dienst tun, vor den neuen Internationalen Strafgerichtshof

zwingend ist: ihr Bezugspunkt könnte auch eine kosmopolitische Gemeinschaft von Weltbürgern darstellen oder sie könnten als Akteure aufgefasst werden, die Weisungen der supra-staatlichen Ebene – etwa UN-Sicherheitsrats-Resolutionen – Geltung verschaffen. Allerdings unterstreicht die Darstellung von Soldaten im Rahmen von humanitären Interventionen als Bürger von bestimmten Staaten vor allem im Hinblick auf US-amerikanische Beiträge zum interventionistischen Diskurs einmal mehr die Rolle von Großmächten bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung, selbst wenn es für diese Operationen ein Mandat des UN-Sicherheitsrates gibt. Darüber hinaus entspricht sie im Fall der USA auch dem Umstand, dass in der jüngsten Vergangenheit US-Streitkräfte nicht mehr im Rahmen von UN-Truppen im engeren Sinne eingesetzt wurden und die USA immer ein hohes Maß an operationalen Entscheidungsvollmachten bei humanitären Einsätzen für sich beanspruchte.²⁷ Während diese operationale Struktur hinsichtlich der militärischen Durchführung von Interventionen aus interventionistischer Sicht von Vorteil ist, schützt sie jedoch nicht vor der Gefahr, dass die eingesetzten Soldaten für etwaige Verstöße gegen das Völkerstrafrecht verfolgt werden könnten. In dieser Hinsicht gilt aus interventionistischer Perspektive nach wie vor, das US-Soldaten dieser Gefahr in besonderer Weise ausgesetzt ist, da die USA der Staat sind, der die bei weitem höchste Zahl von Soldaten im Ausland einsetzt.

Die Kategorie der ‚unschuldigen Zivilisten‘²⁸, die Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zum Opfer fallen, konstituieren die dritte innerhalb des interventionistischen Diskurses relevante Kategorie von Individuen – und bilden das Gegenstück zu den in humanitären Missionen eingesetzten Soldaten. Das Leiden der Zivilisten und seine Übermittlung durch die Medien spielt innerhalb des interventionistischen Diskurses eine wichtige Rolle, da dieser im Unterschied zum Legalismus politische und militärische Mittel zum Zweck des Schutzes und der Durchsetzung von Menschenrechten rechtlichen Mitteln vorzieht. Die ultimative Maßnahme der humanitären Intervention ist allerdings kostspielig und bedarf einer

gebracht würden.’ Herbert Kremp „Sonderrecht für die USA? Im Streit um den Internationalen Strafgerichtshof will Washington aus gutem Grund nicht einlenken’ in: *Welt am Sonntag* (07.07.2002).

²⁷ Thomas Weiss zufolge entwickelte sich die US-amerikanische Präferenz für ein hohes Maß an operationaler Kontrolle über militärische Einsätze vor allem in Folge der Intervention in Somalia (1993), hinsichtlich derer im Rückblick vor allem eine schlecht organisierte Leitung der Mission durch die UN für das Scheitern des Einsatzes verantwortlich gemacht wurde (1997).

²⁸ David J. Scheffer, Sixth Committee of the General Assembly (04.11.1998); U.N. Doc. A/C.6/53/SR.9, S. 8.

überzeugenden Begründung. Einerseits muss sie die Restriktion im Hinblick auf den Einsatz militärischer Gewalt, die die UN Charta festlegt, überwinden, andererseits muss aber auch die Unterstützung der eigenen Bevölkerung und von potentiellen Alliierten für eine militärische Intervention gewonnen werden. Die medial verbreiteten Bilder ziviler Opfer spielen dabei eine wichtige Rolle.²⁹ Daher betont der interventionistische Diskurs im Gegensatz zum Legalismus die Rolle des Opfers und nicht die des Täters: die grundlegende Argumentationsfigur des Interventionismus fokussiert auf den Schutz des Opfers, nicht auf die strafrechtliche Verfolgung des Täters.

Anders als der Soldat in humanitären Interventionen werden Opfer aber nicht als Bürger bestimmter Staaten dargestellt. Dies hängt damit zusammen, dass dem interventionistischen Diskurs zufolge Staaten ihre Souveränität verlieren, sofern sie nicht die Grundrechte ihrer Bürger wahren und schützen (siehe nächster Abschnitt). Mit dem Verlust der Souveränität geht aber aus interventionistischer Perspektive auch einher, dass die Bürger des entsprechenden Staates ihre primordiale Beziehung zu diesem Staat verlieren. Folglich steht in diesen Fällen die internationale Gesellschaft der Staaten in der Pflicht, die Funktion des Schutzes dieser Individuen zu übernehmen und rechtsstaatliche Strukturen wieder aufzubauen. Das bedeutet, dass in den Fällen, in denen sich die primordiale Beziehung zwischen einem Staat und seinen Bürgern aufgrund der Verletzung der Menschenrechte durch diesen Staat und den dadurch hervorgerufenen Souveränitätsverlust dieses Staates auflöst, eine direkte Beziehung zwischen den betroffenen Individuen und der internationalen Gesellschaft entsteht. Die supra-staatliche Ebene mag dabei auch eine Rolle spielen, da sich der Sicherheitsrat fast immer mit solchen Situationen befasst, der direkte Schutz dieser Individuen fällt jedoch den intervenierenden Staaten, vor allem den Großmächten zu. Auf jeden Fall werden humanitäre Interventionen im Rahmen des interventionistischen Diskurses nicht in den Kontext einer Kosmopolitisierung der internationalen Beziehungen gestellt, da der Referenzpunkt für die Kategorie der Individuen als Opfer in erster Linie die staatliche Ebene und darüber hinaus eventuell auch die supra-staatliche Ebene ist, aber nicht eine angenommene Gesellschaft von Weltbürgern. Obwohl humanitäre Interventionen und die mit ihnen verbundenen Diskurse oft als der zentrale Ausweis einer vermeintlichen Erosion von staatlicher Souveränität betrachtet werden, ist die Beobachtung nur in sehr eingeschränkter Weise zutreffend. Natürlich setzen Interventionen die Souveränität der

²⁹ Bezüglich des Bildes des Opfers und der Rolle der Medien im Rahmen des Humanitarismus, siehe ausführlich Boltanski (1999).

betroffenen Staaten zeitweilig weitgehend außer Kraft, dabei unterminieren sie aber nicht generell die Geltung des Souveränitätsprinzips: solange Interventionen von staatlichen Akteuren getragen werden, tragen sie ebenfalls zur Reproduktion der internationalen Ordnung souveräner Staaten bei, obgleich in einer asymmetrischen Strukturform, wie im nächsten Abschnitt gezeigt werden wird.

4.3 Konditionale Souveränität und die Durchsetzung von Menschenrechten

4.3.1 Die Konditionalität der staatlichen Souveränität

Das Kernelement des interventionistischen Souveränitätskonzepts besteht in dessen Konditionalität. Der Gedanke, dass Souveränität kein a priori gültiges und unveränderbares Attribut von bestehenden Staaten darstellt, sondern von der Fähigkeit und dem Willen von Staaten abhängt, innerhalb ihrer eigenen Grenzen wesentliche Funktionen von Staatlichkeit auszuüben und rechtliche Standards einzuhalten, zielt auf die Anerkennungsdimension der Souveränität ab. Das Konzept der konditionalen Souveränität entstand nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa. Es war als eine verbindliche Strategie im Umgang mit politischen Einheiten gedacht, die aus dem Zerfall der früheren Sowjetunion und Jugoslawiens hervorgingen und nach Staatlichkeit strebten.³⁰ Vor diesem Hintergrund überrascht es wenig, dass das Konzept der konditionalen Souveränität in der diskursiven Arena von Völkerrechtsexperten entstand:

‚Conditional sovereignty may be applied to the accumulation of increased sovereign authority by the substate entity, or it may be applied as a set of standards to be achieved prior to the determination of the substate entity’s final status. These benchmarks vary depending on the characteristics of the conflict and generally include conditions, such as protecting human and minority rights, halting terrorism, developing democratic institutions, instituting the rule of law, and promoting regional stability.’ (Williams and Pecci 2004: 10)

³⁰ ‚The element of conditional sovereignty originated in the European approach of earned recognition of the successor states of the former Soviet Union and the former Yugoslavia. In response to calls for international recognition by the republics of the Soviet Union and Yugoslavia, on December 16, 1991, the European Community Council of Foreign Ministers developed a policy of earned recognition. Under this approach, states seeking recognition by the European Community were required to meet a set of detailed criteria.’ (Williams and Pecci 2004: 21)

Allerdings wurde das Konzept der konditionalen Souveränität kurz nach seiner Entwicklung in Europa von US-amerikanischen Diplomaten und Völkerrechtlern aufgegriffen und modifiziert. Während das europäische Konzept der konditionalen Souveränität zur Anwendung auf politische Einheiten gedacht war, die noch keine Staaten waren, sondern nur Staatlichkeit anstrebten, und die Voraussetzungen für die Anerkennung von Staatlichkeit klar ausbuchstabierte, wurden im Rahmen des interventionistischen Diskurses diese beiden Einschränkungen fallengelassen. Aus der interventionistischen Perspektive gilt das Konzept der konditionalen Souveränität auch für bereits bestehende und als solche anerkannte Staaten. Darüber hinaus werden die Konditionen, die ein Staat erfüllen muss, um seine Souveränität zu bewahren, weit weniger deutlich spezifiziert. Im Hinblick auf Situationen, in denen die Souveränität eines Staates aberkannt werden könnte, wird eher vage auf einen Mangel an Regierungsfähigkeit, das Vorkommen von ernsten Menschenrechtverletzungen auf dem Territorium eines Staates und auf Umstände hingewiesen, die eine generelle Gefahr für die internationale Sicherheit und den Frieden darstellen. Das folgende Zitat von einem führenden Mitarbeiter des Planungsstabes im US-amerikanischen State Department kann als exemplarisch für die interventionistische Reinterpretation des Konzepts der konditionalen Souveränität gelten:

„One challenge to sovereignty arises when states have too little of it. Around the world, many governments lack the legitimacy and capacity to translate their nominal sovereignty into effective governance.

[...]

In all of the situations I have just outlined – stopping genocide, fighting terrorism, and preventing the spread of weapons of mass destruction – the principle remains the same: With rights come obligations. *Sovereignty is not absolute. It is conditional.* When states violate minimum standards by committing, permitting, or threatening intolerable acts against their own people or other nations, *then some of the privileges of sovereignty are forfeited.*’³¹

Wie aus diesem Zitat ersichtlich wird, neigen Interventionisten dazu, schwere Verstöße gegen die Menschenrechte als Gefahr für die internationale Sicherheit zu interpretieren

³¹ Richard N. Haass „Sovereignty: Existing Rights, Evolving Responsibilities.’ Remarks to the School of Foreign Service and the Mortara Center for International Studies, Georgetown University, Washington, DC (14.01.2003) – Hervorh. S. Sch.

und sie in einen ähnlichen Kontext zu stellen wie etwa Terrorismus oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Der interventionistische Diskurs betrachtet also die Urheber von schweren Verstößen gegen die Menschenrechte aus einer ‚Securitisation‘-Perspektive.³² Der wesentliche Grund für die Anwendung einer solchen Securitisation-Perspektive liegt vermutlich in der Geschichte der humanitären Intervention selbst. Gemäß der UN-Charta und den in ihr enthaltenen Einschränkungen hinsichtlich des Einsatzes militärischer Gewalt verlangen humanitäre Interventionen die Verabschiedung einer Resolution unter Kapitel VII der UN-Charta durch den UN-Sicherheitsrat. Kapitel VII der UN-Charta besagt, dass der Einsatz militärischer Gewalt nur in drei Situationen zulässig ist, von denen eine das Ziel der Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung des internationalen Friedens und der Sicherheit ist.³³ Daher war das Instrument der humanitären Intervention traditionellerweise an die Existenz von Sicherheitsbedrohungen gebunden und der UN-Sicherheitsrat hat diese Auffassung wiederholt bekräftigt.³⁴ Aber sogar bei Interventionen, die ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrats stattfanden, haben die involvierten Staaten betont, dass die Prinzipien der UN-Charta den Zweck der Mission bestimmten. Der damalige US-Präsident Bill Clinton hob beispielsweise hervor, dass die Nato-Intervention im Kosovo ‚helped vindicate the principles and purposes of the U.N. Charter‘ (Clinton zitiert in Cassese 1999: 793). Ein noch prominenteres und umstrittenes Beispiel dafür, wie sicherheitsbezogene und humanitäre Argumente sich im Rahmen der öffentlichen Rechtfertigung von Militäreinsätzen überschneiden und überlappen können ist die US-geführte Intervention im Irak, die Jahr 2003 begann.

³² ‚Securitisation‘ bezieht sich auf die Darstellung von bestimmten Akteuren oder Situationen als einer Gefahr für die eigene politische Gemeinschaft (Wæver 1995: 54ff.), wobei ‚die eigene politische Gemeinschaft‘ auch in der internationalen Staatengesellschaft als solcher bestehen kann, wie dieses Beispiel zeigt.

³³ Charta der Vereinten Nationen, Kapitel VII, Art. 39. Die beiden anderen Möglichkeiten der Rechtfertigung des Einsatzes militärischer Gewalt betreffen das Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung (Art. 51 UN-Charta) und der gewaltsamen Verteidigung von Staatsbürgern im Ausland (auch Art. 51 oder nach Völkergewohnheitsrecht unabhängig von der UN-Charta). Vgl. Cassese (2005: 346f., 365ff.) und Brownlie (2003: 697ff.).

³⁴ Vgl. die Resolutionen 836 und 844 (1993) im Fall Bosnien-Herzegowina, Resolution 794 (1992) bezüglich Somalia, Resolution 929 (1994) hinsichtlich Ruanda und Resolution 940 (1994) bezüglich Haiti. Neuere Beispiele sind Resolutionen 1264 (1999, Ost-Timor), 1497 und 1509 (2003, Liberia).

Angesichts der Tatsache, dass es dem UN-Sicherheitsrat an eigenen Kräften zur Implementierung seiner Resolutionen mangelt und er deswegen auf Staaten angewiesen ist, die von ihm mandatierte Missionen ausführen – oder in manchen Fällen sogar Interventionen aufgrund eines faktischen oder potentiellen Vetos im Sicherheitsrat ohne ein UN-Mandat durchgeführt werden, besteht die wirklich schwierige Aufgabe für Interventionisten darin, die Notwendigkeit des Schutzes von Bürgern fremder Staaten mit dem nationalen Interesse der Staaten zu vereinbaren, die sich an humanitären Interventionen beteiligen könnten.³⁵ Vertretern des interventionistischen Diskurses zufolge implizieren Fälle, in denen ein Staat aufgrund von Menschenrechtsverletzungen seine Souveränität einbüßt, dass ‚the responsibility to protect may devolve to the international community‘.³⁶ Da es allerdings am Ende einigen *bestimmten* Staaten obliegt, diesen Schutz zu gewährleisten, sind humanitäre Interventionen dann am wahrscheinlichsten, wenn das Interesse der internationalen Gesellschaft und das Interesse von interventionsfähigen Staaten sich überschneiden. Das bedeutet, dass die Entscheidung zur Intervention notwendigerweise selektiv ist. In den Worten eines anderen Mitarbeiters des Planungsstabes im State Department:

‚The tough question, of course, is deciding when to intervene. We are unlikely to come up with an ironclad, consistent rule to govern armed „humanitarian intervention“. Our policy will inevitably remain *selective*, because our level of attention to different countries will vary, and because *the United States must balance its interest in preventing suffering with its pursuit of other important goals and commitments*. We cannot intervene everywhere.‘³⁷

Deshalb stehen die Vertreter des interventionistischen Diskurses der Kodifizierung von verbindlichen Regeln zur Kontrolle und Steuerung der Anwendung humanitärer Interventionen eher feindlich gegenüber.³⁸ Obwohl Interventionisten immer betonen,

³⁵ Wie schon erwähnt ist die Medienberichterstattung hinsichtlich der leidenden Zivilbevölkerung dabei von zentraler Bedeutung. Allerdings reicht sie allein nicht aus, wie aus den Beispielen von Ruanda im Jahre 1994 und Sudan 2003 ersichtlich wird.

³⁶ Stewart Patrick ‚The Role of the U.S. Government in Humanitarian Intervention.‘ Remarks to the 43rd Annual International Affairs Symposium ‚The Suffering of Strangers: Global Humanitarian Intervention in a Turbulent World‘, Lewis and Clarke College, Portland, Oregon (05.04.2004).

³⁷ Ebd. – Hervorh. S. Sch.

³⁸ Der Vorschlag zur Kodifizierung solcher Regeln findet sich etwa im Bericht des vom UN-Generalsekretär Annan eingesetzten High-Level Panel on Threats, Challenges and Change ‚A more

dass humanitäre Interventionen nur der Durchsetzung etablierter völkerrechtlicher Bestimmungen dienen, kommt ihnen eine gewisse Vagheit und die daraus resultierende Notwendigkeit, diese Bestimmungen zu interpretieren, sehr gelegen, denn sie geben ausreichend Raum für genuin politische Entscheidungen, wobei einmal mehr der Primat der Politik vor dem Recht bekräftigt wird.

4.3.2 Asymmetrie

Die Tatsache, dass Vertreter des interventionistischen Diskurses die internationale Ordnung als von einer asymmetrischen Struktur gekennzeichnet begreifen, verhält sich komplementär zum Konzept der konditionalen Souveränität. Beide Aspekte konstituieren sich gegenseitig: einerseits gibt der Umstand, dass einige Staaten so schwach oder so ‚unzivilisiert‘ sind, dass sie nicht dazu in der Lage sind, ihr eigenes Territorium zu verwalten und ihre eigene Bevölkerung zu schützen, Anlass zur Institutionalisierung der Doktrin von der konditionalen Souveränität. Andererseits, sofern Souveränität tatsächlich konditional ist, muss es Akteure geben, die dazu berechtigt sind zu entscheiden, wann ein Staat die nötigen Anforderungen zur Anerkennung seiner Souveränität erfüllt. Formal wird diese Berechtigung innerhalb des interventionistischen Diskurses dem UN-Sicherheitsrat zugeschrieben, allerdings erstens der Sicherheitsrat das Organ der supra-staatlichen Ebene, das am klarsten die Machtasymmetrien der staatlichen Ebene widerspiegelt. Zweitens zieht eine Aberkennung der Souveränität eines Staates eine Intervention nach sich, die von Staaten ausgeführt werden muss, so dass in jedem Falle Großmächten eine zentrale Rolle bei der Entscheidung über die Souveränität von Staaten zukommt.

Trotzdem neigen die Anhänger des interventionistischen Diskurses dazu zu betonen, dass die asymmetrische Struktur der internationalen Ordnung nicht von Großmächten installiert wurde, die damit willentlich die Souveränität schwächerer Staaten einschränken. Vielmehr argumentieren sie, dass gerade die Schwäche bestimmter Staaten und die Sicherheitsgefährdung, die diese mit sich bringt, die Großmächte dazu zwingt, eine bestimmte internationale Rolle wahrzunehmen. Ein Beobachter der Rom-

secure world: Our shared responsibility’, Part 3, aus dem Jahr 2004; <http://www.un.org/secureworld/report2.pdf>. Angesichts der Bedenken gegen eine solche Festlegung seitens der Vertreter des interventionistischen Diskurses ist fraglich, ob diese Vorschläge je durchgesetzt werden.

Konferenz überliefert folgende Bemerkung aus dem Munde David Scheffers, die dieser in einer informellen Unterredung gemacht haben soll:

„The U.S. is not Andorra! [...] the challenges of the post-Cold War world are so complex that, in some instances, the requirements of those few countries that are still in a position to actually do something by way of accomplishing various humane objectives simply have got to be accommodated. *And you can't approach this on the model of the equality of all states. You have to think in terms of the inequality of some states.*”³⁹

Demzufolge ist die interventionistische Forderung nach einer Ausnahmeregelung für Großmächte von der Strafverfolgung durch den IStGH nicht auf der Annahme basiert, dass Großmächte einfach *über dem Gesetz stehen*. Ganz im Gegenteil – dem interventionistischen Diskurs zufolge ist eine Immunitätsregelung für die Bürger von mächtigen Staaten – vor allem für die Soldaten deshalb vonnöten, weil *sie das Völkerrecht durchsetzen*. In diesem Sinne schrieb Robert Kagan im Jahre 2002 in der *Washington Post*:

„Americans are hardly hostile to international law – the United Nations was their idea. But the United States has a special problem, one that its European allies ought especially to appreciate. As the world's most powerful democratic power, *the United States is called upon – yes, called upon far more frequently than any other nation to dispatch its troops overseas for any number of purposes.* [...] Unlike even the strongest European powers, which have trouble projecting military power anywhere at any time, which means the United States is always going to have far more soldiers vulnerable to some misguided ICC prosecutor than any other nation.”⁴⁰

Eine US-amerikanische Völkerrechtlerin schließt sich dieser Sichtweise an und stellt dabei die herausgehobene Rolle der USA in den internationalen Beziehungen in den Vordergrund:

„The role of the United States in balance of power structures in Asia and Europe, and in support of transcontinental peacekeeping and peace enforcement

³⁹ David J. Scheffer, quoted in Weschler (2000: 102) – Hervorh. S. Sch.

⁴⁰ Robert Kagan „Europeans courting international disaster“ in: *Washington Post* (30.06.2002).

operations, together with the deployment of 200,000 American troops abroad, may leave the United States in a *unique position* in regard to the Court.’ (Wedgwood 1999: 102 – Hervorh. S. Sch.)

Die herausragende Rolle der USA bringt allerdings auch einen hohen Grad an Verletzlichkeit mit sich, wie ein Medienkommentator erklärt: ‚The United States is a special case because, as the world superpower, we are also a special target.’⁴¹ Dem interventionistischen Diskurs zufolge zieht die USA durch ihre einzigartige Machtposition die Missgunst schwächerer Akteure auf sich. Dieser Gedanke kommt in einem Artikel von David Scheffer zum Ausdruck, der im *American Journal of International Law* erschien:

‚[...] the United States has special responsibilities and *special exposure to political controversy over our actions*. This factor cannot be taken lightly when issues of international peace and security are at stake. We are called upon to act, sometimes at great risk, far more than any other nation. This is a reality in the international system.’ (Scheffer 1999: 12 – Hervorh. S. Sch.)

Aufgrund dieser Wahrnehmung geht ein großer Teil der interventionistisch orientierten Medienkommentatoren davon aus, dass der IStGH unvermeidlich von Feinden und Neidern der USA als ein Forum zur Anfechtung der US-amerikanischen Vormachtstellung missbraucht werden wird: ‚Americans who have put their lives on the line to defend freedom risk prosecution if the ICC is prepared to transform *political criticism of America’s world role* into a criminal indictment.’⁴² In einigen Kommentaren wird die vermeintliche Missgunst bezüglich der USA als Anti-Amerikanismus dargestellt: ‚America in its unchallenged pre-eminence has responsibilities unlike any other nation now, or ever. And *anti-Americanism* permeates many foreign elites, who will shape the court’s docket.’⁴³ Die Annahme des Anti-Amerikanismus ist nicht auf die US-amerikanische Presse beschränkt, vielmehr findet sie sich auch in europäischen Kommentaren: ‚Wer die Wirklichkeit des *Antiamerikanismus* und der marodierenden Anwaltskollektive dieser Welt kennt und für eine Denk-Minute von Romantik absieht,

⁴¹ ‚International Criminal Court. Bush tries shock therapy on U.N.’ in: *The Herald Sun* (02.07.2002).

⁴² Stephen J. Hadley ‚Tribunal is threat to USA’ in: *USA Today* (15.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

⁴³ George F. Will ‚U.S. isn’t wary enough of new world court’ in: *Seattle Post-Intelligencer* (14.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

der erkennt, wie viele Leute auf die Gelegenheit warten, den Amerikanern Fesseln anzulegen.’⁴⁴

Kurzum, da Interventionisten die Machtpolitik gegenüber dem Völkerrecht privilegieren, kommen sie zu dem Schluss, dass die sich auf der machtpolitischen Ebene manifestierende Asymmetrie nicht durch das Völkerrecht und seine Organe modifiziert oder kompensiert werden können. Folgt man dem interventionistischen Diskurs, ist nicht nur jeder dahingehende Versuch zum Scheitern verurteilt, sondern er birgt auch die Gefahr einer Destabilisierung der internationalen Ordnung, da er die für ihre Aufrechterhaltung zentrale Rolle der Großmächte einschränkt und behindert.

4.3.3 Menschenrechte – welcher supra-staatliche Akteur kann sie durchsetzen?

Eine zentrale Annahme des interventionistischen Diskurses besteht darin, dass die Durchsetzung der Menschenrechte auf der supra-staatlichen Ebene institutionalisiert sein sollte und dass staatliche Grenzen keinen Schutzwall gegen die strafrechtliche Verfolgung von Verbrechen gegen das Völkerstrafrecht darstellen – Großmächte ausgenommen. Dieser Gedanke lag beispielsweise einem US-amerikanischen Vorschlag auf der Rom-Konferenz zugrunde, der besagt, dass die Definition von Kriegsverbrechen auf staatsinterne Konflikte ausgeweitet werden sollte. Traditionellerweise galt das humanitäre Völkerrecht nicht in Bürgerkriegen. Die Aburteilung von in solchen Konflikten begangenen Verbrechen blieb der nationalen Justiz des betroffenen Staates überlassen (Cassese 2005: 429). Die Inklusion von Bürgerkriegen in die jurisdiktionale Reichweite des IStGH bringt dagegen die Überzeugung zum Ausdruck, dass innerstaatliche Konflikte auch die internationale Gesellschaft berühren. David Scheffer stellt die Aufnahme des entsprechenden Vorschlages als einen Erfolg dar: ‚A major achievement of Article 8 of the treaty is its application to war crimes committed during internal armed conflicts. The United States helped lead the effort to ensure that internal armed conflicts were covered by the Statute.’ (Scheffer 1999: 16).

Während es zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs keinen Konflikt im Hinblick darauf gibt, dass die Durchsetzung von Menschenrechten auf der supra-staatlichen Ebene institutionalisiert sein sollte, sind sich Vertreter beider Diskurse uneinig bezüglich der Frage, welche supra-staatlichen Akteure für diese Aufgabe in

⁴⁴ Herbert Kremp, ‚Sonderrecht für die USA? Im Streit um den Internationalen Strafgerichtshof will Washington aus gutem Grund nicht einlenken’ in: *Welt am Sonntag* (07.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

Frage kommen. Legalisten betrachten völkerrechtliche Organe wie den IStGH am besten für diese Aufgabe geeignet. Interventionisten dagegen argumentieren, dass Menschenrechte am besten durch politische oder militärische Aktionen, ausgeführt durch Großmächte, implementiert werden können, und dass rechtliche Organe dabei nur eine untergeordnete Rolle spielen. Darüber hinaus gehen die Vertreter des interventionistischen Diskurses davon aus, dass die Durchsetzung von Menschenrechten durch rechtliche Organe dann behindert wird, wenn diese nicht die besondere politische Rolle von Großmächten widerspiegeln. Werden Großmächten keine Ausnahmeregelungen bei der Verfolgung von Verbrechen gegen das Völkerstrafrecht eingeräumt, führe diese zu einer schwindenden Bereitschaft zur humanitären Intervention gerade seitens der Großmächte, die dazu in der Lage wären, die erforderlichen militärischen Kapazitäten aufzubringen.

In diesem Kontext stellte in erster Linie das Verbrechen des Angriffskrieges einen zentralen Angriffspunkt der interventionistischen Kritik dar, welches in das Rom-Statut aufgenommen, aber noch nicht definiert wurde. Neben der Liste der Kernverbrechen, deren Aburteilung dem IStGH zufällt, kritisierten die Vertreter des interventionistischen Diskurses jedoch auch die prozeduralen Bestimmungen des Rom-Statuts und insbesondere die Festlegung der Mechanismen zur Aufnahme von Ermittlungen. David Scheffer zufolge könnten jedoch all diese Bedenken aus dem Weg geräumt werden, wenn Großmächte von der Rechtsprechung durch den IStGH ausgenommen würden. Wenn die Assembly of State Parties des IStGH keine Lösung für diese Problem fände, so Scheffer weiter, so würden die negativen Auswirkungen der Errichtung des IStGH auf die Möglichkeit zur Durchführung humanitärer Interventionen die Legitimität des Gerichtshofs ernsthaft beschädigen:

„Moreover, a negative result at the next session could have a major impact on the ability of non-party States to participate in certain types of military contingencies, including those with critical humanitarian implications. Overall support for the court would be diminished, and the legitimacy of certain of its actions would be questioned by the very non-party States that otherwise would find good reason to support it.”⁴⁵

⁴⁵ David J. Scheffer, Meeting of the Sixth Committee of the UN General Assembly (12.12.2000), U.N. Doc. A/C.6/55/SR.9, S. 5.

Kurzum, Anhänger des Interventionismus sind der Idee, Urheber von Verbrechen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, nicht generell feindlich gesinnt. Allerdings fordern sie erstens, dass Strafprozesse politischen und militärischen Aktionen untergeordnet sein sollten, und zweitens, dass die institutionelle Ausgestaltung des IStGH die Machtasymmetrie innerhalb der internationalen Beziehungen widerspiegeln sollte. Aus diesem Grunde hätte aus interventionistischer Perspektive die beste Lösung darin bestanden, den IStGH weitgehend der Weisungsbefugnis des UN-Sicherheitsrats zu unterstellen. Dies kommt beispielsweise in einem Beitrag der US-amerikanischen UN-Botschafterin Anne Patterson zum Ausdruck, die den US-amerikanischen Verzicht auf ein Veto bezüglich der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1593, welche die Situation im Sudan an den IStGH überwies, damit rechtfertigt, dass die betreffende Resolution die zentrale Rolle des Sicherheitsrates bei der Initiierung von Strafverfolgungen durch den IStGH anerkennt:

,The United States is and will continue to be an important contributor to the peacekeeping and related humanitarian efforts in Sudan. The language providing for protection for the United States and other contributing States precedent-setting, as it acknowledges the concerns of States not party to the Rome Statute and recognizes that persons from those States should not be vulnerable to investigation or prosecution by the ICC, absent consent by those States or a referral by the Security Council. [...] The Council's action today plays an important role in that regard. *We expect that the Council will continue to exercise such oversight as investigations and prosecutions pursuant to the referral proceed.*⁴⁶

Ein damit eng verbundener Konfliktpunkt zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs betrifft die Frage nach der Legitimität von Ausnahmeregelungen und Immunitäten, wie sie in den Resolutionen 1422 (2002) und 1487 (2003) des UN-Sicherheitsrats festgeschrieben wurden. Während Legalisten davon ausgehen, dass die Gewährung von Immunitäten von der Strafverfolgung durch den IStGH die Glaubwürdigkeit des Gerichtshofs unterminieren und die Legitimität des internationalen Regimes zum Schutz der Menschenrechte generell in Frage stellen, sehen Vertreter des interventionistischen Diskurses keinerlei Widerspruch zwischen der

⁴⁶ Anne W. Patterson, UN SC meeting ‚Sudan‘ (31.03.2005); U.N. Doc. S/PV.5158, S. 3 – Hervorh. S. Sch.

Legitimität von Institutionen zur Durchsetzung der Menschenrechte auf der einen Seite und der Gewährung von Ausnahmeregelungen für Großmächte auf der anderen. Dem interventionistischen Diskurs zufolge untergraben Immunitäten für Bürger von Großmächten von der Rechtsprechung des IStGH die Gültigkeit der Menschenrechte nicht, sondern bekräftigen sie aufgrund des Primats der Machtpolitik vielmehr. Mächtige Staaten sind potentielle Akteure im Rahmen von humanitären Interventionen, weswegen ihren Bedenken Rechnung getragen werden muss:

„The provisions of this resolution are as relevant and necessary today as resolution 1422 (2002) was a year ago. We all know that United Nations operations are important if the Council is to discharge its primary responsibility for maintaining or restoring international peace and security. We also know that it is not always easy to recruit contributors, and that it often takes courage on the part of political leaders to join military operations established or authorized by the Council. It is important that Member States not add concern about ICC jurisdiction to the difficulty of participating.”⁴⁷

Aus der Sicht der Vertreter des interventionistischen Diskurses stellt das Völkergewohnheitsrecht den wesentlichen Bezugspunkt für die Verhandlungen der Rom-Konferenz dar. Das bedeutet gleichzeitig, dass die internationale Gesellschaft der Staaten und nicht der Einzelstaat den Referenzpunkt für die Menschenrechte bildet. Der rechtliche Begriff der ‚Gewohnheit‘ setzt sich aus zwei Komponenten zusammen: ‚State practice (*usus* or *diuturnitas*) and the corresponding views of States (*opinion juris* or *opinion necessitatis*)‘ (Cassese 2005: 157). Folglich erwächst das Völkergewohnheitsrecht nicht aus einem willentlichen Akt der Gesetzgebung. Ursprünglich war das Völkergewohnheitsrecht eng an den Begriff der ‚stillschweigenden Zustimmung‘ gebunden. Allerdings hat sich in neuerer Zeit die Überzeugung durchgesetzt, es sei

„at the least questionable whether States may object to the formation of a customary rule thereby remaining outside it. The international community is less anarchic and individualistic, and far more integrated than in the past. Consequently, community pressure on individual States, including Great Powers, is such that it proves difficult for a State to avoid being bound by a new general rule.” (ebd.: 155)

⁴⁷ James Cunningham, UN SC meeting ‚United Nations peacekeeping‘ (12.06.2003); U.N. Doc. S/PV.4772, S. 23.

D. h., das Völkergewohnheitsrecht erhält seine Gültigkeit aufgrund einer stillschweigenden Zustimmung einer *Mehrheit* von Staaten, wobei auch hier der besondere Einfluss von Großmächten außer Frage steht. Damit steht der mit ihm verbundene Gültigkeitsanspruch im Gegensatz zum Völkervertragsrecht, das die explizite Zustimmung eines jeden Staates erfordert, der an seine Bestimmungen gebunden sein soll. Somit gibt es zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurse gewisse Parallelen im Hinblick auf den Referenzpunkt der Menschenrechte, insofern beide in dieser Frage die internationale Staatengesellschaft anführen. Allerdings betont der interventionistische Diskurs anders als der Legalismus auch in dieser Frage die Rolle von Großmächten und wählt einen konservativen Zugang zum Völkerrecht, demzufolge der Inhalt des Rechts der willentlichen Ausgestaltung durch staatliche Akteure weitgehend entzogen ist.

Eine letzte Frage im Hinblick auf den interventionistischen Zugang zu den Menschenrechten und dem Völkerrecht betrifft die rechtliche Tradition, mit der er verbunden ist: wenn Interventionisten die Möglichkeit der Strafverfolgung hinsichtlich der Durchsetzung der Menschenrechte als machtpolitischen Durchsetzungsmechanismen untergeordnet betrachten, könnte dies damit zusammenhängen, dass sie Menschenrechte mit einem anderen Feld innerhalb der Tradition des Völkerrechts verknüpfen, nämlich der Theorie des gerechten Krieges und hier insbesondere der spezifischen Betrachtung des *jus ad bellum*. Kurz zusammengefasst enthält die Theorie des gerechten Krieges, die mit Namen wie Vitoria, Suarez, Grotius, Pufendorf und Vattel verknüpft ist, die Idee, dass der Einsatz militärischer Gewalt unter bestimmten Umständen⁴⁸ nicht nur legitim, sondern auch ethisch geboten ist. Vor dem Hintergrund der humanitären Interventionen der 1990er Jahre wurde der Theorie des gerechten Krieges wieder vermehrte Aufmerksamkeit gewidmet und es gab Ansätze, diese aus der Perspektive des gerechten Krieges zu beleuchten (vgl. Walzer 2000: xi, 86ff.). Angesichts der Betonung der humanitären Intervention innerhalb des interventionistischen Diskurses ist also zu fragen, inwieweit dieser Diskurs an die Tradition der Theorie des gerechten Krieges anknüpft.

Eine genauere Betrachtung interventionistischer Argumente zeigt jedoch, dass dieser Diskurs nicht an die Theorie des gerechten Krieges anknüpft. Erstens ist es fraglich,

⁴⁸ Traditionell beinhalten diese Bedingungen einen gerechten Grund (*causa iusta*), die Kriegserklärung durch eine dazu berechnigte Autorität, eine rechtschaffene Intention, die Erschöpfung aller friedlichen Mittel und die Verhältnismäßigkeit von Mitteln und Zweck (vgl. Holmes 1992: 212ff.).

inwieweit es möglich ist zwischen den *jus ad bellum*- und den *jus in bello*-Elementen dieser Theorie klar zu trennen. Das Erfordernis der Verhältnismäßigkeit von Mittel und Zweck, das innerhalb dieser Theorie eine zentrale Anforderung an einen als gerecht zu qualifizierenden Krieg darstellt, weist auf die enge Verflechtung beider Elemente hin und bindet die Rechtmäßigkeit eines militärischen Angriffs an das humanitäre Völkerrecht zurück. Zweitens – und das ist das eigentlich entscheidende Argument – neigt der interventionistische Diskurs deutlich dazu, rechtliche Überlegungen machtpolitischen Aspekten unterzuordnen, anstatt eine rechtliche Tradition gegenüber einer anderen zu privilegieren. David Scheffer zum Beispiel hebt hervor, dass die rechtlichen Bestimmungen des Rom-Statuts unter keinen Umständen politische und militärische Spielräume weiter einschränken sollten, als dies schon durch das Völkergewohnheitsrecht geschieht: ‚U.S. lawyers insisted that definitions of war crimes be drawn from customary international law and *that they respect the requirements of military objectives during combat and of requisite intent.*’ (Scheffer 1999: 16 – Hervorh. S. Sch.). Insgesamt erinnert der Primat, den Vertreter des interventionistischen Diskurses der Machtpolitik beimessen, eher an Carl Schmitts anti-formalistischen und instrumentalistischen Zugang zum Völkerrecht (vgl. Koskeniemi 2002: 429) als an die Theorie des gerechten Krieges.⁴⁹

4.4 Zusammenfassung

Im Rahmen des vorliegenden Kapitels wurde nachgewiesen, dass sich der interventionistische Diskurs im Hinblick auf sein grundlegendes Narrativ, der Konstruktion seiner ontologischen Referenzpunkte und der Konstellation von Souveränität und Menschenrechten deutlich vom Legalismus unterscheidet. Während die Vertreter des legalistischen Diskurses eine Fortentwicklung des Völkerrechts und der Organe zu seiner Durchsetzung als einen wesentlichen Schritt zu einer gerechteren internationalen Ordnung begrüßen, ist die interventionistische Perspektive auf das Völkerrecht eher statisch und *konservativ*. Wie in der vorhergehenden Analyse gezeigt wurde, bestand der Maßstab für die Kodifizierung völkerrechtlicher Bestimmungen im Rahmen des Rom-Statuts dem interventionistischen Diskurs zufolge im

⁴⁹ Hinzu kommt, dass Schmitt selbst die Theorie des gerechten Krieges gering schätzte und argumentierte, dass die Behauptung der ethischen Rechtmäßigkeit des Krieges die Wahrscheinlichkeit seiner Totalisierung erhöhe, weil sie mit einem hohen Maß an missionarischem Eifer und Selbstgerechtigkeit verbunden sei (1997: 112ff).

Völkergewohnheitsrecht. Die wahrgenommene Differenz zwischen letzterem und den letztendlich in das Rom-Statut aufgenommenen Bestimmungen wurde von Vertretern des interventionistischen Diskurses häufig als der zentrale Grund für die Opposition der USA gegen den IStGH angeführt.

Außerdem wurde gezeigt, dass die internationale Ordnung dem interventionistischen Diskurs zufolge in der Hauptsache auf *Machtpolitik* beruht, und nicht auf dem Völkerrecht. Aus dieser Perspektive werden Versuche, die internationale Ordnung durch eine Fortentwicklung des Völkerrechts und seiner Institutionen stärker zu verrechtlichen als gefährlich bewertet, da diese Versuche die etablierten Ordnungsstrukturen unterminieren könnten. Vertreter des interventionistischen Diskurses stellen das Völkerrecht als schwach dar; es gewinnt erst dann an Stärke, wenn es sich mit genuin politische Interessen und Akteure amalgamiert. Das führt einerseits zu der Wahrnehmung des Völkerrechts als einer *Waffe der Schwachen* gegen die Staaten, die in der Befürchtung zum Ausdruck kommt, der IStGH werde als ein Forum für politisch motivierte Anklagen, vor allem gegen US-Bürger, missbraucht werden. Andererseits impliziert diese instrumentalistische Auffassung des Völkerrechts die Forderung, dass auch aus der Sicht der mächtigen Staaten *das Völkerrecht machtpolitischen Überlegungen untergeordnet werden muss*. Anhänger des interventionistischen Diskurses betonen, dass gerade aufgrund der Schwäche des Völkerrechts es in der Hauptsache Großmächte sind, die seine Inhalte und Bestimmungen durchsetzen und damit die internationale Ordnung aufrechterhalten. Ihnen wird die Rolle von *Vigilantes* zugeschrieben. Im Bereich der Menschenrechte tritt aus interventionistischer Perspektive die Bedeutung von Großmächten besonders klar zutage, da Interventionisten das Mittel der humanitären Intervention eindeutig über die internationale Strafverfolgung zum Zweck der Durchsetzung der Menschenrechte stellen. Aus beiden Aspekten – der möglichen Instrumentalisierung des Rechts durch die Schwachen und aus der hervorgehobenen Rolle der Großmächte bei der Durchsetzung des Völkerrechts – leitet der interventionistische Diskurs die Notwendigkeit und Legitimität von *Ausnahmeregelungen und Immunitäten* für die Bürger mächtiger Staaten vor dem IStGH ab.

Im Hinblick auf die zentralen ontologischen Bezugspunkte des interventionistischen Diskurses wurde nachgewiesen, dass in seinem Rahmen eine enge Beziehung zwischen den Großmächten auf der einen Seite und der supra-staatlichen Ebene auf der anderen Seite konstruiert wird. Zwar existiert der interventionistischen Perspektive zufolge eine

internationale Gesellschaft von Staaten, die auf einem Fundament von gemeinsam geteilten Normen und Regeln aufruht. Jedoch kommt Großmächten bei der Implementierung und Reproduktion dieses normativen Fundaments eine hervorgehobene Rolle zu. Diese Rolle sollte sich, so die interventionistische Forderung, auch auf der supra-staatlichen Ebene widerspiegeln. Anders als der legalistische Diskurs privilegieren Interventionisten das kollektive Interesse der internationalen Gesellschaft von Staaten nicht per se über das nationale Interesse des Einzelstaates. Vielmehr fokussieren sie die Bereiche, in denen sich das *kollektive Interesse der internationalen Gesellschaft und das Interesse von Großmächten überlappen*. In diesen Bereichen ist zu erwarten, dass Großmächte ihre Stabilisierungsfunktion für die internationale Ordnung ausüben.

Gemäß dem interventionistischen Diskurs sind solche Überlappungen vor allem dann wahrscheinlich, wenn das ‚Securitisations‘-Paradigma und das Paradigma der Durchsetzung des Völkerrechts aufeinander treffen. Dort koinzidieren das Sicherheitsinteresse der Großmacht oder -mächte mit dem kollektiven Interesse der internationalen Gesellschaft an der Reproduktion ihres normativen Fundaments. Die Doktrin der *konditionalen Souveränität* ist damit eng verbunden. Aus der interventionistischen Perspektive gilt Souveränität nicht als unveränderbares Attribut von Staaten, sondern ist an die Erfüllung bestimmter, allerdings eher vage formulierter Kriterien gebunden. Bei schweren Menschenrechtsverletzungen und/ oder wenn eine Sicherheitsbedrohung von einem Staat ausgeht (beides wird als eng miteinander verknüpft betrachtet), verliert der betreffende Staat seine Souveränität vorübergehend und die Verantwortung für den Schutz seiner Bevölkerung und die Administration seines Territoriums fällt der internationalen Gesellschaft zu.

Die Doktrin der konditionalen Souveränität ist wiederum an die Vorstellung geknüpft, dass die internationale Ordnung stark *asymmetrische Strukturmerkmale* aufweise. Auf der einen Seite existieren schwache Staaten, die ihre Souveränität verlieren, sofern sie gewisse Mindestanforderungen an ihre Staatlichkeit unterschreiten und damit die Normen der internationalen Gesellschaft verletzen. Auf der anderen Seite steht die herausgehobene Rolle von Großmächten bei der Durchsetzung dieser Normen und damit bei der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung. Aus interventionistischer Perspektive sollte die supra-staatliche Ebene die Machtasymmetrien zwischen Staaten reflektieren und in der Hauptsache von Großmächten geprägt sein. In dieser Überzeugung wurzelte die interventionistische Forderung, den IStGH dem UN-

Sicherheitsrat zu unterstellen, der ein eindeutig asymmetrisches Organ der supra-staatlichen Ebene darstellt. Eine solche Anbindung von rechtlichen Organen an politische Organe entspricht dem interventionistischen Gedanken, dass das Völkerrecht der Machtpolitik untergeordnet werden muss, da nur diese Konstellation eine effektive Durchsetzung des Rechts durch Großmächte ermöglicht. Eine solche Lösung, wie auch rechtlich Ausnahmeregelungen für Großmächte untergraben aus interventionistischer Sicht nicht die Menschenrechte, sondern bekräftigen ihre Geltung vielmehr, da sie sie aus dem Bereich der abstrakten rechtlichen Wünschbarkeit herauslösen und in den Bereich der machtpolitischen Durchsetzbarkeit stellen.

5 DER SOUVERÄNISTISCHE DISKURS

Ebenso wie der interventionistische Diskurs steht der Souveränismus dem legalistischen Diskurs entgegen und stellt die Legitimität des IStGH in seiner letztendlichen institutionellen Ausformung in Frage. Während allerdings das zentrale interventionistische Argument gegen den IStGH lautet, dass das Rom-Statut die Bestimmungen des etablierten Völkergewohnheitsrechts deutlich überschreitet, argumentieren Souveränisten in der Hauptsache, dass der IStGH in seiner letztendlichen Form die Erfordernis der Zustimmung von Staaten als die zentrale Basis der Gültigkeit und Legitimität ignoriert. Insbesondere kritisieren die Vertreter des souveränistischen Diskurses die im Rom-Statut festgelegte Reichweite der IStGH-Jurisdiktion, weil gemäß dem Rom-Statut Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten des IStGH nicht prinzipiell von der Verfolgung durch den Gerichtshof ausgenommen sind. Souveränisten zufolge legt das Rom-Statut damit illegitimerweise Staaten, die es nicht ratifiziert haben, vertragliche Bindungen und Verpflichtungen auf, was nicht nur gegen die Grundlagen des Völkervertragsrechts verstieße, sondern auch dem grundlegenden Strukturmerkmal internationalen Ordnung, aus ihrer Sicht der Symmetrie zwischen Staaten, zuwiderliefe. Grundsätzlich bevorzugen Souveränisten die Implementierung von Menschenrechten innerhalb von Staaten. Ihnen zufolge garantieren nur der Staat und seine konstitutionellen Strukturen rechtmäßige Verfahren für Angeklagte, während solche Garantien auf der supra-staatlichen Ebene fehlen. Souveränisten schließen die Möglichkeit einer Übertragung von staatlichen Rechtsprechungskompetenzen auf die supra-staatliche Ebene nicht vollkommen aus, allerdings pochen sie dabei auf die Einhaltung von Kriterien, die sicherstellen, dass Staaten nach wie vor eine primäre Rolle innerhalb der internationalen Beziehungen spielen. Sie verlangen, dass die Übertragung solcher Kompetenzen auf die supra-staatliche Ebene nur dort vorgenommen wird, wo eine tatsächliche normative Konvergenz im Hinblick auf die Normen und Regeln stattgefunden hat, die die entsprechende supra-staatliche Organisation durchsetzen soll. Die Einhaltung dieses Kriteriums soll mithilfe des Erfordernisses der expliziten Zustimmung eines jeden betroffenen Staates sichergestellt werden. Darüber hinaus fordern Vertreter des souveränistischen Diskurses auch, dass die rechtlichen Bestimmungen, die die Basis für die Tätigkeit des supra-staatlichen Organs bilden, im Einklang mit den rechtlichen Bestimmungen der staatlichen Ebene stehen, die im Hinblick auf die Legitimität von Rechtsinstitutionen einen aus

souveränistischer Sicht unbestreitbaren Vorrang genießt. So optierten die Anhänger des souveränistischen Diskurses auf der Rom-Konferenz für einen Gerichtshof, dessen Statut weitestgehend von der Zustimmung jedes einzelnen Staates abhängig wäre und der die Entscheidung zur Aufnahme von Ermittlungen dem Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen hätte.

Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die zentralen Elemente des souveränistischen Diskurses:

Tabelle 4 Zentrale Aspekte des souveränistischen Diskurses

Konstruktion der Zeitdimension	Quellen der int. Ordnung	Eigenschaften der int. Ordnung	Fundamentale ontologische Einheiten	Begriff des Interesses bezieht sich auf	Begriff der Souveränität	Menschenrechte beziehen sich auf
Ungleichzeitigkeit	Rechtsstaatlichkeit/ Koexistenz	Symmetrie	Staaten	Einzelstaat	Konstitutionelle Souveränität	Nationalstaat/ Zustimmung jedes einzelnen Staates

Obwohl sich der souveränistische Diskurs inhaltlich vom Interventionismus deutlich unterscheidet, ergänzte er letzteren in dem Sinne, dass US-amerikanische Gegner des IStGH sich auf ihn beriefen, um die Legitimität des IStGH in Frage zu stellen. Sowohl US-amerikanische Diplomaten brachten souveränistische Argumente vor, wie auch US-amerikanische Völkerrechtler und Journalisten.¹ Allerdings war der souveränistische Diskurs nicht vollkommen auf US-amerikanische Stimmen beschränkt, sondern einige französische Diplomaten brachten vor allem zu Beginn der Rom-Konferenz souveränistische Argumente vor. So schlug beispielsweise die französische Delegation vor, dass *sowohl* der Staat, auf dessen Territorium ein Verbrechen stattgefunden hat, *als auch* der Staat, dessen Bürger der oder die Täter bzw. Verdächtigen ist oder sind, der Aufnahme von Ermittlungen durch den IStGH zustimmen müssen, damit eine Klage vor dem Gerichtshof zulässig ist. Die letztendliche Regelung dieser Frage im Rom-Statut ist allerdings weniger restriktiv und stellt einen Kompromiss zwischen der

¹ Auffällig ist, dass US-amerikanische Diplomaten oft innerhalb eines Redebeitrags auf interventionistische und souveränistische Argumenten Bezug nahmen. Auf der innerstaatlichen Ebene ist es jedoch möglich, die Ausrichtung unterschiedlicher Institutionen und Interessengruppen an den unterschiedlichen Diskursen nachzuzeichnen: während der interventionistische Diskurs vor allem unter Mitarbeitern des Pentagon und Sicherheitsexperten verbreitet war, ist der souveränistische eher im US-Senat verankert, wobei der konservative Senator Jesse Helms einen seiner populärsten Anhänger darstellt (vgl. Broomhall 2003: 165f.).

souveränistischen Forderung nach einer engen Anbindung der Ermittlungsentscheidung an die staatliche Zustimmung auf der einen Seite und der entschieden legalistischen Forderung danach, den IStGH auf die Basis des Weltrechtsprinzips² zu stellen, die von der deutschen und der südkoreanischen Delegation unterstützt wurde. Artikel 12 des Rom-Statuts, der schließlich auch die Unterstützung der französischen Delegation bekam, legt fest, dass *entweder* der Staat, auf dessen Territorium der völkerstrafrechtliche Verstoß stattfand, *oder* der Staat, dessen Bürger Täter oder Verdächtige sind, die Rechtsprechung des Gerichtshofs anerkennen müssen, damit Ermittlungen seitens des IStGH zulässig sind.³ Obschon mit diesem Kompromiss französische Diplomaten den souveränistischen Diskurs fallen ließen, gab es auch nach der Rom-Konferenz noch einige souveränistische Stimmen unter französischen Völkerrechtlern und Medienkommentatoren.

Wie schon die vorherigen Kapitel besteht auch dieses aus drei Abschnitten. Im ersten Teil wird das souveränistische Narrativ beleuchtet. Die zentrale Annahme dieses Narrativs besteht darin, dass die Entstehung und die Fortexistenz der politischen Ordnung im Wesentlichen an die Existenz von konstitutionellen Strukturen gebunden sind. Aus souveränistischer Perspektive beruht damit die internationale Ordnung erstens auf nur minimalen normativen Grundlagen und zweitens leitet sie sich weitgehend aus den innerstaatlichen Strukturen ab. Der zweite Abschnitt widmet sich den ontologischen Annahmen, die für den souveränistischen Diskurs kennzeichnend sind. Der zentrale ontologische Bezugspunkt für diesen Diskurs stellt die staatliche Ebene dar, während der supra-staatlichen und der sub-staatlichen Ebene nur sekundäre Bedeutung beigemessen wird. Der Souveränitätsbegriff und das Konzept der Menschenrechte innerhalb des souveränistischen Diskurses werden im dritten Abschnitt erläutert. Auch hier konzentriert sich beides auf den Bezugspunkt des einzelnen Staates, dessen konstitutionelle Strukturen eng mit dem souveränistischen Souveränitätsbegriff verknüpft sind. Darüber hinaus wird der innerstaatliche Bereich auch als die angemessene Ebene für die Implementierung von Menschenrechten interpretiert bzw. die Zustimmung des Einzelstaates als die entscheidende Legitimitätsbasis für supra-staatliche Organe wie den IStGH betrachtet. In einer zusammenfassenden Sektion werden die Ergebnisse des vorliegenden Kapitels festgehalten.

² Zur Definition des Weltrechtsprinzips, siehe Einleitung, S. 20.

³ ‚Anerkennung‘ bedeutet in diesem Kontext entweder die Ratifizierung des Rom-Statuts durch einen der betreffenden Staaten oder die Ad-hoc-Anerkennung der Rechtsprechungskompetenz des IStGH.

5.1 Das Narrativ des Souveränismus: die internationale Ordnung leitet sich aus der innerstaatlichen Ordnung ab

5.1.1 Ungleichzeitige Verrechtlichung

Der souveränistische Diskurs ähnelt dem Interventionismus, insofern Vertreter beider Diskurse davon ausgehen, dass das Völkerrecht nicht – wie Legalisten behaupten – einer Fortschrittslogik unterworfen ist, die zu einer immer stärkeren Verrechtlichung der internationalen Beziehungen führe. Jedoch unterscheiden sich der souveränistische und der interventionistische Diskurs im Hinblick auf die ihnen zugrunde liegende Konstruktion der Zeitdimension. Während Interventionisten davon ausgehen, dass die Bestimmungen des etablierten Völkergewohnheitsrechts den ultimativen Maßstab für die Legitimität der im Rom-Statut kodifizierten Verbrechenstatbestände und prozeduralen Regeln darstellen, messen Vertreter des souveränistischen Diskurses die Erfordernis der expliziten Zustimmung jedes einzelnen Staaten eine zentrale Bedeutung bei. Dies kommt im folgenden Statement des US-amerikanischen Verhandlungsführers auf der Rom-Konferenz, David Scheffer, zu Ausdruck, in dem er auf die Frage nach der Reichweite der IStGH-Jurisdiktion Bezug nimmt:

„[T]he universal jurisdiction proposal for the Court would represent an extraordinary principle, in conflict with certain fundamental principles of international law, and would undermine the Statute generally. The proposal by Germany and the Republic of Korea would have the effect of *applying a treaty to a State without that State's consent* [...]. Even if a State was not a party, the Court would have jurisdiction to judge its official acts and imprison even its head of State. Such a situation could not be justified on the basis of existing law and the United States objected to it in principle.”⁴

Souveränisten zielen also nicht in erster Linie darauf ab, bestimmte Inhalte des bestehenden Völkerrechts zu bewahren, sondern vielmehr auf die Art und Weise, in der völkerrechtliche Bestimmungen entstehen. Grundsätzlich stehen sie auch der Delegation von Rechtsprechungskompetenzen von der staatlichen auf die supra-staatliche Ebene

⁴ David J. Scheffer, DipCon 9th meeting (22.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.9, Vol. II, S. 195 – Hervorh. S. Sch.

skeptisch gegenüber. In dieser Hinsicht ist der folgende Beitrag des Mitglieds der US-amerikanischen Delegation Bill Richardson aufschlussreich:

„To achieve the support of the international community, the court must *complement national jurisdictions* and *encourage national action* wherever possible. For that reason, it would be unwise to grant the Prosecutor the right to initiate investigations. That would overload the Court, causing confusion and controversy, and weaken rather than strengthen it. The Prosecutor should not be turned into a human rights ombudsman responding to complaints from any source. The proposal that the Prosecutor should have powers to initiate proceedings was *premature*.“⁵

In erster Linie betrachten Vertreter des souveränistischen Diskurses alle Vorschläge als unangemessen, die die Rolle von Staaten als den zentralen Akteuren innerhalb der internationalen Beziehungen anfechten. Die wahrgenommene Unangemessenheit solcher Vorschläge wird oft in der zeitlichen Dimension zum Ausdruck gebracht, d.h. die Vorschläge werden als ‚verfrüht‘ oder ‚unreif‘ bezeichnet. Während Interventionisten ebenfalls von einer Lücke ausgehen, die zwischen dem tatsächlichen Stand des Völkerrechts auf der einen Seite und vermeintlich ‚utopischen‘ Vorstellungen der Vertreter des Legalismus auf der anderen Seite ausgehen, ist der souveränistische Diskurs allerdings hinsichtlich der Konstruktion der Zeitdimension weniger eindeutig. Seine Anhänger schwanken im Hinblick auf die Bewertung des Rom-Statuts zwischen dem Urteil ‚verfrüht‘ und der Denunziation des Statuts als ‚rückschrittlich‘. Der zweiten Interpretation liegt die Annahme zugrunde, dass der IStGH geringerwertig sei als innerstaatliche Rechtsinstitutionen, da seine Rechtsprechungskompetenzen in keinerlei konstitutionellen Rahmen eingebettet seien. Folgt man einem souveränistisch orientierten Medienkommentator, dann stellt der IStGH eine *vormoderne* und keine moderne Institution dar:

„Although the ICC is supposed to advance the rule of law around the world, it is potentially – even inherently – inimical to the rule of law. And it is *retrograde* –

⁵ Bill Richardson, DipCon, 5th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/SR.5, Vol. II, S. 95 – Hervorh. S. Sch.

premodern, actually – because it affronts the principle that every institution wielding power over others should be accountable to someone.’⁶

Obgleich die Zeitkonstruktion im Rahmen des souveränistischen Diskurses angesichts solch widersprüchlicher Urteile auf den ersten Blick als inkonsistent erscheinen mag, erweist sie sich als stimmig, wenn man in Betracht zieht, dass das Erfordernis der Zustimmung jedes einzelnen Staates einen zentralen Aspekt dieses Diskurses bildet. Denn dieses Erfordernis impliziert, dass Souveränisten hinsichtlich *des Völkerrechts mit einer Entwicklung rechnen, die von unterschiedlichen Geschwindigkeiten geprägt ist*. Da sie die normative Grundlage der internationalen Ordnung als minimal betrachten, ist offensichtlich, dass ein neuer völkerrechtlicher Vertrag nicht auf Anhieb die Zustimmung aller Staaten weltweit finden wird, sondern wahrscheinlich zunächst von einer Gruppe normativ konvergierender Staaten ratifiziert werden wird. Der entscheidende Punkt aus souveränistischer Perspektive besteht allerdings darin, dass die Entwicklungen und Projekte einer solchen Avantgarde unter keinen Umständen nicht-zustimmenden Staaten aufgezwungen werden dürfen. Den Vertretern des Souveränismus zufolge müssen unterschiedliche Geschwindigkeiten innerhalb völkerrechtlicher Entwicklungen toleriert werden.

5.1.2 Politische Ordnung geht vom Staat und seinen konstitutionellen Strukturen aus

Ähnlich dem legalistischen Diskurs liegt auch dem Souveränismus die Überzeugung zugrunde, dass das Recht eine der wesentlichen Quellen politischer Ordnung darstellt. Im Gegensatz zum Legalismus verstehen Souveränisten Recht allerdings als in erster Linie an innerstaatliche Strukturen gebunden und nicht im Sinne von Völkerrecht. D.h., dass Vertreter des souveränistischen Diskurses der Forderung nach einer Durchsetzung der Menschenrechte und einer Bekämpfung der Straffreiheit für Verstöße gegen diese nicht generell feindlich gegenüberstehen, sondern nur supra-staatliche Organe wie den IStGH für ungeeignet halten.

Souveränisten setzen Ordnung mit ‚Rule of law‘ gleich. Das folgende Statement des US-amerikanischen UN-Botschafters James Cunningham bringt dies klar zum Ausdruck:

⁶ George F. Will, ‚U.S isn’t wary enough of new world court‘ in: *Seattle Post-Intelligencer* (14.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

„The rule of law is indispensable to justice, freedom and economic development. Moreover, *the rule of law is indispensable to international peace and security abroad*. As a nation founded by law, the United States is the unflagging champion of the rule of law. [...] For 200 years that has been our firm conviction and practice. And it will remain our first article of faith.”⁷

Aus der souveränistischen Perspektive ist ‚Rule of Law‘ an bestimmte politische Strukturbedingungen gebunden. Es muss auf einer Verfassung basieren und von demokratischer Repräsentation und institutionalisierter politischer Rechenschaft flankiert werden. Daher ist für Souveränisten das Konzept des ‚Rule of Law‘ notwendigerweise auf Staaten und ihre inneren Strukturen beschränkt, während der internationale Bereich keines dieser Erfordernisse erfüllt. Politische Ordnungsleistungen fallen demzufolge weitgehend der staatlichen Ebene zu, während die internationale Ordnung als minimal konzeptualisiert wird. Dem souveränistischen Diskurs zufolge umfasst letztere zwei Elemente: erstens ruht sie auf einem relativ dünnen Korpus von gemeinsamen Normen und Regeln auf, die sich in der Hauptsache auf die Koexistenz von Staaten beziehen und auf die Nicht-Einmischung in den innerstaatlichen Bereich von Staaten. Daher betrachten Vertreter des Souveränismus sowohl Interventionen von Seiten mächtiger Staaten als auch die Errichtung supra-staatlicher Organe, die ohne die vorherige Zustimmung von Staaten auf deren innenpolitischen Bereich einwirken können, als schädlich im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung. Zweitens gestehen Souveränisten zu, dass Staaten miteinander Verträge schließen können, um zwischenstaatliche Kooperation zu regeln. Der souveränistische Zugang zum Völkerrecht wurzelt also in der Tradition des Positivismus (vgl. Koskeniemi 2002: 18ff.)⁸, insofern das die Gültigkeit des Völkerrechts aus der expliziten Zustimmung der sich freiwillig bindenden Staaten abgeleitet wird und das Völkerrecht demzufolge in der Hauptsache als Völkervertragsrecht verstanden wird. Damit stellt sich die souveränistische Auffassung zugleich der interventionistischen Betonung des Völkergewohnheitsrechts entgegen, wie auch der legalistischen Idee des

⁷ James B. Cunningham, UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (24.09.2003); U.N. Doc. S/PV.4833, S. 21.

⁸ Es sei allerdings erwähnt, dass Koskeniemi sich zugleich gegen eine scharfe Kontrastierung von naturrechtlichen und positivistischen Ansätzen im Völkerrecht wendet (ebd.: 4).

Völkerrechts als eines quasi-universalen Ausdrucks der gemeinsamen Normen der internationalen Gesellschaft von Staaten bzw. der Weltgesellschaft von Individuen.

Im Bezug auf die Frage nach der Verfolgung von Verstößen gegen das Völkerstrafrecht geben die Anhänger des souveränistischen Diskurses der innerstaatlichen Ebene deutlich den Vorrang vor der supra-staatlichen Ebene. In den Worten eines US-amerikanischen Medienkommentators: „American detachment from an international court grants the United States no license for war crimes. *The American political process and judicial system build in their own checks.*”⁹ In diesem Sinne weist ein anderer Beitrag in den US-amerikanischen Printmedien darauf hin, dass die Verfassung der USA die ultimative Grundlage für die Legitimität von Strafverfahren darstellt und zugleich auch den wesentlichen normativen Bezugspunkt für potentielle Täter aus den Reihen der US-Armee bildet:

„Members of U.S. forces may well commit crimes abroad. When they do, however, it is the United States that should investigate any allegations and prosecute the accused according to U.S. laws, with full protection of the Constitution and its Bill of Rights. Anything less would neither be fair nor just to those who have volunteered to defend that same Constitution.”¹⁰

Da der souveränistische Diskurs starke Anleihen bei der positivistischen Rechtstradition macht, überrascht es wenig, dass seine Vertreter das Rom-Statut auch aufgrund einer vermeintlichen Vagheit und eines Mangels an klaren und expliziten Definitionen der Verbrechenstatbestände kritisieren:

„The problem is not just that the ICC is „above the law“, but that *there is not much clear and pertinent law to be above*. The rule of law must involve a body of controlling precedents that give due notice of what behavior is required or proscribed. However, the ICC is both a roving prosecutor and a court. It will prosecute cases of torture, defined as „any act by which severe pain and suffering,

⁹ „A court without the US’ in: *Washington Post* (21.07.1998).

¹⁰ „Bush is right to reject sway of International Criminal Court. If soldiers commit crimes, their government can handle it’ in: *Portland Press Herald* (02.07.2002).

whether physical or mental, is intentionally inflicted“. It will prosecute the crimes of „excessive“ force and environmental harm.’¹¹

Aus souveränistischer Sicht besteht der einzige Beitrag, den ein einzelner Staat zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung leisten kann darin, ein gutes *Beispiel* für andere Staaten abzugeben. Das schließt allerdings die direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten – sei es durch Staaten, sei es durch supra-staatliche Institutionen – aus. In dieser Hinsicht stellen vor allem US-amerikanische Akteure immer wieder die Errungenschaften der USA bezüglich der innerstaatlichen Implementierung genau der rechtlichen Bestimmungen in den Vordergrund, die der IStGH durchsetzen soll. Als beispielhaft kann hier folgendes Statement gelten, das James Cunningham im Rahmen einer UN-Sicherheitsratsdebatte im Jahre 2003 abgab:

„No nation devotes more resources to the training in, and compliance with, the law of armed conflict than the United States. In fact, a Department of Defense directive formally provides that all reportable incidents involving violations of the law of war committed by or against the United States or enemy persons be reported promptly, thoroughly investigated and, when appropriate, remedied by corrective action. The Department of Defense has formal procedures and responsibilities in place to ensure that all such violations of the law of war are prosecuted in appropriate cases. Commanding officers who receive an initial report of a possible war crime are required to request that a formal investigation be conducted. In addition, senior Department of Defense officials are required to provide for disposition of crimes cases under the Uniform Code of Military Justice in appropriate cases. *We hope that other countries will follow our example in that area* by training all their men and women in uniform in the legal obligations and by holding their soldiers accountable for violations of the laws of war.’¹²

Indem er den beispielhaften Charakter einzelner Staaten hervorhebt, der andere Staaten dahingehend beeinflussen könnte, ebenfalls innerhalb ihrer eigenen Grenzen

¹¹ George F. Will, ‚U.S. isn’t wary enough of new world court‘ in: *Seattle Post-Intelligencer* (14.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

¹² James B. Cunningham, UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (24.09.2003); U.N. Doc. S/PV.4833, S. 20-21 – Hervorh. S. Sch.

wirkungsvolle Mechanismen zur Durchsetzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts zu errichten, unterscheidet sich der souveränistische Diskurs eindeutig vom Interventionismus: während letzterer die Intervention als ein Mittel ansieht, das unter bestimmten Bedingungen zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung unerlässlich ist, weisen Vertreter des souveränistischen Diskurses diese Überlegung entschieden zurück und halten dagegen, dass Interventionen eher das Fundament der internationalen Ordnung untergraben.¹³

5.1.3 Verantwortlichkeit im Rahmen von Verfassungsstrukturen

Wie bereits erwähnt stehen Vertreter des souveränistischen Diskurses der Übertragung von Rechtsprechungskompetenzen von der staatlichen auf die supra-staatliche Ebene skeptisch gegenüber. Vor diesem Hintergrund überrascht es also nicht, dass sie das Rom-Statut auch im Hinblick auf die Unabhängigkeit und die Vollmachten kritisieren, die dieses dem Chefankläger des IStGH einräumt. Während die Anhänger des legalistischen Diskurses argumentieren, dass die professionellen Standards, an die sich der Chefankläger gebunden fühlt, einen ausreichenden Schutz gegen den Missbrauch seiner Kompetenzen bietet, spielt Professionalismus innerhalb des souveränistischen Diskurses keine Rolle. Aus souveränistischer Sicht stellt allein die Einbettung rechtlicher Organe und Ämter in konstitutionelle Strukturen einen Schutzmechanismus gegen den Missbrauch amtlicher Kompetenzen dar. Jedoch sind solche konstitutionellen Strukturen auf der supra-staatlichen Ebene nicht verfügbar, so die Anhänger dieses Diskurses.¹⁴ Folglich lautet ihr Hauptvorwurf gegen den IStGH, dass der Chefankläger

¹³ H. W. Brands geht ausführlich auf die Differenz zwischen ‚interventionism‘ und ‚exemplarism‘ ein, die er als zwei gegensätzliche, aber gleichermaßen tief in der Geschichte der US-amerikanischen Außenpolitik verwurzelte Prinzipien interpretiert: ‚On one side have been those who hold that the United States owes the world merely the example of a humane, democratic, and prosperous society. These exemplarists, as they might be called, have argued that perfecting American institutions and practices at home is a full-time job. To try for more, as by meddling in the affairs of other nations, would not only not do much good for the nations meddled in, since societies have to solve their problems themselves, but could jeopardize American values at the source. [...] On the other side of the debate have been those who contend that America must move beyond example and undertake active measures to vindicate the right. In a nasty world, these vindicators say, the sword of wrath must complement the lantern of virtue. Evil goes armed, and so must good.‘ (1998b: vii-viii; vgl. auch 1998a).

¹⁴ Es ist allerdings zu erwähnen, dass innerhalb des letzten Jahrzehnts innerhalb der wissenschaftlichen Literatur die Frage diskutiert wurde, inwiefern demokratische und konstitutionelle Strukturen auf der

keiner Instanz *Rechenschaft* schuldig ist: ‚America’s constitutional democracy includes checks and balances – including elections – that circumscribe the courts’ freedom. But *the ICC floats above accountability* to representative institutions.‘¹⁵

Die Behauptung, dass das institutionelle Design des IStGH grundlegende Fehler enthält, da der Gerichtshof keinerlei ‚checks and balances‘ unterworfen ist, wie dies innerhalb der konstitutionellen Strukturen von Staaten der Fall ist, kommt auch in folgendem Zitat aus einem Artikel zum Ausdruck, der anlässlich des Inkrafttretens des Rom-Statuts in den *Rocky Mountains News* veröffentlicht wurde:

‚If the Bush administration were to propose establishing a court in this land that would be hedged in by none of our checks and balances, walk over the free-speech guarantees of the First Amendment and not allow trial by jury, do you suppose that everyone would be shouting „Glory, glory, hallelujah?“ No, everyone would be aghast, and everyone ought to be similarly aghast at an International Criminal Court that has all those faults and others, to boot.‘¹⁶

Somit stellt die Unabhängigkeit des IStGH und seines Chefanklägers einen zentralen Angriffspunkt sowohl für Interventionisten, als auch für Souveränisten dar. Allerdings ist die Kritik mit unterschiedlichen diskursiven Hintergründen verbunden. So fürchten die Vertreter des interventionistischen Diskurses, dass die Unabhängigkeit des IStGH vor allem für mächtige Staaten und deren Bürger eine Gefahr darstellt. Die Bedenken konzentrieren sich in diesem Fall auf die Möglichkeit, dass der IStGH für politisch motivierte Anklagen instrumentalisiert werden könnte. Vertreter des souveränistischen Diskurses gründen ihre Kritik weniger auf konkrete machtpolitische Bedenken, sondern vielmehr auf prinzipielle Fragen der politischen Legitimität und Verantwortlichkeit. Dementsprechend kleiden sie ihre Ablehnung des IStGH auch nicht in einen machtpolitischen Jargon, sondern interpretieren sie ganz im Gegenteil als Ausweis des großen Engagements der USA für ‚Rule of law‘. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang folgendes Statement des US-amerikanischen UN-Botschafters Eric

supra-staatlichen Ebene etabliert werden können bzw. inwiefern Ansätze zu einer Konstitutionalisierung der internationalen Beziehungen bereits zu beobachten sind. Siehe z. B. Held (1995) und der von Held und Archibugi herausgegebene Band (1995).

¹⁵ George F. Will, ‚U.S isn’t wary enough of new world court‘ in: *Seattle Post-Intelligencer* (14.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

¹⁶ ‚Criminal court or rogue court?‘ in: *Rocky Mountain News* (05.07.2002).

Rosand, das dieser in der Generalversammlung bezüglich eines Resolutionsentwurfs über die Beziehung zwischen der UN und dem IStGH abgab:

„Because of our long-standing concerns about the ICC, some of which articulated today, the United States cannot join the consensus on the draft resolution under consideration. Nonetheless, I want to reiterate the commitment of the United States to accountability for war crimes, genocide, and the crimes against humanity. The United States has a record that is second to none in holding its officials and citizens accountable for such crimes [...]. *Properly understood, therefore, our decision not to support the ICC reflects our commitment to the rule of law, not our opposition to it.*”¹⁷

Aufgrund der Tatsache, dass die interventionistische und die souveränistische Kritik an der Unabhängigkeit des IStGH aus unterschiedlichen diskursiven Grundlagen hervorgehen, sehen Vertreter beider Diskurse auch unterschiedliche institutionelle Lösungen zur Behebung des von ihnen wahrgenommenen Missstandes als geeignet an. Die interventionistische Präferenz bestand in der Anbindung des IStGH an den UN-Sicherheitsrat, wohingegen die Vertreter des Souveränismus eine stärkere Anbindung des IStGH an seine Mitgliedstaaten forderten. Das war die ursprüngliche Position der französischen Delegation auf der Rom-Konferenz: The Court would exercise its jurisdiction in respect of States parties. To enable it to act effectively, the State on whose territory the crimes were committed and the State of nationality of the perpetrators would have to be parties to the Statute.¹⁸ Dahingegen optierte die US-amerikanische Delegation auf der Rom-Konferenz zunächst für die interventionistische Lösung und änderte ihre Präferenz in Richtung souveränistische Lösung erst als klar wurde, dass es für die interventionistische Option keine Mehrheit auf der Konferenz geben würde (Weschler 2000: 99). Wenigstens im Hinblick auf die Frage nach der Unabhängigkeit des IStGH und seines Chefanklägers war somit klar, dass der Einfluss interventionistischen Diskurses innerhalb der US-amerikanischen Delegation größer war als der Souveränismus.

¹⁷ Eric Rosand, UN GA meeting (13.09.2004); U.N. Doc. A/58/PV.95, S. 6 – Hervorh. S. Sch.

¹⁸ Hubert Védrine, DipCon 6th plenary meeting (17.06.1998); U.N. Doc. A.CONF.183/SR.6, Vol. II, S. 101.

5.2 Die ontologischen Bezugspunkte des souveränistischen Diskurses: der Primat der Staaten

Der souveränistische Diskurs privilegiert Staaten als die wichtigsten Einheiten innerhalb der internationalen Beziehungen vor supra-staatlichen Organen und Individuen. Dem Souveränismus zufolge sind sowohl die supra-staatliche als auch die sub-staatliche Ebene sekundär und ihre Relevanz leitet sich in direkter Weise von der staatlichen Ebene ab. Wie bereits erläutert, beruht die privilegierte Position von Staaten innerhalb des souveränistischen Diskurses auf der Annahme, dass Staaten und die sich innerhalb ihrer Grenzen befindenden Institutionen die wichtigsten Quellen politischer Ordnung darstellen, wohingegen die Ordnungsleistungen der supra-staatlichen Ebene nur minimaler Natur sind. In dieser Hinsicht unterscheidet sich der souveränistische Diskurs eindeutig vom Interventionismus, dem zufolge vor allem Großmächte wesentlich zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung beitragen.

Der grundlegenden Vorwurf an den IStGH seitens der Vertreter des souveränistischen Diskurses lautet, dass die Errichtung des Gerichtshofs sowohl die supra-staatliche Ebene als auch die sub-staatliche Ebene mit inadäquaten Kompetenzen ausstatte und damit die primäre Stellung von Staaten innerhalb der internationalen Beziehungen in Frage stelle. Hinsichtlich der sub-staatlichen Ebene kritisieren Vertreter des souveränistischen Diskurses vor allem, dass sub-staatliche Entitäten wie NGOs einen zu großen Einfluss auf die Etablierung des IStGH hatten. Darüber hinaus besteht ein charakteristisches Element des souveränistischen Diskurses auch in der Betonung der Wichtigkeit von strafrechtlichen Immunitäten von staatlichen Repräsentanten. Gemäß dem IStGH-Statut gelten im Rahmen von Verfahren vor dem Gerichtshof solche Immunitäten nicht. Dadurch, so argumentieren die Anhänger des souveränistischen Diskurses, schafft das IStGH-Statut eine unmittelbare Beziehung zwischen der individuellen Ebene auf der einen Seite und der supra-staatlichen Ebene auf der anderen, die unangemessen ist, da sie die staatliche Ebene einfach übergeht. Im Bezug auf die supra-staatliche Ebene kritisieren Souveränisten, dass das Rom-Statut dem IStGH als einem supra-staatlichen Organ zu viel Macht und Einfluss einräumt. Insbesondere weisen sie darauf hin, dass der IStGH illegitimerweise auch Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten strafrechtlich verfolgen kann und somit das Erfordernis der staatlichen Zustimmung zu völkerrechtlichen Institutionen übergeht. Dem souveränistischen Diskurs zufolge können supra-staatliche Organe nur im Auftrag der

Staaten tätig werden, die ihre explizite Zustimmung zur Etablierung dieser Organe gegeben haben, jedoch können sie weder beanspruchen, Nicht-Mitgliedstaaten noch deren Bürger rechtlich zu binden. Jede direkte Verbindung zwischen sub-staatlichen und supra-staatlichen Akteuren, die nicht von der staatlichen Ebene vermittelt wird, wird als illegitim wahrgenommen.

Dementsprechend konstruieren die Vertreter des souveränistischen Diskurses den Begriff des Interesses auch in enger Anbindung die staatliche Ebene. Allerdings steht dabei nicht das kollektive Interesse der internationalen Gesellschaft der Staaten im Vordergrund. Vielmehr ist die Kategorie des Interesses an den Einzelstaat gebunden. Zwar gibt es dem souveränistischen Diskurs zufolge die Möglichkeit, dass die Einzelinteressen mehrerer Staaten konvergieren und diese Staaten ihre Interessen gemeinsam verfolgen können, allerdings bestünde das gemeinsame Interesse in diesem Falle exakt aus der Summe der Interessen der einzelnen Staaten. Folglich begegnen die Vertreter des souveränistischen Diskurses allen Behauptungen eines genuin *kollektiven* Interesses der internationalen Gesellschaft von Staaten bzw. gar eines Kollektivinteresses der Weltgesellschaft der Individuen mit tiefem Misstrauen.

5.2.1 Der Einzelstaat als der wesentliche Bezugspunkt

Aus der Sicht der Vertreter des souveränistischen Diskurses stellt der IStGH in seiner letztendlichen institutionellen Ausformung ein illegitimes Organ dar, das den Primat von Staaten innerhalb der internationalen Beziehungen in Frage stellt. Dieser Gedanke durchzieht alle von mir untersuchten diskursiven Arenen. Souveränisten nehmen die Tatsache, dass der IStGH die Rechtsprechungs-Kompetenzen von Staaten ergänzen soll, als eine Machtanmassung seitens einer supra-staatlichen Institution wahr. Ganz im Gegensatz zum interventionistischen Diskurs begreifen sie demzufolge auch die beiden UN-Sicherheitsratsresolutionen, die US-Bürger (und die Bürger aller anderen Nicht-Mitgliedstaaten des IStGH) für ein Jahr von der Verfolgung durch den IStGH ausnehmen (1422 und 1487) nicht als ein machtpolitisches Erfordernis, sondern als Ausdruck von prinzipiellen Bedenken gegenüber der Delegation von Rechtsprechungskompetenzen von der staatlichen zur supra-staatlichen Ebene:

„As ambassador Negroponte explained last year, the power to deprive a citizen of his or her freedom is an awesome thing, *which the American people have entrusted to their Government under the rules of our democracy*. The International Criminal Court does not operate in the same democratic and

constitutional context and therefore does not have the right to deprive Americans of their freedom.’¹⁹

Überraschenderweise greifen einige am Souveränismus orientierte Völkerrechtsexperten ausgerechnet das Komplementaritätsprinzip an, das Teil des Rom-Statuts bildet, obwohl eben dieses Prinzip dazu gedacht war, souveränistische Bedenken gegen den IStGH zu zerstreuen.²⁰ Ein französischer Völkerrechtler erläutert, dass das Komplementaritätsprinzip das Ziel verfehlt, staatliche Rechtsprechungskompetenzen zu wahren:

„La complémentarité entre la CPI et les juridictions criminelles nationales est affirmée dans le Préambule, le même Préambule affirme un peu plus tôt qu’ „il est du devoir de chaque Etat de soumettre à sa juridiction criminelle les responsables de crimes internationaux.“ [...] Il en résulte, et le texte de la Convention confirme, la CPI n’est pas fondée à intervenir dès lors que les juridictions internes exercent leurs compétences. En conséquence, *si la Cour pénale internationale est saisie d’une défaillance de juridictions internes, donc réaffirme et prolonge l’échec des Etats concernés.*’ (Sur 1999 : 42 – Hervorh. S. Sch.)

Zugleich kritisieren die Vertreter des souveränistischen Diskurses, dass Staaten und ihre Kompetenzen auch von sub-staatlichen bzw. transnationalen Akteuren übergangen und unterminiert werden, womit sie vorrangig auf NGOs abzielen. In der Hauptsache lautet ihr Vorwurf, dass der Einfluss von NGOs auf die Verhandlungen in Rom wegen ihrer fehlenden demokratischen Legitimationsgrundlage unangemessen und politisch bedenklich sei. Die Beteiligung von NGOs an den Verhandlungen in Rom entzieht aus souveränistischer Sicht auch dem IStGH selbst Legitimität. Im Umkehrschluss wirft sie aber auch ein vermeintlich schlechtes Licht auf die NGOs und ihr Demokratieverständnis, wie ein Medienkommentator erläutert:

„Yet these are groups [NGOs – S. Sch.] that profess to support and, in other circumstances, do work hard for democracy, civil liberties and accountability of public officials. And here they were cheering the creation of not just a court but a powerful prosecutor’s office that will be accountable to almost no one, subject to

¹⁹ James B. Cunningham, UN SC meeting ‚United Nations peacekeeping’ (12.06.2003); U.N. Doc. S/PV.4772, S. 24 – Hervorh. S. Sch.

²⁰ Eine Definition des Komplementaritätsprinzips findet sich in der Einleitung, S. 20.

none of the checks and balances that restrain law enforcement in a democracy and empowered to punish people who have virtually no say over its operation.’²¹

Dem souveränistischen Diskurs zufolge lässt sich am Beispiel des IStGH aufzeigen, wie Staaten von zwei Seiten unter Druck geraten – einerseits von der sub-staatlichen bzw. transnationalen Ebene und andererseits von der supra-staatlichen Ebene. Der bereits zitierte Kommentator fährt folgendermaßen fort:

„And to institutionalize a weakening of national sovereignty in favour of unelected human-rights groups on one end and unaccountable supranational courts and prosecutors on the other is fundamentally anti-democratic. To worry about such a trend is not to be pro-genocide.’²²

Vertreter des souveränistischen Diskurses bestreiten demzufolge die Legitimität einer direkten Verbindung zwischen der sub-staatlichen und der supra-staatlichen Ebene. In scharfem Kontrast zum legalistischen Diskurs weisen sie die Behauptung zurück, dass Individuen strafrechtliche Verantwortung gegenüber der internationalen Gesellschaft von Staaten auf bzw. der Weltgesellschaft von Individuen tragen. Dabei lautet ihr zentrales Argument, dass nur Staaten demokratische und verfassungsmäßige Strukturen aufweisen, die zu einer solchen strafrechtlichen Verantwortung unerlässlich sind, während eine direkte Verbindung zwischen der sub-staatlichen und der supra-staatlichen Ebene dazu verurteilt ist, in einer undemokratischen Nicht-Koinzidenz zwischen den Urhebern von politischen Institutionen auf der einen Seite und denen, die von ihnen betroffen sind, auf der anderen Seite zu enden. Aus souveränistischer Perspektive kann politische Legitimität nur auf der Basis einer Kongruenz zwischen Herrschern und Beherrschten entstehen. Ein Medienkommentator spielt in diesem Kontext auf Abraham Lincolns Diktum an:

„We believe in the United States of America as a nation that is strong, just, compassionate, humanitarian, cooperative with every good and admirable and peaceful interest -- but always *independent and sovereign, with government, of, by and for our people.*’²³

²¹ Fred Hiatt, „The trouble with the war-crimes court“ in: *Washington Post* (26.07.1998).

²² Ebd. – Hervorh. S. Sch.

²³ „Beware of international traps“ in: *Chattanooga Times Free Press* (08.07.2002).

Allerdings geht der politische Druck auf Staaten Souveränisten zufolge nicht allein von der sub-staatlichen und der supra-staatlichen Ebene aus, sondern auch von dem behaupteten Vorrang des kollektiven Interesses der internationalen Gesellschaft der Staaten vor dem Interesse des Einzelstaates. Im Gegensatz zum legalistischen wie auch zum interventionistischen Diskurs spielt der Begriff der internationalen Gesellschaft innerhalb des souveränistischen Diskurses nur eine untergeordnete Rolle. Zwar erkennen Vertreter des souveränistischen Diskurses die Prinzipien der Koexistenz und der Nicht-Intervention als geteilte Normen im Rahmen der zwischenstaatlichen Beziehungen an, die das normative Fundament einer rudimentären internationalen Gesellschaft bilden. Allerdings weisen sie die Idee eines kollektiven Interesses dieser internationalen Gesellschaft zurück.

Aus souveränistischer Sicht bezieht sich die Kategorie des Interesses auf den einzelnen Staat. Vertreter dieses Diskurses sind dagegen sehr skeptisch gegenüber der Behauptung eines kollektiven Interesses aller Staaten. Ihnen zufolge dient die Bezugnahme auf ein solch angebliches Kollektivinteresse, hinter dem die Einzelinteressen von Staaten zurücktreten müssen, lediglich als ein Deckmantel für die spezifischen Interessen eines bestimmten Staates oder einer Gruppe von Staaten, die auf diesem Wege ihren politischen Forderungen mehr Gewicht und mehr Legitimität verleihen wollen. Daher stehen Souveränisten auch dem Multilateralismus eher kritisch gegenüber, vor allem dann, wenn er als eine Frage des Prinzips verstanden wird. Zwar argumentieren sie, dass Staaten sich durchaus in multilateralen Zusammenhängen engagieren können, jedoch nur, wenn dies direkt ihrem eigenen Interesse dient und nicht zum Wohle eines vermeintlichen Kollektivinteresses der internationalen Gesellschaft. Das folgende Zitat aus einem Artikel der *Rocky Mountain News*, der anlässlich des Inkrafttretens des Rom-Statuts veröffentlicht wurde, rechtfertigt die US-amerikanische Opposition gegenüber dem IStGH im Bezug auf das nationale Interesse der USA, während das kollektive Interesse aller Staaten als heuchlerisch diffamiert wird:

,The refrain of those insisting on American hand-holding with other nations on this court project is that we simply must be multilateralist, *as if multilateralism were an end in itself*. It isn't. *The point of multilateralism is to cooperate with others on matters in the mutual interest of all*. The point is not for the United

States to engage in self-destructive acts because *a group of other nations sees some advantage for their interest if we do so.*²⁴

5.2.2 Individuen als Staatsbürger

Wie bereits angedeutet interpretieren die Anhänger des souveränistischen Diskurses Individuen in erster Linie als Staatsbürger und weisen damit die kosmopolitische Idee zurück, dass es direkte Verbindungen zwischen der Ebene der Individuen und der supra-staatlichen Ebene geben sollte. Die Rolle, die der souveränistische Diskurs Individuen zuweist, offenbart sich insbesondere im Kontext der Debatte über strafrechtliche Immunitäten. Artikel 27 des Rom-Statuts legt fest, dass vor dem IStGH keine Immunitäten gelten: *„Immunities or special procedural rules which may attach to the official capacity of a person, whether under national or international law, shall not bar the Court from exercising its jurisdiction over such a person.*“²⁵ Historisch gesehen stellen Immunitäten ein wichtiges Element staatlicher Souveränität dar. Cassese zufolge sind Immunitäten *„the natural legal consequence of the obligation to respect the sovereignty of other States.*“ (2005: 98). Immunitäten für Staatsoberhäupter und Diplomaten enthalten sowohl zeremonielle als auch funktionale Elemente (Brownlie 2003: 322). Sie erleichtern den diplomatischen Verkehr zwischen Staaten, errichten symbolische Grenzen zwischen Staaten und heben zugleich die mächtigsten Repräsentanten von Staaten hervor. Damit sorgen Immunitäten für eine symbolische Verschmelzung eines Staates mit seinen politischen Repräsentanten. Aus dieser Perspektive wird Individuen – als Staatsoberhäuptern oder anderen Repräsentanten von Staaten – durchaus eine Rolle innerhalb der internationalen Beziehungen beigemessen, allerdings spielen sie diese Rolle nicht qua ihrer individuellen Existenz, sondern als Verkörperung des repräsentierten Staates (Cassese 2005: 117). Darüber hinaus bekräftigen Immunitäten auch die Forderung nach der souveränen Gleichheit aller Staaten, weil in ihnen der Gedanke zum Ausdruck kommt, dass kein Staat dazu berechtigt ist, über die Bürger eines anderen Staates zu richten.

Da Immunitäten ein eher rechtlich-technisches Detail in der Debatte über den IStGH darstellen, sollte es nicht überraschen, dass sich an der Auseinandersetzung zu diesem Thema vor allem Völkerrechtsexperten beteiligt haben. Wie schon erwähnt schließt das Rom-Statut die Geltung jeglicher Immunitäten vor dem IStGH aus. Die Frage, ob die

²⁴ *„Criminal court or rogue court?“* in: Rocky Mountain News (05.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

²⁵ Rome Statute of the International Criminal Court, Art. 27 (2); U.N. Doc. A/CONF.183/9.

Aufhebung von Immunitäten auch die Handlungen von Staaten betrifft, die auf eine Aufforderung durch den IStGH handeln, ist jedoch schwieriger zu beantworten. Artikel 98 (1) des IStGH-Statuts besagt

„The Court may not proceed with a request for surrender or assistance which would require the requested State to act inconsistently with its obligations under international law with respect to the State or diplomatic immunity or a person or property or a third State, unless the Court can first obtain the cooperation of that third State for the waiver of the immunity.“²⁶

D.h., dass Immunitäten in Fällen gelten können, in denen der IStGH einen Staat auffordert, das Staatsoberhaupt oder den Repräsentanten eines Drittstaates auszuliefern. Bruce Broomhall weist jedoch darauf hin, dass die Begrenzung von Immunitäten, die im Rom-Statut festgelegt ist, weiterreichende Konsequenzen hat, als dies auf den ersten Blick scheinen mag. Das gilt insbesondere im Hinblick auf die individuellen Repräsentanten von Mitgliedstaaten: wenn ein Staat das IStGH-Statut ratifiziert hat, hat er sich damit zugleich zur Aufhebung der Immunitäten im Rahmen von Kooperations-Aufforderungen seitens des IStGH bereiterklärt, erläutert Broomhall (2003: 145). Die umstrittenste Frage besteht demnach darin, ob die Aufhebung von Immunitäten auch dann gilt, wenn es sich bei dem betroffenen Drittstaat um einen Nicht-Mitgliedstaat handelt. Legalisten argumentieren diesbezüglich, dass die Repräsentanten von Nicht-Mitgliedstaaten keine Immunität vor einem Gericht eines Mitgliedstaats in Anspruch nehmen können, wenn letzterer auf das Geheiß des IStGH hin handelt, da eine individuelle strafrechtliche Verantwortung unabhängig davon besteht, ob der Staat, dessen Bürger ein Beschuldigter ist, das Rom-Statut ratifiziert hat (vgl. Cassese 1999: 160). Souveränisten bestreiten diese Interpretation dahingegen vehement und argumentieren, dass die Immunitäten der Repräsentanten von Nicht-Mitgliedstaaten von den Bestimmungen des Rom-Statuts unberührt bleiben. Ein souveränistisch orientierter Völkerrechtler spitzt diese Forderung noch weiter zu, indem er behauptet, dass die Immunitäten der Repräsentanten von Nicht-Mitgliedstaaten selbst in Verfahren vor dem IStGH selbst ihre volle Gültigkeit behielten:

„Although the ICC is entitled to exercise jurisdiction over nationals of states not party to its Statute, nothing in the ICC Statute can operate to remove the

²⁶ Rome Statute of the International Criminal Court, Art. 98 (1); U.N. Doc. A/CONF.183/9.

immunities that officials of non-parties would ordinarily possess under international law. [...] In these circumstances, Article 98 (1), by directing the Court not to proceed with a request for arrest, ensures that ICC parties will not be placed in the position of facing competing legal obligations to the ICC and other states. Indeed, since the ICC operates in effect by „*delegation*“ from (or in the place of) its state parties, the immunity of officials of non-parties applies not only in relation to state parties, but also in relation to the ICC itself. Thus, the Court itself is prevented by international law from taking steps that would amount to a violation of these immunities.’ (Akanke 2004: 421 – Hervorh. S. Sch.)

Das Zitat veranschaulicht, dass den Vertretern des souveränistischen Diskurses zufolge supra-staatlichen Institutionen nur exakt die Kompetenzen zufallen, die Staaten direkt und explizit an sie delegiert haben. Akanke argumentiert, dass die Weigerung von Nicht-Mitgliedstaaten, Teile ihrer Rechtsprechungskompetenzen auf den IStGH zu übertragen, ein Fortbestehen der Immunitäten ihrer Repräsentanten impliziert. Die zentrale Rolle, die Immunitäten innerhalb des souveränistischen Diskurses spielen, zeigt, in welchem Ausmaß dieser Diskurs die individuelle strafrechtliche Verantwortlichkeit an innerstaatliche Strukturen bindet.

Die souveränistische Betonung des spezifischen Verhältnisses zwischen Staaten und Individuen, die in der Form der Staatsbürgerschaft ihren institutionellen Ausdruck findet, spielte nicht nur im Hinblick auf die Auseinandersetzung über Immunitäten eine Rolle, sondern auch bezüglich der Frage, inwieweit angenommen werden kann, dass Individuen sich der Bestimmungen des Völkerstrafrechts bewusst sein können. David Scheffer zufolge kann die tatsächliche Kenntnis dieser Bestimmungen auf Seiten der Individuen nur dann vorausgesetzt werden, wenn sie über Staaten vermittelt wird. Aus souveränistischer Sicht kann nicht angenommen werden, dass Individuen Kenntnis von völkerrechtlichen Bestimmungen besitzen, sofern diese nicht in die Gesetze des Staats aufgenommen wurden, deren Bürger sie sind. In einem Artikel aus dem Jahr 2004 fordert Scheffer, dass US-amerikanische Bürger schon aus dem Grund von der Jurisdiktion des IStGH ausgeschlossen werden sollten, weil es sogar nach einer zügigen Ratifikation des Rom-Statuts durch die USA noch Jahre dauern würde, bis diese Entscheidung innenpolitisch vollständig implementiert wäre:

„A major objective of implementing legislation by States Parties is to ensure that domestic criminal codes are modernised to incorporate ICC crimes and, thus,

greatly ensure the successful application of complementarity under the Statute. That exercise clearly puts nationals on effective notice of the criminality of the actions described in the Statute. Are we to assume now that all nationals of all non-Party states are on effective notice of the illegality of each and every ICC crime and the procedural consequences of the ICC of violations of the treaty law or customary international law that are associated with each such ICC crime, *even though their respective non-party governments may not have taken the actions (through treaty law or otherwise) internationally or domestically to confirm that illegality and put their nationals on notice of such criminal liability before the ICC?*' (Scheffer 2004: 31 – Hervorh. S. Sch.)

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die herausgehobene Rolle von Einzelstaaten als den wesentlichen Bezugspunkten innerhalb der internationalen Beziehungen aus souveränistischer Perspektive außer Zweifel steht. Die supra-staatliche Ebene und die sub-staatliche Ebene, wie auch die Behauptung eines vermeintlich kollektiven Interesses der internationalen Gesellschaft der Staaten werden als Bedrohung für die primäre Relevanz des Einzelstaats aufgefasst. In diesem Kontext besitzt der IStGH aus souveränistischer Sicht eine besondere Bedeutung, weil er ein supra-staatliches Organ darstellt, das eine direkte Beziehung zur individuellen Ebene herstellt, indem er individuelle Verstöße gegen das Völkerstrafrecht verfolgt und sie ohne Berücksichtigung der Nationalität des Verdächtigen oder Täters aburteilt. Diese Konstellation stellt für die Vertreter des souveränistischen Diskurses eine willentliche Übergehung und Schwächung des einzelnen Staats dar. Darüber hinaus wird sie aber auch als illegitim wahrgenommen, insofern sie das grundlegende demokratischen Prinzip außer Acht lässt, dem zufolge die Adressaten von politischen Institutionen zugleich auch deren Urheber sein sollten. Aus souveränistischer Sicht beschränkt dieses Prinzip die Möglichkeiten zur Delegation von strafrechtlichen Kompetenzen von der staatlichen auf die supra-staatliche Ebene erheblich. Souveränisten zufolge besteht die einzig legitime Option zu einer solchen Delegation darin, die entsprechenden supra-staatlichen Organe und ihre Handlungsreichweite vollkommen von der expliziten Zustimmung von Staaten abhängig zu machen.

5.3 Konstitutionelle Souveränität als der angemessene Rahmen für die Implementierung von Menschenrechten

5.3.1 Die Verfassung als Maßstab und Beschränkung staatlicher Souveränität

Der souveränistische Diskurs konstruiert das Konzept der Souveränität in einem eher ‚traditionellen‘ Sinne. Er setzt Souveränität mit der Bewahrung von staatlichen Kompetenzen auf der staatlichen Ebene und der Unabhängigkeit von Staaten von höheren Autoritäten innerhalb der internationalen Beziehungen gleich. Damit unterscheidet sich der souveränistische Souveränitätsbegriff einerseits vom legalistischen Konzept der ‚new sovereignty‘, dem zufolge Staaten nur dann ihre Handlungsspielräume bewahren, wenn sie ihr Handeln mit anderen Staaten im Rahmen von supra-staatlichen Institutionen und internationalen Regimen koordinieren. Auf der anderen Seite differiert der souveränistische Souveränitätsbegriff auch von seinem interventionistischen Gegenstück, dem Konzept der konditionalen Souveränität, welches besagt, dass nur solche Staaten volle Souveränität genießen, die innerhalb ihrer Grenzen die Menschenrechte einhalten.

Innerhalb des souveränistischen Diskurses stellen die Rechtsprechungskompetenzen einen wesentlichen Bestandteil staatlicher Souveränität dar. Der französische Völkerrechtler Serge Sur argumentiert, dass die freiwillige Delegation dieser Kompetenzen an ein supra-staatliches Organ einer Selbstdemontage der Staaten gleichkommt:

„Instituer une juridiction d’exception aboutit à consacrer non pas tant un renforcement de la répression internationale que la dépossession volontaire des Etats, leur renonciation consentie à exercer leurs compétences. Il s’agit pourtant de compétences, celles de poursuivre et de punir, qui sont intimement liées à leur souveraineté – comme s’ils demandaient que l’on éloigne d’eux ce calice amer, comme s’ils se défaussaient de leurs responsabilités.” (Sur 1999 : 30)

Sur zufolge mangelt es dem IStGH also grundsätzlich an Legitimität. Er interpretiert den Gerichtshof als einen Ausweis der Schwäche von Staaten, die freiwillig ihre Souveränitätsprärogative bezüglich der Rechtsprechung aufgeben. Während diese fundamental ablehnende Haltung innerhalb des souveränistischen Diskurses eine Extremposition darstellt, ist das Argument, dass die strafrechtliche Verfolgung von

Bürgern aus Nicht-Mitgliedstaaten eine illegitime Einmischung in die souveränen Vorrechte eines Staates darstellt, weiter verbreitet. Dieses Argument kommt beispielsweise in einem Statement der US-amerikanischen UN-Botschafterin Anne Patterson zum Ausdruck, das sie im Rahmen einer UN-Sicherheitsrats-Debatte im Jahr 2005 über die Frage abgab, ob die Situation in Darfur (Sudan) dem IStGH zu Ermittlungen überwiesen werden sollte. Seit 2002 ist die Region Darfur der Schauplatz eines Bürgerkrieges, in dessen Verlauf sich Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht ereigneten, die in die Kompetenz des IStGH fallen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten setzten sich lange für die Überweisung der Situation in Darfur an den IStGH ein. Die USA stellten sich jedoch aufgrund ihrer generellen Ablehnung des IStGH dieser Möglichkeit entgegen. Ende März 2005 erklärte sich die US-amerikanische Regierung aber bereit, sich einer entsprechenden Sicherheitsrats-Resolution nicht in den Weg zu stellen und enthielt sich der Stimme. Allerdings betonte Patterson in ihrem offiziellen Statement im Sicherheitsrat, dass die stillschweigende Zustimmung der USA zu der Resolution 1593 keine Abkehr von der generellen Opposition gegen den IStGH bedeute. Folgt man Patterson, so beruht diese Opposition in der Hauptsache darauf, dass der IStGH das Prinzip der staatlichen Souveränität anfechte, indem er gemäß dem Rom-Statut auch Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten verfolgen könne: *„The United States continues to fundamentally object to the view that the ICC should be able to exercise jurisdiction over the nationals, including government officials, of States not party to the Rome Statute. That strikes at the essence of the nature of sovereignty.”*²⁷

Ein weiterer Kritikpunkt seitens der Vertreter des souveränistischen Diskurses bezog sich auf die weit reichenden Kompetenzen des IStGH im Hinblick auf die Verpflichtung von Staaten, mit dem Gerichtshof zu kooperieren. Da der IStGH selbst nicht über Vollstreckungskapazitäten – z. B. bezüglich Haftbefehlen – verfügt, ist offensichtlich, dass er auf die Unterstützung von Staaten angewiesen ist. Die Artikel 86 bis 102 des Rom-Statuts legen fest, dass alle Mitgliedstaaten zur Kooperation mit dem IStGH verpflichtet sind. Diese Kooperationsverpflichtung umfasst die Verhaftung und Überstellung von Verdächtigen und die Hilfe bei der Beweisaufnahme. Die dabei ablaufenden rechtlichen Prozesse können zwar von nationalen Gesetzen geregelt werden, allerdings müssen Mitgliedstaaten sicherstellen, dass ihre nationalen Gesetze

²⁷ Anne W. Patterson, UN SC meeting ‚Sudan‘ (31.03.2005); U.N. Doc. S/PV.5158, S. 3 – Hervorh. S. Sch.

dabei nicht mit den Forderungen des IStGH konfliktieren, so dass nationale Gesetze unter Umständen angepasst werden mussten oder müssen (vgl. Broomhall 2003: 155). Falls ein Mitgliedstaat die Kooperation verweigert, ist der IStGH berechtigt, den Fall an die Assembly of States Parties²⁸ weiterzuleiten, die dann wiederum geeignete Maßnahmen gegen den nicht-kooperierenden Staat treffen können. Wenn der UN-Sicherheitsrat eine Situation an den IStGH überwiesen hat – wie es beispielsweise mit Darfur geschehen ist – dann können Fälle von Nicht-Kooperation in den betreffenden Ermittlungen direkt an den Sicherheitsrat gemeldet werden, der berechtigt ist, Maßnahmen bis hin zur Anwendung militärischer Gewalt gegen den nicht-kooperierenden Staat anzuordnen. Broomhall gibt allerdings zu bedenken, dass ernsthafte Maßnahmen gegen einen nicht-kooperierenden Staat eher selten sein werden, um die allgemeine Unterstützung für den IStGH nicht auf das Spiel zu setzen (ebd.: 156f.). Zusammenfassend erklärt er, dass ‚[f]ar from subordinating sovereignty to a supra-national criminal justice institution, the ICC places some of its most critical functions at the disposal of its States Parties’ processes and decisions’ (ebd.: 151).

Allerdings stellt die Kooperationspflicht für Mitgliedstaaten einen wesentlichen Kritikpunkt aus der Perspektive der Vertreter des souveränistischen Diskurses dar. In diesem Kontext kann das folgende Zitat aus einem Artikel von David Scheffer als beispielhaft gelten:

‘Throughout the Rome Conference our negotiators struggled to *preserve appropriate sovereign decision making in connection with obligations to cooperate with the court*. There was a temptation on the part of some delegates to require unqualified cooperation by states parties with all court orders, notwithstanding national judicial procedures that would be involved in any event. Such obligations of unqualified cooperation were unrealistic and would have raised serious *constitutional issues* not only in the United States but in many other jurisdictions.’ (Scheffer 1999: 15 – Hervorh. S. Sch.)

Aus Scheffers Perspektive ist es nicht akzeptabel, ein supra-staatliches Organ mit der Vollmacht auszustatten, Staaten zur Kooperation zu verpflichten, sofern diese Kooperationsverpflichtung den verfassungsrechtlichen Bestimmungen eines Staates

²⁸ Der Assembly of States Parties gehören alle Mitgliedstaaten des IStGH an. Sie wählt Chefsankläger und Richter des Gerichtshofs, entscheidet über Änderungen des Rom-Statuts und befasst sich in problematischen Fällen mit der Durchsetzung der Weisungen des IStGH.

zuwiderläuft. Vertreter des souveränistischen Diskurses weisen also staatsexterne Autoritäten aufgrund dessen zurück, dass diese sich auf eine Quelle der Autorität berufen, die oberhalb der staatlichen Verfassung liegt. Aus souveränistischer Sicht kann aber nur die Verfassung eines Staates als Fundament für politische Autorität dienen. Der Begriff der Souveränität als Ausdruck höchster politischer Autorität ist also in diesem Diskurs auf das Engste mit der Verfassung eines Staates verknüpft, welche zugleich die Quelle und den Maßstab dieser Autorität bildet. Aufgrund dieser engen Verknüpfung von Souveränität und Verfassung lässt sich das souveränistische Souveränitätskonzept als ‚konstitutionelle Souveränität‘ bezeichnen.²⁹

Dem souveränistischen Diskurs zufolge besitzt die Verfassung einen quasi-sakralen Charakter. In diesem Punkt knüpft der souveränistische Diskurs an Elemente an, die tief in der US-amerikanischen politischen Kultur verwurzelt sind. Der quasi-sakrale, an Gründungsmythen gekoppelte Charakter der US-amerikanischen Verfassung tritt in folgendem Statement des UN-Botschafters James Cunningham zutage, welches dieser im Rahmen einer Sicherheitsrats-Debatte über ‚Justice and the rule of law‘ im Jahr 2003 abgab:

*„The United States of America is a nation founded, not upon ethnicity or cultural custom or territory, but upon law enshrined in our Constitution. As a consequence, establishing and maintaining the rule of law has been an enduring theme of American foreign policy for over two centuries.“*³⁰

Da die Verfassung als dem Völkerrecht übergeordnet wahrgenommen wird, dient sie aus souveränistischer Sicht als die letztgültige Begründung für die US-amerikanische Ablehnung des IStGH:

²⁹ Hideaki Shinoda gebraucht den Begriff der ‚konstitutionellen Souveränität‘ ebenfalls, allerdings ist an seine Verwendung des Begriffs eine andere Bedeutung geknüpft. Shinoda zufolge beinhaltet das Konzept der ‚konstitutionellen Souveränität‘ nur den Glauben an ‚higher or fundamental laws that rule even sovereigns‘ (ebd.: 19), wobei offen gelassen wird, ob diese höheren Gesetze staatlicher oder völkerrechtlicher Natur sind. Ich verwende den Begriff der ‚konstitutionellen Souveränität‘ im Sinne der Idee, dass Souveräne an die staatliche Verfassung gebunden sind, die zugleich die Quelle ihrer Macht und die rechtliche Begrenzung der Ausübung derselben darstellt.

³⁰ James B. Cunningham, UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (24.09.2003), U.N. Doc. S/PV.4833, S. 20 – Hervorh. S. Sch.

„As this Council and the wider membership of the United Nations know full well, the United States has fundamental objections to the International Criminal Court (ICC) created by the Rome Statute. Our problems concern the rule of law. [...] *We believe that the Rome Statute does not reflect due process of law as we understand it*, because, among other things, it allows multiple jeopardy and does not provide for jury trials, *as our Constitution requires.*”³¹

5.3.2 Symmetrie als Strukturmerkmal der internationalen Ordnung

Bezüglich der Struktur der internationalen Ordnung gründet der souveränistische Diskurs auf der Annahme, dass diese Ordnung durch symmetrische Beziehungen zwischen den Staaten gekennzeichnet ist. Die Forderung nach Symmetrie tritt vor allem in drei wesentlichen Punkten zutage, die charakteristisch für souveränistische Beiträge zu der Debatte über den IStGH sind: erstens betonen die Vertreter des souveränistischen Diskurses, dass die völkerrechtlichen Institutionen der expliziten Zustimmung eines jeden Staates bedürfen, der an sie gebunden sein soll; zweitens gehen sie davon aus, dass die Beziehungen zwischen Staaten durch das Prinzip der Nicht-Intervention charakterisiert sein sollten, und drittens werfen sie dem IStGH und der Assembly of States Parties vor, eine illegitime Asymmetrie zwischen Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten zu etablieren.

Einer der häufigsten vorgebrachten souveränistischen Einwände gegen den IStGH lautet, dass das Rom-Statut in seiner letztendlichen Form die Bestimmungen der Wiener Vertragsrechts-Konvention von 1969 verletzt, da es die strafrechtliche Verfolgung von Bürgern aus Nicht-Mitgliedstaaten durch den IStGH erlaubt. Die Wiener Vertragsrechts-Konvention legt fest, dass ein Staat seine ausdrückliche Zustimmung zu einem völkerrechtlichen Vertrag äußern muss, um durch ihn gebunden zu sein. Antonio Cassese zufolge liegt dieser Konvention die Annahme einer fundamentalen Symmetrie zwischen Staaten zugrunde – unabhängig von ihrer tatsächlichen Macht und Größe: „While the previous oligarchic structure allowed Great Powers formally to impose treaties upon lesser States, this is no longer permitted: coercion on a State to induce it to enter into an agreement is no longer allowed.” (2005: 171).³² Die Annahme einer

³¹ John C. Danforth, UN SC meeting „Justice and the rule of law: the United Nations role“ (06.10.2004); U.N. Doc. S/PV.5052, S. 18 – Hervorh. S. Sch.

³² Nico Krisch wendet dagegen jedoch ein, dass allein die explizite Zustimmung zu völkerrechtlichen Verträgen noch keine Garantie für symmetrische Beziehungen zwischen Staaten darstellt, da sie allein

Symmetrie zwischen Staaten kommt in folgendem Statement des US-amerikanischen Delegierten Eric Rosand vor der UN-Generalversammlung klar zum Ausdruck: ‚First, however, let me reiterate that the United States respects the right of States to become party to the Rome Statute. At the same time, *we expect similar respect for our decision not to become party to the Rome Statute.*’³³ In diesem Sinne erklärte auch David Scheffer auf einer der letzten Sitzungen der Rom-Konferenz, dass die US-amerikanische Opposition gegen das IStGH-Statut – vor allem gegen die Bestimmungen, die eine Verfolgung der Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten erlauben – sich auf die darin beinhaltete Verletzung der Wiener Vertragsrechts-Konvention stützt: ‚[T]he attempt to impose the jurisdiction of the Court on States which did not become parties to the Statute would violate an elementary rule set out in the Vienna Convention on the Law of Treaties.’³⁴

Auf den ersten Blick mag es inkonsistent erscheinen, dass die Vertreter des souveränistischen Diskurses die Legitimität von völkerrechtlichen Institutionen im Rekurs auf andere völkerrechtliche Bestimmungen anfechten. Dies scheint der Behauptung zu widersprechen, dass sie die Bedeutung des Völkerrechts der Relevanz von staatlichen Verfassungen untergeordnet ist. Allerdings bringt die Wiener Vertragsrechts-Konvention, obschon sie natürlich eine völkerrechtliche Konvention ist, die Prinzipien der souveränen Gleichheit und der Koexistenz von Staaten zum Ausdruck. Es sind genau diese Anteile des Völkerrechts, auf die der souveränistische Diskurs sich beruft. Dies wird ebenfalls in folgendem Zitat aus einem Artikel der US-amerikanischen Völkerrechtlerin Ruth Wedgwood deutlich:

‚All states claiming territorial integrity and political independence within the Westphalian system are bound to respect the domestic governance of other countries, including their legitimate exercise of public authority over criminal behaviour, limited by the jurisdictional rules of international law. But, one might argue, states are not obliged to participate in an international body. The genius behind the Rome Statute was to build a stable regime founded on state consent,

noch nicht die Symmetrie des Inhalts oder der Konsequenzen eines völkerrechtlichen Vertrags sicherstellt (2003a: 138).

³³ Eric Rosand, UN General Assembly meeting (13.09.2004); U.N. Doc. A/58/PV.95, S. 5 – Hervorh. S. Sch.

³⁴ David J. Scheffer, DipCon 42nd meeting (17.07.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.42, Vol. II, S. 361.

rather than the peremptory authority of the Security Council. It may, then, seem in tension to prosecute third party nationals under that regime.’ (Wedgwood 1999: 99 – Hervorh. S. Sch.)

Die Wiener Vertragsrechts-Konvention wurde so häufig von souveränistisch orientierten Diplomaten und Völkerrechtlern zitiert, dass diese Referenz schließlich auch von der diskursiven Arena der Medien aufgegriffen wurde: ‚The long-standing practice in diplomacy is that a country is not bound by any transnational treaty unless it first approves it.’³⁵ Einige Medienkommentatoren ‚übersetzen‘ das Prinzip der Symmetrie, welches der Wiener Vertragsrechts-Konvention zugrunde liegt, in den Begriff der ‚Fairness‘, womit sie die Komplexität des Zusammenhangs reduzieren und ihn so für ihre Leserschaft zugänglicher machen: ‚Fairness, too, is central. The United States should not be forced to submit to a treaty it has not ratified, no matter how much praise the agreement garners from governments, activists and U.N. leaders.’³⁶

Auch im Hinblick auf die politischen Beziehungen zwischen Staaten ist der souveränistische Diskurs vom Gedanken der Symmetrie geleitet. Demzufolge sollten Staaten keinen Einfluss auf die innerstaatliche Menschenrechtspolitik anderer Staaten nehmen, es sei denn, auf indirektem Wege, indem sie selbst die Rolle eines vorbildlichen Beispiels spielen. Die Anwendung von Zwang und von direkter Einmischung in Form einer Intervention wird ausgeschlossen. Diese Idee wurde vor allem von US-amerikanischen Diplomaten wiederholt vorgetragen. So erklärte beispielsweise James Cunningham wiederholt im UN-Sicherheitsrat, die USA sei ‚the unflagging champion of the rule of law’³⁷, und dass ‚[n]o nation devotes more resources to the training in, and compliance with, the law of armed conflict than the United States’.³⁸ Aufgrund der Errungenschaften der USA im Hinblick auf die Implementierung von Menschenrechten und humanitärem Völkerrecht, so Cunningham weiter, hoffe er ‚that other countries will follow our example in that area’.³⁹ Medienkommentatoren griffen dieses Argument auf: ‚No nation in all of history has

³⁵ ‚The right to say „no“. The United States should not be forced to submit to International Criminal Court’ in: *Omaha World Herald* (23.06.2004).

³⁶ Ebd.

³⁷ James B. Cunningham, UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role’ (24.09.2003), U.N. Doc. S/PV.4833, S.21.

³⁸ Ebd., S. 20-21.

³⁹ Ebd.

been more concerned about good things, children, human rights and women, and lots more, than the United States.’⁴⁰ Nachdem die nicht mit dem humanitären Völkerrecht im Einklang stehende Behandlung irakischer Kriegsgefangener durch US-amerikanische Soldaten 2004 in die Schlagzeilen geriet, ließen US-amerikanische Diplomaten die Hinweise auf den beispielhaften Charakter der USA jedoch fallen. Schließlich fand die souveränistische Forderung nach einer symmetrischen Weltordnung auch ihren Ausdruck in dem Vorwurf, das IStGH-Statut privilegiere Mitgliedstaaten gegenüber Nicht-Mitgliedstaaten im Hinblick auf den Zugang zu Verhandlungen über Änderungen am Statut. Scheffer zufolge ist diese Konstellation vor allem deshalb illegitim, weil sie Nicht-Mitgliedstaaten keinen Einfluss auf wichtige Entscheidungen innerhalb der Assembly of States Parties gewährt, obwohl deren Bürger von diesen Entscheidungen betroffen sein könnten:

„Another fundamental concern of the United States Government was the way in which the Rome treaty provided for the adoption and application of amendments to crimes. In its current form, the amendment process for the addition of new crimes to the jurisdiction of the Court or revisions to the definitions of existing crimes in the treaty would create an extraordinary and unacceptable consequence. After the states parties decided to add a new crime or change the definition of an existing crime, any State that was party to the treaty could decide to immunize its officials from prosecution for the new or amended crime. Officials of non-parties, however, were subject to immediate prosecution. For a criminal court, that was an indefensible overreach of jurisdiction. Likewise, there would be some who would regard the idea that States parties could opt out of prosecution for war crimes for seven years, while non-parties could not, as an incentive to join the court. Criminal jurisdiction – individual criminal jurisdiction – should not be played with in that way.’⁴¹

Der souveränistische Vorwurf der Ungleichbehandlung von Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten betrifft allerdings nicht nur die Entscheidungen der Assembly of States Parties, sondern auch die Kategorie der Kriegsverbrechen, bezüglich derer das Rom-Statut eine siebenjährige Ausnahmeregelung erlaubt – allerdings nur für Mitglied-

⁴⁰ „Beware of international traps’ in: *Chattanooga Times Free Press* (08.07.2002).

David J. Scheffer, UN General Assembly Sixth Committee (Legal) meeting (04.11.1998); U.N. Doc. A/C.6/53/SR.9, S. 8.

staaten. Die US-amerikanische UN-Botschafterin Anne Patterson bezog sich in der UN-Sicherheitsrats-Sitzung auf diesen Punkt, in der über die Überweisung der Situation in Darfur (Sudan) an den IStGH debattiert wurde. Die schließlich angenommene Resolution 1593 enthält zwar die Überweisung der Situation in Darfur an den IStGH, zugleich legt sie aber auch fest, dass alle im Rahmen des Darfur-Konflikts von Bürgern aus Nicht-Mitgliedstaaten begangenen Verstöße gegen das Völkerstrafrecht nicht vom IStGH verfolgt werden dürfen. Patterson rechtfertigt die Einschränkung, indem sie argumentiert, solche Ausnahmeregelungen dienten der Wiederherstellung von Symmetrie zwischen Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten:

„Protection from the jurisdiction of the Court should not be viewed as unusual. Indeed, under article 124, even parties to the Rome Statute can opt out from the Court’s jurisdiction over war crimes for a period of seven full years, and important supporters of the Court have in fact availed themselves of that opportunity to protect their own personnel. *If it is appropriate to afford such protection from the jurisdiction of the Court to States that have agreed to the Rome Statute, it cannot be inappropriate to afford protection to those that have never agreed.* It is our view that non-party States should be able opt out of the Court’s jurisdiction, as parties to the Statute can, and the Council should be prepared to take action to that effect as appropriate situations arise in the future.’⁴²

5.3.3 Menschenrechte: Implementierung auf der staatlichen Ebene und Rechtspositivismus

Sowohl das Souveränitätsverständnis des souveränistischen Diskurses als auch seine Forderung nach einer symmetrischen internationalen Ordnung stehen in einer direkten Verbindung mit der souveränistischen Interpretation der Menschenrechte. Im Folgenden wird gezeigt, dass die Geltung von Menschenrechten im Rahmen des souveränistischen Diskurses immer an die staatliche Ebene geknüpft ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass – moderate Souveränisten die Möglichkeit vollkommen ausschließen, dass die normativen Orientierungen mehrerer Staaten konvergieren können und dass diese Staaten in der Folge eine gemeinsame zwischenstaatliche Institution zur effektiven Durchsetzung von Menschenrechten durch einen völkerrechtlichen Vertrag ins Leben

⁴² Anne W. Patterson, UN SC meeting ‚Sudan‘ (31.05.2005); U.N. Doc. S/P.5158, S. 3 – Hervorh. S. Sch.

rufen können. Allerdings argumentieren die Vertreter des souveränistischen Diskurses, dass die Geltung eines solchen Vertrages und konsequenterweise auch die Legitimität der zwischenstaatlichen Institution von der expliziten Zustimmung eines jeden beteiligten Staates abhängt. Aus dieser Perspektive kritisieren sie den IStGH im Hinblick auf zwei Aspekte: der extreme Souveränismus bestreitet generell, dass ein supra-staatliches Organ ein geeignetes Forum für die Durchsetzung von Menschenrechten darstellt, während moderate Anhänger dieses Diskurses nur den Umstand kritisieren, dass der IStGH laut Rom-Statut nicht nur Rechtsprechungskompetenzen über Bürger von Mitgliedstaaten, sondern auch von Nicht-Mitgliedstaaten beansprucht. Diese Kritik wird oft in die Behauptung gekleidet, dass der IStGH eigentlich ein neo-imperiales Projekt europäischer politischer Eliten darstellt, die ihre rechtlichen und moralischen Überzeugungen einer Mehrheit von nicht zustimmenden Staaten aufzwingen wollen.

Der französische Völkerrechtler Serge Sur gehört zu der Kategorie des extremen Souveränismus. Er interpretiert die Etablierung des IStGH als einen ‚Rückschritt‘ in der Entwicklung der Menschenrechte. Da das Argument Surs als zentral für den extremen Souveränismus angesehen werden kann, soll es hier in voller Länge zitiert werden:

„Il faut en second lieu constater le contexte de régression de la protection des droits de l’homme. Observation qui peut surprendre, voire sembler provocante: n’est-ce pas à l’inverse le souci de leur assurer une meilleure garantie qui conduit légitimement à réprimer internationalement les atteintes qui sont portées à leurs fondements mêmes, le droit à la vie, à la dignité, au respect de l’intégrité physique et morale dont tout être humain est doté et qui doivent être respectés en tous lieux et en toutes circonstances? [...]“

Notons seulement que, de ce point de vue, l’évolution récente met l’accent sur les droits de l’homme plutôt que sur *les droits du citoyen*. Ces derniers sont *liés à une nationalité*, ils concernent les individus enracinés dans un ordre juridique étatique déterminé et définissent le rapport exclusif et privilégié qu’ils ont avec lui. Ce sont en quelque sorte des *droits vernaculaires*, qui sont fondés sur *un lien particulier et substantiel avec un Etat et qui ne peuvent prospérer que dans son cadre*. Ils ne sauraient être universels et identiques pour tous, puisqu’ils s’exercent *exclusivement par rapport à un Etat donné*, sont définis et garantis par lui seul et *reposent généralement sur une condition de nationalité*, ou marginalement de résidence. [...]

Mais il est à nos yeux incontestable que *les droits du citoyen* assurent une protection plus complète et plus profonde des individus que ne le font *des droits de l'homme* ainsi *détachés de toute référence étatique précise, et qui risquent dès lors d'apparaître aussi universels qu'évanescents*. Mettre l'accent sur les seconds en oubliant les premiers, ce qui est la tendance doctrinale dominante récente, n'est donc pas nécessairement un progrès.' (Sur 1999: 34 – Hervorh. S. Sch.)

Der Umstand, dass Sur den Staat als den geeigneten Rahmen für die Implementierung von Menschenrechten betrachtet, spiegelt eine grundlegende Annahme des souveränistischen Diskurses wider. Seine Unterteilung des Menschenrechtskonzepts in Bürgerrechte auf der einen Seite und Menschenrechte (im Sinne von universalen, negativen Freiheitsrechten), seine Zurückweisung letzterer als ‚flüchtig‘ und schließlich seine Privilegierung der Bürgerrechte als den negativen Freiheitsrechten überlegen unterscheidet Surs Haltung jedoch von den moderateren Vertretern des souveränistischen Diskurses. Die Betonung der Forderung nach ‚due process‘ und die Kritik, dass es dem IStGH an den Verfahrenssicherheiten und Kontrollmechanismen mangle, die sich innerhalb von verfassungsmäßig organisierten, staatlichen Rechtssystemen finden lassen, weist darauf hin, dass moderate Souveränisten durchaus auch negative Freiheitsrechte als wichtig betrachten. Für moderate Souveränisten sind negative Freiheitsrechte ebenso relevant wie Bürgerrechte – es kommt aber darauf an, dass diese auf der staatlichen Ebene und nicht auf der supra-staatlichen Ebene implementiert werden. Auch im Fall der Menschenrechte beruht deren Geltung aus souveränistischer Perspektive letztendlich auf ihrer Bindung an eine staatliche Verfassung:

‚The U.S. Constitution amply provides for the prosecution of Americans who commit war crimes and defends those who are accused falsely. The United States should never cede the job of prosecuting its citizens to an unaccountable, politically motivated international body.‘⁴³

Moderate Souveränisten ziehen auch die Möglichkeit in Betracht, dass mehrere Staaten eine gemeinsame Institution zur Implementierung von Menschenrechten errichten können. Allerdings bliebe in diesem Fall der Grad der Delegation von Kompetenzen an

⁴³ Steve Barrett, ‚U.S. hardly alone in opposing the court‘ in: *Chattanooga Times Free Press* (16.07.2002).

die zwischenstaatliche Institution niedrig und die staatliche Kontrolle hoch (vgl. Abbott et al. 2000). Aus souveränistischer Sicht handelte es sich dabei also nicht um ein *supra*-staatliches, sondern um ein *zwischen*staatliches Organ, denn eine solcher Institution wäre nicht in der Lage, Macht über Staaten auszuüben und würde nur solche Kompetenzen wahrnehmen, die Staaten willentlich an sie delegiert hätten. In erster Linie hätte eine solche Institution auf den Primat staatlicher Verfassungen Rücksicht zu nehmen und Ausnahmeregelungen zu erlauben, wenn dies die Verfassung eines Staates verlangt.

Aufgrund des souveränistischen Fokus auf die Rolle von Staaten und ihrer Zustimmung zu völkerrechtlichen Verträgen kritisieren die Vertreter des souveränistischen Diskurses in erster Linie den Anspruch des IStGH, auch Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten strafrechtlich verfolgen zu können, sofern diese auf dem Territorium eines Mitgliedsstaats einen Verstoß gegen das Völkerstrafrecht begangen haben. Auf der Rom-Konferenz versuchte David Scheffer beispielsweise immer wieder, das IStGH-Statut als ‚treaty law‘ darzustellen (1999: 18).⁴⁴ Darin kommt deutlich zum Ausdruck, dass Souveränisten die rechtliche Grundlage des IStGH in einer anderen Weise interpretieren, als das im Rahmen des legalistischen Diskurses der Fall ist, dem zufolge der Gerichtshof quasi-universale völkerrechtliche Bestimmung durchsetzen soll, die nicht in direkter Weise an die Zustimmung jedes einzelnen Staates gebunden sind. Aus einem souveränistischen Blickwinkel ist ein solch quasi-universales Fundament nicht zulässig, weil es das Erfordernis der expliziten Zustimmung eines jeden betroffenen Staates zu einer völkerrechtlichen Institution ignoriert.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Vertreter des souveränistischen Diskurses den Legalismus dafür angreifen, dass er die internationale Gesellschaft der Staaten als den wesentlichen Referenzpunkt für Menschenrechte betrachtet. Souveränisten argumentieren in diesem Zusammenhang, dass diese legalistische Konstruktion lediglich als ein Deckmantel für die *neo-imperialen Bestrebungen europäischer politischer Eliten* diene. Diese Kritik wurde vor allem von Medienkommentatoren wiederholt geäußert. In diesem Kontext ist die folgende Passage aus einem im *Seattle Post-Intelligencer* veröffentlichten Artikels beispielhaft:

⁴⁴ David J. Scheffer, DipCon 9th meeting (22.06.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.9, Vol. II, S. 195.

„Because the ICC is a facet of the European elites' agenda of disparaging and diluting the sovereignty of nations, it is especially ill-suited to this moment, when the primacy of the nation-state needs to be affirmed.

[...]

Rather, the root of the European complaint of „unilateralism“ concerns the U.S. refusal to move “up from” the defense of national sovereignty. The ICC – „up“ there, untethered to the governance of any nation or settled legal system – *presupposes, among much else, the universality of a common conscience. That presupposition is refuted by the very nature of the ICC's principal enthusiasts, the European elites* who are incorrigible tolerant of Yassar Arafat's terrorism, but scandalized by U.S. „unilateralism“.⁴⁵

Allerdings wurde dieser Vorwurf nicht nur von US-amerikanischen Medienkommentatoren geäußert, sondern ist auch repräsentativ für souveränistisch orientierte Kommentare in Frankreich:

„[L]a CPI est bien loin de constituer un „projet de la communauté internationale“ auquel les Etats-Unis auraient „unilatéralement“ opposé une résistance. En réalité, elle n'est qu'un projet de l'Union européenne, auquel celle-ci a réussi à rallier des pays qui, pour la plupart, en raison de leur petite taille ou de leur extrême pauvreté, ne peuvent être sérieusement considérés comme des acteurs indépendants de la politique internationale.

[...]

La CPI a été fondée par un traité international : le statut de Rome. Or, c'est un principe évident du droit des traités explicitement confirmés par la convention de Vienne de 1969 que ceux-ci ne créent pas d'obligations pour des Etats non parties. Or, il semble que le statut de Rome prétende abandonner ce principe. [...] *Les anti-impérialistes d'antan reconvertis en impérialistes „humanitaires“ d'aujourd'hui s'en réjouiront sans doute.*⁴⁶

⁴⁵ George F. Will, 'U.S. isn't wary enough of new world court' in: *Seattle Post-Intelligencer* (14.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

⁴⁶ John Rosenthal, 'Les ambiguïtés de la Cour pénale internationale. Bush a raison de s'opposer à la CPI' in : *Le Figaro* (16.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

Auffallend ist, dass die Vertreter des souveränistischen Diskurses mit dem Vorwurf des Neo-Imperialismus in der Hauptsache offensichtlich auf den legalistischen Diskurs abzielen, obgleich dieser auch auf den interventionistischen Diskurs zutreffen könnte. Allerdings bleibt dieser Punkt wohl in Folge der Tatsache implizit, dass sowohl Interventionisten als auch Souveränisten gegen den IStGH opponieren und – zumindest gilt das für US-amerikanische Diplomaten, Völkerrechtler und Medienkommentatoren – auch eine Art strategische Allianz bilden, bzw. oft ein und dieselben Sprecher Elemente aus beiden Diskursen aufgreifen und vertreten. Implizit bleibt ebenfalls, dass sich das Rechtsverständnis beider Diskurse erheblich voneinander unterscheidet: während der interventionistische Diskurs das Völkergewohnheitsrecht in den Vordergrund stellt, privilegiert der souveränistische Diskurs das Völkervertragsrecht. Obschon beide Typen des Völkerrechts realiter mit einander verwoben sind und sich gegenseitig ergänzen, liegen ihnen doch unterschiedliche Rechtsverständnisse zugrunde, denn während das Völkergewohnheitsrecht auf der expliziten Zustimmung jedes betroffenen Staates beruht, bezieht sich das Völkergewohnheitsrecht auf die internationale Gesellschaft der Staaten und bleibt von der Ablehnung eines einzelnen Staates unberührt.

5.4 Zusammenfassung

Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, unterscheidet sich der souveränistische Diskurs im Hinblick auf das ihm zugrunde liegende Narrativ, die Konstruktion seiner ontologischen Referenzpunkte und bezüglich seiner Konzeptualisierung des Verhältnisses von Souveränität und Menschenrechten eindeutig vom legalistischen Diskurs auf der einen Seite und vom interventionistischen Diskurs auf der anderen. Hinsichtlich der souveränistischen Konstruktion der Zeitdimension habe ich nachgewiesen, dass Zeit weder als einer Fortschrittsdynamik unterworfen noch als Stillstand wahrgenommen wird. Vielmehr gehen Anhänger des souveränistischen Diskurses von einer ungleichzeitigen Entwicklung innerhalb des Völkerrechts aus. D.h., dass Staaten, deren normative Orientierung konvergieren, die Möglichkeit haben, sich auf vertragsrechtlichem Wege auf zwischenstaatliche Institutionen zu einigen, dabei aber die Entscheidung der Staaten respektieren müssen, die den entsprechenden Verträgen nicht beitreten wollen, weil sie sich deren normativen Grundlagen nicht verpflichtet fühlen.

Sowohl für den souveränistischen als auch für den legalistischen Diskurs stellt ‚rule of law‘ einen zentralen Begriff dar. Während der legalistische Diskurs die Etablierung von

„rule of law“-Strukturen auf der internationalen Ebene anvisiert, stellen sich die Vertreter des Souveränismus dieser Idee entschieden entgegen. Ihnen zufolge kann „rule of law“ nur auf Staaten beschränkt sein, da allein Staaten eine verfassungsrechtliche Struktur aufweisen und ihre Institutionen somit auf demokratischer Legitimität begründet sind. Die internationale Ordnung sollte dahingegen auf den Prinzipien der Koexistenz und der Nicht-Intervention basieren. Damit unterscheidet sich der souveränistische Diskurs auch deutlich vom Interventionismus, welcher davon ausgeht, dass die internationale Ordnung zu einem großen Teil auf den Bemühungen von Großmächten beruht, sie aufrechtzuerhalten – wenn nötig auch mit dem Mittel der Intervention. Zwar kritisieren sowohl der interventionistische als auch der souveränistische Diskurs den IStGH und dessen stark legalistisch geprägte institutionelle Ausformung, allerdings tun sie dies mithilfe unterschiedlicher Argumente. Interventionisten zufolge erschwert die Etablierung des IStGH die Wahrnehmung von Ordnungsfunktionen durch Großmächte, weil der Gerichtshof politisch motivierten Anklagen ein Forum bieten könnte und so Großmächte in ihrer Machtausübung einschränken könnte. Im Gegensatz dazu argumentieren Souveränisten, dass der IStGH illegitimerweise staatliche Kompetenzen an sich ziehe, ohne dass alle betroffenen Staaten einer solchen Delegation in ausreichendem Maße zugestimmt hätte. Aus souveränistischer Perspektive liegt die Bedrohung der internationalen Ordnung durch den IStGH darin, dass dieser darauf abzielt, Normen universal zu verbreiten und durchzusetzen, die gar nicht das tatsächliche normative Fundament der internationalen Gesellschaft widerspiegeln, sondern sich aus der Agenda einiger Staaten ableiten. Damit, so erklären Souveränisten, könnte die rudimentäre, aber stabile normative Grundlage der internationalen Gesellschaft überstrapaziert werden.

Im Hinblick auf die ontologischen Referenzpunkte des souveränistischen Diskurses wurde gezeigt, dass der einzelne Staat die relevanteste Einheit innerhalb der internationalen Beziehungen darstellt. Aus dieser Perspektive wird der IStGH vor allem dafür kritisiert, dass er eine illegitime, direkte Verbindung zwischen der sub-staatlichen Ebene der NGOs und der Individuen auf der einen Seite und der supra-staatlichen Ebene auf der anderen Seite herstellt. In den Augen der Vertreter des souveränistischen Diskurses gilt dies als ein Anzeichen dafür, dass Staaten zunehmend von zwei Seiten unter Druck geraten. Dagegen wenden sie ein, dass der Staat zwischen Individuen auf der einen Seite und der supra-staatlichen Ebene auf der anderen vermitteln sollte. Darüber hinaus binden sie auch den Begriff des Interesses eng an die Kategorie des

einzelnen Staates. Sie weisen die Idee eines kollektiven Interesses der internationalen Gesellschaft aller Staaten vehement zurück und stellen sie als einen Deckmantel für die speziellen Interessen eines Staates oder einer Gruppe von Staaten dar, der oder die versuchen, ihren Einfluss auf andere Staaten zu vergrößern.

Das Konzept der Souveränität innerhalb des souveränistischen Diskurses lässt sich als ‚konstitutionelle Souveränität‘ bezeichnen. Es beruht auf einer eher traditionellen Auffassung von Souveränität als der Unabhängigkeit eines Staates von anderen Staaten und von potentiellen höheren Autoritäten. Zugleich zeigt es eine enge Bindung der Souveränität eines Staates an seine Verfassung an, die als die ultimative Quelle politischer Macht, aber auch als limitierender Maßstab der Ausübung derselben gilt. Aus der souveränistischen Perspektive ist demzufolge auch die Verfassung eines Staates völkerrechtlichen Bestimmungen vorgeordnet. Jeder völkerrechtliche Vertrag, den ein Staat ratifiziert, sollte mit seiner Verfassung übereinstimmen und wenn das nicht der Fall ist, sollten dem betreffenden Staat die Möglichkeit zu Vorbehalten oder Ausnahmeregelungen eingeräumt werden. Eine Verfassungsänderung im Sinne des völkerrechtlichen Vertrages kommt dahingegen nicht in Frage.

Die Vertreter des souveränistischen Diskurses gehen davon aus, dass die internationale Gesellschaft auf einem dünnen normativen Fundament aufruht, welches im Wesentlichen durch die Normen der Koexistenz und der Nicht-Intervention gekennzeichnet ist. Diese Auffassung ist eng mit der Forderung nach einer symmetrischen Struktur der internationalen Ordnung verbunden. Die einzig legitime Art und Weise, in der Staaten die Implementierung von Menschenrechten innerhalb von anderen Staaten beeinflussen können, besteht darin, ein gutes Beispiel zu bieten. Obgleich also der legalistische und der souveränistische Diskurs hinsichtlich der Forderung nach Symmetrie als dem wesentlichen Strukturmerkmal der internationalen Ordnung übereinstimmen, kritisieren die Vertreter des Souveränismus das stark legalistisch geprägte IStGH-Statut dahingehend, dass es eine vermeintliche Asymmetrie zwischen Mitgliedstaaten und Nicht-Mitgliedstaaten etabliere, da der IStGH gemäß seinem Statut auch Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten strafrechtlich verfolgen könne. Souveränisten zufolge verletzt dieser Umstand das Erfordernis der expliziten Zustimmung eines Staates zu einer internationalen Institution und stellt eine illegitime Einmischung in die Rechtsprechungskompetenzen der Nicht-Mitgliedstaaten dar.

Schließlich wurde auch nachgewiesen, dass der souveränistische Diskurs Menschenrechte als in erster Linie auf den staatlichen Rahmen bezogen betrachtet.

Folglich ziehen seine Vertreter die Implementierung von Menschenrechten auf der staatlichen Ebene deren Durchsetzung durch supra-staatliche Organe vor. Dabei lautet die extreme souveränistische Position, dass Menschenrechte in erster Linie als an bestimmte Staaten gebundene Bürgerrechte verstanden werden sollten und dem Staat damit die alleinige Kompetenz im Hinblick auf ihre Implementierung zukommt. Die moderate Position dagegen beruht auf der Annahme, dass Menschenrechte zwar in erster Linie an den staatlichen Rahmen geknüpft sind, dass allerdings unter Umständen die normativen Orientierungen mehrerer Staaten so konvergieren könnten, dass diese Staaten sich zu einer gemeinsamen Implementierung von Menschenrechten entschließen. Die aus einer solchen normativen Konvergenz hervorgehende Institution könnte dann allerdings nur zwischenstaatlicher Natur sein, d.h. sie wäre durch einen geringen Delegationsgrad und ein hohes Maß an Kontrolle von staatlicher Seite charakterisiert. Die Durchsetzung von Menschenrechten durch ein supra-staatliches Organ, das der Kontrolle von Staaten weitgehend entzogen ist, lehnen aber sowohl die extremen als auch die moderaten Vertreter des souveränistischen Diskurses ab.

6 DER PROGRESSIVISTISCHE DISKURS

Wie bereits im zweiten Kapitel angedeutet, stellt der progressivistische Diskurs einen besonderen und schwierigen Fall dar, da er im Rahmen der Debatte über den IStGH nur eine marginale Rolle spielte. Der Grund dafür ist, dass der progressivistische Diskurs sich in Fundamentalopposition zum Projekt des IStGH befindet. Zwar kritisierten die Vertreter des interventionistischen und des souveränistischen Diskurses zwar auch den IStGH, allerdings zielte ihre Kritik in erster Linie auf die konkrete institutionalistische Ausgestaltung des Gerichtshofs ab, nicht jedoch auf das Ziel, die Straffreiheit für Verstöße gegen das Völkerstrafrecht zu bekämpfen. Der progressivistische Diskurs hingegen bestreitet den Nutzen des IStGH unabhängig von dessen konkretem institutionellen Design. Wie im Folgenden detailliert dargelegt wird, beruht der progressivistische Diskurs auf der Idee, dass die globale Verbreitung demokratischer Strukturen den einzig gangbaren Weg hin zu einer dauerhaft friedlichen internationalen Ordnung darstellt. Dabei nimmt er explizit Rekurs auf die These des ‚demokratischen Friedens‘. Progressivisten argumentieren, dass die strafrechtliche Verfolgung von Verstößen gegen die Menschenrechte und gegen das humanitäre Völkerrecht bei der Demokratisierung eher hinderlich sei, während Straffreiheit der Demokratisierung dienlich sei. Die zugrunde liegende Argumentation lautet wie folgt: die Aussicht auf Straffreiheit könnte autoritäre Führungsfiguren dazu veranlassen, ihre Macht aufzugeben und demokratischen Kräften zu weichen. Mit dem Inkrafttreten des IStGH, so Vertreter des progressivistischen Diskurses, sinken jedoch die Chancen für einen solchen friedlichen Machtwechsel, da autoritäre Politiker nun, da ihnen eine strafrechtliche Verfolgung droht, so lange wie nur möglich an ihrer Macht festhalten werden. Daher stellt die Frage nach Amnestien die einzige Schnittstelle zwischen progressivistischen Diskurs und der Debatte über den IStGH dar. Zugleich kommt in diesem Punkt der grundlegende Widerspruch zwischen dem Progressivismus und dem Projekt des IStGH zum Ausdruck. In den Worten eines Völkerrechtlers: ‚blanket amnesties could never warrant deference, as they are the *antithesis of the ICC*; even in situations of extreme political necessity, to accept a blanket amnesty would be for the ICC to succumb to blackmail‘ (Robinson 2003: 481 – Hervorh. S. Sch.).

Diese Konstellation bringt methodische Schwierigkeiten mit sich: obgleich das Problem der Amnestien innerhalb der Debatte über den IStGH auftauchte, spielte der progressivistische Diskurs nur eine marginale Rolle. Die Beiträge zur Frage der

Amnestien erwiesen sich als zu knapp, um daraus den gesamten Diskurs zu rekonstruieren. Daher wurden zusätzliche Daten erhoben, um den progressivistischen Diskurs im Detail analysieren zu können. Um einen hohen Grad an methodischer Rigorosität beizubehalten, sollte eine beliebige Auswahl von Daten vermieden werden. Vielmehr bestand die Herausforderung darin, einen thematischen Fokus zu finden und bei der Datenerhebung ähnlich zu verfahren, wie bezüglich des ursprünglichen Datensatzes. Angesichts der theoretischen Grundlegung der diskursiven Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten wurde nach einem mehr oder weniger kohärenten Set von Statements und Texten gesucht, die auf der Annahme einer *asymmetrischen internationalen Ordnung* beruhen und zugleich eine Präferenz für die *Implementierung von Menschenrechten auf der staatlichen Ebene* aufweisen. Dieses wurde im Kontext der Debatten über die UN-Reform und der Gründung der sogenannten ‚Community of Democracies‘ gefunden, die im Jahr 2000 stattfand. Das bedeutet allerdings nicht, dass dies der einzige Kontext ist, in dem der progressivistische Diskurs eine Rolle spielte. Es bliebe beispielsweise zu prüfen, inwiefern er auch in anderen Bereichen der US-amerikanischen Außenpolitik, aber auch der europäischen Außenpolitik, insbesondere im Rahmen der EU-Erweiterung – relevant ist. Generell besteht das Ziel dieses Kapitels nicht darin, eine erschöpfende Analyse des progressivistischen Diskurses abzuliefern, sondern nur seine wesentlichen Aspekte zu veranschaulichen, um eine komplette Darstellung der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten zu erreichen.

Die ‚Community of Democracies‘ ist eine Vereinigung von ungefähr 100 Staaten. Sie wurde, unter anderen, von den USA gegründet und ihr Ziel besteht darin, Demokratie global zu verbreiten. Die Community of Democracies stellt eine ‚geschlossene Gesellschaft‘ dar in dem Sinne, dass nur explizit dazu aufgeforderte Staaten an ihr partizipieren dürfen. Gemäß den ‚Criteria for Participation and Procedures‘ der Community ‚[i]nvitations to participate will be issued to genuine democracies and those countries undergoing democratic consolidation‘.¹ Dieser Struktur liegt der Gedanke zugrunde, dass nur demokratische Staaten auf legitime und effektive Weise in internationalen Organisationen mitarbeiten können. Das Konzept der Verquickung des Zugangs zu supra-staatlichen Foren mit innerstaatlich demokratischen Strukturen wurde auch im Rahmen der Debatte über die UN-Reform populär und in diesem Kontext vor

¹ Community of Democracies Convening Group, ‚Criteria for Participation and Procedures‘ (27.09.2002); <http://www.state.gov/g/drl/26085.htm>.

allem in den USA. Die Vertreter des progressivistischen Diskurses gingen zwar nicht so weit, eine Rückkehr zu Woodrow Wilsons ursprünglicher Idee einer ‚League of Democracies‘ zu fordern (vgl. Moravcsik 1997: 545) und nur demokratischen Staaten Zugang zu UN-Organen zu gewähren, allerdings versammelt die ‚Community of Democracies‘ einen so genannten ‚Caucus of Democracies‘ in UN-Organen wie z. B. der Generalversammlung und der UN-Menschenrechtskommission (UNCHR). Die UN-Menschenrechtskommission wurde innerhalb des letzten Jahrzehnts zu einem besonderen Fokus der progressivistischen Kritik, da Staaten, die als notorische Menschenrechtsverächter bekannt waren – wie Libyen und Sudan – in die Kommission gewählt wurden, während demokratische Staaten wie die USA abgewählt wurden. Eine Resolution der Generalversammlung vom 15. März 2006 legte schließlich die Auflösung der Menschenrechtskommission und ihre Ersetzung durch einen Menschenrechtsrat fest, in dessen Rahmen solche Inkonsistenzen dadurch vermieden werden sollen, dass die Generalversammlung Staaten bei flagranten Menschenrechtsverstößen mit einer Zweidrittelmehrheit aus dem Rat abwählen kann.²

Was die ‚Community of Democracies‘ selbst betrifft, konnte sie nicht die Wirkung entfalten, die sich ihre Gründer offensichtlich erhofft hatten. Das lag zum Teil an der zögerlichen Haltung der europäischen Staaten, die - außer Polen und der Tschechischen Republik, die zu den Gründungsmitgliedern der Community gehörte – dieser eher skeptisch gegenüberstanden. Diese Skepsis bezog sich in der Hauptsache auf die exklusive Struktur der Community. Der französische Delegierte Philippe Bossière sagte auf einer Sitzung der Generalversammlung im Rahmen eines Statements im Namen der EU mit Blick auf die Community: ‚Democracy is by its very essence *inclusive* and respectful of the views of all.‘³ Während europäische Diplomaten in Folge dieser generellen Skepsis die Community nicht mehr erwähnten, genoss sie dagegen in den USA fortgesetzte Popularität.

² Vgl. U.N. Doc. A/60/L.48. Die Lösung der Abwahlmöglichkeit von einzelnen Ländern mit Zweidrittelmehrheit in der Generalversammlung stellt einen Kompromiss dar. Die Vorschläge der USA gingen weiter und sahen die Aufstellung genereller Kriterien für die Mitgliedschaft im neuen Menschenrechtsrat vor, die schon vor einer Wahl gegriffen hätten, d.h. also, verhindert hätten, dass sich bestimmte Staaten überhaupt für den Menschenrechtsrat zur Wahl stellen können. Vgl. Press Release, General Assembly (15.03.2006); <http://www.un.org/News/Press/docs/2006/ga10449.doc.htm>.

³ Philippe Bossière, UN GA plenary meeting (21.11.2000); U.N. Doc. A/55/PV.70, S. 7 – Hervorh. S. Sch.

Diesem Kapitel liegt die Erhebung von vier unterschiedlichen Datentypen zugrunde. Die ‚Community of Democracies‘ wurde in der Generalversammlung von 1999 bis 2005 dreimal diskutiert und die entsprechenden Debatten wurden ausgewertet. Darüber hinaus hat die Community mehrere offizielle Dokumente herausgegeben, die ebenfalls analysiert wurden: die Abschlusserklärung des Warschauer Gründungstreffens ‚Toward a Community of Democracies‘ (2000), die ‚Criteria for Participation and Procedures‘ (2002) und der ‚Seoul Action Plan‘ (2002). Zusätzlich wurden Statements und Erklärungen von Mitarbeitern des US-amerikanischen State Department in die Analyse einbezogen. Schließlich wurden auch Daten aus der Medienberichterstattung über die Community erhoben, wobei der Zeitraum der Erhebung auf drei Phasen begrenzt wurde: erstens, die Kommentierung des Gründungstreffens in Warschau (25.06.- 03.07.2000), zweitens, die Kommentierung des zweiten Treffens der Community in Seoul (10.11. – 18.11.2002) und drittens die Kommentierung des dritten Treffens in Santiago (28.04. – 06.05.2005). Es stellte sich dabei allerdings heraus, dass die ‚Community of Democracies‘ in den europäischen Medien kaum erwähnt wurde. Da die USA eines ihrer Gründungsmitglieder war, fiel die Kommentierung dort extensiver aus, konzentrierte sich jedoch in der Hauptsache auf das Warschauer Gründungstreffen. Aus diesem Grunde wurde der Erhebungszeitraum für die erste Erhebungsphase auf den gesamten Monat Juli 2000 ausgeweitet. Generell zog das Thema der ‚Community of Democracies‘ weitaus weniger öffentliches Interesse auf sich als der IStGH selbst. Trotzdem gibt die Debatte über die Community wichtige Aufschlüsse über den progressivistischen Diskurs, wie im Folgenden gezeigt wird.

Die untenstehende Tabelle fasst die wesentlichen Aspekte des progressivistischen Diskurses zusammen:

Tabelle 5 Zentrale Aspekte des progressivistischen Diskurses

Konstruktion der Zeitdimension	Quellen der int. Ordnung	Eigenschaften der int. Ordnung	Fundamentale ontologische Einheiten	Begriff des Interesses bezieht sich auf	Begriff der Souveränität	Menschenrechte beziehen sich auf
Fortschritt	Demokratischer Frieden	Asymmetrie	Individuen/ Zivilgesellschaft	Individuen/ demokratische Staaten	Volkssouveränität	Essentialist. Menschenbild/ Naturrecht

Das vorliegende Kapitel besteht aus drei Teilen. Der erste Teil widmet sich dem Narrativ, das dem progressivistischen Diskurs zugrunde liegt. Dieses beruht auf drei zentralen Aspekten: auf der Konstruktion der Zeit als eines teleologischen Fortschritts hin zu einer ubiquitären Demokratisierung, auf der anthropologischen Idee eines

Wunsches nach Freiheit und Demokratie als zentrales Element der menschlichen Natur und schließlich auf der These des demokratischen Friedens, der zufolge Demokratien keine Kriege gegeneinander führen. Im zweiten Teil wird gezeigt werden, dass Individuen bzw. die aus Individuen bestehende Zivilgesellschaft den wesentlichen ontologischen Bezugspunkt für den progressivistischen Diskurs darstellt. Im Gegensatz zu dem an der Weltgesellschaft orientierten Strang des Legalismus begreifen die Vertreter des progressivistischen Diskurses Individuen aber nicht als kosmopolitische Weltbürger, sondern als Teile einer Zivilgesellschaft, die fest innerhalb der Grenzen von Staaten verankert sind. Dem progressivistischen Diskurs zufolge entscheidet aber das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft, welche Rolle der betreffende Staat auf der supra-staatlichen Ebene spielen sollte. Der dritte Teil erläutert den progressivistischen Souveränitätsbegriff und die Interpretation der Menschenrechte, die aus diesem Diskurs hervorgeht. Seine Vertreter verknüpfen den Begriff der Souveränität eng mit dem Konzept des Volkes – Souveränität bedeutet hier somit Volkssouveränität. Die Frage danach, ob ein Staat diesem Ideal der Volkssouveränität gerecht wird, bildet zugleich die Basis für die progressivistische Vorstellung einer asymmetrischen internationalen Ordnung. Darüber hinaus wird nachgewiesen, dass das progressivistische Verständnis der Menschenrechte sich stark an der Tradition des Naturrechts orientiert. Obgleich diese Anbindung eher auf überstaatliche Verwurzelungen der Menschenrechte schließen lässt, wird gezeigt, dass der progressivistische Diskurs die Implementierung von Menschenrechten innerhalb von Staaten supra-staatlichen Mechanismen zu ihrer Durchsetzung vorzieht.

6.1 Das progressivistische Narrativ: internationale Ordnung als demokratischer Frieden

6.1.1 Fortschritt im Sinne einer ubiquitären Demokratisierung

Der progressivistische Diskurs erweist sich insofern als dem Legalismus ähnlich, als auch er die Dimension der Zeit als eine Fortschrittsentwicklung konzipiert. Dabei nehmen beide Diskurse Rekurs auf die Tradition der Aufklärung und ihrer Forderung nach einer Rationalisierung politischer Herrschaft und der Etablierung rechtlicher Institutionen. Allerdings unterscheiden sie sich im Hinblick auf die Frage, auf welches Ziel der Fortschritt gerichtet ist: während der legalistische Diskurs die *Verrechtlichung der internationalen Beziehungen* als *telos* des Fortschritts betrachtet, fokussiert der

progressivistische Diskurs in erster Linie die innerstaatlichen Strukturen. Ihm zufolge liegt das *telos* des Fortschritts in der einer ubiquitären Demokratisierung von Staaten. Dies kommt in folgendem Statement der US-amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice zum Ausdruck, das diese auf dem Eröffnungstreffen der ‚Community of Democracies‘ 2005 in Santiago abgab:

‚We at the Community of Democracies must use the power of our shared ideals to *accelerate democracy’s movement to ever more places around the globe*. We must usher in an era of democracy that thinks of tyranny as we thought of slavery today: a moral abomination that could not withstand *the natural desire of every human being for a life of liberty and of dignity*.‘⁴

Aus dem Zitat wird ersichtlich, dass der progressivistische Diskurs im Hinblick auf die Erreichung des Ziels der ubiquitären Demokratisierung eine bestimmte anthropologische Determination voraussetzt, nämlich den Wunsch nach Demokratie und Selbstregierung, der allen Menschen eigen sein soll. Folglich gehen die Anhänger dieses Diskurses davon aus, dass die treibende Kraft hinter der Demokratisierung letztlich die menschliche Natur selbst ist.

Der US-amerikanische Delegierte Yousif Ghafari beschrieb die menschliche Natur, auf die die ‚Community of Democracies‘ bei ihren Anstrengungen baut, im Rahmen eines Statements in der UN-Generalversammlung wie folgt:

‚While *citizens’ desire for individual freedoms* can be repressed for a time by authoritarian and corrupt regimes, *history shows us that transition is possible – it is, in fact, inevitable*. That knowledge bolsters our support for the inalienable rights of freedom-loving people everywhere. Meeting that challenge will require strong cooperation among democratic nations and we stand with those Governments that respect human dignity.‘⁵

Da dem progressivistischen Diskurs die Annahme zugrunde liegt, dass das Verlangen nach Demokratie tief in der menschlichen Natur verwurzelt ist, betrachten seine Vertreter Demokratisierung in erster Linie als einen Prozess, der von der Zivilgesellschaft innerhalb eines Staates ausgeht, aber undemokratischen Staaten nicht

⁴ Condoleezza Rice, ‚Remarks at the Community of Democracies Opening Plenary‘, Santiago (28.04.2005); <http://www.state.gov/secretary/rm/2005/45386.htm> - Hervorh. S. Sch.

⁵ Yousif Ghafari, UN GA plenary meeting (10.12.2004); A/59/PV.70, S. 19 – Hervorh. S. Sch.

von außen aufgezwungen werden kann. Die Staatssekretärin des State Department, Paula Dobriansky, macht dies in einem Beitrag zu einer Diskussion auf dem Treffen der ‚Community of Democracies‘ in Seoul deutlich:

‚As more and more countries adopt democratic practices, the evidence continues to mount: *Democracy is not a foreign import or imposition*, but an inspiration to men and women all around the world who work for change within their own societies.

Democratic ideals and values speak to a yearning fundamental to every human being – a yearning for freedom and dignity and a better life for themselves and their children.’⁶

6.1.2 Demokratischer Frieden als die Grundlage der internationalen Ordnung

Die These des demokratischen Friedens wird meistens mit dem Erbe Kants und Wilsons in Verbindung gebracht (vgl. Cox 2000; Czempiel 1996; Risse-Kappen 1994; Hurrell 1990; Levy 1988, Doyle 1983). Kurz gefasst besagt die These des demokratischen Friedens, dass Demokratien nicht gegeneinander Krieg führen. Den Theoretikern des demokratischen Friedens zufolge wurde einer der wesentlichen Gründe dafür schon von Kant in seiner Friedensschrift vorgebracht: sobald die Bürger eines Staates durch demokratische Strukturen und Prozesse einen Einfluss auf die Entscheidung über Krieg und Frieden haben, käme der Krieg als Instrument der Politik nicht mehr in Frage, da das Volk als der potentielle Träger seiner Kosten nicht zu seinem eigenen Schaden entscheiden werde (Kant 1995[1795]; vgl. Czempiel 1996). Franceschet fasst die These des demokratischen Friedens folgendermaßen zusammen:

‚The DP [Democratic Peace – S. Sch.] theorists thus express the classical liberal internationalist hope that the *external* sovereignty of states will be exercised with more restraint – and anarchy will thereby be mitigated – when *internal* sovereignty is located in the people.’ (2000: 284).

⁶ Paula J. Dobriansky, Remarks delivered by Under Secretary Dobriansky to the Community of Democracies on behalf of Secretary Powell, Seoul (11.11.2002); <http://www.state.gov/g/rls/rm/2002/16254.htm> - Hervorh. S. Sch.

Die These des demokratischen Friedens blieb jedoch nicht unhinterfragt. Einerseits wurde sie im Hinblick auf ihren Mangel an Erklärungskraft und Präzision kritisiert. Diesbezüglich lautete das Argument, dass die These empirisch auf wackligen Füßen stehe und dass die letztendliche kausale Beziehung zwischen innerstaatlichen demokratischen Strukturen auf der einen Seite und externer Friedfertigkeit auf der anderen nicht zufrieden stellend geklärt werden konnte (vgl. Risse-Kappen 1995; Cohen 1994, Layne 1994). Auf der anderen Seite wurden die Theoretiker des demokratischen Friedens aufgrund ihrer zu engen Lesart von Kant angegriffen (Franceschet 2000; C. Brown 1992b). Die Interpretation von Demokratie als einer rein innerstaatlichen Struktur, so Franceschet, ‚only reinforces the statist framework of international relations, a grid that Kant himself realized cannot ultimately satisfy the conditions of individual freedom‘ (2000: 286).

Trotz dieser Kritik spielt die These des demokratischen Friedens innerhalb des progressivistischen Diskurses eine zentrale Rolle, und zwar als Antwort auf die Frage, was das optimale Fundament für eine dauerhafte internationale Ordnung darstellen könnte. Die Vertreter des progressivistischen Diskurses gehen davon aus, dass Demokratisierung nicht nur den Bürgern eines Staates zugute kommt, sondern auch der internationalen Ordnung als solcher. Diese Überzeugung ist für den progressivistischen Diskurs von so zentraler Bedeutung, dass sie als eines der Prinzipien der ‚Community of Democracies‘ in der Abschlusserklärung ihres Gründungstreffens in Warschau festgehalten ist: als eines der ersten Prinzipien ist dort aufgeführt, dass die Mitglieder der Community ‚are emphasizing the interdependence between peace, development, human rights and democracy‘.⁷

In diesem Sinne führte auch der US-amerikanische Delegierte Revius Ortique über den Zusammenhang von Demokratie und Frieden aus:

‚Genuine democracy is not a function of a single election or a single document. It depends on many factors, such as the development of a strong civil society, an informed citizenry, a free press, a loyal opposition and respect for human rights and the rule of law. Without fear of justifiable contradiction, I declare to this

⁷ Final Warsaw Declaration: ‚Toward a Community of Democracies‘, Warsaw (27.06.2000), <http://state.gov/g/drl/rls/26811.htm>.

Assembly that *democratic Governments represent the best means of fostering political stability, economic progress and peaceful cooperation among states.*⁸

Die Vertreter des progressivistischen Diskurses betrachten Demokratie, in den Worten des US-amerikanischen Delegierten Maurice Halperin ‚as the essential precondition for a more peaceful, prosperous, and just world‘.⁹ In dieser Hinsicht scheint es Ähnlichkeiten zwischen dem progressivistischen und dem souveränistischen Diskurs zu geben, da auch letzterer die Rolle von demokratischen innerstaatlichen Strukturen betont und deren Wichtigkeit für die Entstehung politischer Ordnung unterstreicht. Während jedoch der souveränistische Diskurs die Differenzen zwischen den einzelnen staatlichen Verfassungen in den Vordergrund stellt und das Prinzip der Koexistenz unter den Bedingungen der Differenz als eine wesentliche Grundlage der internationalen Ordnung hervorhebt, argumentieren die Anhänger des progressivistischen Diskurses ganz im Gegenteil, dass die Gleichheit innerstaatlicher Strukturen – also die ubiquitäre Verbreitung der Demokratie – letztendlich zu einer friedvollen internationalen Ordnung führen werde.

6.1.3 Fundamentalopposition zum IStGH: Amnestien im Rahmen des progressivistischen Diskurses

Wie eingangs schon erwähnt besteht der Grund dafür, dass der progressivistische Diskurs im Rahmen der Debatte über den IStGH nur eine marginale Rolle spielte, darin, dass seine Vertreter das Projekt des IStGH als solches ablehnen. Während die Konflikte zwischen den Vertretern des Legalismus und den Anhängern des interventionistischen Diskurses auf der einen Seite und denen des Souveränismus auf der anderen sich im Wesentlichen auf das institutionelle Design des IStGH richten, jedoch das Ziel der Bekämpfung von Straffreiheit für Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in Frage stellen, ist genau das das Anliegen der Anhänger des Progressivismus. Sie betrachten den Kampf gegen die Straffreiheit als ein ernstzunehmendes Hindernis auf dem Weg zur Demokratisierung, da die Aussicht auf Strafverfolgung eine friedlich Machtübergabe von autoritären Politikern zu

⁸ Revius O. Ortique, UN GA plenary meeting (29.11.1999); U.N. Doc. A/54/PV.64, S. 10 – Hervorh. S. Sch.

⁹ Maurice Halperin, UN GA plenary meeting (21.11.2000); A/55/PV.70, S. 12.

demokratischen Kräften erschwere. Im Gegensatz dazu würde die Möglichkeit weit reichender Amnestien die Demokratisierung befördern.

Das Thema der Amnestien stellt den einzigen Schnittpunkt zwischen den Debatten über den IStGH und dem progressivistischen Diskurs dar. In diesem Kontext ist es erstaunlich, dass nur Völkerrechtler und Medienkommentatoren dieses Thema aufgriffen, nicht jedoch Diplomaten. Eine vorläufige Hypothese im Hinblick auf diese Besonderheit könnte lauten, dass innerhalb der Diskursarena der Diplomatie generell Situationen des Fundamentalkonflikts vermieden bzw. letztere ausgeklammert werden, um nicht die grundsätzliche Basis eines gegenseitigen Verstehens zu gefährden. Dieser Hypothese zufolge wären Konflikte zwischen Legalisten und Interventionisten bzw. zwischen Legalisten und Souveränisten legitim, sofern in diesen Konflikten nicht über das prinzipielle Ziel – die Bekämpfung der Straffreiheit – gestritten wird, sondern nur über den am besten geeigneten Weg dorthin. Die Kommunikation scheint dann nicht gefährdet, wenn es einen Minimalkonsens gibt.

Im Rahmen des legalistischen Diskurses wird die Versöhnung von durch Bürgerkrieg gespaltenen Gesellschaften als eine der wesentlichen Funktionen des IStGH betrachtet. Dagegen interpretieren Progressivisten straffrechtliche Verfolgungen durch den IStGH – oder andere Gerichte und Tribunale – als ‚Vergeltung‘ oder sogar als ‚Rache‘ und stellen der somit negativ konnotierten Strafverfolgung die Option der Amnestien gegenüber. Aus progressivistischer Perspektive kommt nicht der Strafverfolgung die Funktion der Versöhnung zu, sondern den Amnestien. Diesbezüglich ist vor allem folgende Passage aus einem Artikel der *Arkansas Democrat-Gazette* aufschlussreich:

„The ability to give dictators a face-saving way out is an essential component of democratic change. Most societies, offered the choice between *looking backward for revenge* and *looking forward to democratic reconstruction*, have chosen the latter.

[...]

[A]n International Criminal Court would take away that choice. An independent prosecutor, answerable to no state or institution, would have the power to indict a nation’s former leaders and *overrule its national reconciliation process*.¹⁰

¹⁰ Marc A. Thiessen, ‚Prosecution a bad way to remove a dictator. The ability to give dictators a face-saving way out is an essential component of democratic change‘ in: *Arkansas Democrat-Gazette* (16.07.2000) – Hervorh. S. Sch.

Auf eine weniger polemische Art und Weise griff auch die US-amerikanische Völkerrechtlerin Ruth Wedgwood das Problem der Amnestien auf. Sie warf den Delegierten auf der Rom-Konferenz vor, die Frage nach der Zulässigkeit von Amnestien vor dem IStGH nicht ausreichend diskutiert zu haben:

„Many of us hope that taking responsibility at an international level for the prosecution of gross human rights violations – including systematic war crimes, torture and disappearances – will increase the number of instances when a transition can be stabilized without casting a blind eye to the past. There is less point in threatening a barracks coup if a defendant is already in the Hague (or London) awaiting trial; an international actor is not directly vulnerable to pressure. But one must recognize that militaries can still attempt confrontation, *holding local democracy hostage*, making plain what the cost of any prosecution may be.

What to do in such situations requires prudential judgment and high statesmanship. [...] But no plenary discussion of this vexing problem was had in Rome. [...] [T]he Rome Statute omits any direct account of the problem of amnesties, and the failure to acknowledge the legitimacy of considering local amnesties under the Statute may prove troublesome.’ (Wedgwood 1999: 96 – Hervorh. S. Sch.)

Das Rom-Statut ist im Hinblick auf die Frage nach Amnestien eindeutig: der IStGH dient der Strafverfolgung, nicht der Gewährung von Amnestien. Bezüglich der Strafverfolgung auf nationaler Ebene im Rahmen des Komplementaritätsprinzips hält das Rom-Statut auch nur einen sehr schmalen Spielraum bereit. Gemäß Art. 17 (1) zählt die Einsetzung eines Amnestie-Regimes nicht zu den Fällen, in denen eine Situation von der Strafverfolgung durch den IStGH ausgenommen ist. Allerdings besteht für nationale Gerichte die Möglichkeit, amnestieähnliche Maßnahmen wie Begnadigung, Haftaussetzung oder Strafmilderung nach einer strafrechtlichen Verurteilung zu gewähren (vgl. Broomhall 2003: 100f.). Insgesamt ist also sowohl die ideelle Inspiration des IStGH wie auch ihre praktische Umsetzung im Rahmen des Rom-Statuts eher gegen Amnestien gerichtet. In den Worten eines Völkerrechtlers stellen Amnestien für schwere Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht die Antithese des IStGH dar, „because the very purpose of the International Criminal Court is to ensure that perpetrators of genocide, crimes against humanity and war crimes do

not escape prosecution for their crimes' (Robinson 2003: 504). Das weist darauf hin, dass der Spielraum für ein mögliches Entgegenkommen in Richtung der progressivistischen Einwände auf der Rom-Konferenz denkbar gering war. Dieser Umstand verschärfte wiederum die Kritik der Vertreter des progressivistischen Diskurses am Projekt des IStGH, wie folgender Paragraph aus dem bereits zitierten Medienkommentar zeigt:

',The ICC is a case of global do-goodism gone wrong. It will hurt, rather than help, the cause of freedom. This is a case where the opponents of „global justice“ are on the side of democracy – and the human rights campaigners are unwittingly in league with tyrants.'

In dem Konflikt über die Frage der Amnestien kam erschwerend hinzu, dass in diesem Kontext offensichtlich zwei progressivistische Einwände zusammentrafen. Der erste betrifft die im Vorhergehenden dargestellten progressivistischen Bedenken gegen Strafverfahren im Allgemeinen. Der zweite berührt dahingegen die Frage, auf welche Entität sich strafrechtliche Verantwortlichkeit bezieht. Dem legalistischen Diskurs zufolge, der großen Einfluss auf das Rom-Statut hatte, besteht der Referenzpunkt für die strafrechtliche Verantwortlichkeit bei schweren Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht in der internationalen Gesellschaft der Staaten bzw. der Weltgesellschaft der Individuen. Im Gegensatz dazu gibt es Hinweise darauf, dass diese Referenz aus progressivistischer Sicht nicht gilt. Strafrechtliche Verantwortlichkeit bezieht sich im Rahmen dieses Diskurses auf einen Staat und seine Bürger.¹² Damit stützt sich progressivistische Opposition gegen den IStGH auf zwei Aspekte: erstens zielt sie auf die weitgehende Unzulässigkeit von Amnestien gemäß dem Rom-Statut ab, zweitens betrachten die Anhänger des progressivistischen Diskurses aber auch ein supra-staatliches Organ generell als ungeeignet, um über die Bestrafung von Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht zu entscheiden.

¹¹ Marc A. Thiessen, 'Prosecution a bad way to remove a dictator. The ability to give dictators a face-saving way out is an essential component of democratic change' in: *Arkansas Democrat-Gazette* (16.07.2000).

¹² Vgl. Final Warsaw Declaration 'Toward a Community of Democracies', Warsaw (27.06.2000); <http://www.state.gov/g/drl/rls/26811.htm>.

6.2 Ontologische Grundlagen des progressivistischen Diskurses: der Primat des Individuums und der Zivilgesellschaft

Im Rahmen des progressivistischen Diskurses bilden Individuen die primären Einheiten der Weltpolitik. In dieser Hinsicht lassen sich Parallelen zwischen dem an der Weltgesellschaft orientierten Strang des Legalismus und dem progressivistischen Diskurs feststellen. Im Gegensatz zu ersterem interpretieren die Vertreter des progressivistischen Diskurses Individuen allerdings nicht als kosmopolitische Weltbürger, sondern als Mitglieder einer bestimmten, innerhalb von staatlichen Grenzen organisierten politischen Gemeinschaft. Der Begriff der ‚Zivilgesellschaft‘ ist von besonderer Bedeutung für den progressivistischen Diskurs. Obschon Progressivisten von einem gewissen Grad der Transnationalisierung ausgehen, reicht ihr Begriff der Zivilgesellschaft nicht an das Konzept der ‚global civil society‘ heran (vgl. C. Brown 2001; Lipschutz 1996; Walzer 1995).

Je nachdem, wie sich das Verhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft gestaltet, teilt der progressivistische Diskurs Staaten in zwei unterschiedliche Kategorien ein: kann die Zivilgesellschaft als Träger der Volkssouveränität innerhalb von demokratischen Strukturen betrachtet werden, gilt der betreffende Staat als legitim. Die Wahrnehmung dieser Legitimität kommt symbolisch darin zum Ausdruck, dass der betreffende Staat eingeladen wird, an der ‚Community of Democracies‘ zu partizipieren. Wenn jedoch ein Staat die Zivilgesellschaft unterdrückt und seinen Bürgern keine Möglichkeit zur demokratischen Willensbildung einräumt, so gilt er als illegitim. Die Klassifikation von Staaten entsprechend dem Kriterium der demokratischen Legitimität berührt auch die progressivistische Auffassung von der Struktur der supra-staatlichen Ebene. Diese Institutionen sollten gemäß dem progressivistischen Diskurs zumindest zu einem gewissen Grad das Legitimitätsgefälle zwischen den unterschiedlichen Kategorien von Staaten widerspiegeln. Dabei betonen die Vertreter dieses Diskurses, dass die internationale Kooperation zwischen Staaten auf einem Fundament von Normen und Regeln aufbauen muss, welches über die bloße Koexistenz und Nicht-Intervention hinausgeht, um effektiv zu sein und selbst wiederum als legitim gelten zu können.

6.2.1 Individuen und die Zivilgesellschaft

Aus der progressivistischen Perspektive ist innerstaatliche Demokratie die wesentliche Basis der internationalen Ordnung. Der progressivistische Fokus auf die

innerstaatlichen Strukturen mag auf den ersten Blick an den souveränistischen Diskurs erinnern, der die Verfassung eines Staates in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt. Allerdings knüpft der progressivistische Diskurs im Hinblick auf die innerstaatlichen Strukturen gerade *nicht* an die Verfassung eines Staates an, sondern vielmehr an die Zivilgesellschaft, d.h. ihr Vorhandensein, ihre Struktur und ihre politische Relevanz. Demokratie ist also aus dieser Perspektive nicht in den formalen Institutionen und verfassungsrechtlichen Grundlagen eines Staates zu verorten, vielmehr muss sie aus der Zivilgesellschaft hervorgehen. Diese Überzeugung wurde bereits in der Warschauer Erklärung der ‚Community of Democracies‘ festgehalten:

‚We will also promote civil society, including women’s organizations, non-governmental organizations, labor and business associations, and independent media in their exercise of their democratic rights. Informed participation by all elements of society, men and women, in a country’s economic and political life, including by persons belonging to minority groups, is fundamental to a vibrant and durable democracy.’¹³

Da der progressivistische Diskurs Individuen als Mitgliedern der Zivilgesellschaft eine hohe Bedeutung beimisst, ist es wenig überraschend, dass sich auch die Demokratisierungsstrategien der Community in wesentlichen auf die Zivilgesellschaft richten. Der ‚Seoul Plan of Action‘ der Community widmet diesem Thema mehrere Paragraphen. Als erstes nennt er die Vermittlung bürgerlicher Tugenden als eine zentrale Voraussetzung für die Etablierung dauerhafter demokratischer Strukturen:

‚Recognizing that education at all levels is a fundamental component for ensuring citizens are aware of their rights and civic duties as members of a democratic society, equipped with the basic skills for effective participation in public affairs, and *that an educated citizenry is essential to the development, maintenance, and strengthening of democratic institutions and growth*, we intend to encourage States and all relevant levels of government in our respective countries to promote *a culture of democracy through education for democracy* [...].’¹⁴

¹³ Ebd.

¹⁴ Seoul Plan of Action ‚Democracy: Investing for Peace and Prosperity‘, Seoul (12.11.2002); <http://www.state.gov/g/drl/rls/15259.htm>.

Wie aus diesem Zitat ersichtlich wird, besitzt ‚Demokratie‘ aus der progressivistischen Perspektive in erster Linie eine kulturelle Dimension. Diese Sichtweise knüpft implizit an das Konzept der ‚civic culture‘ als Grundlage der Demokratie an (Almond und Verba 1989).¹⁵ In dieser Hinsicht unterscheidet sich der progressivistische Diskurs eindeutig vom Souveränismus, in dessen Rahmen Demokratie im Wesentlichen als das Vorhandensein von bestimmten formal-institutionellen Strukturen interpretiert sind, die in der Verfassung eines Staates wurzeln.¹⁶

Eine zweite progressivistische Strategie zur Stärkung der Zivilgesellschaft besteht in der Förderung des ‚volunteerism‘. Das folgende Zitat aus dem ‚Seoul Plan of Action‘ bringt auch in diesem Punkt die enge Verbindung zwischen Individuum, Zivilgesellschaft und Regierung zum Ausdruck, die aus der Sicht der Vertreter des progressivistischen Diskurses für eine Demokratie kennzeichnend sind:

‚Recognizing that active involvement in the community strengthens an individual, those served, and the community as a whole; contributes to a vibrant civil society;

¹⁵ Allerdings besteht eine bedeutsame Differenz zwischen Almond und Verbas Begriff der ‚civic culture‘ und dem progressivistischen Verständnis einer demokratischen politischen Kultur darin, dass Almond und Verba zufolge eine stabile Demokratie einer Mischung aus partizipatorischen und traditionellen Einstellungselementen auf der Ebene der Zivilgesellschaft bedarf (1989: 30), während der progressivistische Diskurs die partizipatorischen Elemente klar in den Vordergrund stellt.

¹⁶ Vgl. Kap. 5. Eine weiter reichende genealogische Hypothese über die Differenz des Demokratieverständnisses zwischen diesen Diskursen könnte lauten, dass der progressivistische Diskurs in erster Linie auf eine bestimmte Denktradition innerhalb der Moderne Rekurs nimmt. James Tully zufolge beruht Quentin Skinners Darstellung der ‚Foundations of Modern Political Thought‘ auf der These, dass diese Grundlagen des modernen politischen Denkens zwei Ideologien umfassen, ‚one dominant ideology and one subordinate counter-ideology‘ (1988: 17). Tully nennt die dominante Ideologie ‚juridical‘, insofern sie auf der Idee beruht, dass politische Macht durch den Standard des Rechts begrenzt ist. Dies ist die zentrale Annahme sowohl des legalistischen als auch des souveränistischen Diskurses. Die untergeordnete Ideologie des republikanischen Humanismus fokussiert dahingegen nicht das Recht als Maßstab der Macht, sondern die politischen Tugenden (ebd.; vgl. auch Skinner 1978: Vol. I, 88ff.). Um einen eindeutigen Zusammenhang zwischen dem progressivistischen Diskurs und der Ideologie des republikanischen Humanismus herzustellen, wäre allerdings eine exakte genealogische Analyse vonnöten, die den Rahmen dieser Arbeit jedoch sprengen würde.

and encourages partnership among citizens, civil society organizations, and governments, we intend to promote volunteerism [...].'¹⁷

Diesem Zitat zufolge ist Demokratie nicht in formalen politischen Strukturen verortet, sondern in informellen Netzwerken auf verschiedenen Ebenen innerhalb eines Staates. Wie bereits erläutert beruht der progressivistische Diskurs auf der Annahme, dass der Wunsch nach Freiheit und Demokratie ein anthropologisches Faktum darstellt. Daher trennen die Vertreter des progressivistischen Diskurses im Hinblick auf die Frage nach Demokratie stark zwischen einem Staat und seinen Institutionen auf der einen Seite und der Zivilgesellschaft und ihren individuellen Mitgliedern auf der anderen. Staaten können undemokratisch sein, Individuen gelten dagegen als per se demokratisch gesinnt. Aus der progressivistischen Perspektive können undemokratische Staaten also nur dann fortbestehen, wenn sie kontinuierlich die demokratischen Bestrebungen auf der Ebene der Individuen bekämpfen und unterdrücken. Trotzdem erweist sich die Frage nach dem Umgang mit undemokratischen Staaten im Rahmen des progressivistischen Diskurses als schwierig. Denn auf der einen Seite liegt das Ziel der Progressivisten darin, demokratische Normen zu verbreiten, auf der anderen Seite wäre es aber undemokratisch, diese Normen einer politischen Gemeinschaft von außen aufzuzwingen. Diese Spannung wird in den folgenden Zitaten deutlich. Das erste stammt aus einem Statement der Staatssekretärin Paula Dobriansky, die mit Nachdruck die Forderung zum Ausdruck bringt, dass ein gewisses Maß an entschlossenem Handeln notwendig ist und unter Umständen die Grenze der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates berühren könnte:

,We must focus on a concrete agenda for strengthening democracy where it exists and for *encouraging it where it does not yet exist*. [...] The Seoul Plan of Action should also incorporate the fact that *we bear these responsibilities not just for our own nations alone*. We also owe a duty to our neighbors and fellow democracies to them fully realize these promises of democratic development. Therefore, we

¹⁷ Seoul Plan of Action 'Democracy: Investing for Peace and Prosperity', Seoul (12.11.2002); <http://www.state.gov/g/drl/rls/15259.htm>.

must work as individual actors, regional partners, and global stewards of democracy.’¹⁸

Die Warschauer Erklärung der ‚Community of Democracies‘ ist dagegen vorsichtiger formuliert:

‚The Community of Democracies affirms our determination to work together to promote and strengthen democracy, recognizing that we are at differing stages in our democratic development. We will cooperate to consolidate and strengthen democratic institutions, *with due respect for sovereignty and the principle of non-interference in internal affairs.*’¹⁹

Insgesamt ergab die Analyse der Warschauer Erklärung und des ‚Seoul Action Plans‘, dass die Vertreter des progressivistischen Diskurses Maßnahmen im Bereich des ‚capacity building‘, die auf die Zivilgesellschaft eines undemokratischen Staates abzielen, als legitim ansehen. Vor allem NGOs kommt in diesem Kontext die Rolle von ‚global stewards of democracy‘, in Dobrianskys Worten, zu. In der Warschauer Erklärung kündigt die ‚Community of Democracies‘ beispielsweise an, transnationale ‚people-to-people-linkages‘²⁰ fördern zu wollen und der ‚Seoul Action Plan‘ gibt an, dass eine der Strategien zur Demokratieförderung in folgenden Aktivitäten bestehe:

‚[S]upporting non-governmental groups that inform citizens of their rights and responsibilities, that help engage citizens with their government, that advocate democratic values and that assist people in developing basic skills needed for effective participation in public affairs’.²¹

Durch die explizite Art und Weise, in der der progressivistische Diskurs die Mitarbeit von NGOs im Prozess der Demokratisierung begrüßt, unterscheidet er sich deutlich

¹⁸ Paula J. Dobriansky, ‚Building better democracies and promoting democratic development: The Community of Democracies‘, Remarks at the Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington (18.10.2002); <http://www.state.gov/g/rls/rm/2002/14516.htm> - Hervorh. S. Sch.

¹⁹ Community of Democracies, Final Warsaw Declaration ‚Toward a Community of Democracies‘, Warsaw (27.06.2000); <http://www.state.gov/g/drl/rls/26811.htm> – Hervorh. S. Sch.

²⁰ Ebd.

²¹ Community of Democracies, Seoul Plan of Action ‚Democracy: Investing for Peace and Prosperity‘, Seoul (12.11.2002); <http://www.state.gov/g/drl/rls/15259.htm>.

vom Souveränismus, dem zufolge NGOs eher demokratische Strukturen untergraben, als diese zu fördern.²²

Hinsichtlich der Frage, was den Bezugspunkt für den Begriff des Interesses bildet, gibt der progressivistische Diskurs eine mehrere Einheiten umfassende Antwort. Erstens bezieht sich der Begriff des Interesses in der progressivistischen Perspektive auf die Ebene der Individuen, da diese ja generell die primäre Einheit innerhalb der Weltpolitik darstellen. Im Rahmen seiner Bemühungen, die ‚Community of Democracies‘ zu fördern und bekannt zu machen, gab der US-amerikanische Delegierte Revius Ortique ein Statement in der Generalversammlung ab, in dem er der Idee Ausdruck verleiht, dass Demokratisierung in erster Linie dem Individuum dient:

We wish to bolster the increasingly widely supported view that democracy – government based on the will of the people, on the rule of law and on respect for human rights – offers *the best hope for all humanity*.²³

Zieht man allerdings die These des demokratischen Friedens ebenfalls in Betracht, die für den progressivistischen Diskurs von großer Relevanz ist, wird deutlich, dass die Vertreter dieses Diskurses von einer Wechselbeziehung zwischen den Interessen von Individuen, einzelnen Staaten und der internationalen Gesellschaft von Staaten ausgehen. Denn wenn Demokratisierung zu einer friedlichen Weltordnung führt, dann ist auch offensichtlich, dass sie im Interesse nicht nur von Individuen, sondern auch von Staaten und der internationalen Gesellschaft liegt. Dementsprechend argumentiert auch Ortique: ‚Thus, the United States firmly believes that the *national interests* of every United Nations Member are best served by the growth of democracy throughout the world.’²⁴ Trotz dieser Wechselbeziehung zwischen den Interessen von Individuen, Staaten und der internationalen Gesellschaft lässt Ortique jedoch in seiner sehr feierlichen Schlussbemerkung keinen Zweifel daran, dass das Individuum den zentralen Bezugspunkt des progressivistischen Diskurses darstellt:

‚In closing, let me say that the United States is proud to support the movement of new or restored democracies. We continue to work with our partners in the United

²² Vgl. Kap. 5.

²³ Revius O. Ortique, UN GA plenary meeting (29.11.1999); U.N. Doc. A/54/PV.64, S. 10 – Hervorh. S. Sch.

²⁴ Ebd. – Hervorh. S. Sch.

Nations and in other international organizations to help to transform democratic principles into reality *for people throughout the world. Human beings*, beyond the majestic mountains, across the serene valleys and broad plains and also in the overcrowded metropolises, all swell with pride, and *people of every hue and conviction* embrace this mighty movement in support of democratic freedoms, this movement in support of new or restored democracies *for peoples throughout the world*.²⁵

6.2.2 Staaten und die supra-staatliche Ebene: die internationale Gesellschaft als eine ‚geschlossene Gesellschaft‘

Der progressivistische Diskurs unterscheidet zwischen zwei Kategorien von Staaten. Diese Unterteilung kommt in der Struktur der ‚Community of Democracies‘ selbst zum Ausdruck. Die Community ist eine ‚geschlossene Gesellschaft‘, zu deren Gründungstreffen in Warschau 106 Staaten eingeladen wurden, die zuvor als demokratisch beurteilt wurden. Die zehn Mitglieder der ‚Convening Group‘ der Community²⁶ entscheiden über die Aufnahme von Staaten, d.h. also über ihre Klassifizierung im Schema ‚demokratisch/ nicht-demokratisch‘. Die Einladung eines Staates hängt von seiner Erfüllung der wesentlichen Kriterien der Community ab, die in den ‚Criteria for Participation and Procedures‘ aus dem Jahr 2000 aufgelistet sind. Sie umfassen ‚free, fair and periodic elections‘, ‚multipartidism‘, ‚rule of law‘, ‚separation of powers‘, ‚respect for human rights‘ und ‚the right to full and non-discriminatory participation‘.²⁷ In diesem Dokument kündigt die Community auch an, die Einhaltung dieser Kriterien innerhalb ihrer Mitgliedstaaten zu überwachen und Staaten auszuschließen, sofern sie die Kriterien nicht mehr erfüllen. Potentielle neue Mitgliedstaaten, d.h. also Staaten, in denen gerade eine demokratische Transformation begonnen hat, werden zunächst als ‚Beobachter‘ eingeladen – ein Status, der eine Art Übergangsritus von der nicht-demokratischen zur demokratischen Kategorie markiert (vgl. van Gennep 1986). Ganz offensichtlich gehen Vertreter des progressivistischen Diskurses also nicht von einer internationalen Gesellschaft *aller* Staaten aus, sondern

²⁵ Ebd. – Hervorh. S. Sch.

²⁶ Diese sind Chile, Indien, Mali, Mexico, Polen, Portugal, Südafrika, Südkorea, Tschechien und die USA.

²⁷ Community of Democracies ‚Criteria for Participation and Procedures‘ (2002); <http://www.state.gov/g/drl/26085.htm>.

betrachten diese vielmehr als auf die Staaten begrenzt, die als demokratisch gelten können. Die Besonderheit der progressivistischen Interpretation der internationalen Gesellschaft besteht also darin, dass sie diese als eine exklusive, ‚geschlossene Gesellschaft‘ mit festen Partizipationskriterien konzipieren.

Die Schwierigkeit mit der progressivistischen Zwei-Kategorien-Struktur besteht in der Frage, wie mit den großen Differenzen innerhalb der demokratischen politischen Systeme umzugehen ist und wo die entsprechenden Grenzen zu ziehen sind (vgl. Schmidt 2000; Lijphart 1999). Vertreter des progressivistischen Diskurses sind sich trotzdem sicher, dass dieses Problem handhabbar ist. So zitierte beispielsweise die Washington Times den tschechischen Botschafter in den USA Alexandr Vondra anlässlich der Gründung der ‚Community of Democracies‘ folgendermaßen: ‚With more than 100 countries, any common ground can be but a compromise, which is, after all, very much in the spirit of democracy.‘²⁸ Während Vondra von einem hohen Maß an Diversität innerhalb der Kategorie der demokratischen Staaten ausgeht, klingt der Wortlaut der von der Community selbst herausgegebenen Dokumente weniger permissiv. Laut den ‚Criteria for Participation and Procedures‘ stellen Variationen bezüglich der demokratischen Strukturen unterschiedlicher Staaten temporäre Phänomene dar, die als unterschiedliche Stufen auf dem Weg zur vollständigen Demokratie betrachtet werden:

‚The criteria should also reflect a balance between the Community of Democracies aim to promote and strengthen democracy and the acknowledgement that its current participants are at differing stages in their democratic development. [...]

The fact that countries find themselves at different stages in their democratic development is to be considered. Nevertheless situations that raise a question regarding their commitment to democratic values will be evaluated by the CG [Convening Group – S. Sch.]. *Different stages must not mean different criteria.*‘²⁹

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass der Versuch, Staaten der empirischen Vielfalt politischer Systeme und Strukturen zum Trotz eindeutig zwei unterschiedlichen Kategorien zuzuordnen, auf Kritik von Seiten der Medien-

²⁸ James Morrison, ‚Spirit of democracy‘ in: *The Washington Times* (28.07.2000).

²⁹ Community of Democracies ‚Criteria for Participation and Procedures‘ (2002); <http://www.state.gov/g/drl/26085.htm> - Hervor. S. Sch.

kommentatoren stieß. Ein Kommentator bemängelte beispielsweise, dass sich unter den Mitgliedern der Community auch ‚dubious democracies like Peru and Haiti‘³⁰ befänden.

Der progressivistische Gedanke einer Unterteilung von Staaten in zwei Kategorien, abhängig davon, ob sie bestimmten Kriterien wie Demokratie und Einhaltung der Menschenrechte gerecht werden, erinnert an den interventionistischen Diskurs und das für ihn zentrale Konzept der konditionalen Souveränität. Und in der Tat optiert auch der progressivistische Diskurs für eine Art Konditionalität. Allerdings besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen der interventionistischen und der progressivistischen Konditionalität. Erstere ist eine negative Konditionalität, d.h. wenn ein Staat Menschenrechtsstandards nicht einhält, dann drohen ihm der Entzug seiner Souveränitätsprärogative, und eine Intervention durch externe Akteure wird legitim. Die progressivistische Konditionalität ist dagegen eine positive Konditionalität, d.h. die Staaten, die bestimmte Kriterien erfüllen, erhalten eine Belohnung in Form der Aufnahme in die ‚Community of Democracies‘. Wie in Kürze gezeigt wird, wirkt sich dieser Unterschied zwischen dem interventionistischen und dem progressivistischen Diskurs im Hinblick auf die Art der anvisierten Konditionalität auch auf die Konzeptualisierung der Asymmetrie als eines wesentlichen Strukturmerkmals der internationalen Ordnung aus, auf der zwar beide Diskurse in zentraler Weise beruhen, die aber auch zwischen ihnen differiert.

Im Bezug auf die supra-staatliche Ebene beruht der progressivistische Diskurs auf der Überzeugung, dass die Kooperation von Staaten auf dieser Ebene eines substantiellen Sets an Normen und Regeln bedarf, um effektiv und legitim zu sein. Es überrascht vor diesem Hintergrund nicht, dass Vertreter dieses Diskurses die Vereinten Nationen und ihre Organe – vor allem die Generalversammlung und die Menschenrechtskommission – häufig aufgrund ihrer prinzipiell universalen Mitgliedschaft kritisierten. Universale Mitgliedschaft in supra-staatlichen Organen macht diese dem progressivistischen Diskurs zufolge ‚ineffektiv‘³¹ und untergräbt dementsprechend auch ihre Legitimität. Die Staatssekretärin des US-amerikanischen State Department Kim Holmes erklärte dazu:

³⁰ Trudy Rubin, ‚The messy reality of democracy‘ in: *The San Diego Union-Tribune* (01.07.2000).

³¹ Kim R. Holmes, ‚Democracy and international organizations‘, Remarks to the World Federalist Association and Oxfam, Washington (05.12.2003); <http://www.state.gov/p/io/rls/rm/2003/26949.htm>.

,[S]ome say that, for their decisions to be truly democratic, international organizations must have universal membership, just like the United Nations General Assembly. They believe that expanding participation in bodies like the Security Council would vastly enhance the legitimacy of their decisions.

Now, representation *is* a key element of democracy. But decisions do not become more democratic simply by having more member states involved in making them. *What makes a decision more democratic is whether those involved represent the voice and will of their people.* The legitimacy of their decisions will be questioned, for good reason, if this is not the case. Governments that do not respect the rule of law at home find it very easy to ignore the rule of law internationally.’³²

Aus dem oben stehenden Zitat wird ersichtlich, dass Demokratie im Rahmen des progressivistischen Diskurses als etwas interpretiert wird, dass an die staatliche Ebene gebunden ist. Für Holmes kann Demokratie nicht auf die supra-staatliche Ebene übertragen werden, indem man auf dieser Ebene demokratische Strukturen etabliert. Vielmehr wird demokratische Legitimität von der staatlichen auf die supra-staatliche Ebene transferiert, indem der Zugang zu den Organen der supra-staatlichen Ebene auf demokratische Staaten begrenzt wird. Die Regierungen und Delegationen innerhalb dieser Organe delegieren dann den demokratischen Willen der von ihnen repräsentierten Zivilgesellschaft auf die supra-staatliche Ebene. Darüber hinaus stellt in Holmes Augen auch das Völkerrecht keine unabhängige Quelle der internationalen Ordnung dar, da sie vermutet, dass sich ohnehin nur demokratische Staaten an seine Bestimmungen halten, während nicht-demokratische Staaten sie ignorieren.

Holmes zufolge ist das Erfordernis innerstaatlicher Demokratie als Garant für die Legitimität und Effizienz von supra-staatlichen Organen von besonderer Bedeutung für die UN-Menschenrechtskommission:

,We see this played out most dramatically in the Commission on Human Rights (CHR). This year, members of the Commission included Cuba, Congo, China, Libya, Syria and Zimbabwe – widely recognized human rights abusers who care less about human rights than about preventing themselves from being sanctioned.
[...]

³² Ebd. – Hervorh. S. Sch.

If we want the Commission's decisions to be more democratic – more important, if we want its decisions to mean something *for the suffering people who look to it for help* – then the democratic members of the UN must take the lead. Countries that uphold the purposes and principles of the CHR should see that more democratic countries get elected to serve on it.³³

Insgesamt sind die Vertreter des progressivistischen Diskurses davon überzeugt, dass eine auf demokratische Staaten eingeschränkte Mitgliedschaft in supra-staatlichen Organen deren Effektivität steigern und ihnen auch mehr moralisches Gewicht verleihen würde. Zugleich argumentieren sie aber auch, dass diese Organe letztendlich den Individuen dienen müssen und untermauern ihre Forderung nach Exklusivität damit, dass dies nur sichergestellt werden könne, wenn die Partizipation in ihnen auf innerstaatlicher demokratischer Willensbildung beruht.

6.3 Volkssouveränität und Einbettung der Menschenrechte in das Konzept der Demokratie

6.3.1 Volkssouveränität

In seinem Buch ‚Representing Popular Sovereignty. The Constitution in American Political Culture‘ argumentiert Daniel Lessard Levin, dass die US-amerikanische Verfassung einen prominenten Platz in der US-amerikanischen politischen Kultur einnimmt, weil sie eine symbolische Verkörperung der Volkssouveränität darstellt. Seine These bezieht sich auf die Eingangsworte der Verfassung ‚We the People‘: ‚Beginning with the words, „We the People“, the Constitution is a collective representation because it signifies the unified body of the nation, fusing that nation into a single text in which all members can find themselves represented.‘ (Levin 1999: 2). Levin zufolge sind konstitutionelle Souveränität und Volkssouveränität also ein und dasselbe, insofern die Verfassung nur als Symbol für die Volkssouveränität steht. Folglich wäre es problematisch, eine der wesentlichen Differenzen zwischen dem souveränistischen und dem progressivistischen Diskurs aufrechtzuerhalten, nämlich die Unterscheidung zwischen den Souveränitätskonzepten beider Diskurse. In diesem Abschnitt wird jedoch gezeigt, dass sich beide Diskurse de facto im Bezug auf ihre Souveränitätskonzepte unterscheiden und die Besonderheiten derselben werden im

³³ Ebd. – Hervorh. S. Sch.

Detail erläutert, wobei das wesentliche Unterscheidungsmerkmal im jeweiligen Demokratieverständnis beider Diskurse zu finden ist.

In seiner empirischen Untersuchung der Feierlichkeiten zum zweihundertjährigen Bestehen der US-amerikanischen Verfassung stößt Levin auf ein Paradox: obwohl die Verfassung seines Erachtens als ein Symbol der Volkssouveränität dient, veranlasst sie und die ihr gewidmeten Feierlichkeiten weder eine aktive Partizipation seitens der Zivilgesellschaft, noch führt sie zu einer Wiedergeburt bürgerlicher Tugenden, sondern sie ruft eher eine Entfremdung der Bürger vom konstitutionellen System hervor (ebd.: 101). Im letzten Kapitel seines Buches versucht Levin dieses Paradox zu erklären:

„One might easily argue that one of the most important attributes of the Constitution is the freedom it provides for citizens to engage in private pursuits. [...] One might even claim that an ethic of participatory democracy is incompatible with a Constitution that values representative democracy above direct democracy.” (ebd.: 186-88)

Levins Erklärung deutet an, dass das von ihm beobachtete Paradox offensichtlich auf einem Zusammenstoß zweier unterschiedlicher Demokratieverständnisse beruht. Allerdings denkt er diese Begründung nicht konsequent zu Ende. Wie im Folgenden nämlich gezeigt werden soll, bilden diese unterschiedlichen Demokratieauffassungen nicht ein Paradox, dass im Wesen der US-amerikanischen Verfassungskultur liegt. Vielmehr kollidieren die unterschiedlichen Demokratieauffassungen, weil sie zu zwei unterschiedlichen Souveränitätskonzepten gehören, die wiederum an zwei unterschiedliche Diskurse geknüpft sind. In diesem Sinne argumentiert auch Hideaki Shinoda in seiner genealogischen Analyse der Souveränität, indem das Konzept der Volkssouveränität und das Konzept der konstitutionellen Souveränität strikt voneinander trennt. Im Bezug auf die Entwicklung des amerikanischen Souveränitätsbegriffs im 18. Jahrhundert kommt er zu dem Schluss, dass „[t]hese two pillars of the United States – popular sovereignty and the Constitution – represent the national and constitutional principles.” (2000: 44), wobei er das nationale Prinzip (Volkssouveränität) mit der Idee der Realisierung des Volkswillens als Inhalt der Souveränität gleichsetzt und das konstitutionelle Prinzip mit dem Gedanken, dass Souveränität an formale Regeln gebunden ist (ebd.: 19).

Der Grundgedanke des progressivistischen Souveränitätskonzepts besteht darin, dass Souveränität im Volk zu verorten ist und somit als *Volkssouveränität* zu verstehen ist.

Dabei macht der progressivistische Diskurs Anleihen bei Rousseaus Souveränitätsauffassung, die sich sowohl Hobbes' Forderung nach der vollständigen Übertragung der Souveränität auf den Herrscher als auch Lockes Versuch entgegenstellte, die zwischen der Quelle der Souveränität – dem Volk – und dem Ort der Souveränität – der Regierung – zu unterscheiden (vgl. Hinsley 1986: 144ff.).

Die Idee, dass Souveränität nicht nur vom Volk ausgeht, sondern auch kontinuierlich beim Volk verortet ist, wird aus folgenden Bemerkungen von der Staatssekretärin des State Department Kim Holmes ersichtlich. Holmes zufolge muss die Regierung eines Staates immer nah beim Volk bleiben und darf sich nicht von ihm entfernen, da sie sonst nicht mehr auf Volksouveränität beruht:

„[T]rue democracy rests in *popular sovereignty* – the voice and will of the people expressed through elections, and reflected in the maintenance of democratic institutions. *The closer government is to the people, then, the more democratic it will be and the more legitimate.* The further the centers of power are from the people – and the less accountable those centers are to the people – the less democratic they will be.”³⁴

Auf eine ähnliche Weise fordert ihre Kollegin Paula Dobriansky die Einbindung der Zivilgesellschaft in die Tätigkeit der Regierung und die Etablierung von engen Beziehungen zwischen der Regierung eines Staates und NGOs. Sie bringt die Hoffnung zum Ausdruck, dass auf dem Treffen der ‚Community of Democracies‘ in Seoul 2002 ein solches Demokratieverständnis zur Agenda der Community werde:

„Forging closer ties between governments and non-governmental groups is vital to our success. Full democracy must be buttressed by a strong civil society that will hold governments accountable to their citizens. The public-private partnerships that we expect will emerge from Seoul will provide another aspect of support for

³⁴ Kim R. Holmes, ‚Democracy and international organizations‘, Remarks to the World Federalist Association and Oxfam, Washington (05.12.2003); <http://state.gov/p/io/rls/rm/2003/26949.htm> – Hervorh. S. Sch.

democracy worldwide by helping to guarantee that governments remain transparent and responsible.’³⁵

Insgesamt ist das progressivistische Konzept der Souveränität eng an ein bestimmtes Verständnis von Demokratie gebunden. Obwohl auch der souveränistische Diskurs demokratische Selbstgesetzgebung und Verantwortlichkeit als eine wesentliche Quelle politischer Legitimität ansieht, unterscheidet sich das Demokratieverständnis dieses Diskurses von dem des Progressivismus. Aus der souveränistischen Perspektive bedeutet Demokratie repräsentative Demokratie, d.h., die Regierung repräsentiert das Volk. Demokratie wird in diesem Kontext als strukturelle Eigenschaft, die sich im politischen System eines Staates und seinen Institutionen widerspiegelt, aufgefasst – daher auch die souveränistische Betonung von ‚checks and balances‘. Demzufolge ist auch der souveränistische Souveränitätsbegriff nicht mehr mit dem Volk verbunden, sondern mit der Verfassung.³⁶

Das progressivistische Souveränitätskonzept der Volkssouveränität deutet auf ein Demokratieverständnis hin, dass stärker auf Partizipation als auf Repräsentation ausgerichtet ist. Zugleich ist dieses Demokratieverständnis auch eher prozeduraler als struktureller Natur. Es fokussiert die aktive Beteiligung und sogar die ‚Mobilisierung‘ der Zivilgesellschaft. Politische Eliten sind dem progressivistischen Diskurs zufolge direkt dem Volk verantwortlich und kontrollieren sich nicht – wie im souveränistischen Diskurs und seiner Betonung von ‚checks and balances‘ – gegenseitig. Im Rahmen des progressivistischen Diskurses ist der Wille des Volkes nicht der Maßstab der Ausübung souveräner politischer Macht, er *ist* vielmehr die souveräne Macht. Folgt man Shinoda, so beinhaltet dieses Souveränitätskonzept die Idee, dass ‚the will of a nation has priority over formal rules‘ (2000: 19). Eben diese Unterordnung formaler Regeln unter den Ausdruck des Volkswillens unterscheidet das progressivistische Souveränitätsverständnis von dem des souveränistischen Diskurses.

³⁵ Paula J. Dobriansky, ‚Building better democracies and promoting democratic development: The Community of Democracies‘, Remarks at the Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington (18.10.2002); <http://www.state.gov/g/rls/rm/2002/14516.htm>.

³⁶ Vgl. Kap. 5.

6.3.2 Demokratie als Basis einer asymmetrischen internationalen Ordnung

Ein gemeinsames Charakteristikum des interventionistischen und des progressivistischen Diskurses besteht darin, dass beide eine asymmetrische Struktur der internationalen Ordnung zugrunde legen. Im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung dieser asymmetrischen Struktur bestehen allerdings tief greifende Differenzen zwischen beiden Diskursen. Diese betreffen, erstens, das theoretische Fundament der Asymmetrie. Der interventionistische Diskurs sieht die Asymmetrie der internationalen Ordnung als einen Ausdruck der Machtungleichheiten zwischen Staaten an und argumentiert, dass Großmächte aufgrund ihrer besonderen Verantwortung für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung einen besonderen Status in dieser Ordnung besitzen. Vertreter des progressivistischen Diskurses dagegen behaupten, dass sich die Asymmetrie der internationalen Ordnung aus der Differenzierung in demokratische und nicht-demokratische Staaten ergibt. In diesem Kontext beruht Asymmetrie also letztendlich auf unterschiedlichen Graden von Legitimität. Condoleezza Rice brachte dieses Verständnis von Asymmetrie in einer Rede auf dem Treffen der ‚Community of Democracies‘ 2005 in Santiago klar zum Ausdruck:

*„To advance our democratic consensus, all free nations must insist that *upholding democratic principles is the surest path to greater international status*. [...] The democratic character of states must become the cornerstone of a *new, principled multilateralism*. The *real division in our world* is between those states that are committed to freedom and those who are not. International organizations like the Community of Democracies can help to *create a balance of power that favours freedom*.³⁷*

Aus dem obenstehenden Zitat wird der Unterschied zwischen der interventionistischen und der progressivistischen Auffassung von Asymmetrie klar ersichtlich. Während die Vertreter des interventionistischen Diskurses davon ausgehen, dass *Machtungleichheit zu Asymmetrie führt*, fordert Rice, dass die auf unterschiedlichen Graden von Legitimität beruhende *Asymmetrie die Grundlage für eine differenzierte Machtverteilung* sein sollte. Sie schlägt die Umstrukturierung bzw. Gründung internationaler Organisationen vor, die aufgrund ihrer differenzierenden Struktur zu

³⁷ Condoleezza Rice, Remarks at the Community of Democracies Opening Plenary, Santiago (28.04.2005); <http://www.state.gov/secretary/rm72005/45386.htm> - Hervorh. S. Sch.

einer Ermächtigung demokratischer Staaten und einer Entmachtung nicht-demokratischer Staaten führen soll.

Darüber hinaus unterscheidet sich der progressivistische Diskurs auch im Hinblick auf die Frage, ob es möglich ist, Asymmetrie als Strukturmerkmal der internationalen Ordnung zu überwinden. Dem interventionistischen Diskurs zufolge stellt die Asymmetrie der internationalen Ordnung ein *Null-Summen-Spiel* dar, d.h. es kann zu Machtverschiebungen innerhalb des Systems kommen, aber die grundsätzliche Situation der Machtungleichheit zwischen Staaten besteht fort. Folglich ist die Asymmetrie der internationalen Ordnung aus der interventionistischen Perspektive unüberwindbar. Im Gegensatz dazu ist das aus der Sicht des progressivistischen Diskurses nicht notwendigerweise der Fall. Die internationale Ordnung könnte sich einem Pareto-Gleichgewicht annähern, d.h., dass alle Staaten von einer ubiquitären Demokratisierung profitieren würden. Im Rahmen des progressivistischen Diskurses ist Asymmetrie also keine notwendige Eigenschaft der internationalen Ordnung, sondern könnte prinzipiell überwunden werden.

Der dritte und vermutlich wichtigste Unterschied zwischen dem interventionistischen und dem progressivistischen Diskurs im Hinblick auf die Konzeptualisierung der Asymmetrie als dem zentralen Strukturmerkmal der internationalen Ordnung besteht in der Frage, welche politischen Instrumente und Maßnahmen im Rahmen der beiden Diskurses jeweils als zur Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung als geeignet betrachtet werden. Interventionisten argumentieren diesbezüglich, dass die (u. U. militärische) Intervention in andere Staaten ein in bestimmten Situationen notwendiges und legitimes Mittel sei, um eine Destabilisierung der internationalen Ordnung zu verhindern. Vertreter des progressivistischen Diskurses sind dahingegen davon überzeugt, dass Demokratie nicht von außen auferlegt werden kann, sondern aus der Zivilgesellschaft eines Staates erwachsen muss. Wenn Progressivisten ihre Beziehungen zu Drittstaaten thematisieren, dann tun sie dies in einer Sprache der Kooperation und nicht der Einmischung. Zu den politischen Instrumenten und Maßnahmen, die sie auf dem Weg der Demokratisierung für sinnvoll erachten, gehören: ‚assistance in building democratic institutions‘, ‚democracy monitoring mechanisms‘, ‚diplomatic engagement‘, ‚sharing of experiences‘ und ‚identifying best practices‘.³⁸ Progressivistische Maßnahmen zur Verbreitung von Demokratie umfassen darüber

³⁸ Community of Democracies, Seoul Plan of Action ‚Democracy: Investing for Peace and Prosperity‘, Seoul (12.11.2002); <http://www.state.gov/drl/rls/15259.htm>.

hinaus auch die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen durch Vermittlung von bürgerlichen Tugenden und die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Netzwerken.³⁹ Obwohl autoritäre Herrscher in nicht-demokratischen Staaten diese Maßnahmen sicherlich als eine illegitime Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten betrachten würden, wird anhand der Liste der bevorzugten politischen Instrumente deutlich, dass die Vertreter des progressivistischen Diskurses diplomatische Maßnahmen und positive Anreize der militärischen Intervention gegenüber bevorzugen. Der progressivistische Diskurs legt die Betonung auf den dauerhaften Strukturwandel, während der interventionistische Maßnahmenkatalog eher auf die Bewältigung kurzfristig auftauchender Krisen der internationalen Ordnung ausgerichtet zu sein scheint.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Anhänger des progressivistischen Diskurses militärische Interventionen notwendigerweise zurückweisen. Im Gegenteil – es ließe sich sogar argumentieren, dass die jüngsten Interventionen unter Führung der USA – Irak und Afghanistan – mithilfe einer Mischung von progressivistischen und interventionistischen Argumenten gerechtfertigt wurden. In diesem Kontext vertreten die Anhänger des progressivistischen Diskurses aber eine besondere Interpretation der militärischen Intervention, insofern sie sie als die Selbstbefreiung eines Volkes von einem repressiven Regime mithilfe der internationalen Gesellschaft verstehen. So bemerkte beispielsweise Paula Dobriansky im Hinblick auf die Intervention in Afghanistan: ‚With the help of the international community, *the men and women in Afghanistan have thrown off the dual yoke of oppression* by the Taliban and the terrorists.‘⁴⁰

6.3.3 Menschenrechte – die innerstaatliche Implementierung naturrechtlicher Inhalte

Drei Aspekte kennzeichnen das progressivistische Verständnis der Menschenrechte: erstens werden Menschenrechte innerhalb des progressivistischen Diskurses eng mit dem Konzept der Demokratie verwoben. Zweitens knüpft das progressivistische Konzept der Menschenrechte stark an die naturrechtliche Tradition an, der gemäß allen

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Paula J. Dobriansky, Remarks delivered by Under Secretary Dobriansky to the Community of Democracies on behalf of Secretary Powell, Seoul (11.11.2002); <http://www.state.gov/g/rls/rm/2002/16254.htm> - Hervorh. S. Sch.

Menschen allein durch ihr Menschsein universale Menschenrechte zukommen. Dieser Rekurs auf die naturrechtliche Tradition enthält ein Paradox, da nämlich drittens, Anhänger des progressivistischen Diskurses für die Implementierung von Menschenrechten innerhalb von Staaten optieren. Dieses Paradox wird jedoch dann entschlüsselbar, wenn man in Betracht zieht, dass es von einem zweiten Paradox begleitet wird. Dieses zweite Paradox besteht darin, dass die naturrechtlich fundierte, unbestreitbare Universalität der Menschenrechte innerhalb des progressivistischen Diskurses als ein Kriterium der Differenzierung und der Exklusion dient. Die universalen Menschenrechte markieren aus der progressivistischen Perspektive die Grenze zwischen den legitimen Staaten, die Menschenrechte innerhalb ihrer eigenen Grenzen implementieren, und den illegitimen, weil die Menschenrechte nicht respektierenden ‚Anderen‘.

Dem progressivistischen Diskurs zufolge stellen Demokratie und Menschenrechte Elemente eines einheitlichen Konzepts dar, d.h. Menschenrechte können nicht außerhalb von demokratischen Strukturen etabliert werden. Diese Annahme ist weder banal noch unumstritten. John Rawls argumentiert beispielsweise, dass universale Menschenrechte, die er weitgehend mit negativen Freiheitsrechten gleichsetzt, eingehalten werden können, ohne dass in einem Staat demokratische Strukturen vorhanden sind: ‚Human rights are distinct from constitutional rights, or from the rights of liberal democratic citizenship, or from other rights that belong to certain kinds of political institutions, both individualist and associationist.‘ (Rawls 1999: 79-80). Progressivisten unterstreichen dahingegen die ‚interdependence between [...] human rights and democracy‘.⁴¹ Aus diesem Blickwinkel sind negative Freiheitsrechte und positive Partizipationsrechte eng miteinander verknüpft. Diese Interpretation des Verhältnisses von Demokratie und Menschenrechten kommt auch in der Liste des demokratischen Prinzipien und Verfahren im Rahmen der Warschauer Erklärung zum Ausdruck. Die Liste umfasst 19 Punkte, die sowohl demokratische als auch Menschenrechtsstandards enthalten. Beide Aspekte greifen dabei ineinander. Der erste Punkt nennt demokratische Wahlen und wird von einer Aufzählung von Freiheitsrechten gefolgt (Meinungs- und Redefreiheit, Religionsfreiheit, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit). Dann thematisiert die Warschauer Erklärung die Menschenrechte, die in den Kompetenzbereich des IStGH fallen (vorausgesetzt es

⁴¹ Community of Democracies, Final Warsaw Declaration ‚Toward a Community of Democracies‘, Warsaw (27.06.2000); <http://www.state.gov/g/drl/rls/26811.htm>.

handelt sich um eine Situation des bewaffneten Konflikts): das Verbot von willkürlichen Verhaftung und das Verbot der Folter. Im Anschluss daran folgen auf der Liste einige Punkte über die Aufrechterhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen und die Liste schließt mit dem Hinweis auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.⁴² Sowohl die Etablierung demokratischer Strukturen als auch die Implementierung von Menschenrechten werden dabei als an innerstaatliche Strukturen gebunden interpretiert.

Trotz dieser progressivistischen Präferenz für die Implementierung von Menschenrechten auf der staatlichen Ebene knüpft der progressivistische Diskurs an die naturrechtliche Tradition an, insofern argumentiert wird, dass das Konzept des Menschseins als solches die Universalität von Menschenrechten impliziert.⁴³ Der naturrechtliche Ansatz geht davon aus, dass das Recht auf einer Basis von bestimmten letztgültigen Idealen und Werten beruht. Diese Grundlegung des Rechts kann auf zweierlei Weisen konzeptualisiert werden: Erstens kann eine göttliche Quelle für die Geltung des Rechts in Anschlag gebracht werden, wie etwa bei Thomas von Aquin. Zweitens gibt es aber auch eine säkulare Tradition des Naturrechts, die sich auf die aufklärerische Idee der Universalität der Vernunft beruft und somit die menschliche Natur, genauer: einen essentialistischen Begriff der menschlichen Natur als Ausgangspunkt für die Ableitung letztgültiger moralisch-rechtlicher Prinzipien wählt (vgl. van Hoof 1983: 30ff.). Diese säkulare Tradition des Naturrechts findet sich zuerst bei Grotius, der jedoch noch stark von den spanischen Spätscholastikern beeinflusst war, und setzte sich mit Pufendorf, Wolff und Vattel fort, wobei in diesem Kontext von den Differenzen zwischen den einzelnen Theoretikern abstrahiert werden muss (vgl. Kimminich 19985: 91ff.). Für beide Ansätze innerhalb des Naturrechts sind zwei zentrale Aspekte kennzeichnend: erstens begründen sie die Geltung des positiven Rechts aus den ihnen übergeordneten moralisch-rechtlichen Idealen und Werten und bewerten ersteres mithilfe des Maßstabs, den letztere bieten. Zweitens ist der Bezugsrahmen für die Geltung der moralisch-rechtlichen Ideale und Werte sehr weit gefasst, d.h. es wird von einer universalen Geltung dieser Ideale und Werte ausgegangen.

Durch den Rekurs auf die Naturrechtstradition übernehmen die Vertreter des progressivistischen Diskurses auch deren Universalitätsanspruch. Dieser Universalitäts-

⁴² Ebd.

⁴³ Vgl. Abschnitt 2.5.2.

anspruch enthält jedoch ein Paradox: auf der einen Seite besitzen Menschenrechte dem progressivistischen Diskurs zufolge eine universale Geltung, auf der anderen fungieren sie jedoch als Rahmen für die Konstruktion einer exklusiven Gemeinschaft demokratischer und damit auch die Menschenrechte respektierender Staaten. In diesem Kontext dient das universale Konzept der Menschenrechte als eine Demarkationslinie zwischen der positiven Identität demokratischer Staaten und dem devianten ‚Anderen‘ (vgl. Diez 2006; Walker 1993). Die Universalität der Menschenrechte dient also letztendlich zur Begründung einer asymmetrischen internationalen Ordnung.

Die Tatsache, dass der progressivistische Diskurs die Menschenrechte aus der Naturrechtstradition ableitet, setzt allerdings nicht seine Präferenz für deren Implementierung auf der staatlichen Ebene außer Kraft. Die folgenden Bemerkungen der Staatssekretärin des State Department Kim Holmes sind in dieser Hinsicht aufschlussreich:

„[L]iberty and human rights may be universal values, but you need democratic self-government – a social contract between people and their government – to protect them. If the power of government is expanded too much, human rights will inevitably be in danger. Democratic self-governance, then, cannot be separated from human rights. It is the main instrument by which human rights are preserved and advanced.”⁴⁴

Da die Vertreter des progressivisten Diskurses die Idee zurückweisen, dass das demokratische Strukturen auf der supra-staatlichen Ebene oder im transnationalen Bereich entstehen könnten – Holmes zufolge besteht die Demokratisierung internationaler Organisationen in einer Einschränkung der Mitgliedschaft in diesen Organisationen auf demokratische Staaten⁴⁵ – kann also nur die innerstaatliche Ebene für die Implementierung demokratischer Strukturen und der Menschenrechte in Frage kommen.

Obgleich der progressivistische Diskurs die Präferenz für eine innerstaatliche Implementierung von Menschenrechten mit dem souveränistischen Diskurs teilt, unterscheiden sich ihre jeweiligen Interpretationen der Menschenrechte stark

⁴⁴ Kim R. Holmes, ‚Democracy and international organizations‘, Remarks to the World Federalist Association and Oxfam, Washington (05.12.2003); <http://state.gov/p/io/rls/rm/2003/26949.htm> – Hervorh. S. Sch.

⁴⁵ Vgl. Abschnitt 6.2.2.

voneinander. Dies betrifft zunächst den rechtlichen Status der Menschenrechte: während die Vertreter des progressivistischen Diskurses eine naturrechtliche Grundlegung der Menschenrechte favorisieren, betrachten Souveränisten internationale Menschenrechtsregime als Bestandteil des Völkervertragsrechts, also als positives Recht. Diese Differenz wirkt sich auch darauf aus, wie die Anhänger beider Diskurse die Rolle von Menschenrechten für die internationale Ordnung bewerten. Progressivisten betrachten die Einhaltung von Menschenrechten als eine wesentliche Voraussetzung für die Mitgliedschaft eines Staates in der internationalen Gesellschaft. Folglich erhalten Menschenrechte aus dieser Perspektive einen abgrenzenden Charakter bezüglich der internationalen Gesellschaft, mit der Absicht, letztere auf ein sehr substantielles und homogenes normatives Fundament zu stellen. Souveränisten hingegen interpretieren die internationale Gesellschaft als eine pluralistische und heterogene Entität. Aus diesem Blickwinkel kann es zwar zur normativen Konvergenz zwischen Staaten kommen, die in der Folge dann auch in Form von gemeinsamen Organisationen institutionalisiert werden kann. Allerdings dürfen solche normativen Konvergenzen den Vertretern des souveränistischen Diskurses zufolge nicht anderen Staaten aufgezwungen werden. Den von Progressivisten anvisierten exklusiven Charakter der internationalen Gesellschaft weisen Souveränisten somit explizit zurück.

6.4 Zusammenfassung

Im vorliegenden Kapitel wurde gezeigt, dass der Progressivismus einen eigenständigen Diskurs bildet, der von den drei anderen diskursiven Optionen innerhalb der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten klar abgegrenzt ist. Zuerst wurde das progressivistische Narrativ erläutert. Im Rahmen dieses Narrativs wird der Verlauf von Zeit als eine Fortschrittsentwicklung hin zum *telos* der ubiquitären Demokratisierung konstruiert. Die progressivistische Überzeugung der Unvermeidbarkeit dieser Entwicklung gründet sich dabei auf die anthropologische Annahme eines allgemein menschlichen Verlangens nach Freiheit und Demokratie. Darüber hinaus gilt den Vertretern des progressivistischen Diskurses innerstaatliche Demokratie als der sicherste Garant einer stabilen internationalen Ordnung. Sie berufen sich dabei auf die These des demokratischen Friedens, der zufolge Demokratien keine Kriege gegeneinander führen und schließen daraus, dass eine ubiquitäre Demokratisierung zu einer vollkommen friedlichen Weltordnung führe.

Aus der hohen Relevanz der Demokratisierung innerhalb des progressivistischen Diskurses leitet sich auch dessen Fundamentalopposition gegen den IStGH ab. Während die Vertreter des interventionistischen und des souveränistischen Diskurses nicht der Idee zur Etablierung eines internationalen Strafgerichtshofs als solcher kritisch gegenüberstanden, sondern nur dessen auf der Rom-Konferenz beschlossene, konkrete institutionelle Ausformung ablehnten, stellt der Progressivismus das gesamte Projekt des IStGH in Frage. Die Anhänger dieses Diskurses argumentieren, dass die strafrechtliche Verfolgung von Verstößen gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht dem Ziel der Demokratisierung im Wege stehe, Amnestien der Demokratisierung dagegen förderlich seien. Das bedeutet nicht, dass eine strafrechtliche Verfolgung aus progressivistischer Perspektive in jedem Fall abgelehnt, jedoch sollte die Entscheidung über die strafrechtliche Verfolgung innerhalb der Grenzen des betroffenen Staates gefällt werden, und nicht durch ein supra-staatliches Organ aufgezwungen werden.

Im Hinblick auf die wesentlichen ontologischen Bezugspunkte des progressivistischen Diskurses wurde gezeigt, dass Individuen als Mitglieder der Zivilgesellschaft eines Staates von primärer Relevanz sind. Die Zivilgesellschaft wird als das wichtigste Fundament von Demokratie betrachtet. Konsequenterweise versprechen die Förderung einer demokratischen politischen Kultur, die Vermittlung von bürgerlichen Tugenden und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke die effektivsten Mittel zur Demokratisierung zu sein. Individuen gelten innerhalb des progressivistischen Diskurses aber nicht nur als Träger eines genuinen Demokratisierungspotentials, sondern auch als zentraler Referenzpunkt für den Begriff des Interesses: wenn Demokratisierung das gemeinsame Verlangen aller Menschen darstellt, dann wird sie in erster Linie auch als im Interesse aller Individuen liegend aufgefasst. In dem Maße jedoch, in dem die Anhänger des progressivistischen Diskurses auf die These des demokratischen Friedens rekurrieren, betrachten sie die Interessen von Individuen, Staaten und der internationalen Gesellschaft als deckungsgleich.

Progressivisten klassifizieren Staaten anhand des in ihnen vorherrschenden Verhältnisses zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Je nachdem, wie sich dieses gestaltet, gelten Staaten als demokratisch oder als nicht-demokratisch. Dem progressivistischen Diskurs zufolge kann sich eine internationale Gesellschaft von Staaten nur zwischen demokratischen Staaten bilden, da nur diese Staaten über ein ausreichend substantielles, gemeinsam geteiltes Fundament von Normen verfügen.

Diese Annahme bringt Konsequenzen für die progressivistische Konzeptualisierung der supra-staatlichen Ebene mit sich. Vertreter des progressivistischen Diskurses argumentieren, dass die Organe und Institutionen auf dieser Ebene nur dann wirklich legitim und effektiv sind, wenn nur demokratische Staaten Eingang zu ihnen haben. Die konkreten Vorschläge zu einer Umgestaltung der supra-staatlichen Ebene beziehen sich auf die Stärkung der Zusammenarbeit demokratischer Staaten innerhalb supra-staatlicher Organe und die Umwandlung der UN-Menschenrechtskommission in einen zugangsbeschränkten Menschenrechtsrat.

Die Anhänger des progressivistischen Diskurses verstehen Souveränität als Volkssouveränität. Im Gegensatz zum souveränistischen Konzept der konstitutionellen Souveränität beinhaltet das Konzept der Volkssouveränität die Idee, dass das Volk sowohl die Quelle als auch den Ort der Souveränität darstellt. Souveränität ist in diesem Kontext also nicht an formale Regeln zur Ausübung politischer Macht gebunden, sondern wird als Ausdruck des politischen Willens des Volkes aufgefasst. Die Differenzen in den Souveränitätskonzeptionen des souveränistischen und des progressivistischen Diskurses sind zugleich mit unterschiedlichen Demokratieauffassungen verknüpft: während der souveränistische Diskurs Demokratie als repräsentative Demokratie versteht, stehen im Rahmen des progressivistischen Diskurses partizipatorische Elemente im Vordergrund.

Die strikte Klassifikation von Staaten innerhalb des progressivistischen Diskurses bildet die Basis für eine asymmetrische Konstruktion der internationalen Ordnung, in der demokratische Staaten einen höheren Status besitzen sollten als nicht-demokratische Staaten. Im Unterschied zum interventionistischen Diskurs gehen die Vertreter des Progressivismus allerdings nicht davon aus, dass ‚überlegene‘ Staaten in die internen Angelegenheiten der ‚geringerwertigen‘ Staaten intervenieren dürfen. Statt devianten Staaten mit Intervention zu drohen, setzen Progressivisten auf eine Doppelstrategie der Stärkung der Zivilgesellschaft innerhalb dieser Staaten und der Exklusion auf der supra-staatlichen Ebene.

Schließlich wurde nachgewiesen, dass das progressivistische Verständnis von Menschenrechten eng mit dem Konzept der Demokratie verwoben ist. Diese enge Verbindung stellt einen der wesentlichen Gründe für die progressivistische Präferenz der Implementierung von Menschenrechten auf der staatlichen Ebene dar. Trotz dieser Präferenz werden Menschenrechte im progressivistischen Diskurs rechtstheoretisch aus der Naturrechts-Tradition verortet und ihre Gültigkeit wird dementsprechend als

universal betrachtet. Führt man sich jedoch vor Augen, dass die Behauptung einer universalen Geltung der Menschenrechte – ebenso wie die anthropologische Annahme eines universalen Verlangens nach Freiheit und Demokratie – letztendlich das Fundament für die asymmetrische Konstruktion der internationalen Ordnung innerhalb des progressivistischen Diskurses bildet, so fügt sich dieser Diskurs trotz seiner Paradoxa zu einem mehr oder weniger kohärenten Ganzen zusammen.

7 KONFLIKTE UND KOMPROMISSE: DIE INTERNE STRUKTUR DER DISKURSIVEN FORMATION VON SOUVERÄNITÄT UND MENSCHENRECHTEN

In den vier vorhergehenden Kapiteln wurde gezeigt, dass die vier Diskurse, die gemeinsam die diskursive Formation von Souveränität und Menschenrechten bilden, sich im Hinblick auf zwei fundamentale Dimensionen voneinander unterscheiden: erstens bezüglich der Dimension der souveränitätsbasierten internationalen Ordnung, die entweder als symmetrisch oder als asymmetrisch konstruiert werden kann; und zweitens hinsichtlich der Dimension der Menschenrechte, im Bezug auf welche Akteure entweder für eine innerstaatliche oder für eine supra-staatliche Implementierung optieren können. Die vier identifizierten Diskurse erschöpfen dabei die möglichen Kombinationen beider Dimensionen. Dem legalistischen Diskurs liegt die Annahme zugrunde, dass die internationale Ordnung eine symmetrische Struktur aufweist und dass Menschenrechte auf der supra-staatlichen Ebene implementiert werden sollten. Die Vertreter des interventionistischen Diskurses teilen die letztere Annahme mit den Legalisten, argumentieren allerdings, dass die internationale Ordnung eine asymmetrische Struktur aufweise. Der souveränistische Diskurs liegt dem Interventionismus im Vierfelderschema diagonal gegenüber, d.h. beide Diskurse zeigen keine Gemeinsamkeiten. Aus souveränistischer Sicht ist die internationale Ordnung symmetrisch, und Menschenrechte sollten mithilfe von innerstaatlichen Institutionen durchgesetzt werden. Die Vertreter des souveränistischen Diskurses optieren schließlich ebenfalls für die Implementierung von Menschenrechten auf der staatlichen Ebene, gehen dabei aber von einer asymmetrischen Struktur der internationalen Ordnung aus. Die Differenzen zwischen den vier Diskursen im Hinblick auf die zwei fundamentalen Dimensionen der souveränitätsbasierten Ordnung und der Menschenrechte wirken sich auch auf andere Elemente der Diskurse aus, wie etwa die Konzeptualisierung der Quellen der internationalen Ordnung, die Konstruktion der wesentlichen ontologischen Referenzpunkte und die Konstruktion des Interesse-Begriffs. Die untenstehende Tabelle fasst die wesentlichen Differenzen zwischen den vier Diskursen zusammen:

Tabelle 6 Wesentliche Aspekte der vier Diskurse (*fundamentale Dimensionen grau unterlegt*)

	Legalismus	Interventionismus	Souveränismus	Progressivismus
Konstruktion der Zeitdimension	Fortschritt	Kontinuität	Ungleichzeitigkeit	Fortschritt
Quellen der int. Ordnung	Völkerrecht	Machtpolitik	Rechtsstaatlichkeit/ Koexistenz	Innerstaatliche Demokratie/ demokratischer Frieden
Eigenschaften der int. Ordnung	Symmetrie	Asymmetrie	Symmetrie	Asymmetrie
Fundamental ontologische Dimension	Staaten Individuen	Großmächte	Staaten	Individuen/ Zivilgesellschaft
Begriff des Interesses bezieht sich auf	Internationale Gesellschaft aller Staaten aller Individuen	Schnittstelle von internationaler Gesellschaft und Großmächten	Einzelstaat	Individuen/ demokratische Staaten
Begriff der Souveränität	„New Sovereignty“ Erosion von Souveränität	Konditionale Souveränität	Konstitutionelle Souveränität	Volkssouveränität
Implementierung der Menschenrechte	Supra-staatliche Ebene	Supra-staatliche Ebene	Innerstaatliche Ebene	Innerstaatliche Ebene

Obwohl Tabelle 1 eine Vielzahl von Differenzen zwischen den vier Diskursen anzeigt, soll hier argumentiert werden, dass die Konflikte und Kompromisse zwischen den Vertretern der einzelnen Diskurse ein bestimmtes Muster aufweisen, das aus den fundamentalen Dimensionen der diskursiven Formation hervorgeht, d.h. der Dimension der souveränitätsbasierten internationalen Ordnung und die Dimension der

Implementierung der Menschenrechte. In diesem Kapitel soll das Muster der Konflikte und Kompromisse zwischen den vier Diskursen der diskursiven Formation beleuchtet werden. Hypothetisch soll angenommen werden, dass dieses Muster von folgenden Regeln geleitet wird:

1. Tiefgreifende Konflikte entstehen zwischen den Diskursen, die die Ausprägung einer fundamentalen Dimension miteinander teilen, aber bezüglich der zweiten Dimension differieren.
2. Zwischen zwei Diskursen, die bezüglich beider fundamentaler Dimensionen differieren, treten nur selten Konflikte auf, und wenn dies passiert, lassen diese Konflikte keine Kompromisse zu. Strategische Allianzen zwischen ihnen sind möglich, es ist jedoch fraglich, wie erfolgreich diese sind.
3. Hegemoniale Konstellationen innerhalb der diskursiven Formation wirken sich auf das generelle Muster von Konflikten und Kompromissen zwischen den Diskursen aus.

Bei der folgenden Analyse wird zwischen *differierenden Aspekten* auf der einen Seite und *Konflikten* auf der anderen unterschieden. Die Existenz von differierenden Aspekten ist eine notwendige Bedingung für die Entstehung von Konflikten, aber sie allein ist nicht hinreichend. Ein Konflikt ist *explizit*, während differierende Aspekte *implizit* bleiben können. Darüber hinaus impliziert ein Konflikt einen gewissen Grad an *Reflexion* auf Seiten beider Konfliktparteien, da sie sich der jeweils gegnerischen Position bewusst sein müssen, um sie angreifen zu können. Wie die erste und zweite Hypothese bereits andeuten, müssen Diskurse bestimmte Aspekte teilen, damit ein Konflikt zwischen ihnen entstehen kann. Teilen zwei Diskurse die Ausprägung einer Dimension, dann liegt offensichtlich ein Mindestmaß an gegenseitigem Verstehen vor, das für das Auftreten von Konflikten unerlässlich ist.

Gemäß den formulierten Hypothesen lässt sich bezüglich der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten folgendes Muster von Konflikten erwarten: der legalistische Diskurs konfligiert sowohl mit dem Interventionismus als auch mit dem Souveränismus, da er mit beiden Diskursen die Ausprägung je einer Dimension teilt (Legalismus – Interventionismus: Implementierung von Menschenrechten auf der supra-staatlichen Ebene; Legalismus – Souveränismus: Symmetrie als Strukturmerkmal der internationalen Ordnung). Im Bezug auf das Verhältnis von Legalismus und Progressivismus sind gemäß der zweiten Hypothese jedoch keine tief greifenden

Konflikte zu erwarten, da sich diese beiden Diskurse im Vierfelderschema diagonal gegenüberliegen und somit hinsichtlich der beiden fundamentalen Dimensionen keine Gemeinsamkeiten aufweisen. Dies trifft ebenfalls auf das Verhältnis von Interventionismus und Souveränismus zu. Dahingegen ist zu erwarten, dass es sowohl zwischen dem interventionistischen Diskurs und dem progressivistischen Diskurs als auch zwischen dem souveränistischen Diskurs und dem progressivistischen Diskurs zu Konflikten kommt, da beide Konstellationen eine gemeinsame Ausprägung jeweils einer fundamentalen Dimension aufweisen (Interventionismus und Progressivismus: Asymmetrie als Strukturmerkmal der internationalen Ordnung; Souveränismus und Progressivismus: innerstaatliche Implementierung von Menschenrechten). Wie jedoch im vorhergehenden Kapitel dargestellt wurde, spielte der progressivistische Diskurs im Rahmen der Debatte über den IStGH nur eine marginale Rolle. Die Marginalität des progressivistischen Diskurses wurde darauf zurückgeführt, dass dieser sich in Fundamentalopposition zum hegemonialen legalistischen Diskurs befand. Da empirisch keine expliziten Konflikte zwischen dem Interventionismus und dem Progressivismus auf der einen Seite und dem Souveränismus und dem Progressivismus auf der anderen Seite nachzuweisen sind, ist davon auszugehen, dass die marginale Rolle des progressivistischen Diskurses das Auftreten von Konflikten zwischen seinen Anhängern und den Vertretern der benachbarten Diskurse verhindert hat – obgleich sie gemäß der ersten Hypothese zu erwarten gewesen wären. Daher scheint in diesem Fall die dritte Hypothese zur Geltung kommt, der zufolge die hegemoniale Position eines Diskurses das Muster der Konflikte und Kompromisse innerhalb der *gesamten* diskursiven Formation beeinflusst.

Die folgende Tabelle zeigt sowohl die differierenden Aspekte (implizit) als auch die Konflikte zwischen den vier Diskursen. Die Spalten enthalten typische Vorwürfe, die Vertreter der in der obersten Zeile angezeigten Diskurse gegen die jeweils anderen Diskurse erheben:

Tabelle 7 Differierende Aspekte und Konflikte zwischen den vier Diskursen (*differierende Aspekte grau unterlegt*)

	Legalismus	Interventionismus	Souveränismus	Progressivismus
Legalismus		Gefährdung der internationalen Ordnung durch die Zügelung von Großmächten Idealismus	Nicht-Beachtung des Erfordernis der expliziten Zustimmung von Staaten Imperialismus/ Weltregierung	Erschwerung von Demokratisierungsprozessen Eigenschaften der int. Ordnung Implementierung von Menschenrechten
Interventionismus	Gefährdung der internationalen Ordnung durch Ausnahmeregelungen für Großmächte		Eigenschaften der int. Ordnung Implementierung von Menschenrechten	Implementierung von Menschenrechten Konzept der Konditionalität
Souveränismus	Fehlerhaftes Verständnis des Völkerrechts: IStGH zielt nicht auf Staaten, sondern auf Individuen ab	Eigenschaften der int. Ordnung Implementierung von Menschenrechten		Eigenschaften der int. Ordnung Konzept der Demokratie
Progressivismus	Gewährung von Straffreiheit Eigenschaften der int. Ordnung Implementierung von Menschenrechten	Implementierung von Menschenrechten Konzept der Konditionalität	Eigenschaften der int. Ordnung Konzept der Demokratie	

Analog zu der Unterscheidung zwischen differierenden Aspekten und Konflikten wird auch zwischen *gemeinsamen Aspekten* und *Kompromissen* unterschieden. Gemeinsame Aspekte von Diskursen bleiben auch in diesem Fall implizit. Kompromisse entstehen aus Konflikten und erfordern daher genau wie letztere einen gewissen Grad an Reflexion seitens beider beteiligten Parteien. Kompromisse tauchten in der Debatte über den IStGH nur selten auf und blieben darüber hinaus auf die Konstellation zwischen dem hegemonialen Diskurs, dem Legalismus, und den beiden ihm benachbarten Diskursen, dem Interventionismus und dem Souveränismus, beschränkt. Die Kompromisse nahmen hauptsächlich die Form formaler Konzessionen an. Die folgende Tabelle fasst die gemeinsamen Aspekte und Kompromisse zwischen den vier Diskursen zusammen:

Tabelle 8 Gemeinsame Aspekte und Kompromisse zwischen den vier Diskursen (gemeinsame Aspekte grau unterlegt)

	Legalismus	Interventionismus	Souveränismus	Progressivismus
Legalismus		UN-Sicherheitsrat kann Ermittlungen des IstGH für ein Jahr aussetzen Res. 1422, 1487, 1497 und 1593	Verzicht auf Weltrechtsprinzip Komplementaritätsprinzip	Konstruktion der Zeitdimension als Fortschritt
Interventionismus	UN-Sicherheitsrat kann Ermittlungen des IstGH für ein Jahr aussetzen Res. 1422, 1487, 1497 und 1593		„Strategische Allianz“	Asymmetrie als Strukturmerkmal der internationalen Ordnung
Souveränismus	Verzicht auf Weltrechtsprinzip Komplementaritätsprinzip	„Strategische Allianz“		Implementierung von Menschenrechten auf der innerstaatlichen Ebene
Progressivismus	Konstruktion der Zeitdimension als Fortschritt	Asymmetrie als Strukturmerkmal der internationalen Ordnung	Implementierung von Menschenrechten auf der innerstaatlichen Ebene	

Das vorliegende Kapitel fokussiert auf die expliziten Konflikte zwischen den vier Diskursen und die Kompromisse, die aus diesen entstanden. Wie aus den vorhergehenden Tabellen ersichtlich wird, blieb die Konstellation von Konflikten und Kompromissen fast ausschließlich auf den hegemonialen Diskurs, den Legalismus, und seine beiden Nachbardiskurse, den Interventionismus und den Souveränismus beschränkt. Der erste und zweite Abschnitt dieses Kapitels sind den sich daraus ergebenden Konfliktkonstellationen gewidmet.

Die Vertreter des progressivistischen Diskurses griffen den Legalismus zwar an, indem sie argumentierten, dass der IstGH Demokratisierungsprozesse erschweren könne, da er Amnestien ausschließt. Allerdings wurde die progressivistische Haltung gegenüber dem IstGH als Fundamentalopposition charakterisiert. Vertreter des legalistischen Diskurses reagierten nicht explizit auf die progressivistischen Vorwürfe, und ein Kompromiss zwischen diesen beiden Diskursen ist nur schwer vorstellbar. Darüber hinaus blieben durch die insgesamt marginale Position des progressivistischen Diskurses auch potentielle Konflikte zwischen ihm und seinen Nachbardiskursen, dem Interventionismus und dem Souveränismus implizit. Im Kontext des progressivistischen

Diskurses ist daher kein Konfliktmuster erkennbar, das über die bereits im letzten Kapitel gewonnenen Erkenntnisse hinaus weitere Schlussfolgerungen zuließe.

Der dritte Abschnitt thematisiert das Verhältnis von Interventionismus und Souveränismus. Diese Diskurse stehen sich bezüglich beider fundamentaler Dimensionen diametral gegenüber, d.h., dem interventionistischen Diskurs zufolge ist Asymmetrie das wesentliche Strukturmerkmal der internationalen Ordnung und seine Vertreter optieren für die Implementierung von Menschenrechten auf der supra-staatlichen Ebene, während der Souveränismus von einer symmetrischen internationalen Ordnung ausgeht und die Implementierung der Menschenrechte auf der innerstaatlichen Ebene favorisiert. Diese Konstellation führt gemäß der zweiten und vierten Hypothese weder zu Konflikten noch zu Kompromissen. Jedoch bildeten die Vertreter beider Diskurse eine Art ‚strategische Allianz‘, die darauf beruhte, dass US-amerikanische Gegner des IStGH sich im Rahmen ihrer Kritik des stark legalistisch geprägten institutionellen Designs des IStGH sowohl interventionistischer als auch souveränistischer Argumente bedienten. Trotzdem wird im dritten Abschnitt gezeigt werden, dass diese strategische Allianz aufgrund der großen inhaltlichen Diskrepanzen eher schwach blieb. Ein wesentlicher Grund für diese Schwäche bestand darin, dass die Verhandlungspartner der USA die US-amerikanische Position gegenüber dem IStGH aufgrund der Mischung von Argumenten aus beiden Diskursen als inkonsistent wahrnahmen. Außerdem ist zu vermuten, dass die Mischung von interventionistischen und souveränistischen Argumenten auf Seiten der USA auch Bündnisse zwischen den USA und anderen Ländern verhinderte, die ebenfalls gegen den IStGH und seine institutionelle Ausformung opponierten, dabei aber nur auf souveränistische Argumente rekurrten und sich somit nicht den interventionistischen Anteilen der US-amerikanischen Position annähern konnten.

7.1 Legalismus und Interventionismus: Konflikte über die Eigenschaften der internationalen Ordnung

Der legalistische und der interventionistische Diskurs teilen miteinander die Annahme, dass Menschenrechte auf der supra-staatlichen Ebene implementiert werden sollten. Im Hinblick auf die Dimension der souveränitätsbasierten internationalen Ordnung widersprechen sich beide Diskurse jedoch: während die Vertreter des legalistischen Diskursen davon ausgehen, dass das Strukturmerkmal der internationalen Ordnung Symmetrie ist, fassen Interventionisten die internationale Ordnung als asymmetrisch

auf. Darüber hinaus sind auch Differenzen zwischen beiden Diskursen im Hinblick auf die Konstruktion der Zeitdimension, der Konzeption der wesentlichen ontologischen Bezugspunkte und der Konstruktion des Interessebegriffs feststellbar. Die Anhänger des legalistischen Diskurses begreifen den Verlauf der Zeit als eine Fortschrittsbewegung und betrachten die Etablierung des IStGH als einen wichtigen Schritt innerhalb einer fortschrittlichen Entwicklung der internationalen Beziehungen, während die Vertreter des interventionistischen Diskurses den Zeitverlauf als Kontinuität konzipieren und dementsprechend die Aufrechterhaltung des status quo als Maßstab anlegen. Aufgrund dessen lautete eine von Interventionisten häufig geäußerten Kritik am Rom-Statut, dass die in ihm enthaltenen rechtlichen Bestimmungen weit über die Inhalte des etablierten Völkergewohnheitsrechts hinausgingen.¹

Auch im Hinblick auf die wesentlichen ontologischen Bezugspunkte zeigen sich Differenzen zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs. Vor allem der an der Weltgesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses misst der Rolle von Individuen in diesem Kontext eine große Bedeutung zu und betrachtet sie als primären Bezugspunkt der Weltpolitik. Die Befürworter des interventionistischen Diskurses privilegieren dagegen Staaten – vor allem Großmächte – gegenüber allen anderen ontologischen Einheiten. Diese Differenz wirkt sich in der Folge auch auf die Konstruktion des Interessebegriffs innerhalb beider Diskurse aus: obgleich sowohl der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses als auch der interventionistische Diskurs dem kollektiven Interesse der Staatengemeinschaft eine hohe Relevanz beimessen, unterscheiden sich beide Diskurse im Hinblick auf die Rolle der Großmächte: während aus interventionistischer Perspektive die Interessen von Großmächten zentral sind und auf jeden Fall berücksichtigt werden müssen, halten die Vertreter des legalistischen Diskurses eine Privilegierung von Großmächten für illegitim.²

Die Differenzen zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs bezüglich der Stellung von Großmächten in den internationalen Beziehungen sind eng mit dem zentralen Konflikt zwischen beiden Diskursen verbunden, der sich auf die Eigenschaften der internationalen Ordnung bezieht. Aus legalistischer Perspektive besteht das wesentliche Strukturmerkmal der internationalen Ordnung in der symmetrischen Beziehung zwischen Staaten, und die hauptsächliche Quelle dieser

¹ Vgl. Kap. 4.

² Vgl. Kap. 3 und 4.

Ordnung ist das Völkerrecht. Der interventionistische Diskurs beruht im Gegensatz dazu auf der Annahme, dass die internationale Ordnung aufgrund der Machtungleichheiten zwischen den Staaten notwendigerweise asymmetrisch ist. Großmächte spielen aus der interventionistischen Perspektive die Rolle von Vigilantes. Der interventionistische Diskurs weist keine generell feindliche Haltung gegenüber dem Völkerrecht auf, allerdings heben seine Vertreter hervor, dass das Völkerrecht bei seiner Durchsetzung auf mächtige Staaten angewiesen ist. Der Konflikt zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs über die Merkmale und die Quellen der internationalen Ordnung ist durch charakteristische Vorwürfe gekennzeichnet, die die Vertreter beider Diskurse gegen ihren jeweiligen Kontrahenten erheben: Legalisten argumentieren, dass die Umsetzung interventionistischer Vorstellungen und Präferenzen die internationale Ordnung unterminieren würden, da sie Großmächte über das Recht stellten. Der interventionistische Vorwurf an die Adresse der Legalisten lautet dagegen, dass letztere darauf abzielten, den Handlungsspielraum von Großmächten in einer Weise zu beschränken, die deren Rolle als Vigilantes nicht gerecht werde.

7.1.1 Kompromisse und formale Konzessionen zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs

In zwei Punkten kam es zu formalen Konzessionen von Seiten der Vertreter des legalistischen Diskurses gegenüber interventionistischen Forderungen. Die erste Konzession betrifft den Machtspielraum des UN-Sicherheitsrats im Hinblick auf den IstGH und wurde in das Rom-Statut aufgenommen. Der zweite Punkt, in dem Legalisten den Vertretern des interventionistischen Diskurses entgegenkamen, ist die Gewährung von Ausnahmeregelungen für Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten im Rahmen von Resolutionen des UN-Sicherheitsrats. Diese wurden allerdings erst nach der Rom-Konferenz verabschiedet.

Wie im vierten Kapitel ausführlich erläutert wurde, sind die Vertreter des interventionistischen Diskurses der Forderung nach einer Verlagerung von politischen Kompetenzen auf die supra-staatliche Ebene nicht generell abgeneigt. Allerdings verlangen sie, dass die Organe der supra-staatlichen Ebene die asymmetrische Struktur der internationalen Ordnung widerspiegeln müssen, was konkret bedeutet, dass sie Großmächten ihrer Bedeutung für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung angemessene Privilegien einräumen sollten. Eine der ursprünglichen inter-

ventionistischen Forderungen auf der Rom-Konferenz lautete daher, dass allein der UN-Sicherheitsrat dazu in der Lage sein sollte, eine Situation an den IStGH mit der Aufforderung zu überstellen, Ermittlungen aufzunehmen. Diese Lösung hätte den IStGH zu einer Art auf Dauer gestellter Version der schon früher etablierten Völkerrechtstribunale für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und Ruanda (ICTR) werden lassen. Aus legalistischer Sicht hätte das allerdings bedeutet, den Gerichtshof vollkommen von machtpolitischen Interessen der permanenten Mitglieder des Sicherheitsrats abhängig zu machen. Die Unabhängigkeit des IStGH bildete für die Vertreter des legalistischen Diskurses eine wesentliche Voraussetzung für dessen Legitimität und Glaubwürdigkeit. Letztendlich einigten sich die Delegierten auf der Rom-Konferenz auf den Vorschlag Singapurs, dem zufolge der Sicherheitsrat allein die Möglichkeit besitzt, Ermittlungen des IStGH für ein Jahr aufzuschieben, sofern die Aufnahme derselben eine Gefahr für den Weltfrieden darstellte (Art. 16 des Rom-Statuts).³ Diese Regelung stellt einen Kompromiss zwischen der legalistischen und der interventionistischen Position dar, da sie machtpolitischen Aspekten einen gewissen Einfluss einräumt, die Unabhängigkeit des IStGH aber weitgehend wahrt. Dies wird durch die in ihr enthaltene Umkehrung der Vetokonstellation erreicht: während dem interventionistischen Vorschlag zufolge das Veto eines Sicherheitsratsmitgliedes ausreichen würde, um zu verhindern, dass der IStGH sich mit einer Situation befasst, muss nun Einigkeit unter allen Sicherheitsratsmitgliedern herrschen, damit Ermittlungen ausgesetzt werden können (Broomhall 2003: 82).

Vier Resolutionen des UN-Sicherheitsrates können ebenfalls als Kompromisse zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs gewertet werden.⁴ Die Resolutionen 1422 (2002) und 1487 (2003) enthielten eine generelle zwölfmonatige Immunität für Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten des IStGH gegenüber der strafrechtlichen Verfolgung durch den Gerichtshof. Der Entwurf für die Resolution 1422 war von den USA anlässlich der anstehenden Erneuerung des Mandats für die Peacekeeping-Mission in Bosnien-Herzegowina in den Sicherheitsrat eingebracht worden. Die USA drohten, die Verlängerung des Mandats mit einem Veto zu

³ Proposal of Singapore; U. N. Doc. A/AC.249/1997/WG.2/DP.4.

⁴ Genau betrachtet können diese vier Resolutionen nur innerhalb der diplomatischen Diskursarena als Kompromiss bezeichnet werden. Vor allem legalistisch orientierte Völkerrechtler und Medienkommentatoren werteten die in ihnen enthaltenen Ausnahmeregelungen für Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten als illegitim und kritisierten sie heftig.

blockieren, sollte sich keine Ausnahmeregelung von der Rechtsprechung des IStGH für ihre Bürger erreichen lassen. Der Text der Resolution unterstreicht die Notwendigkeit ‚to facilitate Member States’ ability to contribute to operations established or authorized by the United Nations Security Council’.⁵ Kurz gefasst bedeutet das: wenn von Großmächten erwartet wird, dass diese sich in entscheidender Weise an der Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung beteiligen, dann darf ihr Handlungsspielraum dabei nicht von völkerrechtlichen Institutionen eingeschränkt werden. Die Resolution 1422 wurde nach Ablauf der zwölf Monate einmal verlängert, obgleich die Verabschiedung der Resolution 1487 (2003) wesentlich kontroverser verlief als im Vorjahr.⁶ Im Jahr 2004 verzichteten die USA nach einer längeren Phase der Unklarheit darauf, einen entsprechenden Resolutionsentwurf zur Verlängerung der Immunitätsregelung in den Sicherheitsrat einzubringen, als klar wurde, dass ein solcher Entwurf keine ausreichende Unterstützung finden würde. Die im Frühjahr 2004 öffentlich erhobenen Folttervorwürfe gegen Angehörige des US-amerikanischen Militärs wurden weithin als Grund sowohl für die gewandelte Stimmung als auch für den Verzicht der USA angesehen, eine weitere Verlängerung für Resolution 1422 und 1487 zu beantragen.⁷

Die Resolutionen 1497 (2003) und 1593 (2005) unterscheiden sich von den oben genannten Resolutionen, insofern sie keine Blanko-Immunität für Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten des IStGH enthalten, sondern auf bestimmte Konflikte begrenzt sind (Liberia und Sudan). Allerdings wenden einige Kritiker ein, dass diese Resolutionen noch weiterreichende Konsequenzen als die Resolutionen 1422 und 1487 haben, da sie festlegen, dass Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten, denen Verstöße gegen das Völkerstrafrecht zur Last gelegt werden, der *exklusiven* Rechtsprechung der Gerichte ihres Heimatstaats unterstehen. Damit schließen sie nicht nur die Kompetenz des IStGH aus, sondern auch die Zuständigkeit der Gerichte des Staates, auf dessen Territorium diese Verstöße sich ereigneten. Die Gemeinsamkeit aller vier Resolutionen besteht aber darin, dass sie Großmächte – allen voran die USA, auf deren Betreiben die Resolutionen

⁵ UN Security Council Resolution 1422 (2002); U.N. Doc. S/RES/1422 (2002).

⁶ Frankreich und Deutschland brachten ihre Mißbilligung der Resolution in der Sicherheitsratsdebatte zum Ausdruck und enthielten sich bei der Abstimmung.

⁷ Vgl. Steve Crawshaw and Richard Dicker, ‚Britain’s flawed position on the global court’ in: *Financial Times* (22.06.2004); Andreas Zumach, ‚Erst wenn international gegen US SoldatInnen ermittelt wird, siegt das Völkerrecht’ in: *tageszeitung* (25.06.2004); ‚US military: law unto themselves’ in: *The Guardian* (25.06.2004).

verabschiedet wurden – in die Lage versetzen sollen, ihre Rolle als Vigilantes ungehindert wahrzunehmen.

7.1.2 Konflikte und Kontroversen zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs

Der Hauptkonflikt zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs betrifft die Konstitution der internationalen Ordnung. Dieser Konflikt kommt in einer Reihe von Kontroversen zwischen den Vertretern beider Diskurse zum Ausdruck, die sich alle auf diesen Hauptkonflikt beziehen: erstens gab es eine Kontroverse über die Strukturmerkmale der internationalen Ordnung, zweitens über die Quellen dieser Ordnung und drittens über den Begriff des Interesses. Die meisten dieser Kontroversen blieben unlösbar. Darüber hinaus warfen Legalisten ihren interventionistisch orientierten Kontrahenten oft vor, sie würden irrational agieren. Der Irrationalitäts-Vorwurf kann als Resultat der hegemonialen Position des legalistischen Diskurses betrachtet werden, dessen Vertreter die normative Überlegenheit des legalistischen Diskurses zu behaupten versuchten, indem sie ihre Kontrahenten in eine defensive Position brachten.

Im Hinblick auf die Strukturmerkmale der internationalen Ordnung bezog sich die Kontroverse zwischen den Vertretern des legalistischen und des interventionistischen Diskurses auf die Frage ob die internationale Ordnung symmetrisch oder asymmetrisch ist. Wie das folgende Zitat zeigt, sind Legalisten sich darüber bewusst, dass ihre interventionistischen Kontrahenten die internationale Ordnung als asymmetrisch betrachten und kritisieren sie aufgrund dieser Annahme. Konkret bezieht sich dieses Zitat auf die Rolle des Sicherheitsrats. Es erschien in einer US-amerikanischen Zeitung und ist als Kritik an die eigene Regierung gerichtet:

„In Rome, 120 countries voted to set up a court to try those accused of genocide, war crimes or crimes against humanity. And to allay American fears that U.S. soldiers serving in peacekeeping forces might be tried on political charges, compromises were offered that the U.S. still rejected as too permissive.

[...]

[T]he administration, especially the Pentagon and many in the Senate, which must ratify any agreement, wants guarantees that U.S. personnel would forever be immune. Accordingly, U.S. delegates not only voted against the accord but angrily denounced it on the ground that it *fails to give the United Nations Security*

Council the final say. That would mean that permanent council members – the United States, Russia, China, Britain and France – would have veto in any case against their own citizens, thus *consigning other countries to second-class status*, and rendering the court impotent.’⁸

In einem ganz ähnlichen Sinn kritisierte die ehemalige Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin im Rahmen eines Kommentars, der in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlicht wurde, die Verabschiedung der Resolution 1422 durch den Sicherheitsrat. Sie stellt die Legitimität der Resolution aufgrund der Tatsache in Frage, dass diese den USA eine privilegierte Stellung einräumt:

„Ärgerlich und traurig ist allerdings, dass die derzeitige US-Regierung ihre Unterzeichnung des Römischen Statuts zurückgezogen und am vergangenen Sonntag sogar ihre Zustimmung zur notwendigen Verlängerung der UN-Friedensmission für Bosnien von einer Immunitätsklärung des UN-Sicherheitsrats für ihre US-Soldaten abhängig gemacht hat. Dieses Veto hat die USA im Sicherheitsrat völlig isoliert. Im Zeitalter der Globalisierung muss ein solches Vorgehen auf besonderes Misstrauen stoßen, zielt es doch ganz offen auf *zweierlei Recht, zweierlei Maßstäbe und Sonderrechte für Mächtige* ab.“⁹

Auch legalistisch orientierte Völkerrechtsexperten bezichtigen die Vertreter des interventionistischen Diskurses, illegitime Versuche zur Etablierung einer asymmetrischen internationalen Ordnung zu unternehmen. Ein Völkerrechtler kommentiert die Verabschiedung der Resolution 1497 durch den Sicherheitsrat wie folgt:

[O]perative paragraph 7 clearly creates a *condition of inequality among UN member states and their personnel*, establishing an invidious distinction between those that are parties to the ICC Statute and those that are not. In addition, although this may seem to be less relevant from an international perspective, this is also a *violation of the principle of equality between individuals*. The consequences of this provision in this respect are rather puzzling. While personnel

⁸ „Out of order. World court will be weaker without America“ in: *Fresno Bee* (22.07.1998) – Hervorh. S. Sch.

⁹ Herta Däubler-Gmelin, „Die USA im Veto-Land. Zur Einsetzung des ICC“ in: *Süddeutsche Zeitung* (02.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

of states not parties to the ICC are under the exclusive jurisdiction of their own national state, the same does not hold true for personnel of contributing states that are parties to the ICC Statute.’ (Zappalà 2003: 675 – Hervorh. S. Sch.)

Wie aus den vorhergehenden Zitaten ersichtlich wird, betrachten die Vertreter des legalistischen Diskurses Symmetrie und souveräne Gleichheit aller Staaten als den Maßstab für völkerrechtliche Institutionen. Der Völkerrechtler Zappalà weist zudem auf das Erfordernis der Gleichheit aller Individuen vor dem Recht hin. Indem er die Resolution 1497 aufgrund des Verstoßes gegen dieses Erfordernis kritisiert, rekurriert er auf Argumente des an der Weltgesellschaft orientierten Strangs des legalistischen Diskurses und verleiht damit seinem Beitrag zusätzliches Gewicht.

Vertreter des interventionistischen Diskurses reagieren auf diese Vorwürfe, indem sie das Maß hervorheben, in dem die internationale Ordnung auf dem überlegenen Machtpotential von Großmächten beruht und deren Bereitschaft, dieses auch zur Aufrechterhaltung der Ordnung einzusetzen. In diesem Kontext ist der folgende Abschnitt aus einem Artikel von Robert Kagan besonders aufschlussreich:

„When the treaty [das Rom-Statut – S. Sch.] was being negotiated during the Clinton administration, U.S. officials recognized the inherent problems and looked for ways to provide American troops some protection – such as giving the U.N. Security Council, where the United States has a veto, ultimate say. *But Europeans rejected this „double standard“ and opted for legal purity.* [...]

„Rogue“ states will not voluntarily abide by an international court’s ruling, no matter what the United States does or does not. Not abiding by international rules, after all, is what makes a „rogue“ a „rogue“. But in the meantime, the United States, which has the lion’s share of responsibility for defending the rest of the civilized world against rogue states, will have to worry every time it sends troops into hostile territory.

Can a more liberal international order be built by hobbling the most powerful defender of that order? That’s a question our European allies might want to start asking themselves.’¹⁰

¹⁰ Robert Kagan, ‚Europeans courting international disaster‘, in: *The Washington Post* (30.06.2002) – Hervorh. S. Sch.

Aus interventionistischer Perspektive stellt demzufolge die Machtpolitik die primäre Quelle der internationalen Ordnung dar. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Vertreter des interventionistischen Diskurses dem Völkerrecht grundsätzlich feindlich gegenüberstehen. Allerdings messen sie der Machtpolitik die primäre Bedeutung bei und betonen, dass das Völkerrecht ohne die Unterstützung von Großmächten ‚zahnlos‘ bleibe:

„These risks [of politicised prosecutions – S. Sch.] might be bearable if the permanent court truly would "replace the rule of force with the rule of law in the 21st century," as one advocate maintained. *But what can deter war criminals is only the fear that the world community – meaning, in most cases, the United States – will show the political will and, when necessary, use the military force needed to stop them.* Pol Pot remained at large, not so much because no judges awaited him in The Hague as because he remained useful to Washington and Beijing. Radovan Karadzic remains at large today because no one – including the French, enthusiastic backers of the international court – will risk detaining him.”¹¹

Kurzum, der wesentliche interventionistische Einwand gegen die legalistischen Vorwürfe lautet, dass die legalistischen Befürworter einer symmetrischen internationalen Ordnung von einem ‚egalitären Idealismus‘¹² geleitet seien, der den tatsächlichen machtpolitischen Erfordernissen nicht gerecht werden könne.

Einige Vertreter des legalistischen Diskurses konzedieren demgegenüber durchaus die Notwendigkeit der Einbeziehung von Großmächten in das IStGH-Regime, nicht zuletzt allein deswegen, weil es dem Gerichtshof an eigenen Rechtsdurchsetzungskapazitäten mangelt. Allerdings betonen sie dabei, dass ‚physische Macht‘ auf die ‚moralische Macht‘ angewiesen ist, um als legitim wahrgenommen zu werden, d.h., dass insbesondere Großmächte sich der rechtlichen Autorität des IStGH unterwerfen sollten. Selbst wenn also das Recht nicht vollkommen von der Macht getrennt werden kann, so soll doch aus legalistischer Perspektive ersteres immer die Oberhand behalten. Dies wird aus folgendem Zitat aus einem im Glasgower *Herald* veröffentlichten Artikel ersichtlich:

¹¹ Fred Hiatt, ‚The trouble with the war-crimes court‘ in: *The Washington Post* (26.07.1998) – Hervorh. S. Sch.

¹² ‚Nach dem Kompromiß‘ in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (15.07.2002): ‚Die Weltpolitik gehorcht nicht einem solchen egalitären Idealismus; das ist ja gerade ein Grund des amerikanischen Einspruchs.‘

,Yet it is the absence of the US which matters. *If it has taken over from the UN as the world's policeman, it must be seen to uphold the law.* Not having the US on board will seriously harm the court's credibility and effectiveness.

[...]

That will not only necessitate *physical might* in the form of troops, but *moral might*. There can be no clearer sign of the US commitment to universal rights and freedoms than signing up to a court designed to uphold them. The ICC is not the enemy of international justice but its guarantor. The US must think again.’¹³

Obschon die Konstruktion einer gegenseitigen Abhängigkeit von Macht und Recht einen möglichen Kompromiss zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs aufzeigt – die Macht setzt das Recht durch und das Recht legitimiert die Macht, tendiert selbst die Anerkennung dieser Wechselbeziehung dazu, in einem infiniten Regress über die Frage zu enden, welcher Aspekt in dieser Konstellation vorherrschen sollte. Das führt zu der Frage, warum es auf der supra-staatlichen Ebene nahezu unmöglich ist, die Rolle des Polizisten (der Macht) und die des Richters (das Recht) miteinander zu versöhnen, während beide auf der innerstaatlichen Ebene koexistieren. Der Grund dafür liegt vermutlich darin, dass die innerstaatliche Ebene durch eine Zentralisierung von politischer Autorität gekennzeichnet ist, in der die Regierung als ein gemeinsamer Referenzpunkt für beide Rollen fungiert. Die internationale Staatengesellschaft ist dahingegen von Anarchie, also dem Nicht-Vorhandensein einer zentralen Autorität charakterisiert.

Die meisten Vertreter des legalistischen Diskurses weisen die interventionistischen Forderung nach Privilegien für Großmächte strikt zurück. Sie argumentieren, dass solche Privilegien die Legitimität und Glaubwürdigkeit des IStGH unterminieren würden und diesen unter Umständen sogar in ein Machtinstrument der Großmächte verwandeln könnten. Ein französischer Kommentator geht davon aus, dass Privilegien für die USA den Nord-Süd-Konflikt verschärfen: ‚Quand la force gagne contre le droit, non seulement l'impunité recule, mais le fossé s'aggrave entre pays du Sud et du Nord,

¹³ ‚For the sake of justice, US should rethink its objection to international court’ in: *The Herald* (02.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

alors même que la justice pénale internationale, par sa vocation universelle, avait mission de le réduire.’¹⁴

Nicht zuletzt betrachten einige Vertreter des legalistischen Diskurses die Foltervorwürfe gegen US-amerikanische Soldaten, die 2004 erhoben wurden, als Bestätigung ihrer Forderung, dass insbesondere Großmächte sich der Rechtsprechung durch den IStGH unterwerfen sollten. Das Argument bezieht sich dabei nicht nur auf die Legitimität und Glaubwürdigkeit der Großmächte selbst; es geht vielmehr auch darum, dass Legalisten befürchten, die Nicht-Einhaltung völkerrechtlicher Regeln durch einen mächtigen Staat mache deren Durchsetzung generell unmöglich. Einem britischen Kommentator zufolge werde das normative Fundament der internationalen Gesellschaft ausgehöhlt, wenn die Politik der USA sich als ‚law unto itself’¹⁵ erwiese.

Der Konflikt zwischen den Vertretern des legalistischen und des interventionistischen Diskurses über die Konstitution der internationalen Ordnung erstreckt sich auch auf die Konstruktion des Interessebegriffs. Während innerhalb des legalistischen Diskurses der Begriff des Interesses so konstruiert wird, dass er sich ausschließlich auf die internationale Gesellschaft aller Staaten bzw. die Weltgesellschaft aller Individuen bezieht, setzen die Anhänger des interventionistischen Diskurses eine Überschneidung des Interesses der internationalen Gesellschaft und des Interesses von Großmächten voraus, da allein die letzteren der Durchsetzung dieses ‚Schnittmengen-Interesses’ für fähig gehalten werden. Aus dieser Perspektive muss den Interessen von Großmächten auch bei der Etablierung supra-staatlicher Organe Rechnung getragen werden, wenn letztere effektiv arbeiten sollen. Diese Sichtweise wird aus dem folgenden Beitrag eines Völkerrechtlers deutlich:

„In the development of international law, one must consider the positions of the most interested states. [...] [P]articularly concerned states oppose the ICC statute, to a greater or lesser extent. Some of them may simply be considered to be outlaw nations of limited geopolitical importance. The United States is a more serious case because its opposition seems to be largely based on a fear that its apparently lawful activities abroad may improperly or maliciously be brought before the ICC

¹⁴ William Bourdon, ‚La par belle aux bourraux. La justice pénale internationale est minée par les pays décideurs qui œuvre pour leur impunité’ in: *Libération* (11.06.2004).

¹⁵ ‚US military: law unto themselves’ in: *The Guardian* (25.06.2004).

or other tribunals. In its view this risk may deter states of good will from undertaking these important activities. [...]

Clearly, significant opposition in the decentralized international legal system is likely to rob a regime of *effectiveness*. In such circumstances the legitimacy of institutional mechanisms will be suspect and their pull toward compliance weak.’ (Charney 1999: 463 – Hervorh. S. Sch.)

Die Vertreter des legalistischen Diskurses weisen dahingegen die Forderung nach einer Berücksichtigung der speziellen Interessen von Großmächten entschieden zurück und argumentieren, dass ein Nachgeben in dieser Frage den IStGH entlegitimieren würde, da er ja dem Interesse des Kollektivs aller Staaten dienen soll:

„Alles in allem ist es ein berechtigtes Anliegen, die USA näher an das Statut von Rom anzubinden. Der Kompromißbereitschaft sind jedoch Grenzen gesetzt. Bedenken ergeben sich vor allem aus juristischen Gründen. Das Statut ist ein bis ins feinste Detail ausgehandeltes Vertragswerk, das [...] über ausgeprägte Schutzmechanismen verfügt, die sicherstellen, daß *die nationalen Interessen von Vertrags- und Nicht-Vertragsstaaten bei der Verfolgung von Straftätern ausreichend berücksichtigt werden*. Es wäre ein großer Rückschritt für die internationale Staatengemeinschaft, wenn der Anwendungsbereich eines der wichtigsten Abkommen in der Geschichte des Völkerrechts *aufgrund der Sonderinteressen eines Staates nachträglich reduziert würde, dessen Standpunkt für die überwiegende Mehrheit der Staaten nicht nachvollziehbar ist*.“ (Stahn 2000: 658 – Hervorh. S. Sch.)

Einige legalistische Kommentatoren behaupten auch, dass das Interesse der USA eigentlich mit dem Interesse der internationalen Gesellschaft aller Staaten identisch ist und schließen daraus, dass das ‚besondere Interesse‘, auf welches sich Interventionisten berufen, eine bloße Illusion ist. Dies trifft vor allem auf US-amerikanischen Kommentatoren zu, die sich am legalistischen Diskurs orientieren:

„The Bush administration's rigidity on the new International Criminal Court not only undermines the legal and human rights standards the United States promoted for nearly a century but also *endangers our country's global interests*. [...]

Sadly, while the outcome may be *unintentional*, the Bush administration's intransigence regarding the international court could signal future war criminals that they are free to pursue their unspeakable acts.'¹⁶

Aufgrund der Differenzen zwischen dem legalistischen und dem interventionistischen Diskurs im Hinblick auf die Konstruktion des Interesse-Begriffs halten einige Vertreter des legalistischen Diskurses die interventionistisch geprägten politischen Entscheidungen der US-Regierung für kurzsichtig und mahnen, dass diese nicht-intendierte Konsequenzen mit sich bringe. So kritisiert beispielsweise die britische Parlamentsabgeordnete Clare Short in einem Artikel in den Evening News, dass die Erneuerung der Resolution 1422 eigentlich nicht mit den langfristigen US-amerikanischen Interessen zu vereinbaren ist: ‚The sadness of all this is that it is *in the interest of the US and the American people, as well as all the rest of us*, to build a commitment to international justice and the rule of law.'¹⁷

Der Vorwurf der Irrationalität ist eng mit der Kontroverse zwischen den Vertretern des legalistischen Diskurses und den Anhängern des interventionistischen Diskurses über den Begriff des Interesses verbunden. Ein deutscher Kommentator kam beispielsweise im Hinblick auf die Verabschiedung der Resolution 1422 durch den UN-Sicherheitsrat und die Politik der US-Regierung zu folgendem Schluss: ‚Die Szene zeigt eine Supermacht, die *rücksichtslos und unkontrolliert ihre eigenen Interessen lebt* und dabei Gefahr läuft, zunehmend *irrational zu agieren*.'¹⁸ Der von Legalisten gegen ihre interventionistischen Kontrahenten gerichtete Vorwurf der Irrationalität bewegt sich auf einer Spannbreite zwischen der Bezeichnung der US-amerikanischen Politik als ‚unverständlich'¹⁹ oder ‚nicht nachvollziehbar' (Stahn 1999: 658) bis hin zu der Annahme, dass die interventionistisch orientierte Opposition gegen den IStGH einen pathologischen Fall darstellt. So erklärte beispielsweise der Londoner Direktor der Organisation Human Rights Watch Steve Crawshaw, dass die interventionistische Opposition gegen den IStGH auf einem Missverständnis über die Natur des Gerichtshofs auf Seiten der Vertreter des interventionistischen Diskurses basiere. Dieses

¹⁶ ‚No hard line on court' in: *The Denver Post* (02.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

¹⁷ Clare Short, ‚What's next on the horizon for the UN?' in: *Evening News* (16.06.2003) – Hervorh. S. Sch.

¹⁸ Stefan Ulrich, ‚Der amerikanische Verrat' in: *Süddeutsche Zeitung* (15.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

¹⁹ Herta-Däubler Gmelin, ‚Die USA im Veto-Land. Zur Einsetzung des ICC' in: *Süddeutsche Zeitung* (02.07.2002).

führt, folgt man Crawshaw, wiederum dazu, dass die US-amerikanische Regierung sich als das Opfer einer Verschwörung betrachte:

„The American view of the court, described by the deputy US ambassador to the UN as „a fatally flawed institution“, is that the court will act as a *giant conspiracy against America*. Accordingly, Americans will be unfairly targeted. *But this misunderstands the essence of the court.*”²⁰

Ein anderer Artikel, der in der Financial Times erschien, greift ebenfalls die interventionistischen Einwände gegen den IStGH an, kritisiert, dass Interventionisten fälschlicherweise behaupteten, der Gerichtshof sei ‚a great conspiracy to do down the sole superpower‘, und kommt zu dem Schluss: ‚[t]he threat is imagined‘.²¹ Während diese Kommentare den interventionistischen Diskurs nur implizit in den Kontext der Paranoia stellen, betrachtet ein deutscher Kommentator die US-amerikanische Opposition gegen den IStGH als ein Indiz für ‚die Bereitschaft der Regierung Bush, ihre Völkerrechts-*Phobie* ohne politischen Rücksichtnahme ausleben zu wollen‘²² und rekuriert damit explizit auf das Vokabular der Psycho-Pathologie.

Die hier dargestellten Kontroversen zeigen auf, welche Schwierigkeiten und Hindernisse auf dem Weg zu einem Kompromiss zwischen den Vertretern beider Diskurse liegen. Dies trifft insbesondere auf die Resolutionen 1422 und 1487 zu. Während sie formal als ein Kompromiss zwischen Legalismus und Interventionismus im Rahmen der diplomatischen Diskursarena betrachtet werden können, wurde ihre Legitimität von legalistisch orientierten Völkerrechtlern und Medienkommentatoren sogleich wieder in Frage gestellt. Die einhellige Meinung der dem Legalismus verpflichteten Medienkommentatoren lautete, dass die Resolutionen 1422 und 1487 eher das Resultat einer Erpressung seien, als dass sie eine Annäherung zwischen den Vertretern beider Diskurse darstellen.²³ Darüber hinaus vertiefte der von legalistischer

²⁰ Steve Crawshaw, ‚Why the US needs this court contempt for justice: America’s rejection of the International Criminal Court is a threat to its own security‘ in: *The Observer* (15.06.2003) – Hervorh. S. Sch.

²¹ Philip Stephens, ‚America breaks the global ties: Washington has legitimate fears over the International Criminal Court but is wrong to see a conspiracy‘ in: *Financial Times* (05.07.2002).

²² Rolf Paasch, ‚Im Namen Europas‘ in: *Frankfurter Rundschau* (12.06.2003) – Hervorh. S. Sch.

²³ Vgl. Kenneth Roth, ‚Human rights, American wrongs: Europe must resist the US obduracy that is threatening to undermine the International Criminal Court‘ in: *Financial Times* (01.07.2002); ‚Contempt for the law‘ in: *San Francisco Chronicle* (02.07.2002).

Seite geäußerte Vorwurf der Irrationalität eher die Spaltung zwischen beiden Diskursen, als zu einer Annäherung zu führen.

7.2 Legalismus und Souveränismus: Konflikte über die Implementierungsebene der Menschenrechte

Dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs ist die Annahme gemeinsam, dass das Strukturmerkmal der internationalen Ordnung Symmetrie ist. Was die Implementierung von Menschenrechten betrifft, unterscheiden sich die Diskurse allerdings voneinander: während die Vertreter des legalistischen Diskurses für die Durchsetzung von Menschenrechten mithilfe von supra-staatlichen Organen optieren, befürworten die Anhänger des souveränistischen Diskurses im Gegensatz dazu eine Implementierung durch innerstaatliche Institutionen. Diese Differenz wirkt sich auf weitere Aspekte beider Diskurse aus. Sowohl der Legalismus als auch der Souveränismus messen dem Begriff des ‚rule of law‘ eine zentrale Bedeutung bei, allerdings gilt es aus legalistischer Perspektive, ‚rule of law‘-Strukturen in den internationalen Beziehungen zu etablieren, während für die Anhänger des souveränistischen Diskurses ‚rule of law‘ auf die innerstaatliche Ebene begrenzt ist. Ein ähnlicher Ebenen-Konflikt ist bezüglich der Konstruktion des Interesse-Begriffs feststellbar. Sowohl der an der internationalen Gesellschaft orientierte Strang des legalistischen Diskurses als auch der souveränistische Diskurs betrachten Staaten als den wesentlichen Referenzpunkt für den Begriff des Interesses, allerdings bezieht sich der Begriff des Interesses ersterem zufolge auf das Staatenkollektiv der internationalen Gesellschaft, während gemäß letzterem der einzelne Staat den Referenzpunkt bildet.

Obgleich die Differenz zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs hinsichtlich der Konstruktion des Interesse-Begriffs an die im vorhergehenden Abschnitt dargestellte Kontroverse zwischen Legalismus und Interventionismus erinnert, macht eine detaillierte Analyse der Kontroversen zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs deutlich, dass der Konflikt zwischen diesen Diskursen auf einer anderen Grundlage basiert. Anders als die Kontroversen zwischen Legalismus und Interventionismus, die in der Hauptsache auf einem Konflikt über die Merkmale und Quellen der internationalen Ordnung beruhten, prallen der legalistische und der souveränistische Diskurs hauptsächlich aufgrund eines Konfliktes über die Ebene der Implementierung von Menschenrechten zusammen. Die Kontroversen zwischen Vertretern beider Diskurse beziehen sich im Wesentlichen auf folgende

Fragen: was stellt die zentrale ontologische Einheit der internationalen Beziehungen dar – das Kollektiv aller Staaten bzw. die Weltgesellschaft aller Individuen oder der einzelne Staat? Ist es legitim, eine direkte Verbindung zwischen der Ebene der Individuen und der supra-staatlichen Ebene herzustellen? Existiert eine ‚supra-staatliche‘ Ebene überhaupt oder stellen internationale Organisationen nicht vielmehr ‚inter-staatliche‘ Organe dar? Konkret fokussierten die Kontroversen zwischen den Vertretern des legalistischen Diskurses und den Anhängern des Souveränismus vor allem auf einen Punkt: Souveränisten ziehen die Legitimität des IStGH aufgrund der Tatsache in Zweifel, dass der Gerichtshof Kompetenzen im Bezug auf Nicht-Mitgliedstaaten beansprucht, womit er – so die Souveränisten – illegitimerweise das Erfordernis der Zustimmung eines Staates zu einer völkerrechtlichen Institution ignoriert. Legalisten reagieren auf diesen Vorwurf, indem sie argumentieren, dass der IStGH keine Kompetenzen im Hinblick auf Nicht-Mitgliedstaaten beansprucht, sondern nur deren *Bürger* dann strafrechtlich verfolgen kann, wenn sie eines Verstoßes gegen die Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht verdächtigt werden, welcher sich auf dem Territorium eines Mitgliedstaates ereignete.

7.2.1 Kompromisse und formale Konzessionen zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs

Obwohl der Begriff des ‚Weltrechtsprinzips‘ ein Schlagwort darstellt, dass häufig während der Verhandlungen in Rom und in Kommentaren über den IStGH auftauchte, entschieden sich die Delegierten auf der Rom-Konferenz letztlich dafür, den Gerichtshof nicht auf die Basis des Weltrechtsprinzips zu stellen. Anstatt dessen ist in Art. 12 (2) des Statuts festgelegt, dass entweder der Nationalstaat des Täters oder der Staat, auf dessen Territorium ein Verstoß gegen das Völkerstrafrecht stattgefunden hat, das IStGH-Statut ratifiziert haben muss, damit der Gerichtshof den Fall aburteilen kann. Das Statut des IStGH basiert somit auf den anerkannten strafrechtlichen Prinzipien der Nationalität und der Territorialität.

Sowohl der Statut-Entwurf der ILC als auch ein Vorschlag der deutschen Delegation in Rom²⁴ sahen für den IStGH ursprünglich das Weltrechtsprinzip als Basis vor, d.h. die Zulässigkeit der Strafverfolgung unabhängig davon, ob einer der involvierten Staaten das Statut ratifiziert hat oder nicht. Als klar wurde, dass diese Lösung auf Widerstand

²⁴ Proposal of Germany; U.N. Doc. A/AC.249/1998/DP.2.

von Seiten der Vertreter des souveränistischen Diskurses stoßen würde, schlug die südkoreanische Delegation vor, die Jurisdiktion des IStGH auf Fälle zu beschränken, in denen entweder der Nationalstaat des Täters, oder der Nationalstaat des Opfers, oder der Territorialstaat des Verstoßes oder schließlich der Aufenthaltsstaat des Täters Mitglied des IStGH-Statuts sind.²⁵ Aus diesem Vorschlag wurden wiederum die zweite und die vierte Option gestrichen, nachdem sich weiterhin souveränistischer Protest regte (vgl. Weller 2002). Der Verzicht darauf, den IStGH auf die Basis des Weltrechtsprinzips zu stellen, kann als ein Kompromiss zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs gewertet werden.²⁶

Darüber hinaus zielte auch die Aufnahme des Komplementaritäts-Prinzips in das Rom-Statut auf ein Entgegenkommen gegenüber souveränistischen Kritikern ab. Das Komplementaritäts-Prinzip selbst war dabei weniger umstritten. Vielmehr stellte es eine pragmatische Notwendigkeit angesichts der knappen Ressourcen des IStGH dar – der Gerichtshof wäre schlicht überfordert, würde er alle Völkerstrafrechtsprozesse an sich ziehen wollen. Allerdings war die genaue Regelung der Komplementarität umstritten: es stellte sich mit Blick auf die Zulässigkeit von Klagen vor dem IStGH die Frage, wer zu der Feststellung berechtigt sein soll, dass ein Staat sich als unfähig oder nicht willens erweist, einen Verstoß selbst abzuurteilen, so dass ein Fall an den IStGH überwiesen wird. In dieser Hinsicht setzten sich die Vertreter des legalistischen Diskurses durch, insofern der Chefankläger laut Rom-Statut diese Entscheidung zu treffen befugt ist. Den Vertretern des souveränistischen Diskurses gelang es im Gegenzug, die Kompetenzen des Chefanklägers bei der Aufnahme von Ermittlungen zu beschränken: gemäß Art. 18 (1) des IStGH-Statuts muss der Chefankläger sowohl der aus drei Richtern bestehenden Vorverfahrenskammer als auch den betroffenen Staaten zu einem sehr frühen Zeitpunkt überzeugende Beweise für die Notwendigkeit der Aufnahme von Ermittlungen vorlegen, nämlich noch bevor er oder sie Staaten zur Kooperation bei der Beweisaufnahme verpflichten kann (Broomhall 2003: 87). Obwohl also das Komplementaritäts-Prinzip selbst streng genommen keine Konzession an die Adresse

²⁵ Proposal of South Korea; U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/L.6.

²⁶ Allerdings ist hier anzumerken, dass die Verabschiedung des IStGH-Statuts zu einer Reformwelle innerhalb vieler Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer nationalen Gesetzgebungen führte (z.B. Kanada, Neuseeland, Deutschland und Belgien), die daraufhin das Weltrechtsprinzip in ihr *nationales* Recht aufnahmen. Diese Konsequenz wurde allerdings weder vorausszusehen, noch war sie von den Verfassern des Rom-Statuts intendiert worden (vgl. Broomhall 2003: 105ff.).

der Vertreter des souveränistischen Diskurses darstellt, können die mit ihm verbundenen Bestimmungen durchaus als ein Entgegenkommen gegenüber souveränistischen Bedenken gewertet werden.

7.2.2 Konflikte und Kontroversen zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs

Während der Konflikt zwischen den Vertretern des legalistischen Diskurses und den Anhängern des interventionistischen Diskurses sich auf das Thema der internationalen Ordnung bezog, fokussiert der legalistisch-souveränistische Konflikt auf die Frage, auf welcher Ebene Menschenrechte implementiert werden sollen. Aufgrund der Tatsache, dass dieser Konflikt die Konstruktion des Referenzpunktes der Menschenrechte und die Quelle des Völkerrechts betrifft, wurde er in der Hauptsache in der diskursiven Arena der Völkerrechtsexperten ausgetragen. Im Mittelpunkt steht dabei das konkrete Problem, ob der IStGH Jurisdiktion über die Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten haben darf oder nicht. Obgleich die Verfasser des Rom-Statuts davon abgesehen haben, den Gerichtshof auf die Basis des Weltrechtsprinzips zu stellen, ist der IStGH laut Rom-Statut trotzdem in der Lage, Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten strafrechtlich zu verfolgen, sofern diese im Verdacht stehen, auf dem Territorium eines Mitgliedstaats gegen das Völkerstrafrecht verstoßen zu haben – unter Berücksichtigung des Komplementaritäts-Prinzips. Aus souveränistischer Perspektive steht diese Kompetenz nicht im Einklang mit der Wiener Vertragsrechtskonvention von 1969, der zufolge ein Staat nur dann von einer völkerrechtlichen Institution gebunden ist, wenn er dieser ausdrücklich zugestimmt hat.

Der legalistische Einwand gegen diese Kritik lautet, dass die Vertreter des souveränistischen Diskurses die Natur des IStGH falsch verstehen, da dessen Strafverfolgungskompetenzen nicht auf Staaten abzielen, sondern auf Individuen. Demzufolge legt das Rom-Statut Nicht-Mitgliedstaaten keinerlei unrechtmäßige Verpflichtungen auf, wie ein deutscher Völkerrechtler erläutert:

„Den Amerikanern geht selbst der jetzige Art. 12 Abs. 2 noch zu weit, weil er es – entgegen einem von ihnen eingebrachten Vorschlag – zulässt, daß US-Truppen, die in Vertragsstaaten des Statuts operieren, vor den Gerichtshof gebracht werden können., obwohl die Vereinigten Staaten selbst nicht Vertragspartei sind. Juristisch stützen sie ihre Kritik auf Art. 34 der Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23. Mai 1969 (im folgenden WVK), indem sie argumentieren, daß das Statut

belastende Verpflichtungen für Drittstaaten begründe [...] Das Problem dieser eindrucksvoll klingenden Argumentation besteht darin, *daß durch die Anerkennung der Zuständigkeit des IntStGH für die Aburteilung bestimmter Verbrechen nicht Staaten, wie in Art 34. WVK vorgesehen, sondern nur Individuen Verhaltenspflichten auferlegt werden.* [...] Darum ist es falsch, von einer belastenden Drittwirkung des Statuts zu sprechen.’ (Stahn 1998: 578f. – Hervorh. S. Sch.)

In einer Erwiderung auf einen Artikel von Ruth Wedgwood, der 1999 im *European Journal of International Law* veröffentlicht wurde und in dem Wedgwood ebenfalls die illegitime Ausweitung der IStGH-Kompetenzen auf Nicht-Mitgliedstaaten kritisierte, stellen Gerhard Hafner et al. dieses Argument in Frage. Dabei betonen sie ausdrücklich, dass souveränistischen Bedenken im Rom-Statut Rechnung getragen wurde, indem der IStGH nicht auf die Basis des Weltrechtprinzips gestellt wurde und indem das Komplementaritäts-Prinzip in das Statut aufgenommen wurde:

„Despite the Court's potential jurisdiction over nationals of non-state parties, it is important to clarify at the outset that it does not wield universal jurisdiction. [...]

The jurisdictional regime in the Rome Statute bears no relation to universal jurisdiction (except for cases resulting from situations referred by the Security Council). Rather, Article 12 is rooted in *classical bases of jurisdiction that are undisputed in international law*. A state may prosecute its own *nationals* for crimes committed anywhere in the world. Similarly, a state may claim jurisdiction over persons committing crimes on its *territory*, without regard to the nationality of the person. It is universally recognised that when a state exercises its criminal jurisdiction over persons committing acts on its territory, the state of nationality need not give its consent. *Nationality and territoriality are each an independent and sufficient basis for jurisdiction.* [...]

It is undisputed that the Rome Statute does not create direct legal obligations for non-state parties. [...]

The *complementarity provision* of the ICC treaty actually provides a safeguard to non-state parties that is not afforded by domestic judicial systems.’ (Hafner et al. 1999: 117 – Hervorh. S. Sch.)

Hafner et al. zufolge überschreitet das Rom-Statut in keiner Hinsicht die etablierten Bestimmungen des Völkerstrafrechts, gemäß dem ein Staat keine exklusive Jurisdiktion

über seine Bürger besitzt, wenn diese auf dem Territorium eines anderen Staates ein völkerstrafrechtliches Verbrechen begehen. In diesem Sinne argumentiert auch Antonio Cassese, der darauf hinweist, dass der IStGH Jurisdiktions-Kompetenzen nicht verschiebe, sondern nur an die Stelle der nationalen Gerichte eines Mitgliedstaats treten könne:

,It would be fallacious to consider that in this way the Rome Statute imposes obligations upon states not parties (for example, the United States, if - as anticipated - it never signs and ratifies the treaty). Nationals of third states perpetrating crimes at home are, of course, not subject to the ICC's jurisdiction. Admittedly, if they commit crimes abroad, they may become amenable to the Court's jurisdiction if the territorial state has accepted the Court's jurisdiction. However, the territorial state would have jurisdiction over the crimes in any event - territorial jurisdiction over crimes is firmly established in international law, alongside the active and passive personality principles. *The ICC would simply exercise its jurisdiction in lieu of the territorial state.* Hence, *the Rome Statute does not impose obligations upon third states.* It simply authorises the Court to exercise its jurisdiction with regard to *nationals of third states*, whenever these nationals may have committed crimes in the territory of a state party (or of a state accepting ad hoc the exercise of the Court's jurisdiction). *Thus the Rome Statute authorises the ICC to substitute itself for a consenting state*, which would thus waive its right to exercise its criminal jurisdiction. This does not appear to be contrary to international law.' (Cassese 1999: 160 – Hervorh. S. Sch.)

Trotz der abstrakt-rechtlichen Form, die diese Debatte annimmt, stellt sie eigentlich einen Konflikt über die Frage dar, welche Akteure dazu berechtigt sind, Menschenrechte durchzusetzen. Souveränisten stellen eigentlich nicht das Prinzip der territorialen Jurisdiktion in Frage, demzufolge ein Staat das Recht besitzt, die Urheber einer auf seinem Territorium begangenen Straftat abzuurteilen. Vielmehr bestreiten sie, dass der Referenzpunkt für Verstöße gegen die Menschenrechte oder das humanitäre Völkerrecht in ‚the international community as a whole‘ bzw. ‚the conscience of humanity‘²⁷ besteht, wie es in der Präambel zum Rom-Statut heißt, wobei diese Referenzpunkte von einem *supra-staatlichen Organ* vertreten werden. Es ist eben diese

²⁷ Rome Statute of the International Criminal Court; U.N. Doc. A/CONF.183/9.

direkte Verbindung zwischen der individuellen und der supra-staatlichen Ebene, die aus souveränistischer Sicht als illegitim erscheint. Wie das folgende Zitat belegt, sind sich Vertreter des legalistischen Diskurses dieses Hintergrundes der souveränistischen Einwände bewusst:

„For reasons that remain to be explored, the US is subject to a very particular kind of fear: not so much that of its agents being tried for their erstwhile international crimes in the absolute, as their *being tried by a supranational institution*. It is this specific *cosmopolitanisation of the global legal order* and what lies behind it - the prospect of a *uniquely legitimate standpoint representing the international community at large and claiming to speak in the name of humanity* - that the US opposes, perhaps because it is perceived as a slippery slope on which much of what international society stands for - order, stability, readily identifiable and predictable actors - threatens to be disrupted.” (Mgret 2001: 264 – Hervorh. S. Sch.)

Mgret legt dar, dass für die Vertreter des souveränistischen Diskurses der Referenzpunkt für die Implementierung der Menschenrechte im einzelnen Staat und seinen Institutionen besteht, jedoch nicht in der internationalen Gesellschaft der Staaten und auch nicht in der Weltgesellschaft der Individuen.

Der Konflikt zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs betrifft auch die Unabhängigkeit des Chefanklägers: während die Vertreter des souveränistischen Diskurses auf der Rom-Konferenz dafür optierten, die Entscheidung zur Aufnahme von Ermittlungen den *betroffenen Mitgliedstaaten* zu überlassen, konnten sich Legalisten letztendlich mit ihrer Forderung durchsetzen, dem Chefankläger *proprio motu*-Kompetenzen einzuräumen, womit letzterer von der Zustimmung der Mitgliedstaaten freigestellt wurde. Cassese, der selbst an der Rom-Konferenz teilnahm, beschreibt den Konflikt zwischen den Vertretern des souveränistischen Diskurses und den Anhängern des legalistischen Diskurses mit folgenden Worten: „[t]he clash was between *sovereignty-oriented countries* and states eager to implement *the rule of law in the world community*” (Cassese 1999: 161 – Hervorh. S. Sch.). Demzufolge gab im Wesentlichen die souveränistische Annahme, dass allein der Staat der geeignete Ort für die Implementierung von Menschenrechten darstellt und dass ‚rule of law‘ nur auf den staatlichen Rahmen beschränkt sein kann, Anlass zu dem Konflikt zwischen Souveränismus und Legalismus.

Darüber hinaus berichtet Cassese auch, dass es auf der Rom-Konferenz zwischen Legalisten und Souveränisten zu einer Auseinandersetzung über das Verhältnis zwischen dem IStGH und den Mitgliedstaaten kam, der eigentlich eine Kontroverse über die Natur des IStGH selbst darstellt. Cassese beschreibt diese Kontroverse als eine Kollision von zwei unterschiedlichen Modellen, wobei die Vertreter des souveränistischen Diskurses den IStGH als eine *zwischenstaatliche* Institution betrachteten, während die Legalisten ein *supra-staatliches* Modell verfolgten:

,In deciding upon how to regulate the co-operation of states with an international criminal court, the framers of the Court's Statute had to choose between two possible models. First, the *inter-state model*, whereby the relations between states and the international court are shaped on the pattern of inter-state judicial co-operation in criminal matters. Under this model *the Court has no superior authority over states* except for the legal power to adjudicate crimes perpetrated by individuals subject to state sovereignty. Apart from this power, *the Court cannot in any way force states to lend their co-operation*, let alone exercise coercive powers within the territory of sovereign states.

The second model could be termed '*supra-state*'. It departs from the traditional setting of state to state judicial co-operation, where by definition all co-operating states are on an equal footing. This more progressive model presupposes *that the international judicial body is vested with sweeping powers not only vis-à-vis individuals subject to the sovereign authority of states, but also towards states themselves*. Under this model the international court is empowered to *issue binding orders to states* and, in case of non-compliance, may set in motion *enforcement mechanisms*. What is no less important, the international court is given the *final say on evidentiary matters*: states are not allowed to withhold evidence on grounds of self-defined national interests or to refuse to execute arrest warrants or other courts' orders. In short, the international court is endowed with an *authority over states* that markedly differentiates it from other international institutions.' (ebd.: 164 – Hervorh. S. Sch.)

Auch der Konflikt zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs führte zu Vorwürfen der Irrationalität seitens der Vertreter des legalistischen Diskurses. So kommentierte ein deutscher Völkerrechtler die souveränistisch orientierten Bedenken der US-Regierung gegen den IStGH folgendermaßen:

„Die Skepsis der Vereinigten Staaten und das beharrliche, kaum mit dem geltenden Völkerrecht in Einklang zu bringende Bemühen, den IStGH zu torpedieren, ist dabei – zumindest für einen Außenstehenden – auch *in der Sache nur sehr schwer nachzuvollziehen*: Staaten, die wie die USA über ein funktionierendes Strafsystem verfügen, müssen bereits wegen des in Art. 17 Statut geregelten Prinzips der Komplementarität kaum ein Tätigwerden des IStGH befürchten.“ (Herbst 2002: 584 – Hervorh. S. Sch.)

Die souveränistischen Einwände gegen den IStGH zielen jedoch nicht auf die *Wahrscheinlichkeit* einer strafrechtlichen Verfolgung von Bürgern aus Nicht-Mitgliedstaaten ab, sondern sind *prinzipieller Natur*: aus souveränistischer Perspektive sollten die Strafverfolgungskompetenzen für Verstöße gegen die Menschenrechte und das humanitäre Völkerrecht prinzipiell nicht an supra-staatliche Organe übertragen werden. Für die Vertreter des souveränistischen Diskurses stellt darüber hinaus auch das Komplementaritäts-Prinzip keinen ausreichenden Schutzmechanismus gegen das Entweichen staatlicher Jurisdiktionskompetenzen dar, da es letztendlich der Chefankläger des IStGH ist, der darüber entscheidet, ob ein Staat seiner Pflicht zur Strafverfolgung in ausreichendem Maße nachgekommen ist.

Obgleich also sowohl der legalistische als auch der souveränistische Diskurs dem Konzept des ‚rule of law‘ eine große Bedeutung beimessen, kommt es zwischen den Vertretern beider Diskurse zu Kontroversen darüber, auf welcher Ebene ‚rule of law‘-Strukturen implementiert werden sollen. Während Legalisten auf eine Verrechtlichung der internationalen Beziehungen hinarbeiten, stehen Souveränisten diesem Anliegen skeptisch gegenüber. Aus souveränistischer Perspektive verbirgt sich hinter den legalistischen Bestrebungen der Versuch, eine ‚Weltregierung‘²⁸ zu etablieren und die primäre Relevanz von Staaten in den internationalen Beziehungen zu unterminieren.

7.3 Interventionismus und Souveränismus: eine strategische Allianz zwischen ungleichen Partnern

Innerhalb der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten stehen sich der interventionistische und der souveränistische Diskurs diagonal gegenüber, d.h., sie unterscheiden sich bezüglich der Bestimmung beider fundamentaler Dimensionen

²⁸ „Beware of international traps“ in: *Chattanooga Times Free Press* (08.07.2002).

voneinander. Die Vertreter des interventionistischen Diskurses gehen davon aus, dass das Strukturmerkmal der internationalen Ordnung Asymmetrie ist und dass Menschenrechte durch die supra-staatliche Ebene implementiert werden sollten. Dem souveränistischen Diskurs zufolge ist die internationale Ordnung dahingegen von Symmetrie geprägt und Menschenrechte sollten durch innerstaatliche Institutionen durchgesetzt werden. Obgleich also hinsichtlich der fundamentalen Dimensionen der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten große Disparitäten zwischen beiden Diskursen bestehen, kam es zu keinem expliziten Konflikt zwischen den Vertretern beider Diskurse. Zwei Gründe sind dafür von Bedeutung. Erstens besagt die zweite von mir aufgestellte Hypothese, dass es zwischen Diskursen, die hinsichtlich der zwei fundamentalen Dimensionen der souveränitätsbasierten Ordnung und der Menschenrechte keine Gemeinsamkeiten aufweisen, nur wenige Konflikte gibt. Dies wurde damit begründet, dass in einer solchen Konstellation eine minimale Basis des gemeinsamen Verstehens fehlt, die zur Entstehung von Konflikten nötig ist. Zweitens ist der Mangel an expliziten Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern des interventionistischen Diskurses und den Anhängern des Souveränismus auch darauf zurückzuführen, dass beide im Kontext der US-amerikanischen Opposition gegen den IStGH eine strategische Allianz bildeten.

Sowohl Interventionisten als auch Souveränisten opponierten gegen den IStGH in seiner letztendlichen institutionellen Ausgestaltung, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Interventionisten kritisierten insbesondere, dass dem IStGH die Vorstellung einer symmetrischen internationalen Ordnung zugrunde liegt, während Souveränisten sich in erster Linie gegen die Übertragung von strafrechtlichen Kompetenzen von der staatlichen auf die supra-staatliche Ebene wenden. Und auch die Präferenzen im Hinblick auf das institutionelle Design variieren zwischen den beiden Diskursen: während Interventionisten den IStGH an den UN-Sicherheitsrat anbinden wollten, sprachen sich Souveränisten für einen Gerichtshof aus, der weitgehend von den Mitgliedstaaten abhängig ist. Interventionisten zielten darauf ab, die asymmetrischen Aspekte der internationalen Ordnung, die sich in der Institution des UN-Sicherheitsrats widerspiegeln, auf den IStGH zu übertragen und damit zugleich – per Vetorecht – die Bürger von mächtigen Staaten von einer Strafverfolgung durch den Gerichtshof auszunehmen. Souveränisten hingegen kam es darauf an, die Bürger von Nicht-Mitgliedstaaten von einer Strafverfolgung durch den IStGH zu schützen.

Wie dieser kurze Überblick schon zeigt bestehen große Differenzen zwischen dem interventionistischen und dem progressivistischen Diskurs, die zu Konflikten und Kontroversen hätten führen können. Stattdessen blieben diese Differenzen jedoch implizit und ihnen zum Trotz bildeten die Anhänger beider Diskurse auf der Rom-Konferenz und danach eine strategische Allianz gegen die hegemoniale Position des legalistischen Diskurses. D.h., US-amerikanische Diplomaten, Völkerrechtler und Medienkommentatoren benutzten oft zugleich interventionistische und souveränistische Argumente, um ihre Opposition gegen den IStGH zu rechtfertigen. Infolgedessen stehen in ihren Beiträgen interventionistische und souveränistische Argumente allerdings oft unvermittelt nebeneinander – ungeachtet der inhaltlichen Inkonsistenz, die dadurch entsteht. Der folgende Beitrag des US-amerikanischen Verhandlungsführers David Scheffer auf der Rom-Konferenz stellt ein gutes Beispiel dar:

„If the principle of universal jurisdiction were adopted, many Governments would never sign the treaty and the United States would have to actively oppose the Court. The principle of universal jurisdiction was not accepted in the practice of most Governments and, if adopted for the Statute, would erode the fundamental principles of treaty law. *The possibility that the Court might prosecute the officials of a State that was not a party to the treaty or had not submitted to the Court's jurisdiction in other ways was a form of extraterritorial jurisdiction that would be quite unorthodox.* [...] The United States had grave difficulties with establishing a court that presumed to have jurisdiction over the citizens of a State that had not ratified the treaty creating it, *except in situations where the Security Council had taken enforcement action under Chapter VII of the Charter of the United Nations, which was binding on all Member States.*”²⁹

Während Scheffer sich im ersten Teil seines Beitrag am souveränistischen Diskurs orientiert und die Illegitimität von IStGH-Ermittlungen gegen Bürger von Nicht-Vertragsstaaten kritisiert, rechtfertigt er im zweiten Teil Ausnahmen von dem Erfordernis der expliziten Zustimmung von Staaten – die souveränistische Hauptkritik am IStGH, sofern nämlich der UN-Sicherheitsrat einen Fall an den IStGH überstellt hat und greift damit eine interventionistische Forderung auf. Ähnliches lässt sich auch in der diskursiven Arena der Völkerrechtsexperten feststellen. Ruth Wedgwood

²⁹ David J. Scheffer, DipCon 29th meeting (09.07.1998); U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, S. 297 – Hervorh. S. Sch.

beispielsweise untermauerte die Opposition der US-Regierung mit rechtstheoretischen Argumenten, wobei sie allerdings sowohl auf den interventionistischen als auch auf den souveränistischen Diskurs rekurrierte. Aus interventionistischer Perspektive argumentiert sie zunächst:

„A second general concern about the Rome treaty is, indeed, its *disregard for the existing security architecture of the United Nations*. Writ large, it hints of a palace revolution against the competences assigned by the UN Charter itself. [...] The Rome Statute *displaces the traditional power of the Security Council*, requiring that a vote for suspension of ICC action be renewed every 12 months in the face of changing Council membership, even if an immediate criminal prosecution would complicate efforts for a cease-fire, and arguably forbids the Council from suspending the investigation of a matter for more than 24 months. This can be seen as an arrogation of power with far wider implications.’ (Wedgwood 1999: 97 – Hervorh. S. Sch.)

Der Artikel fährt jedoch mit einer souveränistisch inspirierten Kritik am IStGH fort, insofern dem Gerichtshof und seinen Unterstützern vorgeworfen wird, staatliche Souveränität untergraben zu wollen und das Erfordernis der expliziten Zustimmung eines Staates zu einer ihn betreffenden völkerrechtlichen Institution zu ignorieren:

„All states claiming territorial integrity and political independence within the Westphalian system are bound to respect the domestic governance of other countries, including their legitimate exercise of public authority over criminal behaviour, limited by the jurisdictional rules of international law. But, one might argue, states are not obliged to participate in an international body. *The genius behind the Rome Statute was to build a stable regime founded on state consent, rather than the peremptory authority of the Security Council*. It may, then, seem in tension to prosecute third party nationals under that regime.’ (ebd.: 99 – Hervorh. S. Sch.)

Insofern Wedgwood in ihrem Artikel zunächst kritisiert, dass der IStGH die primäre Rolle des UN-Sicherheitsrats untergrabe, aber einige Paragraphen später fordert, dass die Zustimmung jedes Einzelstaates das eigentliche Fundament des IStGH hätte darstellen sollen – und nicht die Überstellung von Fällen durch den Sicherheitsrat, klingt ihre Kritik inkonsistent und widersprüchlich.

Schließlich finden sich solche durch die strategische Allianz zwischen Interventionismus und Souveränismus hervorgerufenen Inkonsistenzen ebenfalls innerhalb der medialen Diskursarena. Beispielhaft dafür ist der folgende Auszug aus einem Artikel aus dem *Seattle Post-Intelligencer* aus dem Jahr 2002:

„America in its *unchallenged pre-eminence* has responsibilities unlike any other nation now, or ever. And anti-Americanism permeates many foreign elites, who will shape the court’s docket.

[...]

However, America’s constitutional democracy includes *checks and balances* – including elections – that circumscribe the court’s freedom. But the ICC floats above *accountability* to representative institutions.’³⁰

Während der erste Paragraph sich eindeutig auf den interventionistischen Diskurs stützt – die Rolle der USA als eines Garanten der internationalen Ordnung – bezieht sich der zweite auf souveränistische Themen – der Mangel an demokratischen ‚checks and balances‘ auf der supra-staatlichen Ebene.

Kurzum, die strategische Allianz zwischen den Vertretern des interventionistischen und des souveränistischen Diskurses führte in vielen Fällen zu Beiträgen, in denen unterschiedliche Annahmen und Argumente relativ unvermittelt nebeneinander stehen. Infolgedessen nahmen die legalistischen Kontrahenten der interventionistisch-souveränistischen Allianz die Beiträge und Äußerungen letzterer oft als ein ‚muddle of arguments‘ wahr, wie William Schabas es ausdrückt:

„The *muddle of arguments* from the United States no doubt reflects some of the differences within Washington’s policy-making community. Conservative Republicans, like John Bolton, present a litany of justifications for United States opposition that are in large part nothing more than a general hostility to multilateral diplomacy and international organisations. There is great disagreement in Washington about how to confront the Court, something reflected

³⁰ George F. Will, ‚U.S. isn’t wary enough of new world court‘ in: *Seattle Post-Intelligencer* (14.07.2002) – Hervorh. S. Sch.

in the *contradictory views of Democrat and Republican administrations* on the question of signature of the Statute.’ (Schabas 2004: 719 – Hervorh. S. Sch.)³¹

Die strategische Allianz zwischen den Vertretern des interventionistischen und des souveränistischen Diskurses führte allerdings nicht nur dazu, dass die Haltung der US-Regierung gegenüber dem IStGH von Verhandlungsgegnern und Kommentatoren als inkonsistent wahrgenommen wurde, sondern sie verhinderte offensichtlich auch die Bildung von Bündnissen mit anderen Gegnern des legalistischen Diskurses. So opponierten auch dekolonisierte Staaten wie beispielsweise Indien gegen den IStGH in seiner letztendlichen institutionellen Ausgestaltung. Jedoch rekurrten sie dabei allein auf souveränistische Argumente und äußerten starke Bedenken bezüglich des Vorschlags, die Rolle des UN-Sicherheitsrats gegenüber dem IStGH zu stärken, wie Vertreter des interventionistischen Diskurses dies forderten (vgl. Broomhall 2003: 73; C. Brown 2002: 221). Einem Völkerrechtsexperten zufolge, schlossen sich einige dekolonisierte Staaten schließlich den europäischen Staaten und damit dem legalistischen Diskurs an, da sie, vor die Wahl gestellt, entweder Teile ihrer Souveränität an einen unabhängigen Gerichtshof abzutreten oder den IStGH dem UN-Sicherheitsrat zu unterstellen, in der ersten Option offensichtlich das kleinere Übel sahen: ‚Peut-être l’opposition au Conseil de Sécurité a-t-elle constituée un élément fédérateur plus puissant que l’acceptation des limitations de souveraineté nécessaires à la lutte contre l’impunité.’ (Weckel 1998: 984).

7.4 Zusammenfassung

Im vorliegenden Kapitel wurde gezeigt, dass das Muster von Konflikten und Kompromissen innerhalb der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten von drei generellen Regeln strukturiert wird. Erstens entstehen die meisten Konflikte zwischen benachbarten Diskursen, d.h. solchen Diskursen, die entweder bezüglich der Dimension der souveränitätsbasierten Ordnung oder bezüglich der Dimension der Menschenrechte Gemeinsamkeiten aufweisen. Dies trifft insbesondere auf das Verhältnis zwischen dem legalistischen Diskurs und dem

³¹ Schabas fährt allerdings fort, indem er erklärt, dass für beide Fraktionen die Rolle des UN-Sicherheitsrats von entscheidender Bedeutung sei. In diesem Punkt stimme ich nicht mit ihm überein, da aus souveränistischer Perspektive, wie im Vorhergehenden ausführlich dargelegt, nicht die Rolle des Sicherheitsrats entscheidend ist, sondern das Erfordernis der Zustimmung jedes einzelnen Staats.

Interventionismus auf der einen Seite und auf die Beziehung zwischen dem Legalismus und dem souveränistischen Diskurs auf der anderen Seite zu. Eine genaue Analyse ergab dabei, dass jede dieser zwischendiskursiven Beziehungen von einem charakteristischen Hauptkonflikt gekennzeichnet ist: zwischen dem interventionistischen und dem legalistischen Diskurs besteht dieser Hauptkonflikt in der Frage, ob die internationale Ordnung von einer symmetrischen oder einer asymmetrischen Struktur charakterisiert ist und im Konflikt zwischen dem legalistischen und dem souveränistischen Diskurs geht es um die adäquate Ebene zur Implementierung von Menschenrechten. Da sich die jeweiligen zentralen Konflikte also auf die fundamentalen Dimensionen beziehen, hinsichtlich derer die konfligierenden Diskurse nicht übereinstimmen, bestätigt dieses Ergebnis die Relevanz der fundamentalen Dimensionen für die Abgrenzung der Diskurse voneinander.

Zweitens bestätigte sich auch die Hypothese, dass einander diagonal gegenüber stehende Diskurse nur selten konfligieren. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass die Entstehung von Konflikten einen gewissen Grad des gegenseitigen Verstehens voraussetzt, der bei solchen Diskursen, die keine der beiden fundamentalen Dimensionen miteinander teilen, nicht gegeben ist. Dies trifft einerseits auf die Konstellation des legalistischen und des progressivistischen Diskurses zu. Im vorhergehenden Kapitel wurde bereits erläutert, dass der progressivistische Diskurs nur eine marginale Rolle innerhalb der Debatten um die Etablierung des IStGH spielte. Diese marginale Rolle wurde damit begründet, dass der progressivistische Diskurs sich in einer Position der Fundamentalopposition gegenüber dem hegemonialen legalistischen Diskurs befindet. Die systematische Analyse der Konflikt- und Kompromissmuster innerhalb der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten in diesem Kapitel stützt diese Erklärung.

Drittens und eng mit dem letzten Punkt verknüpft wurde angenommen, dass hegemoniale Konstellationen innerhalb der diskursiven Formation das generelle Muster von Konflikten und Kompromissen im Rahmen derselben bestimmen. Obwohl also aufgrund der Tatsache, dass der interventionistische Diskurs und der progressivistische Diskurs benachbart sind und der Souveränismus und der Progressivismus ebenfalls, hätte vermutet werden können, dass Konflikte innerhalb dieser Konstellationen auftauchen, geschah dies nicht. Das wurde darauf zurückgeführt, dass der progressivistische Diskurs aufgrund seiner Fundamentalopposition zum hegemonialen legalistischen Diskurs generell eine marginale Stellung einnahm, die auch keinen Raum

für Konflikte zwischen seinen Vertretern und den Anhängern benachbarter Diskurse ließ.

Schließlich wurde die strategische Allianz zwischen den Anhängern des interventionistischen Diskurses und den Vertretern des souveränistischen Diskurses thematisiert. Diese Diskurse stehen sich in der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten diagonal gegenüber und weisen somit keine Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Bestimmung der beiden fundamentalen Dimensionen auf. Der interventionistische Diskurs beruht auf der Annahme einer asymmetrisch strukturierten internationalen Ordnung und favorisiert die Durchsetzung von Menschenrechten durch die supra-staatliche Ebene. Im Gegensatz dazu betrachten die Vertreter des souveränistischen Diskurses die internationale Ordnung als symmetrisch und fordern, die Implementierung von Menschenrechten auf die staatliche Ebene zu begrenzen. Da US-amerikanische Diplomaten und Kommentatoren sich bei der Rechtfertigung der US-amerikanischen Opposition gegen den IStGH oft auf beide Diskurse bezogen, wurde der Schluss gezogen, dass strategische Allianzen zwischen einander diagonal entgegengesetzten Diskursen möglich sind. Im Hinblick auf den Erfolg dieser Allianz zeichnete sich jedoch ab, dass sie von Kontrahenten oft als inkonsistent wahrgenommen wurde und die US-Opposition gegen den IStGH eher schwächte. Darüber hinaus hat sie vermutlich auch die Bildung von Bündnissen mit anderen Gegnern des IStGH verhindert, da insbesondere dekolonisierte Staaten sich in der Hauptsache am souveränistischen Diskurs orientierten, interventionistischen Positionen aber ebenso kritisch gegenüber standen wie dem IStGH und seinem stark legalistisch geprägten institutionellen Design.

8 FAZIT UND AUSBLICK

In diesem abschließenden Kapitel werden die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit zusammengefasst und theoretische Schlussfolgerungen aus ihnen gezogen. Im ersten Teil werden die Ergebnisse der vorherigen Kapitel rekapituliert. Der zweite Teil ist der Frage gewidmet, welche neuen Einsichten und Erklärungen die vorhergehende Analyse im Hinblick auf die Opposition der USA gegen den IStGH erbracht hat. In der dritten Sektion wird der Prozess der Hegemonialisierung des legalistischen Diskurses, vor allem innerhalb Europas, thematisiert. Ich werde erläutern, dass der Positionswechsel Großbritanniens und Frankreichs für diese Entwicklung von zentraler Bedeutung war und mehrere mögliche Erklärungsansätze für diesen Positionswechsel diskutieren. Schließlich werden die Ergebnisse meiner Arbeit im Hinblick auf die Frage beleuchtet werden, welche Implikationen für das theoretische Konzept der internationalen Gesellschaft sie mit sich bringen, und es werden weiterführende Forschungsfragen dargelegt, die sich potentiell an diese Arbeit anschließen.

8.1 Ergebnisse

In den vorhergehenden Kapiteln wurde gezeigt, dass im transatlantischen Konflikt über die Etablierung des IStGH vier Diskurse eine Rolle spielten, von denen ein jeder die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten in einer spezifischen Weise konstruiert. Insofern dabei alle vier Diskurse beanspruchen, dasselbe Objekt zu konstituieren – die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten – bilden sie eine diskursive Formation.

Darüber hinaus wurde nachgewiesen, dass diese diskursive Formation zwei Konfliktlinien umfasst. Diese Konfliktlinien ergeben sich aus den beiden fundamentalen Dimensionen, der souveränitätsbasierten internationalen Ordnung und den Menschenrechten, die jeweils unterschiedlich aufgefasst werden können. Hinsichtlich der ersten Dimensionen unterscheiden sich die Diskurse, je nachdem ob sie die internationale Ordnung als symmetrisch oder als asymmetrisch konzeptualisieren. Innerhalb der Dimension der Menschenrechte verläuft die Konfliktlinie zwischen Diskursen, die für eine supra-staatliche Durchsetzung der Menschenrechte optieren, und denen, die eine innerstaatliche Implementierung favorisieren. Die vier möglichen Kombinationen, die sich aus der Zusammenführung beider Dimensionen ergeben, stellen die vier diskursiven Optionen dar – Legalismus, Interventionismus,

Souveränismus und Progressivismus – die in den Kapiteln 3 bis 6 analysiert wurden. Der legalistische Diskurs beruht auf der Annahme, dass die internationale Ordnung eine symmetrische Struktur aufweist und dass Menschenrechte vorzugsweise durch supra-staatliche Organe durchzusetzen sind. Der interventionistische Diskurs teilt die Forderung, Menschenrechte durch die supra-staatliche Ebene zu implementieren, betrachtet die internationale Ordnung aber als asymmetrisch, wobei Großmächten eine hervorgehobene Rolle bei der Aufrechterhaltung dieser Ordnung zukommt. Der Souveränismus ist dem Interventionismus diagonal gegenübergestellt. Die Vertreter des souveränistischen Diskurses optieren für die Implementierung von Menschenrechten auf der innerstaatlichen Ebene und gehen davon aus, dass die internationale Ordnung eine symmetrische Struktur aufweist. Der progressivistische Diskurs schließlich kombiniert die Idee einer asymmetrischen internationalen Ordnung mit der Forderung nach der Durchsetzung von Menschenrechten im innerstaatlichen Rahmen.

In den vorhergehenden Kapiteln wurde der empirische Nachweis erbracht, dass diese vier Diskurse in dem transatlantischen Konflikt über den IStGH eine entscheidende Rolle spielten. Dieser Nachweis bestätigt die anfangs aufgestellte These, dass Konflikte über Souveränität und Menschenrechte nicht die Form eines rigiden ‚Entweder – Oder‘ annehmen, d.h., es geht in ihnen nicht um ein Nullsummenspiel, bei dem Souveränität gegen die Bedeutung von Menschenrechten abgewogen wird und umgekehrt. Vielmehr konnte gezeigt werden, dass sich der Konflikt über die Etablierung des IStGH aus vier diskursiven Optionen entfaltete, von denen jede die Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten auf eine bestimmte Weise konstruierte. Es ist also kein inhärenter Gegensatz zwischen Souveränität und Menschenrechten, der zu diesem Konflikt führte, sondern die unterschiedlichen Optionen zur Synthetisierung beider Konzepte. Darüber hinaus machen die Ergebnisse dieser Arbeit auch ersichtlich, dass sowohl das Prinzip der Souveränität als auch das Konzept der Menschenrechte unterschiedliche Bedeutungen umfassen, d.h. also ‚contested concepts‘ darstellen. Demzufolge ist es problematisch, die Konfiguration beider Konzepte in Form einer hierarchischen Dichotomie darzustellen, in der die Bedeutung des einen Konzepts als gegeben und unproblematisch aufgefasst wird und die Bedeutung des anderen Konzepts als unfixiert und als nur vom ersten Konzept abgeleitet verstanden wird. Die vorhergehende Analyse hat gezeigt, dass hierarchische Dichotomien in der Konfiguration von Souveränität und Menschenrechten theoretisch konstruiert und damit letztendlich kontingent sind.

Im siebten Kapitel wurde das Muster von Konflikten und Kompromissen innerhalb der diskursiven Formation von Souveränität und Menschenrechten eingehend erläutert. Dies betraf einerseits die typischen Konfliktmuster zwischen bestimmten Diskursen, andererseits aber auch die generelle Konfliktstruktur innerhalb der diskursiven Formation, die vor allem von Prozessen der Marginalisierung und der Hegemonialisierung bestimmter Diskurse geprägt ist. Erstens wurde nachgewiesen, dass die meisten Konflikte zwischen benachbarten Diskursen entstehen, d.h. solchen Diskursen, die entweder die Interpretation der internationalen Ordnung oder die Präferenz im Hinblick auf die Implementierung von Menschenrechten miteinander teilen. Konkret bedeutet das, dass es vor allem zwischen dem legalistischen Diskurs und dem interventionistischen Diskurs (die die Präferenz für eine Implementierung der Menschenrechte durch die supra-staatliche Ebene teilen) auf der einen Seite und dem Legalismus und dem Souveränismus (denen die Annahme einer symmetrischen internationalen Ordnung zugrunde liegt) auf der anderen Seite zu Konflikten kam.

Zweitens ergab die Analyse, dass die Konstellation zwischen den Diskursen, die bezüglich keiner der beiden fundamentalen Dimensionen eine Gemeinsamkeit aufweisen, kaum Konflikte beinhaltete. Aus diesem Umstand wurde geschlussfolgert, dass die Entstehung von Konflikten ein Minimum an gegenseitigem Verstehen zwischen den Vertretern zweier Diskurse erfordert. Das trifft auf die Konstellation von Legalismus und Progressivismus und auf das Verhältnis von Interventionismus und Souveränismus zu. Der Umstand, dass der progressivistische Diskurs nur eine marginale Rolle innerhalb der Debatten über die Errichtung des IStGH spielte wurde darüber hinaus darauf zurückgeführt, dass dieser dem hegemonialen Diskurs des Legalismus diagonal gegenübergestellt ist. Während der interventionistischen und der souveränistische Diskurs kontrahegemoniale Kräfte darstellten, die die Legitimität des legalistischen Diskurses kontinuierlich in Frage stellten, kam es zwischen den Anhängern des legalistischen Diskurses und den Vertretern des Progressivismus kaum zu Konflikten, da beide Diskurse keine Gemeinsamkeiten aufweisen: Progressivisten betrachten Amnestien als wichtige Maßnahme im Prozess der Demokratisierung von Staaten, während die Vertreter des legalistischen Diskurses auf eine ubiquitäre und unbedingte Durchsetzung der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts abzielen, sofern die Verstöße gegen diese in das Rom-Statut aufgenommen wurden. Während der legalistische Diskurs im Verlauf der transatlantischen Debatten über den IStGH eine hegemoniale Position erlangte, wurde der progressivistische Diskurs

marginalisiert. Hegemonialisierung und Marginalisierung stellen also aufeinander bezogene Diskursdynamiken dar.

Drittens wurde die US-amerikanische Opposition gegen den IStGH analysiert, zu deren Rechtfertigung sowohl interventionistische als auch souveränistische Argumente angeführt wurden. Es wurde gezeigt, dass die strategische Allianz dieser beiden Diskurse, die ebenfalls keinerlei Gemeinsamkeiten aufweisen, nur unter Schwierigkeiten den legalistischen Diskurs anfechten konnte und somit vermutlich zu dessen Hegemonialisierung beigetragen hat. Auf der einen Seite erschien die US-amerikanische Position gegenüber dem IStGH aufgrund der Vermischung von Argumenten aus beiden Diskursen oft als inkohärent. Auf der anderen Seite verhinderte die strategische Allianz zwischen den Vertretern des interventionistischen und des souveränistischen Diskurses offensichtlich auch die Entstehung von Bündnissen zwischen den USA und anderen Opponenten des IStGH, vor allem mit dekolonisierten Staaten wie Indien, denn während diese Staaten ebenfalls die Vorherrschaft des legalistischen Diskurses in Frage zu stellen versuchten, bezogen sie sich dabei allein auf souveränistische Argumente, distanzieren sich aber deutlich von der interventionistischen Position.

8.2 Die Opposition der USA gegen den IStGH

Als offensichtlich wurde, dass die US-amerikanischen Verhandlungsführer auf der Rom-Konferenz ihre interventionistisch bzw. souveränistisch orientierten Forderungen nur in sehr eingeschränktem Maße durchsetzen konnten, stimmten die USA letztendlich gegen das Statut und versuchten in der Folgezeit, Ausnahmeregelungen für ihre Bürger von der Strafverfolgung des IStGH zu erreichen. Dabei nahmen sie harsche Kritik von Seiten der Repräsentanten anderer Staaten und von Medienkommentatoren, auch aus dem eigenen Land, in Kauf, die den Vorwurf äußerten, die USA handle unilateral und maße sich an, über dem Recht zu stehen. Auch in der akademischen Debatte über die US-amerikanische Außenpolitik ist der Begriff des ‚Unilateralismus‘ zu einem Schlagwort geworden (Malone und Khong 2003). Andere Autoren charakterisierten die Haltung der USA gegenüber dem Völkerrecht und internationalen Organisationen als ‚instrumentalistischen Multilateralismus‘ (Foot et al. 2003) bzw. attestierten den USA ein ambivalentes Verhältnis zum Völkerrecht und seinen Institutionen (Krisch 2003b,

2004). Diese Ansätze – wie der Fall des IStGH selbst – scheinen die realistische¹ These zu bestätigen, dass Großmächte nur dann völkerrechtliche Institutionen unterstützen, wenn diese ihre dominante Position in den internationalen Beziehungen stabilisieren und reproduzieren. Wenn aber bestimmte völkerrechtliche Bestimmungen und Organe zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums von Großmächten führen – insbesondere, wenn sie ihre militärischen Kapazitäten betreffen – ist es aus der Sicht mächtiger Staaten rational, sich diesen nicht zu unterwerfen (Waltz 1979: 106, Scott 2004).²

Aus dieser Perspektive ist die Haltung der USA gegenüber dem IStGH wenig überraschend. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, was den Aufwand dieser detaillierten Analyse der diskursiven Dynamiken rechtfertigt, die die Entstehung der US-amerikanischen Opposition gegen den IStGH begleiteten. Repräsentieren die Diskurse mehr als schale Rhetorik, die allein dazu dient, machtpolitische Interessen zu rechtfertigen? Warum wurde überhaupt der Aufwand betrieben, etwas zu untersuchen, das existierende Theorien bereits in zufrieden stellender Weise erklären? Kurzum: welche neuen Einsichten haben wir gewonnen?

Wie bereits in der Einleitung angekündigt, bestand mein Ziel nicht darin, den realistischen Ansatz in Frage zu stellen, und meine Ergebnisse hinsichtlich der Opposition der USA gegen den IStGH würden dies auch nicht zulassen. Vielmehr war es meine Absicht, mich mit den ‚blinden Flecken‘ des Realismus zu befassen, d.h. den Mechanismen, durch die Begriffe wie ‚balance of power‘, ‚nationales Interesse‘ und ‚Großmächte‘ konstruiert werden und eine Bedeutung erhalten, die über die Machtdynamiken und -faktoren des internationalen Staatensystems hinausgehen.

Aus realistischer Sicht determinieren Bedingungen und Faktoren auf der Systemebene der internationalen Beziehungen, also die anarchische Struktur des Staatensystems, die

¹ Im Folgenden werden mit dem allgemeinen Begriff des ‚Realismus‘ sowohl die klassischen realistischen Ansätze, wie z.B. die Schriften Hans Morgenthau, und neo-realistische Ansätze, wie der von Kenneth Waltz, bezeichnet. Trotzdem sind mir die Differenzen zwischen diesen Ansätzen bewusst. Sofern auf theoretische Positionen im Detail eingegangen wird, werden bestimmte Autoren genannt und Unterschiede zu anderen Positionen innerhalb des Realismus in Fußnoten erläutert. Für eine generelle Diskussion der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen klassischem Realismus und Neo-Realismus siehe Linklater (1995: 242ff.); Buzan et al. (1993: 11ff.) und Griffiths (1995).

² Kenneth Abbott und Duncan Snidal argumentieren aus einer liberal-institutionalistischen Perspektive ähnlich, indem sie annehmen, dass Großmächte bei der Etablierung von Völkerrechtsinstitutionen höhere Souveränitätskosten zu tragen haben als kleinere Staaten (2002: 448).

Machtressourcen eines Staates und seine relative Machtposition gegenüber anderen Staaten, das nationale Interesse eines Staates (Waltz 1979: 39). Die substantiellen Präferenzen finden dabei keine Beachtung, allerdings gehen Realisten auch davon aus, dass ihnen ohnehin keine hohe Relevanz zukommt. Substantielle Präferenzen sind nur sekundär, weil die Möglichkeit ihrer Realisierung von den einschränkenden Faktoren auf der Systemebene begrenzt ist. Angesichts der Tatsache, dass das internationale Staatensystem anarchisch ist, d.h. keine zentrale politische Autorität aufweist, werden Staaten versuchen, zu überleben und ihre politische Autonomie und Kontrolle zu bewahren – kurzum, sie werden eine Politik des ‚balance of power‘ betreiben (Waltz 1979: 117ff.).³ Auf der Basis dieser Annahmen schließen Realisten, dass Großmächten zwei Optionen hinsichtlich ihres Verhaltens gegenüber dem Völkerrecht offen stehen: entweder sie nutzen das Völkerrecht, um ihre Machtposition auszubauen, d.h. sie werden darauf abzielen, asymmetrische völkerrechtliche Institutionen zu etablieren, in deren Rahmen sie in der Lage sind, das Verhalten anderer Staaten zu beeinflussen, während sie selbst einen hohen Grad an Autonomie und Kontrolle bewahren (vgl. Gilpin 1981; Kindleberger 1973; Carr 1964: 176). Dies entspricht der US-amerikanischen Präferenz, den IStGH weitgehend dem UN-Sicherheitsrat zu unterstellen. Wenn solche Versuche hingegen fehlschlagen und die entstehende völkerrechtliche Institution Großmächten keine Privilegien einräumt, ist es aus realistischer Perspektive vollkommen rational, sich von dieser Institution fernzuhalten (Scott 2004: 83).⁴

Im Gegensatz zu den realistischen Ansätzen habe ich argumentiert, dass Kategorien und Konzepte wie ‚Großmächte‘, ‚kleinere Staaten‘ und ‚Machtressourcen‘ diskursiv konstruiert sind. Wie im vierten Kapitel gezeigt wurde, spielen diese Konzepte vor allem im Rahmen des interventionistischen Diskurses eine herausragende Rolle, der weiten Teilen der US-amerikanischen Verhandlungsposition in Rom und auch zu späteren Zeitpunkten zugrunde lag. Obgleich der interventionistische Diskurs und die realistische Theorie in den Internationalen Beziehungen nicht vollkommen

³ Für Waltz ist die Maximierung von Macht nicht die vorherrschende Strategie staatlicher Akteure; vielmehr sind aus seiner Perspektive Staaten an der Beibehaltung von Machtgleichgewichten interessiert. Morgenthau und John Herz argumentieren dahingegen, dass Machtmaximierung zu den Überlebensstrategien von Staaten gehört (Morgenthau 1973: 28ff.; Herz 1950: 157f.)

⁴ Krisch bringt dies auf die Formel, im Hinblick auf Großmächte sei das Völkerrecht ‚weak as a constraint, strong as tool‘ (2003b, vgl. auch 2004 und 2003a).

deckungsgleich sind, gibt es doch frappierende Ähnlichkeiten zwischen ihnen: beide betonen die Relevanz von Großmächten für die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung.⁵ Darüber hinaus fordern beide, dass machtpolitischen Überlegungen eine höhere Bedeutung zukommt als dem Völkerrecht. Daher gehen sowohl der Realismus als auch der interventionistische Diskurs davon aus, dass völkerrechtliche Privilegien für Großmächte gerechtfertigt sind. Kurzum, sowohl der Realismus und der Interventionismus weisen einen hochgradig instrumentalistischen Zugang zum Völkerrecht auf. Jedoch sind die Betonung von Großmachtpolitik und die instrumentalistische Sicht auf das Völkerrecht weder zwingend noch allgemein verbreitet. Anders als der interventionistische Diskurs enthalten weder der legalistische noch der souveränistische Diskurs das Konzept der Großmacht. Und am Beispiel von Frankreich und Großbritannien, die beide ihre Allianz mit den USA im Hinblick auf den IStGH im Jahr 1997 bzw. 1998 aufgaben und der Like-Minded Group beitraten, wobei sie deren legalistischen Standpunkt weitgehend übernahmen, obwohl dies aus realistischer Sicht nicht ihren materiellen Interessen entsprach, zeigt, dass realistische Erklärungen nicht auf alle Fälle anwendbar sind.

Vor diesem Hintergrund scheint es, als ob die ‚blinden Flecken‘ des Realismus nicht nur darin bestehen, dass er die Konstruiertheit vieler seiner grundlegenden Konzepte nicht thematisiert, sondern auch darin, dass er nicht über die Bedingungen reflektiert, die zu seinem eigenen Erklärungswert führen. Aus dieser Perspektive ist der Realismus nicht nur eine Theorie, sondern stellt zugleich eine Doktrin dar, die Handlungsanleitungen für politische Eliten bereithält. Aus diesem Grunde ist es nahe liegend, dass der Realismus die US-amerikanische Opposition gegen den IStGH nicht deswegen so gut zu erklären vermag, weil er eine überlegene wissenschaftliche Theorie ist, sondern vielmehr, weil er eine große diskursive Macht unter US-amerikanischen politischen Eliten und Diplomaten besitzt (vgl. Koskeniemi 2002: 474ff.). Dem stimmen sogar einige Realisten selbst zu:

⁵ Der Aspekt der internationalen Ordnung markiert aber zugleich auch entscheidende Unterschiede zwischen Realismus – in diesem Kontext vor allem der strukturalistischen, also der neo-realistischen Variante – und Interventionismus: für die Vertreter des interventionistischen Diskurses besteht die Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung zum Teil in der Durchsetzung von grundlegenden Normen, die von Großmächten in der Rolle von Vigilantes implementiert werden. Realisten wie Waltz messen dagegen Normen keine große Bedeutung zu und beschränken die Rolle von Großmächten mehr auf die Reproduktion bestehender Machtgleichgewichte und die Prävention disruptiver Dynamiken.

„[R]ealism has been particularly strong in both the International Relations field of academic enquiry and in the thinking of the United States Government since World War II and the United States has certainly succeeded in the realist quest for power. On this basis, it would seem reasonable to expect that realist thought may have influenced US policy and actions in relation to international law.“ (Scott 2004: 78).

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass der Realismus als eine wissenschaftliche Theorie zwar empirische Phänomene in überzeugender Weise erklären kann, aber nur sehr selten – Shirley Scott stellt eine Ausnahme dar – die Bedingungen reflektiert, die zu seinem Erklärungswert führen. Ebenso wenig thematisieren Realisten die Doppelnatur des Realismus als einer Theorie der Internationalen Beziehungen auf der einen Seite und als außenpolitische Doktrin auf der anderen und die Rückkopplungsschleifen, die zwischen beiden Dimensionen bestehen.⁶ Aus dieser Lesart des Realismus ergeben sich relevante Schlussfolgerungen im Hinblick auf die Frage, unter welchen Bedingungen ein Wandel zu erwarten ist. Aus realistischer Perspektive verändern Akteure ihre Haltung zu bestimmten Themen oder Institutionen, wenn eine Veränderung innerhalb ihrer Machtposition oder der Machtbeziehungen innerhalb des Staatensystems auftritt. Dieser Prämisse zufolge würden die USA erst dann ihre Haltung gegenüber dem IStGH verändern, wenn sie ihre Großmachtposition eingebüßt haben. Obgleich hier nicht in Abrede gestellt werden soll, dass Machtverschiebungen Wandel hervorrufen können, müssen sie dazu zunächst diskursiv vermittelt werden. Machtverschiebungen können somit in indirekter Weise Wandel hervorrufen, aber sie sind nicht die einzige mögliche Quelle von Wandel. Wandel kann auch beispielsweise durch eine weitere Hegemonialisierung des legalistischen Diskurses hervorgerufen werden. Die enge Auffassung von Machtverschiebungen im Sinne von

⁶ Die Doppelnatur des Realismus als Theorie und als Doktrin mag zu einem gewissen Grad in Morgenthau's Wissenschaftsverständnis wurzeln, dem zufolge Wissenschaft Wahrheiten zutage bringen soll, die dann als Handlungsanleitungen für die Politik dienen können (vgl. Griffiths 1995: 51ff.). Eine sozial-konstruktivistische Lesart des Realismus findet sich ebenfalls schon bei Buzan et al. (1993: 39f.), jedoch mit einer etwas anderen Blickrichtung als die, die hier dargelegt wurde. Buzan und seine Mitarbeiter wählen die Sozialisationseffekte auf der Systemebene als Ausgangspunkt, während Scott und Koskeniemi einen wissenssoziologischen Ansatz wählen, der sich eher auf innerstaatliche Institutionen wie Universitäten und Think tanks bezieht. Beide Ansätze können als sich gegenseitig ergänzend betrachtet werden.

materiellen Machtressourcen muss somit erweitert werden, um auch die Formen struktureller Macht, mit denen Diskurse ausgestattet sind, in Betracht ziehen zu können.

8.3 Die Macht von Diskursen

Der Fall des transatlantischen Konflikts über den IStGH ist von einer diskursiven Dynamik charakterisiert, in deren Verlauf der legalistische Diskurs eine hegemoniale Position erlangte. Diskursive Hegemonie wurde eingangs als die Behauptung der normativen Überlegenheit eines Diskurses definiert, wobei dieser Diskurs die mit ihm konkurrierenden diskursiven Optionen erfolgreich in die Defensive bringt – wie im Fall des Interventionismus und des Souveränismus – oder sie marginalisiert – wie im Fall des Progressivismus. In diesem Abschnitt soll der Positionswandel Großbritanniens und Frankreichs als entscheidende Ereignisse im Rahmen der Hegemonialisierung des legalistischen Diskurses diskutiert werden. Meine These lautet dabei, dass der Positionswandel beider Akteure in einem hohen Maß auf die diskursive Macht des Legalismus zurückzuführen ist. Zugleich trug diese Entwicklung aber auch zu der Konsolidierung der diskursiven Hegemonie des Legalismus bei, der dadurch eine zunehmende Zahl von Anhängern gewann. Damit ist allerdings nicht gemeint, dass diskursive Hegemonien ein quantitatives Phänomen sind, d.h. je mehr (mächtige) Staaten sich an einem bestimmten Diskurs orientieren und ihn propagieren, desto hegemonialer seine Stellung. Vielmehr impliziert eine Veränderung der diskursiven Position eines Akteurs auch einen Wandel in der Identität des Akteurs. Durch den Wandel ihrer Position gegenüber dem IStGH und seinem institutionellen Design, gaben Großbritannien und Frankreich Teile ihrer Identität als herausragende Mächte, denen Privilegien zustehen bzw. im Falle Frankreichs auch Teile seiner Identität als ‚Staatsnation‘, die ihre Souveränitätsprärogative zu beschützen sucht, auf und nahmen eine legalistische Identität an, der zufolge sie sich als Gleiche unter anderen Staaten vor dem Recht betrachteten und für sich die Aufklärungsidee von Fortschritt im Sinne der Verrechtlichung und Professionalisierung der Politik in Anspruch nahmen.

Sowohl Großbritannien als auch Frankreich verließen die P5-Gruppe⁷ (Großbritannien im Jahr 1997, Frankreich während der Rom-Konferenz) und traten der Like-Minded Group bei, wobei sie auch deren legalistischen Standpunkt übernahmen. Durch den

⁷ P5 steht in diesem Kontext für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats. Die P5-Gruppe forderte eine enge Anbindung des IStGH an den Sicherheitsrat und sprach sich gegen proprio motu-Kompetenzen des Chefanklägers aus.

britischen und französischen Positionswechsel kam es zu einer vereinigten Position aller EU-Mitgliedstaaten im Hinblick auf den IStGH. Dieser Umstand trug vermutlich nicht nur dazu bei, dass das institutionelle Design des IStGH letztendlich stark vom legalistischen Diskurs geprägt wurde, sondern ebnete auch den Weg dafür, die globale Anerkennung und Förderung des Gerichtshofs im Jahr 2001 zu einem expliziten Ziel der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (CFSP) zu machen. Während vor diesem Positionswechsel die Konfliktlinien bezüglich des IStGH innerhalb des europäischen Kontinents verliefen und Europa in Unterstützer der US-amerikanischen bzw. P5-Position auf der einen Seite und den Mitgliedern der Like-Minded Group auf der anderen teilten, transformierte der Allianzwechsel Großbritanniens und Frankreichs die Etablierung des IStGH in einen Fall, in dem Europa gegen die USA opponierte (vgl. Scheipers und Sicurelli 2006).

Im Gegensatz zum Widerstand der USA gegen den IStGH sind der britische und der französische Positionswandel überraschend und verlangen nach Erklärungen. In Anbetracht der These, dass Diskurse mit Macht aufgeladen sind und dass sie Akteure ‚ermächtigen‘, scheint es konsistent zu anzunehmen, dass der Grund für diese Entwicklung in der Macht des legalistischen Diskurses liegt. Um eine solche Behauptung aufstellen zu können, ist es allerdings notwendig, alternative Erklärungen zu diskutieren und abzuwägen. Der Bereich der Theorien der Internationalen Beziehungen hält vier alternative Erklärungen bereit: eine realistische, eine liberal-institutionalistische, eine Erklärung, die sich auf innerstaatliche Faktoren bezieht und eine sozial-konstruktivistische Erklärung.

Die realistische Erklärung für den britischen und den französischen Positionswechsel beruht auf der Annahme, dass die Anarchie innerhalb des Staatensystems starke Anreize für ‚balance-of-power‘-Politik und Selbsthilfe als dominante Strategien für internationale Akteure bietet. Der Realismus sagt voraus, dass Staaten versuchen werden, einen hohen Grad an politischer Autonomie und Kontrolle zu bewahren, während sie zugleich darauf abzielen, ihre Abhängigkeit von anderen Akteuren und ihre Verletzlichkeit gegenüber anderen Staaten oder internationalen Organisationen zu minimieren. Aus der realistischen Perspektive stellt der IStGH eine Institution dar, vor der Staaten sich schützen sollten, vor allem dann, wenn sie ihr Militär im Ausland einsetzen. Der IStGH ist vor allem deshalb eine heikle Institution, weil er Sicherheitsfragen berührt – das empfindlichste Feld der Außenpolitik (vgl. Waltz 1979: 107). Dem Realismus zufolge müsste dem Bestreben eines Staates nach einem

unabhängigen Strafgerichtshof eine Reduktion seiner militärischen Machtresearchen und damit seiner abnehmenden Verletzlichkeit gegenüber dem IStGH zugrunde liegen.⁸ Auf den Fall Großbritanniens und Frankreichs angewandt heißt das: wenn beide Staaten die Zahl ihrer im Ausland eingesetzten Soldaten von 1997 an reduziert hätten, wäre es vollkommen rational gewesen, der Like-Minded Group beizutreten. Die empirischen Fakten bestätigen eine solche Entwicklung jedoch nicht. Im Gegenteil stieg die Zahl der im Ausland eingesetzten britischen und französischen Soldaten im Zeitraum von 1997 bis 1999 sogar an.⁹

Der liberal-institutionalistische Ansatz teilt mit dem realistischen Ansatz die Annahme, dass Staaten rationale Nutzenmaximierer sind, stellt aber die realistische Behauptung in Frage, gemäß der die Minimierung von Abhängigkeiten zwischen Staaten und die Zurückhaltung gegenüber zwischenstaatlicher Kooperation unter den Bedingungen der internationalen Anarchie die gebotenen Verhaltensformen darstellen. Vielmehr gehen liberale Institutionisten davon aus, dass es trotz der anarchischen Struktur des Staatensystems gemeinsame Regeln und Normen gibt (Axelrod und Keohane 1985: 226). Darüber hinaus argumentieren liberal-institutionalistische Theoretiker, dass die Interessen von Staaten nicht notwendigerweise konfliktieren. Staaten können auch gemeinsame Interessen haben, vor allem im Hinblick auf Probleme und Themen, die aus einem hohen Grad der Interdependenz von Staaten entstehen und somit nach kollektiven Lösungen verlangen (Keohane und Nye 2001). Die Beteiligung von Staaten an internationalen Organisationen und Regimes erleichtert und fördert die Kooperation von Staaten dadurch, dass diese Transaktionskosten verringern und Staaten Informationen zur Verfügung stellen, die die Handlungsunsicherheit verringern

⁸ Ein zentraler Vorwurf gegenüber dem realistischen Ansatz bezieht sich auf den statischen Charakter der Theorie, d.h. auf die geringe Bedeutung, die Wandel beigemessen wird. Allerdings ist die Unterscheidung zwischen Wandel *innerhalb des* Systems und Wandel des Systems selbst in diesem Kontext wichtig. Während der Realismus nämlich die Kontinuität der Systemeigenschaften selbst (Anarchie und ‚balance of power‘) betont, verneint er nicht die Möglichkeit des innersystemischen Wandels. Diese schreibt er in der Hauptsache Veränderungen in der Machtverteilung zwischen Staaten zu (vgl. Linklater 1995: 245).

⁹ Im Jahr 1997 setzte Frankreich in Bosnien 7.500 Soldaten ein und in der Zentralafrikanischen Republik 1.500. Letztere wurden 1998 abgezogen. Im darauf folgenden Jahr hatte Frankreich auf dem Territorium der ehemaligen jugoslawischen Republik insgesamt 11.800 Soldaten stationiert. Großbritannien setzte im Jahr 1997 3.500 Soldaten in Bosnien ein. Im Jahr 1999 kamen zu dieser Zahl 10.000 Soldaten im Kosovo und 1.000 Soldaten in Sierra Leone hinzu. Vgl. Heymann (2001: 249-63, 809).

(Axelrod und Keohane 1985: 250; vgl. auch Oye 1985 und Keohane 1989). Im Bezug auf den IStGH identifiziert Caroline Fehl zwei mögliche liberal-institutionalistische Erklärungen: erstens sollte der IStGH dazu dienen, die Durchsetzungsprobleme bezüglich des Völkerstrafrechts zu lösen, mit dessen Implementierung nationale Gerichte wenig erfolgreich waren. Zweitens sollte der IStGH auch die hohen Transaktionskosten senken, die mit dem System der Ad-hoc-Tribunale verbunden waren (2004: 368).

Allerdings interessieren sich liberale Institutionisten nicht nur für die Umstände, die zur Entstehung einer Organisation oder eines Regimes führen, sondern auch für die Frage, warum eine Organisation ein spezifisches institutionelles Design aufweist (Koremenos et al. 2001). Aus dieser Perspektive bringen die Etablierung und das institutionelle Design einer Organisation ein „trade-off“ zwischen Kosten und Nutzen der in sie involvierten Akteure mit sich, wobei die letzteren ihre Verhandlungsposition auf der Basis dieser Kosten-Nutzen-Kalkulation generieren werden. Abbott und Snidal zufolge gibt es zwei grundlegende Arten von Kosten, die Akteure gegen den potentiellen Nutzen einer Institution und ihres spezifischen Designs abwägen müssen: Souveränitätskosten und Unsicherheitskosten (2000: 436ff.). Souveränitätskosten bezeichnen den Verlust an politischer Autonomie, den eine Verrechtlichung mit sich bringt. Folgt man Abbott und Snidal, dann sind die Souveränitätskosten dann besonders hoch, wenn die betreffende Institution über einen hochgradig zentralisierten und delegierten Mechanismus der Entscheidungsfindung verfügt (ebd.: 437) – was hinsichtlich des IStGH klar der Fall ist. Unsicherheitskosten beziehen sich auf den Umstand, dass Staaten die genauen Konsequenzen der Etablierung einer Institution im Vorfeld nicht genau absehen können, was sie dazu bewegen kann, für einen hohen Grad an Kontrolle und Einfluss über die betreffende Institution zu optieren (Koremenos et al. 2001: 792).

Aus der liberal-institutionalistischen Perspektive ist die Erlangung von zusätzlichen Informationen der entscheidende Aspekt, der einen Wandel in der Verhandlungsposition von Staaten erklären kann. D.h., wenn staatliche Akteure neue Informationen über den potentiellen Nutzen und die zukünftige Leistung einer Institution und/ oder einem spezifischen institutionellen Design erlangen, reduziert dies die Unsicherheitskosten und führt zugleich zu einer Neukalkulation des „trade-off“ von Nutzen und Souveränitätskosten. Auf den Fall des IStGH angewandt bedeutet das: ursprünglich optierten sowohl Frankreich als auch Großbritannien für ein institutionelles Design des

IStGH, das ihnen durch ihre ständige Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat einen hohen Grad an Kontrolle über die Aktivitäten des Gerichtshofs und seines Chefanklägers verliehen hätte. Durch ihren Positionswechsel hin zur Like-Minded Group ebneten sie schließlich jedoch den Weg für einen hochgradig unabhängigen Gerichtshof und Chefankläger. Aus liberal-institutionalistischer Perspektive ließe sich die Hypothese aufstellen, dass die Erfahrung, die man durch die Arbeit der zwei Ad-hoc-Tribunale für Jugoslawien und Ruanda, ICTY und ICTR, gewonnen hatte, Frankreich und Großbritannien mit zusätzlichen Informationen ausstattete, die zu dem Positionswechsel beider Länder führte.

Obgleich die beiden Tribunale durch den UN-Sicherheitsrat errichtet wurden, genoss der Chefankläger weit reichende Kompetenzen. Auf den ersten Blick scheint die Erfahrung mit beiden Tribunalen die legalistische These zu bestätigen, dass die Befürchtungen hinsichtlich politisch motivierter Anklagen weitgehend unbegründet sind. Die Arbeit beider Tribunale lässt auf Fairness und Unparteilichkeit schließen (Goldstone und Bass 2000: 55f.).¹⁰ Trotzdem wurde auch Kritik an ihnen geübt: dem ICTY wurde wiederholt unterstellt, dass seine Arbeit eine Voreingenommenheit gegenüber den Serben widerspiegele, da die meisten Angeklagten serbischer Herkunft waren (vgl. Cassese 2005: 456). Das ICTR machte in den Jahren 1996 und 1997 aufgrund von Missmanagement, Nepotismus und Korruption von sich reden, was den UN-Generalsekretär Kofi Annan schließlich veranlasste, einen offiziellen Report herauszugeben, in dem er eine Verbesserung der Situation verlangte, und einen neuen Chefankläger für beide Tribunale und einen neuen stellvertretenden Ankläger für das ICTR vorzuschlagen (Power 2003). Darüber hinaus musste Frankreich im Jahr 1997 feststellen, dass die Etablierung von Ad-hoc-Tribunalen auch für westliche Staaten unbeabsichtigte Konsequenzen haben konnte: im Dezember 1997 verweigerte der damalige französische Verteidigungsminister Alain Richard die Kooperation mit dem ICTY mit der Begründung ‚France [was] unwilling to expose its officers to possibly adversarial questioning that could implicate French military personnel in not stopping the war crimes they witnessed’.¹¹ Die französische Weigerung der Zusammenarbeit mit dem ICTY weist auf große Vorbehalte gegen das Tribunal und seinen Chefankläger hin.

¹⁰ Es ist allerdings zu erwähnen, dass Richard Goldstone der erste Chefankläger beider Tribunale war, so dass seine positive Einschätzung nicht weiter verwunderlich ist.

¹¹ Charles Truehart, ‚France splits with court over Bosnia; Generals won’t testify in war crimes cases’, *Washington Post* (16.12.1997).

Insgesamt bieten also die Erfahrungen, die aus der Arbeit der beiden Ad-hoc-Tribunale gewonnen wurden, ein gemischtes Bild. Die Tatsache, dass es nicht zu politisch motivierten Anklagen gegen Bürger aus OECD-Staaten kam, mag Unsicherheitskosten im Hinblick auf das zu bevorzugende institutionelle Design des IStGH auf Seiten Frankreichs und Großbritanniens reduziert haben, aber dies kann offensichtlich weder als der einzige, noch als der wichtigste Grund für den Positionswechsel beider Staaten hinsichtlich des IStGH betrachtet werden.

In genereller Hinsicht kommt bezüglich des liberal-institutionalistischen Ansatzes hinzu, dass das Konzept der Souveränität weit davon entfernt ist, einen eindeutigen und in Form von ‚Souveränitätskosten‘ quantifizierbaren Inhalt zu besitzen, wie in den vorherigen Kapiteln gezeigt wurde. Vielmehr ist Souveränität ein umstrittenes Konzept, dessen Interpretation von dem diskursiven Kontext abhängt, in den es eingebettet ist. Einige Theoretiker des liberalen Institutionalismus wie Robert Keohane und Abbott und Snidal erkennen dies allerdings an und messen dem Einfluss von Diskursen einige Bedeutung zu, indem sie einräumen, dass die spezifische Interpretation des Souveränitätskonzepts durch einen Akteur seine Kalkulationen der Souveränitätskosten beeinflussen und somit zu unterschiedlichen politischen Entscheidungen führen können. Dieser Aspekt zeigt, wie Einsichten, die aus einer diskursanalytischen Perspektive gewonnen wurden, auf eine fruchtbare Art und Weise mit liberal-institutionalistischen Ansätzen kombiniert werden können, bzw. diese ergänzen können.

Eine dritte Option zur Erklärung des britischen und französischen Positionswechsel bieten theoretische Ansätze, die innerstaatliche Faktoren in den Mittelpunkt stellen, wie etwa Robert Putnams ‚two-level game‘ (1988) oder Andrew Moravcsiks liberaler Republikanismus (1997).¹² Gemäß diesen Ansätzen besteht die wesentliche Schwäche des Realismus wie des liberalen Institutionalismus darin, dass sie ihre Perspektive auf die Ebene des Staatensystems begrenzen und den Staat als einen einheitlichen Akteur auffassen und somit die Bildung von Präferenzen auf der innerstaatlichen Ebene vernachlässigen. Moravcsik ersetzt den Begriff des Staates als eines einheitlichen Akteurs folglich mit dem Konzept des Staates und seiner Institutionen als eines ‚transmission belt‘, das zwischen innerstaatlichen politischen Eliten, Interessengruppen

¹² Siehe auch Moravcsiks Anwendung dieses Ansatzes auf den Fall der europäischen Integration (1998). In dieser Studie fokussiert er die Interessen von wirtschaftlichen Produzenten und die makro-ökonomischen Präferenzen der Regierungskoalitionen als kausale Faktoren für die europäische Integration.

und Wählern auf der einen Seite und dem internationalen Bereich auf der anderen vermittelt (ebd.: 518). Vier innerstaatliche Faktoren sind in diesem Kontext von entscheidender Bedeutung: die Struktur des politischen Systems, mächtige innerstaatliche Gruppen wie Regierungskoalitionen und Interessengruppen (ebd.: 530ff.), die öffentliche Meinung und die Rolle des Staatsoberhauptes (Putnam 1988: 456).¹³ Aus der Sicht des ‚two-level game‘-Ansatzes bzw. des liberalen Republikanismus kommt es dann zu einem Wandel der Verhandlungsposition von Akteuren, wenn sich die innerstaatlichen Machtbeziehungen verschoben haben.

Hinsichtlich Großbritanniens besitzt dieser Erklärungsansatz in der Tat eine gewisse Plausibilität: in den Wahlen des Jahres 1997 kam es zu einem Machtwechsel von der konservativen Partei zu Labour. Während die Konservativen Menschenrechte in ihrem Wahlprogramm nicht einmal erwähnten, betonte die Labour-Partei ihr Engagement für die Menschenrechte und kündigte an, dass die Errichtung des IStGH ein explizites Ziel der Außenpolitik einer von Labour geführten Regierung darstelle.¹⁴ Nach dem Sieg der Labour-Partei verpflichtete der neue Premierminister Tony Blair Robin Cook, dessen Engagement und Unterstützung für Menschenrechtsprojekte bekannt war, als Außenminister seiner Regierung. Ohne andere innerstaatliche Faktoren weiter im Detail zu diskutieren, scheint es offensichtlich, dass der Machtwechsel in Großbritannien einen großen Einfluss auf den britischen Positionswechsel bezüglich des IStGH hatte. Das bedeutet allerdings nicht, dass die Macht des legalistischen Diskurses in diesem Fall irrelevant oder ineffektiv blieb. Vielmehr offenbart der Fall Großbritanniens, wie diskursive Faktoren und innerstaatliche Machtverhältnisse zusammenwirken: in ihrem Wahlprogramm machte die Labour-Partei bereits Anleihen bei dem legalistischen Diskurs und setzte sich damit klar von ihren konservativen Kontrahenten ab. D.h. innerstaatliche Faktoren beeinflussen nicht nur, an welchem Diskurs sich die offizielle Position eines Staates in internationalen Verhandlungen orientiert, sondern auch

¹³ Aufgrund der Tatsache, dass weder für Frankreich noch für Großbritannien Ergebnisse von Meinungsumfragen im Hinblick auf den IStGH vorliegen, muss dieser Faktor hier vernachlässigt werden. Es ist allerdings ohnehin fraglich, inwiefern diese aufschlussreich wären, da Meinungsumfragen meistens nur die Zustimmung zu einer bestimmten Institution abfragen, nicht aber Präferenzen hinsichtlich des institutionellen Designs.

¹⁴ ‚You Can Only Be Sure With the Conservatives‘, The Conservative Manifesto 1997; <http://www.psr.keele.ac.uk/area/uk/man/con97.htm>; ‚New Labour Because Britain Deserves It Better‘, The Labour Manifesto 1997; <http://www.psr.keele.ac.uk/area/uk/man/lab97.htm>.

umgekehrt: Diskurse, die auf der internationalen Ebene entstehen, wirken sich auf die innerstaatliche Politik und ihre Machtkämpfe aus.

Der Fall Frankreichs ist weniger eindeutig. 1995 wurde Jacques Chirac zum Präsidenten gewählt. In den darauf folgenden Parlamentswahlen (1997) verlor Chiracs Partei, der *Rassemblement pour la République* (RPR), eine große Zahl von Sitzen in der *Assemblée Nationale*, was zu einer *cohabitation* in der folgenden Wahlperiode führte. Von 1997 bis 2002 stellte die *Parti Socialiste* (PS) die größte Fraktion in der *Assemblée*. Die *Parti Socialiste* stand Menschenrechtsanliegen offener gegenüber als der konservative RPR, allerdings fiel dies kaum ins Gewicht, da die Außenpolitik eine ‚*domaine réservée*‘ des französischen Präsidenten darstellt und das Parlament nur sehr wenig Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen und auf die Ratifizierung von völkerrechtlichen Abkommen hat (Kessler 1999: 23ff.).¹⁵ Es ist daher nicht plausibel anzunehmen, dass die Parlamentswahlen im Jahr 1997 einen Einfluss auf den Wechsel Frankreichs in das Lager der Like-Minded Group hatten. Im Gegensatz zum US-amerikanischen politischen System, dass eine Zweidrittelmehrheit im Senat für die Ratifizierung von völkerrechtlichen Abkommen erforderlich macht, besitzt das französische Parlament nicht die Rolle eines Veto-Spielers im Hinblick auf das Völkerrecht. In der Tat hatte das Parlament nur in einem Punkt ein gewisses Mitspracherecht bezüglich des IStGH, nämlich bei der Verabschiedung einer Verfassungsänderung, die notwendig war, um das Rom-Statut ratifizieren zu können. Allerdings musste Chirac hier die Unterstützung beider Kammern gewinnen, d.h. der *Assemblée*, in der eine linke Mehrheit herrschte und des *Sénat*, der mehrheitlich konservativ bestimmt war. Einige der Senatoren nahmen eine explizit souveränistische Haltung gegenüber dem IStGH ein, wie etwa Charles Pasqua, der sich bei der Abstimmung enthielt. Selbst wenn man also beide Kammern des französischen Parlaments als Veto-Spieler betrachtet, so würden sie sich aufgrund widersprechender Präferenzen gegenseitig blockieren. Insgesamt scheinen also im Falle Frankreichs die Erklärungsansätze, die auf innerstaatliche Faktoren abzielen, wenig überzeugend.

¹⁵ Es gab allerdings eine Kontroverse zwischen dem Präsidenten und dem Parlament, die den IStGH betraf. Chirac beabsichtigte, die in Rom maßgeblich auf Frankreichs Betreiben verhandelte Möglichkeit einer siebenjährigen Ausnahmeregelung für Kriegsverbrechen in Anspruch zu nehmen. Eine Mehrheit der französischen Parlamentarier sprach sich dagegen aus und argumentierte, dass dies Frankreichs Reputation im Ausland schaden würde, aber Chirac blieb unnachgiebig. Dieser Konflikt fand allerdings erst weit nach der Rom-Konferenz statt. Vgl. Claire Tréant: ‚Les Députés français examinent le projet de tribunal international‘, *Le Monde* (22.02.2000).

Schließlich bietet der sozialkonstruktivistische Ansatz eine Erklärungsalternative für den Positionswechsel Frankreichs und Großbritanniens. Thomas Risse argumentiert beispielsweise, dass Akteure in den internationalen Beziehungen ihre Verhandlungsposition nicht nur wechseln, weil sie sich materiellen Gewinn davon erhoffen oder Schaden von sich abwenden wollen (‚bargaining’), sondern auch weil sie sich durch das bessere Argument überzeugen lassen (‚arguing’) (2000: 8ff.). Risses Unterscheidung zwischen diesen beiden Handlungsmodi basiert auf Habermas’ Theorie des kommunikativen Handelns. Aus dieser leitet Risse ab, dass der Modus des ‚arguing’ an bestimmte Voraussetzungen gebunden ist: die Akteure müssen eine gemeinsame Lebenswelt miteinander teilen, sie müssen dazu bereit sein, ihre Präferenzen vor dem Hintergrund der Argumente ihre Verhandlungspartner neu zu bewerten, und Machtfaktoren müssen während der Verhandlungen in den Hintergrund treten (ebd.: 10f.). Obgleich die sozialkonstruktivistische Perspektive mit dem poststrukturalistischen Ansatz das Interesse für Normen und kommunikative Prozesse teilt, markiert der letzte Punkt eine Differenz zwischen beiden Zugangsweisen (vgl. ebd.: 16f.). Denn aus poststrukturalistischer Sicht ist das ‚bessere’ Argument immer auch das mächtigere Argument. Insofern Diskurse mit Macht aufgeladen sind, gibt es keine kommunikativen Prozesse, in denen Machtfaktoren keine Rolle spielen.

Risse und seine Mitarbeiter versuchen, die Unterscheidung zwischen Entscheidungen, die durch argumentative Überzeugung zustande kommen, und Entscheidungen, die durch Macht erzwungen werden, aufrechtzuerhalten. Allerdings ziehen sie dabei in erster Linie materielle Macht in Betracht. In dem von ihnen ausgearbeiteten theoretischen Rahmen stellt der Positionswechsel eines mächtigen Akteurs einen Indikator für die Effekte von ‚arguing’ dar, ebenso wie ein Positionswechsel, der den materiellen Interessen eines Akteurs widerspricht (Risse 2000: 19; Ulbert et al. 2004: 8). Beides scheint auf den britischen und den französischen Fall zuzutreffen, da sowohl Großbritannien als auch Frankreich mächtige Akteure darstellen (auch wenn sie keine Großmächte im engeren Sinn sind) und beide Staaten eine beträchtliche Anzahl von Soldaten in Auslandseinsätzen verzeichnen, so dass ihre materiellen Interessen der Errichtung eines unabhängigen IStGH entgegenstanden. Wurden die französischen und britischen Diplomaten also einfach argumentativ überzeugt?

Das Problem der Theorie des kommunikativen Handelns besteht in ihrer Anwendung auf empirische Daten. Im Rahmen von empirischen Untersuchungen erwies es sich als unmöglich, Aspekte der Machtausübung auszuschließen. Wie Nicole Deitelhoff und

Harald Müller gezeigt haben, tauchen ‚arguing‘ und ‚bargaining‘ in empirischen Verhandlungen immer gleichzeitig auf, so dass der Forscher unmöglich feststellen kann, welcher Handlungsmodus vorherrschte. Um das zu können, müsste man in der Lage sein, von der Interaktion der Verhandlungsteilnehmer auf die Intentionen und Motivationen der beteiligten Akteure zu schließen (Deitelhoff und Müller 2005: 171). Wurden sie tatsächlich vom besseren Argument überzeugt? Oder wirkte sich die Macht eines hegemonialen Diskurses aus? Es ist nicht möglich, diese Fragen empirisch zu beantworten. Selbst wenn Frankreich und Großbritannien mit ihrer Entscheidung für einen unabhängigen IStGH augenscheinlich ihren materiellen Interessen zuwiderhandelten, sind die empirischen Daten, die aus der Verhandlungssituation gewonnen werden können, zu dünn, um daraus zu schließen, dass diese Entscheidung ein Resultat des ‚arguing‘ darstellt, weil sich empirisch die Auswirkung der Macht von Diskursen nicht ausschließen lässt.

Die vorhergehende Diskussion hat überzeugende Hinweise darauf erbracht, dass der Positionswechsel Großbritanniens und Frankreichs zu weiten Teilen auf die hegemoniale Macht des legalistischen Diskurses zurückzuführen ist. Zugleich ist die Annahme plausibel, dass die Hegemonialisierung des legalistischen Diskurses durch seine Verwebung mit dem breiteren Feld der europäischen Integrationsdiskurse erleichtert und weiter vorangetrieben wurde (vgl. Smith 2003: 197). Wie Ian Manners argumentiert, stellen die Menschenrechte eine Kernnorm der EU und somit einen zentralen Aspekt der externen Identität derselben dar (2002). Wenn die EU Menschenrechte im Rahmen ihrer externen Beziehungen verbreiten und fördern will, erfordert dies ein Minimum an Einigkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten bezüglich ihrer Interpretation und den bevorzugten Strategien ihrer Implementierung. Die entschiedene Opposition der USA gegen den IStGH und sein institutionelles Design hat die Einigkeit unter den EU-Mitgliedstaaten dabei gefördert und konsolidiert, da sie eine Projektionsfläche bot, auf der die EU ihre Besonderheit als internationaler Akteur hervorheben konnte (vgl. Scheipers und Sicurelli 2006).

Ist aus dieser engen Verflechtung des legalistischen Diskurses mit dem breiteren Feld der europäischen Integrationsdiskurse nun zu schließen, dass die Macht des legalistischen Diskurses auf den Bereich der EU – und den der Beitrittskandidaten – beschränkt ist? Die Liste der bisherigen Ratifizierungen lässt zunächst nicht darauf schließen: bis dato haben 100 Länder das IStGH-Statut ratifiziert und 139 haben es

unterzeichnet.¹⁶ Zwar setzt sich die EU stark für die Ratifizierung des Statuts durch Drittstaaten ein, vor allem seitdem die Unterstützung des IStGH im Jahr 2001 ein explizites Ziel der CFSP wurde. Die ‚Common Council Position on the ICC‘ der EU legt fest, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten sich die Ratifizierung des IStGH-Statuts durch möglichst viele Staaten zum Ziel machen und verlangt zu diesem Zweck die folgenden Maßnahmen: ‚raising the issue [...] in negotiations or political dialogues with third states, groups of states or regional organisations, whenever appropriate‘.¹⁷ Diese Kampagne könnte vermuten lassen, dass die Zahl der Ratifizierungen nicht die Macht des legalistischen Diskurses widerspiegelt, sondern vielmehr die materiellen Interessen von Drittstaaten, die auf eine Art Belohnung oder bevorzugte Behandlung durch die EU hoffen, wenn sie das Rom-Statut ratifizieren.

Drei Aspekte werfen Zweifel auf diese Interpretation: erstens unterzeichnete und ratifizierte eine große Zahl von Drittstaaten das Statut, bevor die EU ihre Initiative startete. Eine Reihe dieser Staaten weigerte sich in der Folge sogar, ein Immunitätsabkommen mit den USA (BIA) zu unterzeichnen und nahm damit die Streichung von Militärhilfen und Geldern aus dem Economic Support Fund der USA in Kauf.¹⁸ Zweitens unterhält die EU zwar eine Reihe von bilateralen Abkommen und Beziehungen mit Drittstaaten, die keine Beitrittskandidaten sind und seit 1995 enthalten all diese Abkommen eine Konditionalitätsklausel, die die betreffenden Drittstaaten an die Einhaltung von Menschenrechtsstandards bindet (Smith 2003: 111f.). Die Ratifizierung von völkerrechtlichen Verträgen wie dem Rom-Statut wird allerdings im Rahmen dieser Abkommen nicht gefordert, die in der Hauptsache darauf abzielen, Verletzungen von Menschenrechten durch die Regierung innerhalb der betreffenden

¹⁶ Cf. Coalition for the ICC: Ratification Chart for the ICC Statute (<http://www.iccnw.org/countryinfo/worldsignsandratifications.html>).

¹⁷ Council of the European Union, *Council Common Position of 11 June 2001 on the International Criminal Court* (2001/443/CFSP, Brussels, 12/06/2001). Cf. also Council of the European Union, *Council Conclusion on the International Criminal Court (ICC) and the draft US American Servicemembers' Protection Act, ASPA* (Brussels, 17.-18.06.2002) and Council of the European Union, *Action Plan to Follow-up on the Common Position on the International Criminal Court* (Brussels, 04.02.2004).

¹⁸ Im Jahr 2004 verlor Südafrika z.B. 7.6 Millionen, Ecuador ebenfalls 7.6 Millionen, Peru 2.4 Millionen, Uruguay 1.4 Millionen und Malta 1.1 Millionen US-Dollar. Diese Zahlen beziehen sich auf die gestrichene Militärhilfe und schließen Kürzungen gemäß dem Nethercutt Amendment noch nicht ein. Vgl. http://www.iccnw.org/documents/CountriesOpposedBIA_AidLoss_16Dec05.pdf?PHPSESSID=57952fb65871bd587f7c65ecc47c7fdd.

Staaten zu verhindern (ebd.). Wenn also Drittstaaten sich von der Ratifizierung des Rom-Statuts eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu der EU erhoffen, müsste das auf eine indirekte Weise geschehen. D.h. die Ratifizierung des Rom-Statuts hat in erster Linie Auswirkungen auf die Identität des betreffenden Staates. Wenn dies allerdings die Beziehungen zur EU verbessert, wäre das eher ein Beweis für die Macht des legalistischen Diskurses als für seine Schwäche.

Ein ähnliches Argument gilt im Hinblick auf die Beitrittskandidaten. Während die Ratifizierung des Rom-Statuts in den formalen Beziehungen der EU zu Drittstaaten keine Rolle spielt, ist das im Bezug auf die Beitrittskandidaten sehr wohl der Fall. Wie schon erwähnt, wurde die Unterstützung des IStGH im Jahr 2001 zum expliziten Ziel der CFSP erklärt und als solches in einer ‚Council Common Position‘ festgehalten. ‚Council Common Positions‘ gehören zur so genannten ‚sekundären Gesetzgebung‘ der EU und werden somit in den *acquis communautaire*, den alle Beitragskandidaten übernehmen müssen, bevor sie zu Mitgliedern der EU werden. Alle EU-Mitgliedstaaten haben demzufolge das IStGH-Statut bereits ratifiziert.¹⁹ Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass es Beitrittskandidaten starke materielle Anreize gibt, die Bedingungen für die Aufnahme in die EU zu erfüllen – sie gewinnen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse innerhalb der EU und haben ökonomische und sicherheitspolitische Vorteile. Somit kann also die Ratifizierung des Rom-Statuts durch Beitrittskandidaten sehr gut auf rationalistische Weise erklärt werden. Das ist allerdings hinsichtlich der Entscheidung der EU-Mitgliedstaaten für die Erweiterung der EU nicht der Fall. Im Gegenteil, die materiellen Interessen der EU-Mitgliedstaaten legten eher eine Entscheidung gegen die Erweiterung nahe. Daher argumentiert Frank

¹⁹ Eine Ausnahme stellt die tschechische Republik dar, die das Statut bisher nur unterzeichnet, aber nicht ratifiziert hat. Obschon die tschechische Republik sich zunächst im Lager der LMG befand, schob sie die Ratifizierung des Statuts wiederholt auf. Dafür gibt es zwei Gründe: einerseits gibt es innerhalb Tschechiens einige souveränistische Stimmen, die auf das Erfordernis der Änderung der noch jungen tschechischen Verfassung hinweisen, die vor einer Ratifizierung erfolgen müsste. Auf der anderen Seite gibt es die Wahrnehmung der sehr engen Beziehungen zu den USA, die man mit der Ratifizierung nicht auf das Spiel setzen möchte. Allerdings machte sich Tschechien damit zur Zielscheibe schwerer Kritik, nicht nur seitens der EU, sondern auch des Europäischen Rates und vieler NGOs. Vgl. League of Human Rights in the Czech Republic, ‚Czech Republic: Impunity of Racially Motivated Attacks and Police Violence Still Prevails‘, document presented to the Association Council between the European Union and the Czech Republic (18.11.2002); www.fidh.org/IMG/pdf/cz1811a.pdf.

Schimmelfennig, dass die Erweiterung aus der Perspektive der Mitgliedstaaten als eine Expansion einer internationalen Gemeinschaft verstanden werden muss: normen-basierte Argumente, in denen sich die EU als die Organisation der europäischen, liberalen Staaten darstellte, führten zu einer rhetorischen Selbstverstrickung („self-entrapment“) der EU-Mitgliedstaaten, aufgrund derer sich die EU letztendlich gezwungen sah, den Staaten Zutritt zu gewähren, die ihre liberalen Werte und Normen teilen (Schimmelfennig 2000: 47ff.; vgl. auch Fierke und Wiener 1999). Mit dem Begriff der rhetorischen Selbstverstrickung ist in diesem Kontext ein Prozess gemeint, in dem der strategische Einsatz von normen-basierten Argumenten zu einer Situation führt, in der sich Akteure durch ihr vorhergehendes Bekenntnis zu bestimmten Normen gebunden und festgelegt haben. Wenn sie in dieser Situation von den vorher beschworenen Normen abweichen, würden sie damit riskieren, in den Augen ihrer Verhandlungspartner ihre Glaubwürdigkeit und Legitimität zu verlieren (Schimmelfennig 2003: 222). Schimmelfennig zufolge führte die argumentative Verstrickung in die konstitutiven Werte und Kernnormen der EU – wie liberale Demokratie, Multilateralismus und Inklusivität – einerseits dazu, dass sich Beitrittskandidaten auf diese berufen konnten und damit die Frage der EU-Erweiterung zu einem Beweis der Glaubwürdigkeit und der Legitimität der EU verwandelten, womit sie andererseits den Handlungsspielraum für die EU-Mitgliedstaaten im Bezug auf die Frage der Erweiterung einschränkten (ebd.: 267ff.). Im Hinblick auf den IStGH kann dieses Argument folgendermaßen spezifiziert werden: die Ratifizierung des IStGH-Statuts durch die Beitrittskandidaten stellt einen Schritt auf dem Weg zur Erlangung einer ‚europäischen‘ Identität und ein explizites Bekenntnis zu ‚europäischen‘ Normen dar, die wiederum als eine Art Eintrittskarte in die EU fungieren. Insgesamt wird also am Beispiel der Beitrittskandidaten deutlich, dass der EU-Beitritt und die materiellen Gewinne, die er verspricht, und die Erlangung einer europäischen Identität, in deren Rahmen der legalistische Diskurs einen Aspekt darstellt, eng miteinander verwoben sind.

8.4 Die internationale Gesellschaft – ‚imagined community‘ oder Hegemonie?

Wie in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt wurde, sind die Normen, die als konstitutiv für die internationale Gesellschaft gelten – Souveränität und Menschenrechte – hochgradig umstritten. Bull war sich der Umstrittenheit von Normen und der

Probleme, die diese für die Entstehung und Aufrechterhaltung der internationalen Gesellschaft mit sich bringt, bewusst (1995: 38ff.). Allerdings glaubte er, dem Problem der Herstellung einer internationalen Ordnung unter den Bedingungen des normativen Pluralismus begegnen zu können, indem er zwischen unterschiedlichen Typen von Normen unterschied. Bull zufolge basiert die internationale Gesellschaft auf der konstitutiven Norm der Souveränität, die er als unumstritten und somit als das geeignete Fundament für die Koexistenz von Staaten betrachtete (ebd.). Aus Bulls Perspektive würde es die internationale Ordnung gefährden und potentiell zu Chaos führen, wenn die internationale Gesellschaft mit substantielleren und anspruchsvolleren Normen wie etwa Menschenrechten belastet würde. Die Klassifikation von Normen in ‚dünne‘ Normen (fundamental und konstitutiv) auf der einen Seite und ‚dicke‘ Normen (substantiell und anspruchsvoll) auf der anderen wurde hinfort zum festen Bestandteil der English School-Theorie (Buzan 2004: 52ff.). Die Debatte zwischen Pluralisten und Solidaristen konzentrierte sich seither auf die Frage, ob eine zu starke Betonung der ‚dicken‘ Normen die Relevanz der ‚dünnen‘ Normen untergraben könnte oder ob die ‚dünnen‘ Normen nicht vielmehr von ‚dicken‘ Normen untermauert werden müssen, um effektiv zu sein (ebd.: 30).

Die Ergebnisse dieser Arbeit machen ersichtlich, dass der Rückgriff auf ‚dünne‘ Normen keinen Ausweg aus der Umstrittenheit von Normen bietet, den Bull aufgrund ihrer potentiell disruptiven Auswirkungen für die internationale Gesellschaft fürchtete. Die Norm der Souveränität ist genauso umstritten wie die der Menschenrechte. Was bedeutet das für das Konzept der internationalen Gesellschaft?

Nicholas Wheeler und Tim Dunne argumentieren, dass der späte Bull seine ursprüngliche Zurückweisung der Menschenrechte als eines möglichen Stützpfeilers der internationalen Gesellschaft zurückgenommen habe und stattdessen eine ‚non-foundationalist, universalist ethic‘ (1998: 50) unterstützt habe. Sie erläutern, dass im Gegensatz zu John Vincent, der einen essentialistischen Begriff der Menschenrechte in der Tradition des Naturrechts verfolgte, Bull’s Auffassung der Menschenrechte Rortys pragmatistischen Ansatz sehr nahe kam (1993). Bull zufolge ergeben sich Menschenrechte nicht aus einer essentialistisch verstandenen Natur des Menschen, sondern richteten sich auf eine ‚imagined community of mankind‘ (Bull zitiert in Wheeler und Dunne 1998: 51). Indem man kein fixiertes Konzept der Menschenrechte zugrunde legt, könne man die Schärfe ihrer Umstrittenheit reduzieren und somit deren

potentiell disruptiven Potentiale minimieren. Der Gehalt der Menschenrechte würde sich in Richtung einer fortgesetzten Debatte und Konversation öffnen.

Dieser ‚pragmatist turn‘ könnte leicht auch auf das Konzept der Souveränität angewandt werden. Souveränität würde dann ihre Bedeutung vor dem Hintergrund einer vorgestellten Gemeinschaft von Staaten erlangen. Darüber hinaus würden die Debatten über Menschenrechte und Souveränität vermutlich nicht getrennt voneinander verlaufen, sondern in weiten Teilen miteinander verbunden sein, wie die Ergebnisse dieser Arbeit nahe legen. Aus dieser Perspektive betrachtet wäre die internationale Gesellschaft keine *Entität*, sondern ein *Prozess* – eine vorgestellte Gemeinschaft, die in eine fortgesetzte Konversation über ihr eigenes normatives Fundament verwickelt wäre. Dieser Ansatz stößt allerdings auf Schwierigkeiten, sobald Bemühungen zur Errichtung internationaler Organisationen und Institutionen ins Spiel kommen. Wie wir gesehen haben, hatte der legalistische Diskurs einen großen Einfluss auf die letztendliche Form des IStGH. D.h. internationale Organisationen und ihr institutionelles Design stellen zu einem gewissen Grad eine Fixierung von ansonsten offenen und unfixierten Diskursen dar. Dabei spiegeln sie oft nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner konkurrierender diskursiver Optionen wieder, sondern fixieren und reproduzieren diskursive Hegemonien: im Fall des IStGH wurden Straftatbestände auf eine bestimmte Weise definiert, die Kompetenzen und die Rolle des Gerichtshofs wurden in seinem Statut festgeschrieben etc. Insgesamt wurde das institutionelle Design stark vom legalistischen Diskurs beeinflusst. Folglich beruht die internationale Gesellschaft und die Institutionen, die sie formt und die sie wiederum untermauern, in hohem Maße auf diskursiven Hegemonien (vgl. Reus-Smit 2004: 34, 1999). Einerseits ermöglichen diese Hegemonien die Etablierung internationaler Organe, die langfristig zu einer Konsolidierung oder sogar zu einer weiteren Integration der internationalen Gesellschaft führen können. Andererseits besteht der Preis dafür darin, dass alternative Diskurse marginalisiert oder zumindest symbolisch ihrer Legitimität entkleidet werden. Im Extremfall können die auf einem hegemonialen Diskurs beruhenden Institutionen sogar Exklusionsmechanismen gegen Andersdenkende enthalten. Wenn eine internationale Organisation als das Monument der Hegemonie eines Diskurses angesehen wird, kann das sogar auf die Organisation selbst zurückwirken, indem sie zur Zielscheibe fortgesetzten Protests wird.²⁰ In diesem Fall können diskursive Hegemonien ebenso zu

²⁰ Ein gutes Beispiel dafür ist die GATT/WTO, die bei jedem Treffen des Ministerrates heftige Proteste von Globalisierungsgegnern auf sich zieht.

einer Desintegration der internationalen Gesellschaft führen, indem sie die Risse in deren normativem Fundament sichtbar machen.

Im Moment ist noch unklar, welche Effekte der Hegemonie des legalistischen Diskurses und der Errichtung des IStGH vorherrschen werden. Auf der einen Seite ist unumstritten, dass der IStGH eines der kontroversesten Themen innerhalb der transatlantischen Beziehungen darstellt (Wippmann 2004; Nolte 2003). Indem er die transatlantische Spaltung vergrößerte, könnte der IStGH eher desintegrative Effekte auf die internationale Gesellschaft hervorrufen als zu ihrer weiteren Integration beizutragen. Darüber hinaus könnte es für den IStGH selbst von Nachteil sein, dass die USA seinem Statut nicht beigetreten sind, denn der Gerichtshof ist stark auf die Unterstützung seitens mächtiger Staaten angewiesen, wenn er effizient arbeiten soll. Sollten sich die Mitgliedstaaten des IStGH als unfähig erweisen, Verdächtige festzunehmen und an den Gerichtshof zu überstellen, würde dies negative Konsequenzen für dessen Legitimität haben. Andererseits zeigte der Fall Sudan, wo sich seit dem Beginn der Krise in Darfur im Jahr 2003 schwere Menschenrechtsverletzungen ereigneten, dass die USA unter Umständen doch zu einer begrenzten Zusammenarbeit (im Sinne der Nichtbehinderung der Arbeit des IStGH) bereit sind, da sie sich letztendlich der Verabschiedung der Resolution 1593 durch den UN-Sicherheitsrat nicht in den Weg stellten, die die Übergabe der Situation in Darfur an den IStGH enthielt. Einige Beobachter beurteilten diese Entwicklung als einen Durchbruch auf dem Weg zu einer Lösung des transatlantischen Konflikts über den IStGH.²¹

8.5 Forschungsperspektiven

Die vorhergehende Untersuchung hat nicht nur Fragen beantwortet, sondern auch neue Fragen aufgeworfen. In diesem letzten Abschnitt sollen diese Forschungsdesiderata aufgezeigt werden. Diese betreffen erstens das breitere Feld der europäischen und der US-amerikanischen Menschenrechtspolitik, in dem die Errichtung des IStGH nur einen Aspekt darstellt. Zweitens ist der noch weitere Kontext der globalen politischen Bedeutung der Menschenrechte in Betracht zu ziehen. In der vorliegenden Untersuchung habe ich meinen Forschungsfokus auf den ‚Westen‘, genauer gesagt die transatlantischen Beziehungen, beschränkt. Auch dieser Arbeit kann daher der Vorwurf

²¹ Vgl. Andreas Zielcke, ‚Ein Durchbruch. Ahndung von Kriegsverbrechen‘, in: *Stuttgarter Zeitung* (02.04.2005); ‚An end to the nightmare‘, in: *St. Louis Post-Dispatch* (05.04.2005).

gemacht werden, dass sie ein weit verbreitetes Muster in den Internationalen Beziehungen reproduziert, nämlich die Forschung auf das ‚Zentrum‘ der internationalen Beziehungen zu lenken und die ‚Peripherien‘ dabei zu vernachlässigen (vgl. Barkawi und Laffey 2002). Allerdings bringen auch die im Rahmen dieser Arbeit gewonnen und Ergebnisse und Einsichten Implikationen für die zukünftige Forschungsfragen mit sich, die auf die globale Bedeutung der Menschenrechte und ihre Rolle in den Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie Bezug nehmen. Schließlich wird diskutiert, welche Forschungsperspektiven die vorliegende Arbeit im Hinblick auf die Funktion und die Relevanz des Völkerrechts in den internationalen Beziehungen nahe legt.

Meine Darstellung der europäischen und der US-amerikanischen Menschenrechtspolitik im Bezug auf den IStGH besitzt die Form eines sehr geradlinigen Narratives: nach einer kurzen Phase der Kontroverse einigten sich alle EU-Mitgliedstaaten auf einen gemeinsamen Standpunkt gegenüber dem IStGH. Es wurde gezeigt, dass dieser Standpunkt sich an einem Diskurs orientierte, den ich als ‚legalistisch‘ bezeichnet habe. Dieser Diskurs formte einen gemeinsamen Bezugspunkt für die europäische Position gegenüber dem IStGH und wirkte sich in hohem Maße auf die institutionelle Ausgestaltung des Gerichtshofs aus. US-amerikanische Diplomaten und Kommentatoren opponierten gegen den IStGH und sein letztendliches institutionelles Design und bezogen sich dabei auf Argumente, die aus zwei mit dem Legalismus konkurrierenden Diskursen stammten, nämlich dem Interventionismus und dem Souveränismus. Während diese Darstellung dem Fall des IStGH gerecht wird, ist unklar, inwieweit die hier vorgelegten Ergebnisse Rückschlüsse auf den breiteren Kontext der europäischen und der US-amerikanischen Menschenrechtspolitik zulassen. Die hier vorgelegten Ergebnisse müssen also an den breiteren Kontext der US-amerikanischen und der europäischen Menschenrechtspolitik zurückgebunden werden. Folgende Fragen stellen sich hier: Wie hängt die Politik eines Akteurs gegenüber dem IStGH mit der Struktur und der Entstehungsgeschichte seiner innerstaatlichen Menschenrechtspolitik, bzw. bezüglich der EU auch mit der Menschenrechtspolitik auf der Ebene der Union, zusammen? Zweitens: welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Politik eines Akteurs im Bezug auf den IStGH und anderen Aspekten seiner internationalen Menschenrechtspolitik? Im Hinblick auf diese Frage ist der Aspekt der humanitären Intervention nahe liegend. Viele Untersuchungen, die sich auf humanitäre Interventionen beziehen, interpretieren diese als eine gemeinsame politische Aktion der ‚internationalen Gemeinschaft‘ oder zumindest im Namen der

internationalen Gemeinschaft und folgen damit der Rhetorik offizieller Dokumente. Neuere Ansätze wenden sich dagegen auch der Frage zu, inwiefern unterschiedliche Akteure eine unterschiedliche Politik der humanitären Intervention verfolgen (vgl. Wallace 2005). Im Hinblick auf solche Differenzen stellt sich die Frage, ob es zu einer Art diskursivem ‚Spill-over‘ zwischen verschiedenen Bereichen der Menschenrechtspolitik westlicher Akteure kommt, d.h., ob die von mir analysierten Diskurse auch in anderen Bereichen wirksam werden, wie etwa im Bereich der humanitären Intervention. Insbesondere das Beispiel des interventionistischen Diskurses lässt auf solche Einflüsse schließen, sie müssten allerdings genau untersucht werden. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, dass die Menschenrechtspolitik westlicher Akteure von mehr als nur einem Diskurs beeinflusst wird. Hinsichtlich der USA ist das eindeutig der Fall, wie in den vorhergehenden Kapiteln gezeigt wurde. Aber selbst im Fall der EU und ihrer Mitgliedstaaten ist anzunehmen, dass sich nicht die gesamte Menschenrechtspolitik am legalistischen Diskurs orientiert, der dem europäischen Standpunkt im Hinblick auf den IStGH zugrunde liegt. Insbesondere der progressivistische Diskurs – seine Verbreitung und seine Relevanz – bedarf einer genaueren und systematischeren Untersuchung. Während im Rahmen dieser Arbeit nur seine elementaren Eigenschaften am Beispiel der Debatte um die Gründung der ‚Community of Democracies‘ und um die Reform der UN-Menschenrechtskommission aufgezeigt werden konnten, gibt es Anzeichen dafür, dass die Relevanz dieses Diskurses nicht auf die genannten Beispiele beschränkt ist. Das bezieht sich insbesondere auf die Konditionalitätsregeln, die sowohl die USA als auch die EU im Rahmen ihrer Handelsbeziehungen und der Gewährung von Entwicklungshilfe an Drittstaaten anwenden (vgl. Bartels 2005; Smith 2003: 111), da diese einen Aspekt der positiven Konditionalität darstellen, der für den progressivistischen Diskurs zentral ist. Wenn aber anzunehmen ist, dass die EU-Menschenrechtspolitik sich in der Tat auf verschiedene Diskurse gründet, die weitgehend nicht miteinander kompatibel sind, würde dies ein neues Licht auf den Vorwurf der Inkonsistenz werfen, der bezüglich der EU-Menschenrechtspolitik geäußert wurde (vgl. Nicolaïdis und Howse 2002: 788; Nicolaïdis und Lacroix 2002). Während Inkonsistenz in diesem Kontext bisher als ein Ungleichgewicht zwischen den internen und den externen Aspekten der EU-Menschenrechtspolitik aufgefasst wurde (ebd.), bzw. sich auf die ungleiche Behandlung von Drittstaaten durch die EU bezog (Smith 2003: 116ff.), würde der Nachweis einer diskursiven Inkonsistenz im Aufzeigen von Diskrepanzen zwischen den Diskursen

liegen, die unterschiedliche Felder der EU-Menschenrechtspolitik bestimmen. Das würde auch zu der Frage führen, welche Auswirkungen solche Diskrepanzen auf die Wahrnehmung der EU-Menschenrechtspolitik in den von ihr betroffenen Drittstaaten hervorrufen.

Menschenrechte stellen einen Aspekt der internationalen Beziehungen dar, der insbesondere in dem Verhältnis zwischen westlichen Ländern und den nicht-westlichen Regionen der Welt eine große Bedeutung besitzt. Menschenrechte und die politischen und rechtlichen Bemühungen zu ihrer Durchsetzung wurden oft als ein neuer ‚standard of civilisation‘ interpretiert, der von westlichen Akteuren dazu genutzt wird, andere – vor allem weniger entwickelte Staaten – zu disziplinieren bzw. sie sogar von der internationalen Gesellschaft der Staaten auszuschließen und ihnen einen Pariah-Status zuzuschreiben (vgl. Donnelly 1998; Gong 1984: 91f.). In diesem Sinne wurde Menschenrechtspolitik als Epiphänomen neo-kolonialer Bestrebungen gewertet, in deren Rahmen ‚der Westen‘ nicht-westlichen Ländern und Regionen seine normativen Standards aufzuzwingen versucht (vgl. C. Brown 2002: 187ff.). Diese Sichtweise gewinnt augenscheinlich zusätzliche Plausibilität aus dem Umstand, dass Menschenrechte fest in der Tradition der Aufklärung verwurzelt sind, die eine unverkennbar westliche Denktradition ist.

Ogleich die vorliegende Untersuchung die Konflikte und Unterschiede innerhalb der westlichen Welt fokussierte, werfen ihre Ergebnisse doch Zweifel auf, inwiefern die Menschenrechte tatsächlich ein Politikfeld darstellen, in dem die westliche und die nicht-westliche Welt zusammenstoßen. Erstens gibt es, wie gezeigt wurde, keinen einheitlichen ‚westlichen‘ Standpunkt im Bezug auf die Menschenrechte. Vielmehr ist ‚der Westen‘ selbst gespalten darüber, wie Menschenrechte interpretiert werden sollten, wie sie implementiert werden sollten und wie sie sich zu anderen Normen wie der Souveränität verhalten. Darüber hinaus lässt sich in diesem Kontext auch keine geradlinige Verbindung zwischen der Aufklärung und dem zeitgenössischen Menschenrechtsverständnis ziehen, vielmehr steht die Frage, wie das Erbe der Aufklärung in die zeitgenössische Menschenrechtspolitik einfließen soll und wie die zentralen Elemente dieses Erbes ‚korrekt‘ zu verstehen sind, schon im Mittelpunkt der innerwestlichen Debatten. So bezogen sich beispielsweise sowohl der legalistische als auch der progressivistische Diskurs in hohem Maß auf die Idee des Fortschritts hin auf ein determiniertes Ziel, allerdings taten sie dies auf ganz unterschiedliche Arten und Weisen. Zweitens wurde im Vorhergehenden auch dargelegt, dass die Konfliktlinien im

Hinblick auf den IStGH *nicht* die geographischen Grenzen zwischen dem Westen und der übrigen Welt widerspiegeln. Zwar gibt es keinen Zweifel daran, dass die Delegationen westlicher Staaten einen großen Einfluss auf die Etablierung und das institutionelle Design des IStGH ausübten. Aber im Hinblick auf die Opposition gegen den IStGH und seine legalistisch geprägte institutionelle Ausgestaltung wurde deutlich, dass ein Teil der US-amerikanischen Diplomaten und die politischen Eliten von dekolonisierten Staaten wie Indien sich an ein und demselben Diskurs orientierten, nämlich dem Souveränismus. Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, im Rahmen zukünftiger Forschung die Konstellation kontrahegemonialer Kräfte und Akteure, die sich der vermeintlich ‚westlichen‘ Hegemonie im Bezug auf die Menschenrechte widersetzen, genauer zu untersuchen: Wodurch entstehen kontrahegemoniale Bewegungen? Wer sind ihre Akteure? Unter welchen Bedingungen kommen Allianzen zwischen ihnen zustande? Eine Antwort auf diese Fragen zu finden, würde einen Beitrag dazu leisten, die häufig anzutreffende Herangehensweise an Menschenrechtspolitik als eines Konflikts zwischen dem ‚Westen‘ und dem Rest der Welt zu überwinden.

Schließlich hat die vorliegende Arbeit auch Fragen aufgeworfen, die sich auf die Bedeutung des Völkerrechts für Konflikte und Kooperation in der internationalen Politik beziehen. Während Realisten dazu neigen, Konflikt als den vorherrschenden Aspekt der internationalen Beziehungen zu betonen und argumentieren, dass das Völkerrecht an dieser Situation nur wenig ändern könne, weil es ihm an Durchsetzungsmechanismen mangle, legen liberale Institutionalistinnen den Schwerpunkt auf den Aspekt der Kooperation. Aus ihrer Perspektive bietet die Verrechtlichung eine Möglichkeit, die Situation des permanenten Konflikts zu überwinden, da das Völkerrecht gemeinsame Normen und Regeln zwischen Staaten institutionalisiert, Handlungserwartungen stabilisiert und Mechanismen der friedvollen Konfliktlösung etabliert. Selbstverständlich nehmen liberale Institutionalistinnen nicht in naiver Weise an, dass die Verrechtlichung auf einen Schlag jegliches Konfliktpotential beseitigen und zur umfassenden Kooperation führen werde. Vielmehr stellen sie Konflikte durchaus in Rechnung, und zwar nicht nur im Zuge der Errichtung neuer Rechtsinstitutionen, sondern auch nach deren Etablierung. Sie gehen davon aus, dass die Errichtung neuer Rechtsorgane ‚contracting costs‘ mit sich bringt, die aus Konflikten zwischen den Vertragsparteien erwachsen. Auch etablierte Rechtsinstitutionen können aus ihrer Sicht zu Konflikten führen, weswegen diese oft mit Konfliktlösungsprozeduren oder –

organen ausgestattet werden müssen. Trotzdem unterscheidet sich der liberal-institutionalistische Zugang zu Konflikten und dem Völkerrecht erheblich von der Sichtweise, die die Ergebnisse meiner Arbeit nahe legen: Aus der liberal-institutionalistischen Perspektive soll die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen dazu führen, Konflikte auf oberflächliche Bereiche der Interpretation und Implementierung von Regeln und Normen zu beschränken, während vorausgesetzt wird, dass die konstitutiven Normen, auf denen eine Rechtsinstitution beruht, mit der Verrechtlichung unumstritten werden. Die Ergebnisse meiner Arbeit weisen dagegen darauf hin, dass Versuche der Verrechtlichung nicht nur zur Konfliktvermeidung bzw. der Einschränkung von Konflikten führen können, sondern auch das Gegenteil der Fall sein kann: sie können die Spaltungen innerhalb der internationalen Gesellschaft sichtbar machen, indem sie verdeutlichen, dass auch die fundamentalsten Normen der internationalen Beziehungen, wie etwa Souveränität, umstritten sind. Verrechtlichung kann also sowohl integrative als auch desintegrative Auswirkungen auf die internationale Gesellschaft der Staaten haben. Aus dieser Perspektive liegt eine wesentliche Aufgabe der Forschung im Bereich der Internationalen Beziehungen und des Völkerrechts darin, herauszufinden, unter welchen Bedingungen welcher Effekt eintritt. Diese Frage bezieht sich selbstverständlich nicht nur auf den Bereich der Menschenrechte, sondern auch auf alle anderen Bereiche des Völkerrechts.

9 ANHANG

Übersicht über das Datenmaterial

Allgemein

Diplomatie – ausgewertete Konferenzen und Sitzungen

DipCon:¹

1. 4th plenary meeting (16/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.4.
2. 5th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.5.
3. 6th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6.
4. 2nd meeting (16/16/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.2.
5. 3rd meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.3.
6. 4th meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.4.
7. 6th meeting (18/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.6
8. 7th meeting (18/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.7.
9. 8th meeting (19/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.8.
10. 9th meeting (22/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.9.
11. 10th meeting (22/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.10.
12. 26th meeting (08/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.26.
13. 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29.
14. 32nd meeting (10/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.32.
15. 33rd meeting (13/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.33.
16. 42nd meeting (17/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.42.
17. 9th plenary meeting (17/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.9.

UN Sicherheitsrat:

1. ‚Civilians in armed conflict‘ (16/09/1999) , U.N. Doc. S/PV.4046.
2. ‚International tribunal – Yugoslavia‘ (20/06/2000), U.N. Doc. S/PV.4174.
3. ‚United Nations peacekeeping‘ (12/06/2003), U.N. Doc. S/PV.4772.

¹ Es wurden nur die Sitzungen ausgewertet, in denen es Wortbeiträge von Delegierten aus den untersuchten Ländern gab.

4. ‚Liberia‘ (01/08/2003), U.N. Doc. S/PV.4803.
5. ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (24/09/2003), U.N. Doc. S/PV.4833.
6. ‚Civilians in armed conflict‘ (09/12/2003), U.N. Doc. S/PV.4877.
7. ‚Complex crises and UN response‘ (28/05/2004), U.N. Doc. S/PV.4980.
8. ‚Civilians in armed conflict‘ (14/06/2004), U.N. Doc. S/PV.4990.
9. ‚Justice and the rule of law: the United Nations role‘ (06/10/2004), U.N. Doc. S/PV.5052.
10. ‚Civilians in armed conflict‘ (14/12/2004), U.N. Doc. S/PV.5100.
11. ‚Sudan‘ (31/03/2005), U.N. Doc. S/PV.5158.

UN Generalversammlung:

1. (08/12/1998), U.N. Doc. A/53/PV.83.
2. (29/11/1999), U.N. Doc. A/54/PV.64.
3. (21/11/2000), U.N. Doc. A/55/PV.70.
4. (13/09/2004), U.N. Doc. A/58/PV.95.
5. (10/12/2004), U.N. Doc. A/59/PV.70.

UN Generalversammlung/ Sechstes Komitee (Völkerrecht):

1. (04/11/1998), U.N. Doc. A/C.6/53/SR.9.
2. (12/12/2000), U.N. Doc. A/C.6/55/SR.9.
3. (30/11/2004), U.N. Doc. A/C.6/59/SR.27.

Völkerrecht – ausgewertete Journale (1998 – 2004)

1. American Journal of International Law (AJIL)
2. Archiv des Völkerrechts (AVR)
3. Europäische Grundrechte Zeitschrift (EuGRZ)
4. European Journal of International Law (EJIL)
5. Journal of International Criminal Justice (JICJ)²
6. Law and Contemporary Problems (LCP)

² 2003 ist der erste Jahrgang dieser Zeitschrift, daher wurden nur die Jahrgänge 2003 und 2004 ausgewertet.

7. Revue Générale de Droit International Public (RGDIP)
8. Stanford Journal of International Law (SJIL)
9. Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaöRV)

Medien – ausgewertete Tageszeitungen

Deutschland (Suchbegriff ,*international* strafgerichtshof**):

1. Frankfurter Allgemeine Zeitung
2. Frankfurter Rundschau
3. General-Anzeiger (Bonn)
4. Hamburger Abendblatt
5. Stuttgarter Zeitung
6. Süddeutsche Zeitung
7. tageszeitung
8. Welt am Sonntag

Großbritannien (Suchbegriff ,*international criminal court*):

1. Evening News (Edinburgh)
2. Financial Times
3. The Guardian
4. The Herald (Glasgow)
5. The Independent
6. The Mirror
7. The Observer
8. The Times

Frankreich (Suchbegriff ,*cour pénale internationale*):

1. La Croix
2. Les Echos
3. Le Figaro
4. Libération
5. Le Monde
6. Sud Ouest

USA (Suchbegriff ‚international criminal court‘):

1. Arkansas Democrat-Gazette
2. The Baltimore Sun (Virginia)
3. Buffalo News (New York)
4. Chattanooga Times Free Press (Tennessee)
5. Dayton Daily News (Ohio)
6. The Denver Post (Colorado)
7. Detroit Free Press (Michigan)
8. Fresno Bee (California)
9. The Herald Sun (North Carolina)
10. Los Angeles Times (California)
11. The Miami Herald (Florida)
12. The New York Times
13. Omaha World Herald (Nebraska)
14. Portland Press Herald (Maine)
15. The Post-Standard (New York)
16. Rocky Mountain News (Colorado)
17. The San Diego Union-Tribune (California)
18. The San Francisco Chronicle (California)
19. Salt Lake Tribune (Utah)
20. The Seattle Post-Intelligencer (Washington)
21. St. Louis Post-Dispatch (Missouri)
22. Tampa Tribune (Florida)
23. Tulsa World (Oklahoma)
24. USA Today
25. The Washington Post
26. The Washington Times

Auswertungszeiträume:

1. 19/07/1998 – 26/07/1998 (Verabschiedung des Rom-Statuts)

2. 30/06/2002 – 08/07/2002 (Inkrafttreten des Rom-Statuts)
3. 12/07/2002 – 19/07/2002 (Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1422)
4. 12/06/2003 – 19/06/2003 (Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1487)
5. 15/05/2004 – 30/06/2004 (gescheiterte Verlängerung der UN-Sicherheitsratsresolution 1487)
6. 31/03/2005 – 06/04/2005 (Verabschiedung der UN-Sicherheitsratsresolution 1593)

Legalistischer Diskurs

Diskursarena Diplomatie (chronologisch geordnet):

1. Edzard Schmidt-Jortzig (D), DipCon, 4th plenary meeting (16/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.4, Vol. II, 83.
2. Bill Richardson (US) DipCon, 5th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.5, Vol. II, 95.
3. Sir Franklin Berman (UK), DipCon, 6th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, 98.
4. Hubert Védrine (F), DipCon, 6th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, 101.
5. Hans-Peter Kaul (D), DipCon, 3rd meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.3, Vol. II, 146.
6. Hans-Peter Kaul (D), DipCon, 7th meeting (18/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.7, Vol. II, 184.
7. Marc Perrin de Brichambaut (F), DipCon, 8th meeting (19/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.8, Vol. II, 189.
8. Hans-Peter Kaul (D), DipCon, 10th meeting (22/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.10, Vol. II, 204.
9. Elizabeth Wilmshurst (UK), DipCon, 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, 295.
10. Marc Perrin de Brichambaut (F), DipCon, 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, 295-6.
11. Hans-Peter Kaul (D), DipCon, 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, 304.

12. Gerd Westdickenberg (D), DipCon, 33rd meeting (13/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.33, Vol. II, 325.
13. Sir Franklin Berman (UK), DipCon, 33rd meeting (13/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.33, Vol. II, 326.
14. Nancy Soderberg (US), UN GA meeting (08/12/1998), U.N. Doc. A/53/PV.83, 12.
15. Alain Dejammet (F), UN SC meeting: 'Civilians in armed conflict' (16/09/1999), U.N. Doc. S/PV.4046, 18.
16. Sir Jeremy Greenstock (UK), UN SC meeting: 'Civilians in armed conflict' (16/09/1999), U.N. Doc. S/PV.4046, 16.
17. Sir Jeremy Greenstock (UK), UN SC meeting: 'International tribunal – Yugoslavia' (20/06/2000), U.N. Doc. S/PV.4174, 7.
18. François Alabrune (F), UN GA Sixth Committee meeting (12/12/2000), U.N. Doc. A/C.6/55/SR.9, 3.
19. Michel Duclos (F), UN SC meeting: 'United Nations peacekeeping' (12/06/2003), U.N. Doc. S/PV.4772, 24.
20. Gunter Pleuger (D), UN SC meeting: 'United Nations peacekeeping' (12/06/2003), U.N. Doc. S/PV.4772, 25.
21. Gunter Pleuger (D), UN SC meeting: 'Liberia' (01/08/2003), U.N. Doc. S/PV.4803, 4.
22. Dominique Galouzeau de Villepin (F), UN SC meeting: 'Justice and the rule of law: the United Nations role' (24/09/2003), U.N. Doc. S/PV.4833, 6-7.
23. Gunter Pleuger (D), UN SC meeting: 'Justice and the rule of law: the United Nations role' (24/09/2003), U.N. Doc. S/PV.4833, 15-6.
24. Michel Duclos (F), UN SC meeting: 'Civilians in armed conflict' (09/12/2003), U.N. Doc. S/PV.4877, 20.
25. Wolfgang Trautwein (D), UN SC meeting: 'Civilians in armed conflict' (09/12/2003), U.N. Doc. S/PV.4877, 25.
26. Wolfgang Trautwein (D), UN SC meeting: 'Complex crises and UN response' (28/05/2004), U.N. Doc. S/PV.4980, 26.
27. Wolfgang Trautwein (D), UN SC meeting: 'Civilians in armed conflicts' (14/06/2004), U.N. Doc. S/PV.4990, 23-4.

28. Gunter Pleuger (D), UN SC meeting: ‚Justice and the rule of law: the United Nations role’ (06/10/2004), U.N. Doc. S/PV.5052, 8.
29. Jean-Marc De La Sablière (F), UN SC meeting: ‚Justice and the rule of law: the United Nations role’, (06/10/2004), U.N. Doc. S/PV.5052, 20-1.
30. Jean-Marc De La Sablière (F), UN SC meeting: ‚Civilians in armed conflict’ (14/12/2004), U.N. Doc. S/PV.5100, 13-4.
31. Sir Emyr Jones Parry (UK), UN SC meeting: ‚Civilians in armed conflict’ (14/12/2004), U.N. Doc. S/PV.5100, 17.
32. Gunter Pleuger (D), UN SC meeting: ‚Civilians in armed conflict’, (14/12/2004), U.N. Doc. S/PV.5100, 18.
33. Jean-Marc De La Sablière (F), UN SC meeting: ‚Sudan’ (31/03/2005), U.N. Doc. S/PV.5158, 8.
34. Sir Emyr Jones Parry (UK), UN SC meeting: ‚Sudan’ (31/03/2005), U.N. Doc. S/PV.5158, 7.

Diskursarena Völkerrecht (alphabetisch nach Autoren geordnet)

1. Blanke, Hermann-Josef und Molitor, Claus (2001). ‚Der Internationale Strafgerichtshof.’ *AVR* 39, 142-69.
2. Carrillo-Salcedo, Juan-Antonio (1999). ‚La cour pénale internationale: l’humanité trouve une place dans le droit international’, *RGDIP* 103(1), 23-28.
3. Cassese, Antonio (1999). ‚The statute of the International Criminal Court: some preliminary reflections’, *EJIL* 10(1), 144-171.
4. Charney, Jonathan I. (1999). ‚Progress in international criminal law?’, *AJIL* 93(2), 452-64.
5. Condorelli, Luigi (1999). ‚La Cour pénale internationale. Un pas géant (pourvu qu’il soit accompli...)’, *RGDIP* 103(1), 7-21.
6. Hafner, Gerhard, Boon, Kristen, Rbesame, Anne und Huston, Jonathan (1999). ‚A response to the American view as presented by Ruth Wedgwood’, *EJIL* 10(1), 108-123.
7. Sebastian Heselhaus (2002). ‚Resolution 1422 (2002) des Sicherheitsrates zur Begrenzung der Tätigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs’, *ZaöRV* 62, 907-40.
8. Lattanzi, Flavia (1999). ‚Competence de la Cour pénale internationale et consentement des états’, *RGDIP* 103(2), 425-44.

9. Meron, Theodor (1998). ‚War crimes law comes of age’, *AJIL* 92(3), 462-68.
10. Reisman, W. Michael (2004). ‚Learning to deal with rejection: the International Criminal Court and the United States’, *JICJ* 2(1), 17-18.
11. Robinson, Darryl (2003). ‚Serving the interests of justice: amnesties, truth commissions and the International Criminal Court’, *EJIL* 14(3), 481-505.
12. Stahn, Carsten (1998). ‚Zwischen Weltfrieden und materieller Gerechtigkeit: Die Gerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Strafgerichtshofs (IntStGH)’, *EuGRZ* 25, 577-591.
13. Philippe Weckel (1998). ‚La cour pénale internationale. Présentation générale.’ *RGDIP* 102(4), 983-993.
14. Zimmermann, Andreas (1998). ‚Die Schaffung eines ständigen Internationalen Strafgerichtshofes. Perspektiven und Probleme vor der Staatenkonferenz in Rom’, *ZaöRV* 58, 47-108.

Diskursarena Medien (chronologisch geordnet)

1. *St. Louis Post-Dispatch*/ Anthony Lewis: ‚U.S. denied its heritage in failing to embrace world court’ (21/07/1998).
2. *Financial Times*/ Kenneth Roth: ‚Human rights, American wrongs: Europe must resist the US obduracy that is threatening to undermine the International Criminal Court’ (01/07/2002).
3. *Financial Times*: ‚Justice for all at the ICC’ (02/07/2002).
4. *Les Echos*: ‚L’amérique, la justice et la paix’ (02/07/2002).
5. *Sud Ouest*/ Paul Meunier: ‚La Cour sans les grands’ (02/07/2002).
6. *The Herald*: ‚For the sake of justice, US should rethink its objection to international court’, (02/07/2002).
7. *The San Francisco Chronicle*: ‚Contempt for the law’ (02/07/2002).
8. *tageszeitung*/ Christian Semler: ‚Wieder die Logik der Erpresser’ (05/07/2002).
9. *tageszeitung*/ Erich Rathfelder: ‚Bosnien braucht Europa. Die USA gefährden mit ihrem Verhalten den Frieden auf dem Balkan’ (05/07/2002).
10. *General-Anzeiger*: ‚Die Souveränität der Staaten bleibt unberührt. Vereinte Nationen. Wahre Gründe des US-Widerstands gegen den Internationalen Strafgerichtshof sind unklar.’ (08/07/2002).

11. *Le Monde*/ Bassir Pour Afsane : ‚Le débat à l’ONU sur la Cour pénale internationale confirme l’isolement des Etats-Unis. Un troisième proposition de compromis, présentée par les Américains, maintient l’exigence d’un régime d’exemption général pour leurs GI’ (12/07/2002).
12. *Hamburger Abendblatt*/ Franz-Josef Hutsch: ‚Recht des Stärkeren statt Stärke des Rechts’ (15/07/2002).
13. *Süddeutsche Zeitung*/ Stefan Ulrich: ‚Der amerikanische Verrat’ (15/07/2002).
14. *tageszeitung*/ Andreas Zumach: ‚Keine Spur von Europas Stärke’ (15/07/2002).
15. *Tulsa World*/ Cokie und Steven Roberts: ‚A double standard can bite you back’ (16/07/2002).
16. *Le Figaro*/ Terry Olson: ‚Une défense de la Cour pénale internationale’ (19/07/2002).
17. *tageszeitung*/ Andreas Zumach: ‚Erpressung lohnt sich. Internationales Strafgericht: Bundesregierung knickt ein’ (14/06/2003).
18. *The Observer*/ Steve Crawshaw: ‚Why the US needs this court contempt for justice: America’s rejection of the International Criminal Court is a threat to its own security’ (15/06/2003).
19. *The Observer*/ Steve Crawshaw: ‚Why the US needs this court contempt for justice: America’s rejection of the International Criminal Court is a threat to its own security’ (15/06/2003).
20. *Evening News*/ Clare Short: ‚What’s next on the horizon for UN? (16/06/2003).
21. *Libération*/ William Bourdon : ‚La par belle aux bourreaux. La justice pénale internationale est minée par les pays décideurs qui œuvrent pour leur impunité’ (11/06/2004).
22. *Financial Times*/ Steve Crawshaw und Richard Dicker: ‚Britain’s flawed position on the global court’ (22/06/2004).
23. *La Croix*/ Jean-Christophe Ploquin: ‚Soudan. Darfour. Difficile justice’ (01/04/2005).
24. *The Guardian*: ‚Sudan: Saving Darfur’ (01/04/2005).
25. *tageszeitung*/ Bernd Pickert: ‚Für Darfur reicht der Fortschritt nicht. Sicherheitsrat bricht US-Widerstand gegen Strafgerichtshof’ (01/04/2005).

26. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*/ Matthias Rüb: ‚In der Substanz unverändert. Washington läßt dennoch die UN-Resolution zu Darfur passieren‘ (02/04/2005).
27. *Stuttgarter Zeitung*/ Adrian Zielcke: ‚Ein Durchbruch. Ahndung von Kriegsverbrechen‘ (02/04/2005).
28. *The Seattle Post-Intelligencer*: ‚Genocide: Sudan’s obvious crimes‘ (05/04/2005).
29. *St. Louis Post-Dispatch*: ‚An end to the nightmare‘ (05/04/2005).

Interventionistischer Diskurs

Diskursarena Diplomatie (chronologisch geordnet)

1. Béatrice le Frapper du Hellen (F), DipCon, 2nd meeting (16/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.2, Vol. II, 141.
2. Bill Richardson (US), DipCon, 5th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.5, Vol. II, 95.
3. Hubert Védrine (F), DipCon, 6th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, 101.
4. François Alabrune (F), DipCon, 6th meeting (18/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.6, Vol. II, 177.
5. Elizabeth Wilmshurst (UK), DipCon, 6th meeting (18/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.6, Vol. II, 177.
6. Marc Perrin de Brichambaut (F), DipCon, 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, 296.
7. David J. Scheffer (US), DipCon, 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, 297.
8. David J. Scheffer (US), DipCon, 9th plenary meeting (17/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.9, Vol. II, 126, 126.
9. David J. Scheffer (US), UN GA Sixth Committee meeting (04/11/1998), U.N. Doc. A/C.6/53/SR.9, 8.
10. Richard Holbrooke (US), UN SC meeting ‚Civilians in armed conflict‘ (16/09/1999), U.N. Doc. S/PV.4046, 13-4.
11. David J. Scheffer (US), UN GA Sixth Committee meeting (12/12/2000), U.N. Doc. A/C.6/55/SR.9, 5.

12. James Cunningham (US), UN SC meeting ‚United Nations peacekeeping’ (12/06/2003), U.N. Doc. S/PV.4772, 23.
13. Gunter Pleuger (D), UN SC meeting ‚Liberia’ (01/08/2003), U.N. Doc. S/PV.4803, 4.
14. John D. Negroponte (US), UN SC meeting ‚Liberia’ (01/08/2003), U.N. Doc. S/PV.4803, 5.
15. James Cunningham (US), UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role’ (24/09/2003), U.N. Doc. S/PV.4833, 20.
16. John C. Danforth (US), UN SC meeting ‚Justice and the rule of law: the United Nations role’ (06/10/2004), U.N. Doc. S/PV.5052, 18.
17. Eric Rosand (US), UN GA Sixth Committee meeting (30/11/2004), U.N. Doc. A/C.6/59/SR.27, 2.
18. Stuart Holliday (US), UN SC meeting ‚Civilians in armed conflict’ (14/12/2004), U.N. Doc. S/PV.5100, 20.
19. Anne W. Patterson (US), UN SC meeting ‚Sudan’ (31/03/2005), U.N. Doc. S/PV.5158, 3.

Zusätzliches Material:

1. Richard N. Haass (US State Department Director, Policy Planning Staff), ‚Sovereignty: Existing Rights, Evolving Responsibilities.’ Remarks to the School of Foreign Service and the Mortara Center for International Studies, Georgetown University, Washington, DC (14/01/2003). URL: <http://www.state.gov/s/p/rem/2003/16648.htm> (07/04/2006).
2. Stewart Patrick (US State Department Policy Planning Staff), ‚The Role of the U.S. Government in Humanitarian Intervention’, Remarks to the 43rd Annual International Affairs Symposium, ‚The Suffering of Strangers: Global Humanitarian Intervention in a Turbulent World’, Lewis and Clark College, Portland, Oregon (05/04/2004). URL: <http://www.state.gov/s/p/rem/31299.htm> (07/04/2006).

Diskursarena Völkerrecht (alphabetisch nach Autoren geordnet)

1. Akande, Dapo (2004). ‚International law immunities and the International Criminal Court’, *AJIL* 98(3), 407-433.

2. Danner, Allison Marston (2003). ‚Enhancing the legitimacy and accountability of prosecutorial discretion at the International Criminal Court’, *AJIL* 97(3), 510-552.
3. McNerney, Patricia (2001). ‚The International Criminal Court. Issues for consideration by the United States Senate’, *LCP* 64(1), 181-190.
4. Mundis, Daryl A. (2003). ‚The Assembly of States Parties and the institutional framework of the International Criminal Court’, *AJIL* 97(1), 132-47.
5. Scheffer, David J. (1999). ‚The United States and the International Criminal Court’, *AJIL* 93(1), 12-22.
6. Wedgwood, Ruth (1999). ‚The International Criminal Court: an American view’, *EJIL* 10(1), 93-107.
8. Williams, Paul R. und Pecci, Francesca Jannotti (2004). ‚Earned sovereignty: bridging the gap between sovereignty and self-determination’, *SJIL* 40(1), 1-21.

Diskursarena Medien (chronologisch geordnet)

1. *The Washington Post*: ‚A court without the US’ (21/07/1998).
2. *The Washington Post*/ Fred Hiatt: ‚The trouble with the war-crimes court’ (26/07/1998).
3. *The Washington Post*/ Robert Kagan: ‚Europeans courting international disaster’ (30/06/2002).
4. *The Herald*: ‚For the sake of justice, US should rethink its objection to international court’, (02/07/2002).
5. *The Herald-Sun*: ‚International Criminal Court. Bush tries shock therapy on U.N.’ (02/07/2002).
6. *The Times* : ‚Court politics’ (02/07/2002).
7. *The Times*/ Michael Caplan: ‚ICC hopes to give peace a chance’ (02/07/2002).
8. *Portland Press Herald*: ‚Bush right to reject sway of International Criminal Court. If soldiers commit crimes, their government can handle it’ (02/07/2002).
9. *Tampa Tribune*: ‚Joining international court would be grave error for U.S.’ (06/07/2002).
10. *Welt am Sonntag*/ Herbert Kremp: ‚Sonderrecht für die USA? Im Streit um den Internationalen Strafgerichtshof will Washington aus gutem Grund nicht einlenken’ (07/07/2002).

11. *Salt Lake Tribune*/ Michael Nakoryakov: ‚U.S. may dislike world court, but staying outside won’t help’ (14/07/2002).
12. *Seattle Post-Intelligencer*/ Georg F. Will: ‚U.S. isn’t wary enough of new world court’ (14/07/2002).
13. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: ‚Nach dem Kompromiß’ (15/07/2002).
14. *USA Today*/ Stephen J. Hadley: ‚Tribunal is threat to USA’ (15/07/2002).
15. *The Guardian*/ Ian Buruma: ‚Why we must share America’s dirty work’ (16/07/2002).
16. *Chattanooga Times Free Press*/ Steve Barrett: ‚Don’t let foreign court try U.S. troops’ (17/06/2003).
17. *Omaha World Herald*: ‚The right to say „no“. United States should not be forced to submit to International Criminal Court’ (23/06/2004).
18. *Washington Times*: ‚The Pentagon and „lawfare“’ (24/03/2005).
19. *The Times*: ‚A noble compromise’ (02/04/2005).

Souveränistischer Diskurs

Diskursarena Diplomatie (chronologisch geordnet)

1. Bill Richardson (US), DipCon, 5th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.5, Vol. II, 95.
2. Jamison S. Borek (US), DipCon, 3rd meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.3, Vol. II, 152.
3. Hubert Védrine (F), DipCon, 6th plenary meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.6, Vol. II, 101.
4. David J. Scheffer (US), DipCon, 4th meeting (17/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.4, Vol. II, 159.
5. François Alabrune (F), DipCon, 5th meeting (18/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.5, Vol. II, 164.
6. Marc Perrin de Brichambaut (F), DipCon, 8th meeting (19/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.8, Vol. II, 189-90.
7. Mr. Scheffer (US), DipCon, 9th meeting (22/06/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.9, Vol. II, 195.

8. Fred Dalton (US), DipCon, 26th meeting (08/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.26, Vol. II, 280.
9. Marc Perrin de Brichambaut (F), DipCon, 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, 296.
10. David J. Scheffer (US), DipCon, 29th meeting (09/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.29, Vol. II, 297.
11. David J. Scheffer (US), DipCon, 32nd meeting (10/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.32, Vol. II, 322.
12. Mr. Scheffer (US), DipCon, 42nd meeting (17/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/C.1/SR.42, Vol. II, 361.
13. David J. Scheffer (US), DipCon, 9th plenary meeting (17/07/1998), U.N. Doc. A/CONF.183/SR.9, Vol. II, 126.
14. David J. Scheffer (US), UN GA Sixth Committee meeting (04/11/1998), U.N. Doc. A/C.6/53/SR.9, 8.
15. Nancy Soderberg (US), UN GA meeting (08/12/1998), U.N. Doc. A/53/PV.83, 11.
16. François Alabrune (F), UN GA Sixth Committee meeting (12/12/2000), U.N. Doc. A/C.6/55/SR.9, 3.
17. David J. Scheffer (US), UN GA Sixth Committee meeting (12/12/2000), U.N. Doc. A/C.6/55/SR.9, 5.
18. James Cunningham (US), UN SC meeting 'United Nations peacekeeping' (12/06/2003), U.N. Doc. S/PV.4772, 23.
19. James Cunningham (US), UN SC meeting 'Justice and the rule of law: the United Nations role' (24/09/2003), U.N. Doc. S/PV.4833, 20-1.
20. Eric Rosand (US), UN GA meeting (13/09/2004), U.N. Doc. A/58/PV.95, 5.
21. John C. Danforth (US), UN SC meeting 'Justice and the rule of law: the United Nations role' (06/10/2004), U.N. Doc. S/PV.5052, 18.
22. Eric Rosand (US), UN GA Sixth Committee meeting (30/11/2004), U.N. Doc. A/C.6/59/SR.27, 2.
23. Stuart Holliday (US), UN SC meeting 'Civilians in armed conflict' (14/12/2004), U.N. Doc. S/PV.5100, 20.
24. Anne W. Patterson (US), UN SC meeting 'Sudan' (31/03/2005), U.N. Doc. S/PV. 5158, 3.

Diskursarena Völkerrecht (alphabetisch nach Autoren geordnet)

1. Akande, Dapo (2004). ‚International law immunities and the International Criminal Court’, *AJIL* 98(3), 407-433.
2. Danner, Allison Marston (2003). ‚Enhancing the legitimacy and accountability of prosecutorial discretion at the International Criminal Court’, *AJIL* 97(3), 510-552.
3. Scheffer, David J. (2004). ‚How to turn the tide using the Rome Statute’s temporal jurisdiction’, *JICJ* 2(1), 26-34.
4. Scheffer, David J. (1999). ‚The United States and the International Criminal Court’, *AJIL* 93(1), 12-22.
5. Sur, Serge (1999). ‚Vers une cour pénale internationale: la convention de Rome entre les ONG et le Conseil de sécurité’, *RGDIP* 103(1), 29-45.
6. Wedgwood, Ruth (1999). ‚The International Criminal Court: an American view’, *EJIL* 10(1), 93-107.

Diskursarena Medien (chronologisch geordnet)

1. *The Washington Post*: ‚A court without the US’ (21/07/1998).
2. *The Washington Post*/ Fred Hiatt: ‚The trouble with the war-crimes court’ (26/07/1998).
3. *Portland Press Herald*: ‚Bush right to reject sway of International Criminal Court. If soldiers commit crimes, their government can handle it’ (02/07/2002).
4. *Rocky Mountain News*: ‚Criminal court or rogue court?’ (05/07/2002).
5. *Tampa Tribune*: ‚Joining international court would be grave error for U.S.’ (06/07/2002).
6. *Chattanooga Times Free Press*: ‚Beware of international traps’ (08/07/2002).
7. *Seattle Post-Intelligencer*/ Georg F. Will: ‚U.S. isn’t wary enough of new world court’ (14/07/2002).
8. *USA Today*/ Stephen J. Hadley: ‚Tribunal is threat to USA’ (15/07/2002).
9. *Le Figaro*/ John Rosenthal : ‚Les ambiguïtés de la Cour pénale internationale. Bush a raison de s’opposer à la CPI’ (16/07/2002).
10. *Chattanooga Free Press*/ Steve Barrett: ‚U.S. hardly alone in opposing the court’ (16/07/2002).

11. *Chattanooga Times Free Press*/ Steve Barrett: ‚Don’t let foreign court try U.S. troops’ (17/06/2003).
12. *Omaha World Herald*: ‚The right to say „no“. United States should not be forced to submit to International Criminal Court’ (23/06/2004).

Progressivistischer Diskurs

Diskursarena Diplomatie (chronologisch geordnet)

1. Reivus O. Ortique (US), UN GA meeting (29/11/1999), U.N. Doc. A/54/PV.64, 9-11.
2. Maurice Halperin (US), UN GA meeting (21/11/2000), U.N. Doc. A/55/PV.70, 11-12.
3. Yousif Ghafari (US), UN GA meeting (10/12/2004), U.N. Doc. A/59/PV.70, 19.

Zusätzliches Material:

1. Community of Democracies, ‚Final Warsaw Declaration: Toward a Community of Democracies’ (27/06/2000), URL: <http://www.state.gov/g/drl/rls/26811.htm> (07/04/2006).
2. Community of Democracies, ‚Criteria for Participation and Procedures’ (12/09/2000), URL: <http://state.gov/g/drl/26085.htm> (07/04/2006).
3. Community of Democracies, ‚Seoul Plan of Action – Democracy: Investing for Peace and Prosperity’ (12/11/2002), URL: <http://state.gov/g/drl/rls/15259.htm> (07/04/2006).
4. Paula J. Dobriansky (US State Department Under Secretary for the State of Global Affairs), ‚Building Better Democracies and Promoting Democratic Development: The Community of Democracies’, Remarks at the Woodrow Wilson International Center for Scholars, Washington, DC (18/10/2002), URL: <http://www.state.gov/g/rls/rm/2002/14516.htm> (07/04/2006).
5. Paula J. Dobriansky (US State Department Under Secretary for the State of Global Affairs), ‚Remarks Delivered by Under Secretary Dobriansky to the Community of Democracies on Behalf of Secretary Powell’, Remarks to the Roundtable on Consolidating Democratic Institutions at the Community of Democracies Ministerial Meeting, Seoul, Korea (11/11/2002), URL: <http://www.state.gov/g/rls/rm/2002/16254.htm> (07/04/2006).

6. Kim R. Holmes (US State Department Assistant Secretary for International Organization Affairs), 'Democracy and International Organizations', Remarks to the World Federalist Association and Oxfam, Washington, DC (05/12/2003), URL: <http://www.state.gov/p/io/rls/rm/2003/26949.htm> (07/04/2006).

Diskursarena Völkerrecht (alphabetisch nach Autoren geordnet)

1. Wedgwood, Ruth (1999). 'The International Criminal Court: an American view', *EJIL* 10(1), 93-107.

Diskursarena Medien (chronologisch geordnet)

1. *The San Diego Union-Tribune*/ Trudy Rubin, 'The messy reality of democracy' (01.07.2000).
2. *Arkansas Democrat-Gazette*/ Marc A. Thiessen, 'Prosecution a bad way to remove a dictator. The ability to give dictators a face-saving way out is an essential component of democratic change' (16.07.2000).
3. *The Washington Times*/ James Morrison, 'Spirit of democracy' (28.07.2000).

Literaturverzeichnis

Abbott et al. 2000

Kenneth W. Abbott, Robert O. Keohane, Andrew Moravcsik, Anne-Marie Slaughter und Duncan Snidal (2000). ‚The Concept of Legalization’, International Organization 54(3), 401-419.

Abbott und Snidal 2000

Kenneth W. Abbott und Duncan Snidal (2000). ‚Hard and Soft Law in International Governance’, International Organization 54(3), 421-56.

Almond und Verba 1989

Gabriel A. Almond und Sidney Verba (1989). The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations (Newbury Park, CA: Sage).

Armstrong 1999

David Armstrong (1999) ‚Law, justice and the idea of a world society’, International Affairs 75(3), 547-61.

Ashley 1988

Richard K. Ashley (1988). ‚Untying the sovereign state: a double reading of the anarchy problematique’, Millennium: Journal of International Studies 17(2), 227-62.

Axelrod und Keohane 1985

Robert Axelrod und Robert O. Keohane (1985). ‚Achieving cooperation under anarchy. Strategies and institutions’, World Politics 38(1), 226-54.

Badie 2002

Bertrand Badie (2002). Souveränität und Verantwortung. Politische Prinzipien zwischen Fiktion und Wirklichkeit (Hamburg: Hamburger Edition).

Barkawi und Laffey 2002

Tarak Barkawi und Mark Laffey (2002). ‚Retrieving the imperial: empire and International Relations’, Millennium: Journal of International Studies 31(1), 109-28.

Barkin 1998

J. Samuel Barkin (1998) ,The evolution of the constitution of sovereignty and the emergence of human rights norms', *Millennium: Journal of International Studies* 27(2), 229-52.

Barnett und Duvall 2005

Michael Barnett und Raymond Duvall (2005). ,Power in international politics', *International Organization* 59(1), 39-75.

Bartels 2005

Lorand Bartels (2005): *Human Rights Conditionality in the EU's International Agreements* (Oxford: Oxford University Press).

Bartelson 1995

Jens Bartelson (1995). *A Genealogy of Sovereignty* (Cambridge: Cambridge University Press.)

Beck 2002

Ulrich Beck (2002). *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter* (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

Beetham 1999

David Beetham (1999). *Democracy and Human Rights* (Cambridge: Polity).

Bennett 1994

W. Lance Bennett (1994). ,The news about foreign policy', in W. Lance Bennett und David L. Paletz (eds), *Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and US Foreign Policy in the Gulf War* (Chicago: University of Chicago Press), 12-40.

Bennett und Paletz 1994

W. Lance Bennett und David L. Paletz (eds) (1994). *Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and US Foreign Policy in the Gulf War* (Chicago: University of Chicago Press).

Boli und Thomas 1997

John Boli und George M. Thomas (1997). ,World culture in the world polity: a

century of international non-governmental organization', *American Sociological Review* 62(2), 171-90.

Boltanski 1999

Luc Boltanski (1999). *Distant Suffering. Morality, Media and Politics* (Cambridge: Cambridge University Press).

Bonacker und Brodocz 2001

Thorsten Bonacker und André Brodocz (2001). 'Im Namen der Menschenrechte. Zur symbolischen Integration der internationalen Gemeinschaft durch Normen', *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8(2), 179-208.

Brands 1998a

H. W. Brands (1998a). 'Exemplary America versus interventionist America', in Robert L. Hutchings, *At the End of the American Century: America's Role in the Post-Cold War World* (Baltimore, MD: John Hopkins University Press), 29-50.

Brands 1998b

H. W. Brands (1998b). *What America Owes the World: The Struggle for the Soul of Foreign Policy* (Cambridge: Cambridge University Press).

Broomhall 2003

Bruce Broomhall (2003). *International Justice and the International Criminal Court: Between Sovereignty and the Rule of Law* (Oxford: Oxford University Press).

B. Brown 2002

Bartram S. Brown (2002). 'Unilateralism, multilateralism and the International Criminal Court', in Stewart Patrick und Shepard Forman (eds), *Multilateralism and US Foreign Policy. Ambivalent Engagement* (Boulder, CO: Lynne Rienner), 323-44.

C. Brown 2002

Chris Brown (2002). *Sovereignty, Rights and Justice. International Relations Theory Today* (Cambridge: Polity).

C. Brown 2001

Chris Brown (2001). ‚Cosmopolitanism, world citizenship and global civil society’, in Simon Caney und Peter Jones (eds), *Human Rights and Global Diversity* (London: Frank Cass), 7-26.

C. Brown 1992a

Chris Brown (1992a). *International Relations Theory: New Normative Approaches* (Hemel Hempstead: Harvester Wheatsheaf).

C. Brown 1992b

Chris Brown (1992b). ‚Really existing liberalism” and international order’, *Millennium: Journal of International Studies* 21(3), 313-28.

Brownlie 2003

Ian Brownlie (2003). *Principles of Public International Law* (Oxford: Oxford University Press).

Bell und Garrett 1998

Allan Bell und Peter Garrett (eds) (1998). *Approaches to Media Discourse* (Oxford: Blackwell).

Bull 1995

Hedley Bull (1995). *The Anarchical Society. A Study of Order in World Politics* (Basingstoke: Macmillan).

Bull 1984

Hedley Bull (1984). *Justice in International Relations. The Hagey Lectures* (Ontario: University of Waterloo).

Bull und Watson 1984

Hedley Bull und Adam Watson (1984). ‚Introduction’, Hedley Bull und Adam Watson (eds), *The Expansion of International Society* (Oxford: Oxford University Press), 1-9.

Buzan 2004

Barry Buzan (2004). *From International to World Society? English School*

Theory and the Social Structure of Globalisation (Cambridge: Cambridge University Press).

Buzan 1993

Barry Buzan (1993). ‚From international system to international society: structural realism and regime theory meet the English school’, *International Organization* 47(3), 327-52.

Buzan et al. 1993

Barry Buzan, Charles A. Jones und Richard Little (1993). *The Logic of Anarchy: Neorealism to Structural Realism* (New York, NY: Columbia University Press).

Camilleri und Falk 1992

Joseph A. Camilleri und Jim Falk (1992). *The End of Sovereignty? The Politics of a Shrinking and Fragmenting World* (Aldershot: Edward Elgar).

Caney 2005

Simon Caney (2005). *Justice Beyond Borders: A Global Political Theory* (Oxford: Oxford University Press).

Carr 1964

Edward Hallett Carr (1964). *The Twenty Years’ Crisis 1919 – 1939* (New York, NY: Harper & Row).

Cassese 2005

Antonio Cassese (2005). *International Law* (Oxford: Oxford University Press).

Cassese 1999

Antonio Cassese (1999). ‚A follow-up: forcible humanitarian countermeasures and opinion necessitates’, *European Journal of International Law* 10(4), 791-99.

Chalaby 1996

Jean K. Chalaby (1996). ‚Beyond the prison-house of language: discourse as a sociological concept’, *British Journal of Sociology* 47(4), 684-98.

Charvet 1997

John Charvet (1997). 'The idea of state sovereignty and the right of humanitarian intervention', *International Political Science Review* 18(1), 39-48.

Chayes and Chayes 1995

Abram Chayes, and Antonia Handler Chayes (1995). *The New Sovereignty. Compliance with International Regulatory Agreements* (Cambridge, MA: Harvard University Press).

Clark 1995

Ann-Marie Clark (1995). 'Non-governmental organizations and their influence on international society', *Journal of International Affairs* 48(2), 507-25.

Cohen 1994

Raymond Cohen (1994). 'Pacific unions: a reappraisal of the theory that „democracies do not go to war with each other“', *Review of International Studies* 20(3), 207-23.

Connolly 1983

William E. Connolly (1983). *The Terms of Political Discourse* (Oxford: Martin Robertson).

Cox 2000

Michael Cox (2000). 'Wilsonianism resurgent? The Clinton administration and the promotion of democracy', in Michael Cox, G. John Ikenberry and Takashi Inoguchi (eds), *American Democracy Promotion. Impulses, Strategies, and Impacts* (Oxford: Oxford University Press), 218-40.

Cranston 1973

Maurice W. Cranston (1973). *What are Human Rights?* (London: Bodley Head).

Czempiel 1996

Ernst-Otto Czempiel (1996). 'Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?', *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3(1), 79-101.

Deitelhoff und Müller 2005

Nicole Deitelhoff und Harald Müller (2005). ‚Theoretical paradise – empirically lost? Arguing with Habermas’, *Review of International Studies* 31(1), 167-79.

Diez 2006

Thomas Diez (2006). ‚The paradoxes of Europe’s borders’, *Comparative European Politics* 4(2-3), 235-52.

Diez 1999

Thomas Diez (1999). *Die EU lesen* (Opladen: Leske + Budrich).

Diez und Whitman 2002

Thomas Diez und Richard Whitman (2002). ‚Analysing European integration: reflecting on the English school – scenarios for an encounter’, *Journal of Common Market Studies* 40(1), 43-67.

Donnelly 2002

Jack Donnelly (2002). *Universal Human Rights in Theory and Practice* (Ithaca, NY: Cornell University Press).

Donnelly 1998

Jack Donnelly (1998). ‚Human rights: a new standard of civilisation?’, *International Affairs* 74(1), 1-24.

Doty 1996

Roxanne L. Doty (1996). *Imperial Encounters. The Politics of Representation in North – South Relations* (Minneapolis, MN: University of Minnesota Press).

Doyle 1983

Michael W. Doyle (1983). ‚Kant, liberal legacies and foreign affairs’, *Philosophy and Public Affairs* 12(1), 205-35.

Economides 2001

Spyros Economides (2001). ‚The international criminal court’, in Karen E. Smith und Margot Light (eds), *Ethics and Foreign Policy* (Cambridge: Cambridge University Press), 112-28.

Eder und Trenz 2002

Klaus Eder und Hans Jörg Trenz (2002). ‚The making of an European public space. The case of Justice and Home Affairs’, in Beate Kohler-Koch (ed.), *Linking EU and National Governance* (Oxford: Oxford University Press), 51-68.

Fairclough 2003

Norman Fairclough (2003). *Analysing Discourse: Textual Analysis for Social Research* (London: Routledge).

Fairclough 1995a

Norman Fairclough (1995a). *Critical Discourse Analysis: the Critical Study of Language* (London: Longman).

Fairclough 1995b

Norman Fairclough (1995b). *Media Discourse* (London: Arnold).

Falk 1995

Richard A. Falk (1995). ‚The world order between inter-state law and the law of humanity: the role of civil society institutions’, in Daniele Archibugi und David Held (eds), *Cosmopolitan Democracy: an Agenda for a New World Order* (Cambridge: Polity), 163-179.

Fehl 2004

Caroline Fehl (2004). ‚Explaining the International Criminal Court: a „practice test“ for rationalist and constructivist approaches’, *European Journal for International Relations* 10(3), 357-94.

Fetscher und Münkler 1985

Iring Fetscher und Herfried Münkler (1985). *Pipers Handbuch der politischen Ideen* (München: Piper).

Fierke und Wiener 1999

Karen M.Fierke und Antje Wiener (1999). ‚Constructing institutional interest: EU and NATO enlargement’, *Journal of European Public Policy* 6(5), 721-42.

Finnemore und Sikkink 1998

Martha Finnemore und Kathryn Sikkink (1998). ‚International norm dynamics and political change’, *International Organization* 52(4), 887-917.

Foot et al. 2003

Rosemary Foot, Neil MacFarlane und Michael Mastaduno (2003). ‚Conclusion: instrumental multilateralism in US foreign policy’, in Rosemary Foot, Neil Macfarlane und Michael Mastaduno (eds), *US Hegemony and International Organizations: The United States and Multilateral Institutions* (Oxford: Oxford University Press), 264-96.

Franceschet 2000

Antonio Franceschet (2000). ‚Popular sovereignty or cosmopolitan democracy? Liberalism, Kant and international reform’, *European Journal of International Relations* 6(2), 277-302.

Frost 2000

Mervyn Frost (2000). ‚Reply to Peter Sutch’s „Human rights as settled norms: Mervyn Frost and the limits of Hegelian human rights theory“, *Review of International Studies* 26(3), 477-83.

Frost 1996

Mervyn Frost (1996). *Ethics in International Relations: A Constitutive Theory* (Cambridge: Cambridge University Press).

Gallie 1956

W. B. Gallie (1956). ‚Essentially contested concepts’, *Proceedings of the Aristotelian Society, New Series* 56 (1), 167-98.

George 1994

Jim George (1994). *Discourses of Global Politics. A Critical (Re)Introduction to International Relations* (Boulder, CO: Lynne Rienner).

Giddens 1985

Anthony Giddens (1985). *A Contemporary Critique of Historical Materialism, Vol. II: The Nation State and Violence* (Cambridge: Cambridge University Press).

Giddens

1984

Anthony Giddens (1984). *The Constitution of Society: Outline of the Theory of Structuration* (Cambridge: Polity).

Gilpin 1981

Robert Gilpin (1981). *War and Change in World Politics* (Cambridge: Cambridge University Press).

Glaser und Strauss 1967

Barney G. Glaser und Anselm S. Strauss (1967). *The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research* (Chicago: Aldine de Gruyter).

Goldstone und Bass 2000

Richard J. Goldstone und Gary Jonathan Bass (2000). ‚Lessons from the international criminal tribunals’, in Sarah B. Sewall und Carl Kaysen (eds), *The United States and the International Criminal Court. National Security and International Law* (Lanham, MD: Rowman & Littlefield), 51-60.

Gong 1984

Gerrit W. Gong (1984). *The Standard of „Civilization“ in International Society* (Oxford: Clarendon).

Gordenker und Weiss 1996

Leon Gordenker und Thomas G. Weiss (1996). ‚Pluralizing global governance: analytical approaches and dimensions’, in Leon Gordenker und Thomas G. Weiss (eds), *NGOs, the UN, and Global Governance* (Boulder, CO: Lynne Rienner), 17-47.

Griffiths 1995

Martin Griffiths (1995). *Realism, Idealism and International Politics: a Reinterpretation* (London: Routledge).

Guzzini 1993

Stefano Guzzini (1993). ‚Structural power: the limits of neorealist power analysis’, *International Organization* 47(3), 443-78.

Habermas 1994

Jürgen Habermas (1994). Faktizität und Geltung. Beiträge zu einer Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats (Frankfurt/Main: Suhrkamp).

Hallin 1986

Daniel C. Hallin (1986). The „Uncensored War“: The Media and Vietnam (Berkeley, CA: University of California Press).

Heins 2002a

Volker Heins (2002a). ‚Der Mythos der globalen Zivilgesellschaft‘, in Christiane Frantz und Annette Zimmer (eds), Zivilgesellschaft international. Alte und neue NGOs (Opladen: Leske + Budrich), 83-101.

Heins 2002b

Volker Heins (2002b). Weltbürger und Lokalpatrioten. Eine Einführung in das Thema Nichtregierungsorganisationen (Opladen: Leske + Budrich).

Held 1995

David Held (1995). Democracy and the Global Order (Cambridge: Polity).

Herbst 1998

Susan Herbst (1998). Reading Public Opinion: How Political Actors View the Democratic Process (Chicago: University of Chicago Press).

Herz 1950

John H. Herz (1950). ‚Idealist internationalism and the security dilemma‘, World Politics 2(2), 157-80.

Charles Heyman (ed.) (2001). Jane’s World Armies 9 (Coulsden: Jane’s Publishing).

Hinsley 1986

F. H Hinsley (1986). Sovereignty (Cambridge: Cambridge University Press).

Holmes 1992

Robert L. Holmes (1992). ‚Can war be morally justified? The just war theory‘, in

Jean Bethke Elshtain (ed.), *Just War Theory* (New York, NY: New York University Press), 199-217.

Holsti 1996

Kalevi J. Holsti (1996). *The State, War, and the State of War* (Cambridge: Cambridge University Press).

Holsti 2004

Ole R. Holsti (2004). *Public Opinion and American Foreign Policy* (Ann Arbor, MI: University of Michigan Press).

Hurrell 1990

Andrew Hurrell (1990). 'Kant and the Kantian paradigm in International Relations', *Review of International Studies* 16(3), 183-205.

Ignatieff 2003

Michael Ignatieff (2003). 'Human rights as politics', in Michael Ignatieff (ed.), *Human Rights as Politics and Idolatry* (Princeton, NJ: Princeton University Press), 3-52.

Jackson 2000

Robert Jackson (2000). *The Global Covenant: Human Conduct in a World of States* (Oxford: Oxford University Press).

Jackson 1990

Robert Jackson (1990). *Quasi-States: Sovereignty, International Relations and the Third World* (Cambridge: Cambridge University Press).

Jacobson 2001

David Jacobson (2001). 'The Global Political Culture', in Mathias Albert, David Jacobson und Yosef Lapid (eds), *Identities, Borders, Orders: Rethinking International Relations Theory* (Minneapolis, MN: University of Minnesota Press), 161-180.

Jepperson et al. 1996

Ronald L. Jepperson, Alexander Wendt und Peter K. Katzenstein (1996). 'Norms, identity and culture in national security', in: Peter J. Katzenstein (ed.), *The*

Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics (New York, NY: Columbia University Press), 33-75.

Kant 1995[1795]

Immanuel Kant (1995[1795]). Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf (Stuttgart: Reclam).

Keck und Sikkink 1998

Margaret E. Keck und Kathryn Sikkink (1998). Activists Beyond Borders: Advocacy Networks in International Politics (Ithaca, NY: Cornell University Press).

Keene 2002

Edward Keene (2002). Beyond the Anarchical Society. Grotius, Colonialism and Order in World Politics (Cambridge: Cambridge University Press).

Keohane 2002

Robert O. Keohane (2002). Ironies of sovereignty: the European Union and the United States, *Journal of Common Market Studies* 40(4), 743-65.

Keohane 1989

Robert O. Keohane (1989). International Institutions and State Power: Essays in International Relations Theory (Boulder, CO: Westview Press).

Keohane und Hoffman 1990

Robert O. Keohane und Stanley Hoffmann (1990). ‚Conclusion: Community Politics and Institutional Change’, in William Wallace (ed.), *The Dynamics of European Integration*, (London: Pinter), 276-300.

Keohane und Nye 2001

Robert O. Keohane und Joseph S. Nye, (2001). *Power and Interdependence* (New York, NY: Longman).

Kessler 1999

Marie-Christine Kessler (1999). *La politique étrangère de la France. Acteurs et processus* (Paris: Presses de Science Po).

Kimminich 1985

Otto Kimminich (1985). ‚Die Entstehung des neuzeitlichen Völkerrechts‘, in Iring Fetscher und Herfried Münkler (eds), *Pipers Handwörterbuch der politischen Ideen*, Bd. 3 (München: Piper).

Kindleberger 1973

Charles P. Kindleberger (1973). *The World in Depression, 1929 – 1939* (Berkeley, CA: University of California Press).

Kirsch und Holmes 1999

Philippe Kirsch und John T. Holmes (1999). ‚The Rome Conference on an International Criminal Court: the negotiating process‘, *American Journal of International Law* 93(1), 2-12.

Klotz 1995

Audie Klotz (1995). ‚Norms reconstituting interests: global racial equality and U.S. sanctions against South Africa‘, *International Organization* 49(3), 451-78.

Koremenos et al. 2001

Barbara Koremenos, Charles Lipson, und Duncan Snidal (2001). ‚The rational design of international institutions‘, *International Organization* 55(4), 761-800.

Koselleck 1992

Reinhard Koselleck (1992). *Kritik und Krise: eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt* (Frankfurt/ Main: Suhrkamp).

Koskeniemi 2002

Martti Koskeniemi (2002). *The Gentle Civilizer of Nations. The Rise and Fall of International Law, 1870 – 1960* (Cambridge: Cambridge University Press).

Koskeniemi 1989

Martti Koskeniemi (1989). *From Apology to Utopia: The Structure of International Legal Argument* (Helsinki: Finnish Lawyers Publishing Company).

Krasner 1999

Stephen D. Krasner (1999). *Sovereignty. Organized Hypocrisy* (Princeton, NJ: Princeton University Press).

Krasner 1993

Stephen D. Krasner (1993). ‚Westphalia and all that’, in Judith Goldstein und Robert O. Keohane (eds), *Ideas and Foreign Policy. Beliefs, Institutions, and Political Change* (Ithaca, NY: Cornell University Press), 235-64.

Kratochwil 1995

Friedrich Kratochwil (1995). ‚Sovereignty as dominium: is there a right of humanitarian intervention?’, in Gene M. Lyons und Michael Mastaduno (eds), *Beyond Westphalia? State Sovereignty and International Intervention* (Baltimore, MD: John Hopkins University Press), 21-42.

Kratochwil 1986

Friedrich Kratochwil (1986). ‚Of systems, boundaries, and territoriality: an inquiry into the formation of the state system’, *World Politics* 39(1), 27-52.

Krisch 2004

Nico Krisch (2004). ‚Amerikanische Hegemonie und liberale Revolution im Völkerrecht’, *Der Staat* 43(3), 267-97.

Krisch 2003a

Nico Krisch (2003a). ‚More equal than the rest? Hierarchy, equality and US predominance in international law’, in Michael Byers und Georg Nolte (eds), *United States Hegemony and the Foundations of International Law* (Cambridge: Cambridge University Press), 135-75.

Krisch 2003b

Nico Krisch (2003b). ‚Weak as constraint, strong as tool: the place of international law in U.S. foreign policy’, in David M. Malone und Yuen Foong Khong (eds), *Unilateralism and U.S. Foreign Policy* (Boulder, CO: Lynne Rienner), 41-69.

Laclau 1990

Ernesto Laclau (1990). *New Reflections on the Revolution of our Time* (London: Verso).

Laclau und Zac 1994

Ernesto Laclau und Lillian Zac (1994). ‚Minding the gap: the subject of

politics', in Ernesto Laclau (ed.), *The Making of Political Identities* (London: Verso), 11-37.

Layne 1994

Christopher Layne (1994). 'Kant or Cant – the myth of democratic peace', *International Security* 19(2), 5-49.

Levin 1999

Daniel Lessard Levin (1999). *Representing Popular Sovereignty. The Constitution in American Political Culture* (Albany, NY: State University of New York Press).

Levy 1998

David S. Levy (1988). 'Domestic politics and war', *Journal of Interdisciplinary History* 18(4), 653-73.

Lijphart 1999

Arend Lijphart (1999). *Patterns of Democracy. Government Forms and Performance in Thirty-Six Countries* (New Haven, CT: Yale University Press).

Linklater 1998

Andrew Linklater (1998). *The Transformation of Political Community* (Cambridge: Polity).

Linklater 1995

Andrew Linklater (1995). 'Neo-realism in theory and practice', in Ken Booth und Steve Smith (eds), *International Relations Theory Today* (Cambridge: Polity), 241-61.

Lipschutz 1996

Ronnie D. Lipschutz (1996). 'Reconstructing world politics: the emergence of global civil society', in Rick Fawn und Jeremy Larkin (eds), *International Society after the Cold War* (Basingstoke: Macmillan), 101-31.

Lohmann 1999

Georg Lohmann (1999). 'Menschenrechte zwischen Moral und Recht', in Stefan

Gosepath und Georg Lohmann (eds), Philosophie der Menschenrechte (Frankfurt/ Main: Suhrkamp), 62-95.

Luban 1980

David Luban (1980). ‚Just War and Human Rights’, Philosophy and Public Affairs 9(2), 160-81.

Lucarelli 2004

Sonia Lucarelli (2004). EU Foreign Policy Between Telos and Identity, paper presented to the Second Pan-European Conference, Standing Group on EU Politics, Bologna (24.-26.06.2004).

Lueger 2001

Manfred Lueger (2001). Auf den Spuren der sozialen Welt. Methodologie und Organisation interpretativer Sozialforschung (Frankfurt/ Main: Peter Lang).

Lukes 2005

Steven Lukes (2005). Power. A Radical View (London: Palgrave Macmillan).

MacIntyre 1985

Alasdair MacIntyre (1985). After Virtue. A Study in Moral Theory (London: Duckworth).

Malone und Khong 2003

David M. Malone und Yuen Foong Khong (eds) (2003). Unilateralism and U.S. Foreign Policy: International Perspectives (Boulder, CO: Lynne Rienner).

Manners 2002

Ian Manners (2002). ‚Normative power Europe: a contradiction in terms?’, Journal of Common Market Studies 40(2), 235-58.

Marvin und Ingle 1998

Carolyn Marvin und David W. Ingle (1998). Blood Sacrifice and the Nation: Totem Rituals and the American Flag (Cambridge: Cambridge University Press).

Mayall 2000

James Mayall (2000). *World Politics: Progress and Its Limits* (Cambridge: Polity).

Merom 2003

Gil Merom (2003). *How Democracies lose Small Wars. State, Society, and the Failures of France in Algeria, Israel in Lebanon, and the United States in Vietnam* (Cambridge: Cambridge University Press).

Meyer 2001

Michael Meyer (2001). 'Between theory, method, and politics; positioning of the approaches to CDA', in Ruth Wodak und Michael Meyer, *Methods of Critical Discourse Analysis* (London: Sage), 14-31.

Milliken 1999

Jennifer Milliken (1999). 'The study of discourse in International Relations: a critique of research and methods', *European Journal of International Relations* 5(2), 225-54.

Moravcsik 1998

Andrew Moravcsik (1998). *The Choice for Europe: Social Purpose and State Power from Messina to Maastricht* (Ithaca, NY: Cornell University Press).

Moravcsik 1997

Andrew Moravcsik (1997). 'Taking preferences seriously: a liberal theory of international politics', *International Organization* 51(4), 513-53.

Morgenthau 1973

Hans J. Morgenthau (1973). *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace* (New York, NY: Knopf).

Morrow 1994

Raymond A. Morrow (1994). *Critical Theory and Methodology* (London: Sage).

Münkler 2001

Herfried Münkler (2001). *Thomas Hobbes* (Frankfurt/ Main: Campus).

Münkler 2002

Herfried Münkler (2002). *Die neuen Kriege* (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt).

Nardin 1983

Terry Nardin (1983). *Law, Morality, and the Relations of States* (Princeton, NJ: Princeton University Press).

Neidhardt 1994

Friedhelm Neidhardt (1994). ‚Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen‘, in Friedhelm Neidhardt (ed.), *Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen* (Opladen: Leske + Budrich), 7-41.

Nicolaïdis und Howse 2002

Kalypso Nicolaïdis und Robert Howse (2002). ‚This is my EUtopia...“: narrative as power‘, *Journal of Common Market Studies* 40(4), 767-92.

Nicolaïdis und Lacroix 2002

Kalypso Nicolaïdis und Justine Lacroix (2002). ‚Order and justice beyond the nation-state: Europe’s competing paradigms‘, in Rosemary Foot, John Lewis Gaddis und Andrew Hurrell (eds), *Order and Justice in International Relations* (Oxford: Oxford University Press), 125-54.

Nolte 2003

Georg Nolte (2003). ‚The United States and the International Criminal Court‘, in David M. Malone und Yuen Foong Khong (eds), *Unilateralism and U.S. Foreign Policy. International Perspectives* (Boulder, CO: Lynne Rienner), 71-93.

Nussbaum 2000

Martha C. Nussbaum (2000). *Women and Human Development: the Capabilities Approach* (Cambridge: Cambridge University Press).

Oye 1985

Kenneth A. Oye (1985). ‚Explaining cooperation under anarchy: hypotheses and strategies‘, *World Politics* 38(1), 1-24.

Parsons 1993

Anthony Parsons (1993). ‚The United Nations and the national interests of

states', in Adam Roberts and Benedict Kingsbury (eds), *United Nations, Divided World: The UN's Role in International Relations* (Oxford: Clarendon), 47-60.

Power 2003

Samantha Power (2003). 'Rwanda: the two faces of justice', *New York Review of Books* 50(1), 47-50.

Putnam 1988

Robert D. Putnam (1988). 'Diplomacy and domestic politics: the logic of two-level games', *International Organization* 42(3), 427-460.

Ralph 2005

Jason Ralph (2005). 'International society, the International Criminal Court and American Foreign Policy', *Review of International Studies* 31(1), 27-44.

Rawls 1999

John Rawls (1999). *The Law of Peoples* (Cambridge, MA: Harvard University Press).

Reichertz

2003

Jo Reichertz (2003). *Die Abduktion in der qualitativen Sozialforschung* (Opladen: Leske + Budrich).

Rengger 1995

Nicholas J. Rengger (1995). *Political Theory, Modernity, and Postmodernity: Beyond Enlightenment and Critique* (Oxford: Blackwell).

Reus-Smit 2004

Christian Reus-Smit (2004). 'The politics of international law', in Christian Reus-Smit (ed.), *The Politics of International Law* (Cambridge: Cambridge University Press).

Reus-Smit 2001

Christian Reus-Smit (2001). 'Human rights and the social construction of sovereignty', *Review of International Studies* 27(4), 519-38.

Reus-Smit 1999

Christian Reus-Smit (1999). *The Moral Purpose of the State. Culture, Social Identity, and Rationality in International Relations* (Princeton, NJ: Princeton University Press).

Risse 2002

Thomas Risse (2002). 'Transnational actors and world politics', in Walter Carlsnaes, Thomas Risse und Beth A. Simmons (eds), *Handbook of International Relations* (London: Sage), 255-74.

Risse 2000

Thomas Risse (2000). 'Let's argue!' Communicative action in world politics', *International Organization* 54(1), 1-39.

Risse-Kappen 1995

Thomas Risse-Kappen (1995). 'Democratic peace – warlike democracies? A social constructivist interpretation of the liberal argument', *European Journal of International Relations* 1(4), 491-518.

Risse-Kappen 1994

Thomas Risse-Kappen (1994). 'Wie weiter mit dem „demokratischen Frieden“?', *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1(2), 367-79.

Risse und Sikkink 1999

Thomas Risse und Kathryn Sikkink (1999). 'The socialization of international human rights norms into domestic practices: an introduction', in Thomas Risse, Stephen C. Ropp und Kathryn Sikkink (eds), *The Power of Human Rights. International Norms and Domestic Change* (Cambridge: Cambridge University Press), 1-38.

Roberts und Kingsbury 1993

Adam Roberts und Benedict Kingsbury (1993). 'Introduction: the UN's role in international society since 1945', in Adam Roberts und Benedict Kingsbury (eds), *United Nations, Divided World: The UN's Role in International Relations* (Oxford: Clarendon), 1-46.

Robinsons 2000

Piers Robinson (2000). ‚The CNN effect: can the news media drive foreign policy?’, *Review of International Studies* 25(2), 301-10.

Rodgers 1982

Daniel T. Rodgers (1982). ‚In search of progressivism’, *Reviews in American History* 10(4), 113-32.

Rorty 1993

Richard Rorty (1993). ‚Human rights, rationality, and sentimentality’, in Stephen Shute und Susan Hurley (eds), *On Human Rights. The Oxford Amnesty Lecture* (New York, NY: Basic Books), 111-35.

Rosenau 1995

James N. Rosenau (1995). ‚Sovereignty in a turbulent world’, in: Gene M. Lyons und Michael Mastaduno (eds), *Beyond Westphalia? State Sovereignty and International Intervention* (Baltimore, MD: John Hopkins University Press), 191-227.

Rosenau 1990

James N. Rosenau (1990). *Turbulence in World Politics: A Theory of Change and Continuity* (Princeton, NJ: Princeton University Press).

Ruggie 1986

John G. Ruggie (1986). ‚Continuity and transformation in the world polity: toward a neorealist synthesis’, in Robert O. Keohane, *Neorealism and Its Critics* (New York, NY: Columbia University Press), 131-57.

Rumelili 2004

Bahar Rumelili (2004). ‚Constructing identity and relating to difference: understanding the EU’s mode of differentiation’, *Review of International Studies* 30(1), 27-47.

Scott 2004

Shirley V. Scott (2004). ‚Is there room for international law in realpolitik?: accounting for the US „attitude“ towards international law’, *Review of International Studies* 30(1), 71-88.

Scheipers und Sicurelli 2007

Sibylle Scheipers und Daniela Sicurelli (2007). ‚Normative power Europe: a credible utopia?’ *Journal of Common Market Studies* 25(2), 435-57.

Schimmelfennig 2003

Frank Schimmelfennig (2003). *The EU, NATO and the Integration of Europe: Rules and Rhetoric* (Cambridge: Cambridge University Press).

Schimmelfennig 2000

Frank Schimmelfennig (2000). ‚The community trap: liberal norms, rhetorical action, and the eastern enlargement of the European Union, *International Organization* 55(1), 47-80.

Schmidt 2000

Manfred G.Schmidt (2000). *Demokratietheorien. Eine Einführung* (Opladen: Leske + Budrich).

Schmitt 1997

Carl Schmitt (1997). *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum* (Berlin: Duncker & Humblot).

Scholte

2000

Jan Aart Scholte (2000). *Globalization. A Critical Introduction* (London: Palgrave).

Shue 1996

Henry Shue (1996). *Basic Rights. Subsistence, Affluence, and US Foreign Policy* (Princeton, NJ: Princeton University Press).

Shinoda 2000

Hideaki Shinoda (2000). *Re-examining Sovereignty: From Classical Theory to the Global Age* (Basingstoke: Macmillan).

Singh 1993

Nagendra Singh (1993) *The UN and the development of international law in Adam Roberts and Benedict Kingsbury (eds), United Nations, Divided World: The UN’s Role in International Relations* (Oxford: Clarendon), 384-418.

Sikkink 1993

Kathryn Sikkink (1993). 'Human rights, principled issue-networks, and sovereignty in Latin America', *International Organization* 47(3), 411-41.

Skinner 1978

Quentin Skinner (1978). *Foundations of Modern Political Thought, Vol. I: The Renaissance* (Cambridge: Cambridge University Press).

Smith 2003

Karen E. Smith (2003). *European Union Foreign Policy in a Changing World* (Cambridge: Polity).

Spiro 2000

Peter J. Spiro (2000). 'The new sovereigntists: American exceptionalism and its false prophets', *Foreign Affairs* 79(6), 9-15.

Torfinn 1999

Jacob Torfinn (1999). *New Theories of Discourse: Laclau, Mouffe, and Zizek* (Oxford: Blackwell).

Tully 1988

James H. Tully (1988). *Meaning and Context. Quentin Skinner and His Critics* (Cambridge: Cambridge University Press).

Ulbert et al. 2004

Cornelia Ulbert, Thomas Risse und Harald Müller (2004). *Arguing and Bargaining in Multilateral Negotiations. Final Report to the Volkswagen Foundation* (Berlin und Frankfurt/Main: FU Berlin und HSFK).

van Gennep 1986

Arnold van Gennep (1986). *Übergangsriten* (Frankfurt/ Main: Campus).

van Hoof 1983

G. J. H. van Hoof (1983). *Rethinking the Sources of International Law* (Deventer: Kluwer).

Vincent 1986

R. John Vincent (1986). *Human Rights and International Relations: Issues and Responses* (Cambridge: Cambridge University Press).

Wallace 2005

William Wallace (2005). 'Is there a European approach to war?', *European Foreign Policy Unit Working Paper 2005/2* (London: London School of Economics and Political Science).

Walker 2000

R. B. J. Walker (2000). 'Both globalisation and sovereignty: re-imagining the political', in Paul Wapner und Lester Edwin Ruiz, *Principled World Politics: The Challenge of Normative International Relations* (Lanham, MD: Rowman & Littlefield), 23-34.

Walker 1993

R. B. J. Walker (1993). *Inside/ Outside: International Relations as Political Theory* (Cambridge: Cambridge University Press).

Waltz 1979

Kenneth N. Waltz (1979). *Theory of International Politics* (New York, NY: McGraw-Hill).

Walzer 2000

Michael Walzer (2000). *Just and Unjust Wars. A Moral Argument with Historical Illustrations* (London: Basic Books).

Walzer

1995

Michael Walzer (1995). 'The concept of civil society', in Michael Walzer (ed.), *Toward a Global Civil Society* (Oxford: Providence), 7-27.

Adam Watson (1987). 'Hedley Bull, states-systems and international studies', *Review of International Studies* 13(2), 147-53.

Wæver

2004

Ole Wæver (2004). 'Discursive approaches', in Thomas Diez und Antje Wiener (eds), *European Integration Theory* (Oxford: Oxford University Press), 197-215.

Waever 1995

Ole Wæver (1995). 'Securitization and Desecuritization', in Ronnie D. Lipschutz (ed.), *On Security* (New York, NY: Columbia University Press), 46-86.

Weber 1995

Cynthia Weber (1995). *Simulating Sovereignty: Intervention, the State and Symbolic Exchange* (Cambridge: Cambridge University Press).

Weller 2002

Marc Weller (2002). 'Undoing the global constitution: UN Security Council action on the International Criminal Court', *International Affairs* 78(4), 693-712.

Wendt 1987

Alexander Wendt (1987). 'The agent – structure problem in International Relations theory', *International Organization* 41(3), 335-70.

Weschler 2000

Lawrence Weschler (2000). 'Exceptional cases in Rome: the United States and the Struggle on the ICC', in Sarah B. Sewall und Carl Kaysen (eds), *The United States and the International Criminal Court. National Security and International Law* (Lanham, MD: Rowman & Littlefield), 85-111.

Wheeler 2001

Nicholas J. Wheeler. (2001). 'Humanitarian vigilantes or legal entrepreneurs: enforcing human rights in international society', in Simon Caney und Peter Jones (eds), *Human Rights and Global Diversity* (London: Frank Cass), 139-62.

Wheeler 2000

Nicholas J. Wheeler. (2000). *Saving Strangers: Humanitarian Intervention in International Society* (Oxford: Oxford University Press).

Wheeler und Dunne 1998

Nicholas J. Wheeler, Timothy Dunne (1998). 'Hedley Bull and the idea of a universal moral community: fictional, primordial or imagined?', in B. A. Roberson (ed.), *International Society and the Development of International Relations Theory* (London: Pinter), 43-58.

Wheeler und Dunne 1996

Wheeler, Nicholas J. und Dunne, Timothy (1996). ‚Hedley Bull’s pluralism of the intellect and solidarism of the will’, *International Affairs* 72(1), 91-107.

Wippman 2004

David Wippman (2004). ‚The International Criminal Court’, in Christian Reus-Smit (ed.), *The Politics of International Law* (Cambridge: Cambridge University Press), 151-88.

Wodak 2001

Ruth Wodak (2001). ‚What CDA is about – a summary of its history, important concept and its developments’, in Ruth Wodak und Michael Meyer, *Methods of Critical Discourse Analysis* (London: Sage), 1-13.

Yee 1996

Albert S. Yee (1996). ‚The causal effects of ideas on policies’, *International Organization* 50(1), 69-108.

Zaller 1994

John Zaller (1994). ‚Strategic politicians, public opinion, and the Gulf crisis’, in W. Lance Bennett und David L. Paletz (eds), *Taken by Storm: The Media, Public Opinion, and US Foreign Policy in the Gulf War* (Chicago: University of Chicago Press), 250-72.